C 21734 D



Frau im BILD S.25

Arbeiterkampf

Jg.11 Nr. 210 12.10.81
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 3
Förderpreis DM 5,–



300000 fordern für Millionen:

Nie wieder Krieg!

auch nicht im Kleinen

300.000 Menschen folgten am 10.10. dem Aufruf zum Friedensmarsch in Bonn. Aufgerufen hatten die kirchlich orientierten Organisationen „Aktion Sühnezeichen" und „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden", getragen wurde die Demo von 1000 Organisationen und Gruppen.

Es war die größte Friedenskundgebung in der BRD seit dem Ende des letzten Weltkrieges. In dieser Kundgebung hat sich die massenhafte Zustimmung zur neuen Friedensbewegung niedergeschlagen. Ohne Übertreibung und ohne falsche Spekulationen kann man einem Kundgebungsredner darin zustimmen, daß die 300.000 die Delegierten von vielen Millionen Gleichdenkenden gewesen seien. Gemeinsames Antriebsmoment für alle Beteiligten ist die Angst vor dem nächsten Krieg und davor, daß diese Regierung die Menschen der BRD zielstrebig in die nächste Katastrophe hineinzieht. Über die Ursachen des drohenden Kriegs und die Richtung, die dagegen einzuschlagen ist, gibt es unter den beteiligten Organisationen sehr weitgehende Unterschiede. Dies versuchten SPD/FDP und CDU/CSU auszunutzen, um die Mobilisierung zu schwächen. Die niedersten antikommunistischen Phrasen wurden wieder einmal bemüht, um die Kundgebung als moskaugesteuert zu diffamieren.

Forts. S. 4

Ägypten

Krokodilstränen für den »Führer«

Wenn man der bundesdeutschen Meinungsindustrie Glauben schenken darf, ist einer der größten und wertvollsten Menschen auf tragische Weise von uns gegangen: der ägyptische Rais („Führer") Sadat. Er hatte in den letzten Monaten und Wochen von sich reden gemacht, indem er die gesamte Opposition des Landes, bis hin zu den fanatischen Muslimbrüdern verfolgte und ihre Repräsentanten einsperrte. Im letzten „Arbeiterkampf" (AK) vom 28.9. schrieben wir dazu, daß es den Muslimbrüdern *„in Verbindung mit einer Gruppe unzufriedener Offiziere gelingen könnte, gegen Sadat zu putschen"*.

Zu einem Putsch hat es zwar nicht gereicht, aber zehn Tage später wurde Sadat auf einer Militärparade von Teilen seiner eigenen Armee fachmännisch für das gleiche Militärhospital hergerichtet, in dem auch schon der Schah, eine ihm geistesverwandte und befreundete Führerpersönlichkeit, zu Tode behandelt wurde.

Wer war Sadat? Wenn man wiederum dem fast einstimmigen Chor der bundesdeutschen Medien glauben darf: ein Friedensfürst, Nobelpreisträger und großer, weiser Präsident.

Die Wirklichkeit sieht prosaischer aus: Er war ein *„Bewunderer Hitlers, Spion für Rommel, Kofferträger für Nasser, der ihn hämisch ‚Bik Baschi Saa' titulierte [‚Oberst Ja, Ja'], ein Mann, der sich 1952 während der Offiziersrevolte gegen König Faruk nichtsahnend im Kino vergnügte"* („Zeit", 9.10.). Seine besonderen Fähigkeiten bestanden darin, daß er zugunsten einer kleinen, sich skrupellos bereichernden Oberschicht das Land und seine Resourcen bedingungslos als „Flugzeugträger des Westens" verkaufte. Sein Sirenengesang von der „Straße des Friedens", auf die er sein Volk zu führen gedenke, ließ die Massen ihm immer wieder zujubeln.

Lange hielten die ägyptischen Volksmassen ihre Enttäuschung darüber zurück, daß es wieder keine Wohnungen gab, daß sie wieder das Brot nicht bezahlen konnten und kaum noch wußten, wie Fleisch auf dem Teller aussieht.

Die Ermordung Sadats ist nach Ansicht der algerischen Regierungszeitung Al-Moujahid nur die „Konsequenz eines Abenteuers", sie beweist den Fehlschlag seiner betrügerischen Politik. Er habe die wahren Gefühle seines Volkes nicht erkannt, als er sich mit Begin traf. Für diesen Mann, Sadat, dessen Größe in seiner Nützlichkeit für die US-amerikanischen und bundesrepublikanischen Imperialisten bestand, war nach Ansicht der irakischen Zeitung „Al-Thaurah" der Tod nur die gerechte Strafe für seinen Verrat an der arabischen Nation.

Weiter auf Seite 4



Startbahn-West: Solidarität gegen Staatsgewalt

Reportage auf Seite 5

Bisher geheim: Bundeswehr-Richtlinien zum Atomkrieg

Der Arbeiterkampf beginnt in dieser Ausgabe mit dem Faksimile-Abdruck der „Führungsgrundsätze des Heeres für die atomare Kriegsführung" Seiten 14-16

'Zwielichtige Gestalten'

Ausgerechnet Bundeskanzler Schmidt warnte die Bonner Demonstranten in der Bundestagsdebatte vor *„zwielichtigen Gestalten"*, die sich *„an ihre Rockschöße gehängt"* hätten. Tatsächlich waren ja da in den allerletzten Tagen vor dem 10. Oktober einige wirkliche „zwielichtige Gestalten" aufgetreten, um die Demonstranten zu einem Bekenntnis für die „Friedenspolitik" der Bundesregierung umzufunktionieren. „Zwielichtige Gestalten" sind beispielsweise jen 16 Bundestagsabgeordneten der FDP, die sich mit einer Stellungnahme an den Friedenswillen der Bonner Demonstranten anzuhängen versuchten: *„Die Bundesregierung sollte die Demonstration als Aufforderung verstehen, ihre Bemühungen fortzusetzen, um einen Erfolg der Verhandlungen* (zwischen den USA und der Sowjetunion) *zu erreichen"*. Durch tendenziöse Berichte in der rechten Presse wurde die Stellungnahme der 16 FDP-Abgeordneten als Unterstützung für die Bonner Demonstration mißverstanden. 7 der 16 stellten daraufhin diesen Irrtum ausdrücklich richtig: In einer nachträglichen gemeinsamen Erklärung versicherten sie, sie würden sich an der Demonstration nicht beteiligen, da die Ablehnung des von ihnen „trotz Bedenken" befürworteten NATO-„Nachrüstungsbeschlusses" ein wichtiger Gegenstand der Demonstration sei. Unter diesen sieben sind Helga Schuchardt und Ingrid Matthäus.

Sehr „zwielichtig" ist auch die gemeinsame Stellungnahme von 51 Bundestagsabgeordneten der SPD: Zwar behaupten die 51, sie würden die Demonstration *„als sichtbares Zeichen für den Friedenswillen in unserem Volk begrüßen"*. Wieviele von den 51 aber wirklich mit den zentralen Zielen der Bonner Demonstration solidarisch sind, zeigte sich in der von der CDU/CSU erzwungenen Bundestagsdebatte. Zu dieser Debatte hatten sich FDP und SPD auf eine gemeinsame Resolutionsvorlage geeinigt, die zwar das Recht auf Demonstration betonte, aber sich in der Sache unzweideutig zum NATO-„Nachrüstungsbeschluß" bekannte. Nur zwei Abgeordnete der SPD, Hansen und Coppik, versagten diesem Bekenntnis durch Enthaltung ihre Zustimmung. Dieses Resultat wurde von der rechten Presse auf-

tat wurde von der rechten Presse auf-

merksam registriert: Immerhin waren es früher zehn SPD-Abgeordnete gewesen, die durch Stimmenthaltung oder Gegenstimme im Bundestag gegen die NATO-„Nachrüstung" aufgetreten waren.

Daß sich die Bonner Demonstranten explizit gegen den „Nachrüstungs"-Beschluß und damit selbstverständlich auch gegen die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage richtete, kann man dem offiziellen Demonstrationsaufruf entnehmen. Zahrreiche SPD-Ortsvereine und Unterbezirke, Gewerkschaftsgremien und Politiker, die sich dem Aufruf zur Demonstration anschlossen oder selbstständig dazu aufriefen, waren sich über diese Konsequenz wahrscheinlich im Klaren. Sie sollten deshalb auf keinen Fall mit jenen „zwielichtigen Gestalten" in einen Topf geworfen werden, die das erklärte Demonstrationsziel umzudrehen versuchten. Stellvertretend für jene Sorte „zwielichtiger Gestalten" sei der SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz zitiert, der es schon genau wußte: Die *„erdrückende Mehrheit"* der Demonstranten sei nicht gegen die „Friedenspolitik" der Bundesregierung. Man müsse zwischen dieser Masse der „Gutwilligen" und der Minderheit der *„gewaltanwendenden Parasiten"* unterscheiden (zitiert n. „Hamburger Morgenpost", 5.10.).

Wenn man den Erfolg der Bonner Demonstration schon nicht verhindern konnte, muß man zumindest versuchen, ihre Inhalte zu deformieren. Dieser einleuchtenden Logik mochten sich am Ende auch maßgebliche Regierungspolitiker und die Medien nicht verschließen: Vom zentralen Demonstrationsziel (bedingungslose Aufhebung des NATO-„Nachrüstungs"-Beschlusses) wurde sowenig wie möglich gesprochen, dafür ein ebenso allgemeines wie unverbindliches Eintreten „gegen das Wettrüsten in Ost und West" als wesentliches Anliegen der Demonstration ausgegeben. Am Ende läuft es geradewegs darauf hinaus, daß „wir" eigentlich ja alle für den Frieden sind und daß Helmut Schmidt selbst am liebsten vorneweg marschiert wäre. – Wenn da bloß nicht diese fatale „Einäugigkeit" zugunsten der Sowjetunion gewesen wäre. Beispielhaft ist die vom FDP-Fraktionsvorsitzenden Mischnik vorgelegte Argumentation: *„Die am 10. Oktober in Bonn demonstrieren, wollen den Frieden. Ich will ihn auch"*. Und: *„Das Ziel sei zwischen Koalitionsparteien, Bürgern und Demonstraten offenkundig nicht umstritten. Der Streit gehe um den richtigen Weg zu diesem Ziel"* (zit. nach „FAZ" vom 2.10. und „Welt" vom 7.10.).

Die Kommunalwahlen in Niedersachsen haben nochmals bestätigt, daß es in erster Linie die SPD ist, die beim Anwachsen von Bewegungen für den Frieden, gegen AKW's etc. Federn lassen muß. Es ist nur natürlich, daß es auch die SPD ist, die sich

lich, daß es auch die SPD ist, die sich

derzeit am meisten Gedanken macht, wie sie ihr verlorenes Potential zurückgewinnen könnte. Jenseits von rein theatralischen Posen und Effekten wird diese Frage in der SPD-Führung vermutlich tatsächlich kontrovers diskutiert. Auf der einen Seite profilieren sich Scharfmacher wie Annemarie Renger und Peter Corterier (dem zur Bonner Demonstration das traditionsgeladene Wort vom „Dolchstoß" einfiel) in einer Weise, die in ihnen schon künftige Überläufer zur CDU/CSU vermuten läßt. Auf der anderen Seite wird der große alte Mann des sozialdemokratischen Schmierentheaters, der SPD-Parteivorsitzende Willy Brandt, als integrationswillige und -fähige Kontrastfigur gegen Helmut Schmidt aufgebaut. Der „Spiegel", zu Kanzlerszeiten das Hofblatt von Willy Brandt, ist verständlicherweise heute wieder besonders rührig im Geschäft. **„Zwischen Helmut Schmidt und Willy Brandt ist der offene Krieg ausgebrochen"** („Spiegel", 5.10.) lautet das Motto, das durch allerlei angebliche Insider-Geschichten aus der SPD grell-farbig ausgemalt wird. Brandt habe *„aus seiner Sympathie für die Bonner Friedensdemonstration kein Hehl gemacht"*. Niemand in der SPD glaube mehr, daß *„die zerstrittenen Häuptlinge"* (Brandt und Schmidt) *„sich auf ein gemeinsames Konzept einigen"* könnten („Spiegel", 5.10.). Inhaltlich jedenfalls lassen sich Gründe für den behaupteten „Machtkampf" nur schwer erkennen. Was Brandt auf der Funktionärskonferenz der SPD in Bad Godesberg Anfang Oktober zum Thema „Integration der kritischen Jugend" gesagt hat, liest sich jedenfalls sehr harmlos und fade: *„Neue Gruppierungen haben sich aufgetan und zwingen uns in eine Auseinandersetzung an neuen politischen Schauplätzen. Das macht uns die Arbeit nicht leichter. Umso mehr Umsicht und Überzeugungskraft müssen wir einsetzen, denn was sich hier in den nächsten Jahren tut, davon wird in gewisser Weise die biologische Zukunft der Partei abhängen ..."* (Zit. nach „Welt", 5.10.). In Widerspruch dazu soll Schmidt, so liest man, gesagt haben, *„man könne als politische Partei ‚nicht um jeden Preis jedermann nachlaufen'. So müsse zum Beispiel ein klarer Trennungsstrich zu denen gezogen werden, die glaubten, ihre politischen Ziele gemeinsam mit den kommunistischen Gruppen erreichen zu sollen. Diese Leute könnten nicht integriert werden"* (laut „Welt", 8.10.). Andererseits soll Schmidt seiner Partei aber auch „vorgeworfen.. haben, *„für die Friedenssehnsucht vieler Menschen kein geeignetes Forum und Ventil zur Verfügung gestellt zu haben"* und: *„Die SPD müsse für Gesinnungspazifisten ‚immer eine Heimat bieten'"* (ebenda).

Gar so weit sind die „zerstrittenen Häuptlinge" wahrscheinlich nicht voneinander entfernt. Zudem taucht auch bei Willy Brandt keine Andeutung über reale Änderungen der SPD-Politik auf; alles verbleibt im Bereich der Selbstdarstellung und der Kosmetik. Solange dies so bleibt, stellt sich auch die Gefahr gar nicht, daß die SPD von allerlei unwillkommenen Revoluzzern und Chaoten überlaufen werden könnte. Selbst bei ihren Versuchen, die neu entstandenen politischen und sozialen Bewegungen zu betrügen und einzukassieren, bleibt die SPD-Spitze vorerst halbherzig, konventionell und einfallslos. Neue Ideen und Experimente sind allenfalls von den Kräften um Eppler zu erwarten.





Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 20 oder 43 53 46; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 75; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 6.000

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.





Die Bilder auf dieser Seite (bis auf das 5-spaltige oben) stammen ebenso wie das Titelfoto und die Bilder auf Seite 2 von ‚Argus'-Foto

300 000 fordern für Millionen: Nie wieder Krieg!

Fortsetzung von Seite 1

Das Ergebnis schlägt voll auf sie zurück: Auf der Straße wurde d i e Aktionseinheit hergestellt, die Gegenstand aller hetzerischen Reden war: Christen, Kommunisten, Sozialdemokraten, Linke aller Richtungen demonstrierten ihre Einheit in dieser Frage. Für die herrschenden Kräfte war diese Demonstration erschreckend einseitig. Zentrale Forderungen des Aufrufs richteten sich gegen den Nachrüstungsbeschluß und den Bau der Neutronenbombe. Gefordert wurde vielfach einseitig die Abrüstung der NATO und der BRD. Mit Sicherheit verurteilt die große Mehrheit der 300.000 ebenso die Rüstungspolitik der UdSSR und sieht in deren Atomwaffenpotential auch eine konkrete Gefährdung. Dennoch ließen sie sich nicht auf die von ihnen geforderte Logik ein, zunächst gegen die Rüstung der UdSSR zu demonstrieren. Aus den Transparenten und Parolen ging eindeutig hervor, daß der Anlaß für die Demonstration die Aufrüstungspolitik der NATO, der USA und die blinde Gefolgschaft der Bundesregierung war. Diese Einseitigkeit ist allen gegenteiligen Einflüsterungsversuchen zum Trotz gerade die Stärke dieser Bewegung, denn darin verbirgt sich die Erkenntnis, daß Frieden nur durch Abrüstung der NATO und nicht durch Stillhalten der SU zu erreichen ist. Und trotz aller beschwörenden Aufrufe der SPD und ihrer Regierungsvertreter war dies auch eine Demonstration gegen die Politik der Bundesregierung und gegen Helmut Schmidt. Viel Beifall bekam Petra Kelly von den Grünen, als sie ausrief: *„Dies ist sehr wohl eine Kundgebung gegen Helmut Schmidt!"* Erhard Eppler, der mit Sicherheit mit dem meisten Beifall bedachte Sprecher dieser Kundgebung, mochte dies nur relativieren, nicht aber abstreiten: *„Man hat uns Einäugigkeit vorgeworfen, weil wir uns mit unserer Demonstration vor allem an unsere Regierung wenden, nicht an die sowjetische. Der Grund ist einfach: Wir, die meisten unter uns, haben diese Regierung gewählt, nicht die sowjetische. Sie ist unser Ansprechpartner."*

Zigtausende Mitglieder und Anhänger der SPD sind dem Aufruf zur Demonstration gefolgt. Diesmal waren es nicht nur die Jungsozialisten, die in dieser Hinsicht immer an der langen Leine geführt wurden. Diesmal haben sich ganze Ortsvereine der SPD gegen die eigene Partei gestellt und namentlich aufgerufen. Einen ebensolchen Einbruch gab es im gewerkschaftlichen Lager. Trotz Verbot durch den Bundesvorstand des DGB riefen ganze Gewerkschaften (GEW, HBV, IG Druck und Papier) zur Teilnahme auf und tausende Gewerkschafter taten es namentlich. Hierin deutet sich an, daß SPD und DGB mit den herkömmlichen Mitteln der Integration und des Drucks auf die Mitglieder scheitern werden. Ähnlich wie schon in der AKW-Frage sind sie nicht mehr in der Lage, die Friedensbewegung zu isolieren, wenn sie nicht zusehen wollen, wie ihnen die Mitglieder scharenweise davonlaufen.

Die Demonstration der 300.000 hat deutlich gemacht, daß ein zunehmender Teil der Menschen in der BRD der Regierung und dem Kapital die Gefolgschaft auf dem Weg der Hochrüstung und in den nächsten Krieg versagt. Auf der Kundgebung erhielt ein Kriegsdienstgegner viel Beifall, als er ausführte, eine realistische Friedenspolitik sei heute nur o h n e Waffen denkbar. Und er fügte als Traum hinzu: „Stell Dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin!" Dies drückt in etwa die Stimmung der Mehrheit der 300.000 aus, auch wenn über die einzuschlagenden Wege noch große Differenzen bestehen. Ein weiteres hervorzuhebendes Moment dieser Kundgebung war der demonstrierte Internationalismus. Etwa 10.000 Holländer und Dänen beteiligten sich am Zug. Aus Italien war eine Delegation eines Friedensmarsches angereist. Aus den USA war Coretta King dabei, eine der angesehensten Vertreterinnen der amerikanischen Friedensbewegung.

Diese Demonstration zeigt die Veränderung der politischen Landschaft der BRD. Die bürgerlichen Parteien haben gemerkt, daß diese Demonstration die Stimmung in einem großen Teil der Bevölkerung widerspiegelt. Die größte Gefahr für sie ergäbe sich daraus, wenn diese Bewegung außerhalb der herrschenden Parteien organisiert und somit zu einem unabhängigen Machtfaktor würde. Sie können sich ausrechnen, daß die Schwierigkeiten für sie um ein vielfaches gegenüber denjenigen, die sie heute schon beim Bau von AKWs haben, steigen würden. Wir werden es deshalb in der nächsten Zeit mit vielfältigen Versuchen zu tun bekommen, diese Friedensbewegung zu integrieren, wobei der Kampf gegen die linken Teile der Friedensbewegung ein Schwergewicht haben wird. Bei einem Teil der Veranstalter dieser Demonstration werden sie dabei nicht auf taube Ohren stoßen. Denn schon in der Vorbereitung dieser Demo wurde alles getan, um eine Mitbestimmung am Aufruf und der Gestaltung der Kundgebung von aktiven Friedensgruppen zu verhindern, während andererseits der SPD alle Türen offen gehalten wurden. Aus diesem Grund hat eine große Anzahl von Friedensgruppen und linken Organisationen mit einem eigenen Aufruf nach Bonn mobilisiert, den wir samt Unterschriftenliste dokumentieren.

Auf die Linke kommen jetzt große Aufgaben zu, wenn der aufgetretene Bruch im Lager der SPD für eine konsequente Friedenspolitik genutzt werden soll. Um dies zu diskutieren, laden die Unterzeichner des „Alternativen Aufrufs" alle Friedensgruppen in die ESG nach Göttingen ein.

Krokodilstränen für den »Führer«

Fortsetzung von Seite 1

PLO-Vertreter Abu Iyad erklärte: *„Heute Sadat, morgen Numeiri und danach alle übrigen Agenten"*. Nach Ansicht der arabischen Bürgermeister von Ramallah und Nablus war der Tod Sadats ein großer Verlust für die USA und Israel, „nicht aber für uns"; sie sprachen die Hoffnung aus, daß die Ermordung Sadats *„die Ermordung des Friedensprozesses à la Camp David"* sei. Radio Cuba nannte Sadat „Verräter an der arabischen Sache". Der iranische Rundfunk übermittelte Glückwünsche, verstieg sich allerdings in die Vision von einer islamischen Revolution, die zur Zeit in Ägypten stattfinde und verglich den Tod Sadats mit dem Sturz des Schahs. Gleichzeitig warnte er vor einem ägyptischen Bahtiar, der kommen werde, um das Volk im Auftrage der USA zu betrügen. Dieser Vergleich ist nach allem bisher Bekannten sicher maßlos übertrieben. Z.Zt. findet in Ägypten weder eine islamische noch eine andere Revolution statt. Der Nachfolger Sadats, Mubarak, politisch eine ähnliche Null wie Sadat, nur einige Nummern kleiner, wird in Ägypten allgemein „Die lachende Kuh", nach einer französischen Käsemarke, genannt. Er will den Kurs Sadats mit dem Kriegsrecht aufrechterhalten. Damit ist der zukünftige Sprengstoff schon gelegt. Ex-General Schasli, Held des Krieges von 73, von Sadat gefeuert und seitdem ein gewisser Kristallisationspunkt der Opposition, hatte als Punkt 1 seines Programmes erklärt: Sadat muß weg! Jetzt meldete er sich aus Libyen und verlangte die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Aufhebung aller „faschistischen repressiven Gesetze" („SZ", 8.10.)

Teile der im Indischen Ozean stationierten Schnellen Eingreiftruppe der USA und die 7. Flotte im Mittelmeer sind in erhöhte Bereitschaft versetzt worden. Mit dem Tode Sadats ist eine neue Runde im Pokern um die Macht im arabischen Raum eingeläutet. Das Fehlen einer den arabischen Völkern erkennbaren politischen und sozialen Alternative begünstigt die alten Kräfte: Die Befreiung Ägyptens wird nur im Rahmen einer länder- und staatenübergreifenden demokratischen Massenbewegung möglich sein. Die scheint aber noch weit weg zu sein.

Nahost-Kommission

Brokdorf-Prozesse in Itzehoe

Am 1.10. begannen in Itzehoe die ersten Brokdorf-Prozesse gegen Markus M. und Michael D. Nach der Demonstration am 28.2. war eine bundesweite Fahndung nach Demonstranten ausgelöst worden, denen die Staatsbehörden „Mordversuch" an einem Polizisten vorwarfen. Die Fahndung wurde mit der Veröffentlichung eines Pressefotos eröffnet, auf dem ein Polizist im Graben zu sehen war, auf den Demonstranten einschlagen. Markus und Michael waren dann als angebliche Täter inhaftiert worden. Markus saß bis Ende April in Haft, Michael inzwischen nun 6 Monate. Nachdem durch Fotos eindeutig belegt werden konnte, daß der Polizist bei der Knüppeljagd auf Demonstranten in den Graben geraten war, ist die Mordanklage fallen gelassen und durch eine wegen Körperverletzung ersetzt worden. Die Gefahr ist groß

Haftbefehl gegen Markus aufgehoben, doch Michael bleibt weiter in Haft.

Wegen der Empörung im Saal kam es am Schluß des 1. Prozeßtages bereits zur zweiten Räumung mit Polizeieinsatz. Auch am 2. Prozeßtag wurde der Saal wiederum zweimal geräumt. Zu Beginn sollten wiederum nur 40 Besucher im Gerichtssaal Platz haben. Die zweite Räumung erfolgte, nachdem Dr. Michaels als „Gutachter" zugelassen wurde, um den Geisteszustand" von Michael zu untersuchen. Im Saal waren deftige Rufe laut geworden, wie „Faschisten, Psychiater, Menschenjäger – Hände weg von Michael". Inzwischen kann man nur noch nach einer Ausweiskontrolle ins Gericht. Nachdem das Gericht trotz Einspruchs weiter Tonbandmitschnitte machte, es aber ab-

Gefolgschaft der Bundesregierung war. Diese Einseitigkeit ist allen gegenteiligen Einflüsterungsversuchen zum Trotz gerade die Stärke dieser Bewegung, denn darin verbirgt sich die Erkenntnis, daß Frieden nur durch Abrüstung der NATO und nicht durch Stillhalten der SU zu erreichen ist. Und trotz aller beschwörenden Aufrufe der SPD und ihrer Regierungsvertreter war dies auch eine Demonstration gegen die Politik der Bundesregierung und gegen Helmut Schmidt. Viel Beifall bekam Petra Kelly von den Grünen, als sie ausrief: *„Dies ist sehr wohl eine Kundgebung gegen Helmut Schmidt!"* Erhard Eppler, der mit Sicherheit mit dem meisten Beifall bedachte Sprecher dieser Kundgebung, mochte dies nur relativieren, nicht aber abstreiten: *„Man hat uns Einäugigkeit vorgeworfen, weil wir uns mit unserer Demonstration vor allem an unsere Regierung wenden, nicht an die*

gung zu isolieren, wenn sie nicht zusehen wollen, wie ihnen die Mitglieder scharenweise davonlaufen.

Die Demonstration der 300.000 hat deutlich gemacht, daß ein zunehmender Teil der Menschen in der BRD der Regierung und dem Kapital die Gefolgschaft auf dem Weg der Hochrüstung und in den nächsten Krieg versagt. Auf der Kundgebung erhielt ein Kriegsdienstgegner viel Beifall, als er ausführte, eine realistische Friedenspolitik sei heute nur o h n e Waffen denkbar. Und er fügte als Traum hinzu: „Stell Dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin!" Dies drückt in etwa die Stimmung der Mehrheit der 300.000 aus, auch wenn über die einzuschlagenden Wege noch große Differenzen bestehen. Ein weiteres hervorzuhebendes Moment dieser Kundgebung war der demonstrierte Internationalismus. Etwa 10.000 Holländer und Dänen beteiligten sich am Zug. Aus Italien war

Veranstalter dieser Demonstration werden sie dabei nicht auf taube Ohren stoßen. Denn schon in der Vorbereitung dieser Demo wurde alles getan, um eine Mitbestimmung am Aufruf und der Gestaltung der Kundgebung von aktiven Friedensgruppen zu verhindern, während andererseits der SPD alle Türen offen gehalten wurden. Aus diesem Grund hat eine große Anzahl von Friedensgruppen und linken Organisationen mit einem eigenen Aufruf nach Bonn mobilisiert, den wir samt Unterschriftenliste dokumentieren.

Auf die Linke kommen jetzt große Aufgaben zu, wenn der aufgetretene Bruch im Lager der SPD für eine konsequente Friedenspolitik genutzt werden soll. Um dies zu diskutieren, laden die Unterzeichner des „Alternativen Aufrufs" alle Friedensgruppen in die ESG nach Göttingen ein.

Stellungnahme des Bundesvorstandes der GRÜNEN zur Kritik des Göttinger-Arbeitskreises ▶

Der Bundesvorstand der GRÜNEN stimmt der Einschätzung des Göttinger Arbeitskreises der Demonstration am 10.10. zu.

Wir haben nach Feststellung dieser Besitzergreifung der Demonstration durch die SPD versucht, diese Strategie öffentlich zu machen.

Wir stellen fest, daß uns das nicht ausreichend gelungen ist.

DIE GRÜNEN haben bei den Vorbereitungsbesprechungen sich dafür eingesetzt, daß Personen aus der unabhängigen Friedensbewegung bei der Kundgebung sprechen könnten und werden dies auch weiterhin voll unterstützen.

Wir haben Aufruf des Göttinger Arbeitskreises verschickt und werden durch entsprechende Flugblätter, Transparente und Redebeiträge auf die Verantwortung der SPD-Regierung und der US-Regierung hinweisen.

Der BuVo der GRÜNEN würde die Durchführung einer alternativen, gewaltfreien Aktion bei der Demonstration am 10.10. begrüßen.und wird entsprechende Vorschläge auf der Bundesversammlung zur Diskussion vorlegen und unterstützen. (einstimmig)

Feststellung zu verschiedenen Anfragen an Petra Kelly anläßlich ihres Beitrages am 10.10.

1. DIE GRÜNEN (hier Petra Kelly) sind nicht bereit, sich bei der Demonstration am 10.10. in Bonn zu verleugnen. Petra Kelly versteht sich als Vertreterin der GRÜNEN, des BBU und der Aktion Frauen für den Frieden.
2. DIE GRÜNEN begrüßen es, wenn William Born als Insider die Etablierten mit seinem Beitrag bei der Demonstration in Bonn am 10.10. bloßstellen will. (einstimmig)

Bonn-Demo: Veranstalter betrügen Befreiungsbewegungen ▼

Gemeinsame Erklärung der Befreiungsbewegungen ANC, FDR/FMLN, SWAPO, PLO, FPOLISARIO und UP zur Friedensdemonstration am 10.10. in Bonn

Die Vertreter der Befreiungsbewegungen African National Congress (ANC/Südafrika), Revolutionäre Demokratische Front (FDR/FMLN/El Salvador), Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO), Volksfront für die Befreiung Saguia el Hamras und Rio de Oro (FPOLISARIO/Westsahara), Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) und die Unidad Popular (UP/Chile) erklären, daß die Veranstalter der am heutigen Tage in Bonn stattfindenden Demonstration, die Aktion Sühnezeichen und Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, es ihnen verwehrt haben, auf der Abschlußkundgebung zu sprechen.

Der Friede in Europa ist bedroht durch die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen und neuer Atomsprengköpfe. In der 3. Welt aber herrscht schon Krieg. Die weltweite militärische Offensive der US-Regierung richtet sich direkt gegen die Völker in Afrika, im Mittleren Osten und in Lateinamerika. Die USA unterstützen bedingungslos das marokkanische Regime in seinem Vernichtungskrieg gegen das sahrauische Volk, das dem sahrauischen Volk das elementarste Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit verweigert. Die Reagan-Administration hält die Junta in El Salvador an der Macht mit riesigen Waffenlieferungen und Militärberatern. Tag für Tag ermorden die Militärs 25 Menschen. Die Revolution in Nikaragua wird von Söldnerheeren eingekreist, die von den USA ausgebildet und bewaffnet werden. Israel führte [illegible] Nahostkrieg mit Zustimmung der USA. Höhepunkt war das barbarische Massaker an der Zivilbevölkerung in Beirut. Die Schnelle Eingreiftruppe, neue Militärstützpunkte und die militärisch-strategische Allianz zwischen Israel und den USA verstärken die militärische Präsenz der USA in diesem Raum. Im südlichen Afrika drangen die Truppen des verhaßten Apartheid-Regimes mordend und brandschatzend in Angola ein. Namibia ist von Südafrika illegal besetzt – das Volk von Namibia wird von den Militärstiefeln der südafrikanischen Armee unterdrückt – mit offener Billigung der USA. In Südafrika selbst sind 6 Befreiungskämpfer des ANC zum Tode verurteilt worden. Südafrika ist heute in der Lage, mit Hilfe gewisser westlicher Staaten, Israels und Taiwans selbst Atomwaffen zu produzieren.

– 2 –

Die Befreiungsbewegungen sind die weltweite Speerspitze in diesem Kampf gegen die aggressive und kriegsdrohende Politik der USA. Unsere Völker setzten tagtäglich ihr Leben ein im Kampf für Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit, und sie zahlen mit ihrem Blut einen hohen Preis.

Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden und die Aktion Sühnezeichen hatten einen Sprecher unserer Befreiungsbewegungen eingeladen, auf der Abschlußkundgebung der Demonstration zu sprechen, um den engen Zusammenhang zwischen der Friedensbewegung in diesem Lande und dem Kampf um Frieden und Befreiung in unseren Ländern darzustellen. Wir sind dieser Einladung bereitwillig nachgekommen.

Von den Veranstaltern wurde uns dann – entgegen der getroffenen Vereinbarung – das Ultimatum gestellt, entweder die PLO aus unserem Kreis auszuschließen und weder den Namen PLO noch das Palästina-Problem zu erwähnen oder überhaupt nicht zu reden. Alle Vertreter der Befreiungsbewegungen haben dieses Ultimatum einstimmig abgelehnt und erklärt, daß sie unter dieser Bedingung nicht reden würden.

Auf Einladung der Veranstalter kam es daraufhin zu einem Gespräch mit den Vertretern der Befreiungsbewegungen. Bei diesem Gespräch wurde Übereinstimmung erzielt, daß der Vertreter des ANC auf der Kundgebung spricht und zwar im Namen aller beteiligten Befreiungsorganisationen. Die ausgearbeitete Rede wurde daraufhin den Veranstaltern auf deren Wunsch hin übergeben. Diese erklärten nun, daß diese Rede "als politisches Manifest" auf der Abschlußkundgebung nicht zugelassen werde, daß der Sprecher der Befreiungsbewegungen diese Rede nicht halten dürfe.

Wir erklären hiermit, daß wir die Zensur unserer Rede ebenso einstimmig und kategorisch zurückweisen wie wir das gestellte Ultimatum abgelehnt haben. Wir tun dies aus Stolz und Würde und aus Hochachtung vor dem Blut, das unsere Völker tagtäglich vergießen in ihrem Kampf für Frieden und Gerechtigkeit. Wir geben aber unserer Hoffnung Ausdruck, daß die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa hierbei nicht stehenbleiben wird, daß wir vielmehr bald Seite an Seite kämpfen werden – Friedensbewegung und Befreiungsbewegung – .

ANC, FDR/FMLN, SWAPO, FPOLISARIO, PLO und UP

Brokdorf-Prozesse in Itzehoe

Am 1.10. begannen in Itzehoe die ersten Brokdorf-Prozesse gegen Markus M. und Michael D. Nach der Demonstration am 28.2. war eine bundesweite Fahndung nach Demonstranten ausgelöst worden, denen die Staatsbehörden „Mordversuch" an einem Polizisten vorwarfen. Die Fahndung wurde mit der Veröffentlichung eines Pressefotos eröffnet, auf dem ein Polizist im Graben zu sehen war, auf den Demonstranten einschlagen. Markus und Michael waren dann als angebliche Täter inhaftiert worden. Markus saß bis Ende April in Haft, Michael inzwischen nun 6 Monate. Nachdem durch Fotos eindeutig belegt werden konnte, daß der Polizist bei der Knüppeljagd auf Demonstranten in den Graben geraten war, ist die Mordanklage fallen gelassen und durch eine wegen Körperverletzung ersetzt worden. Die Gefahr ist groß, daß gerade in diesem Prozeß ein Zeichen gesetzt und schwere Strafen ausgesprochen werden sollen. Die Solidaritätsdemonstration am 26.9. in Itzehoe, auf der 600 bis 800 Demonstranten die „Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner" und für die „Freilassung von Michael Duffke" forderten, wurde wiederum mit Polizeiknüppeln und Wasserwerfern auseinandergetrieben (wir berichteten davon im letzten AK).

Am 1. Prozeßtag waren 100 AKW-Gegner erschienen, von denen allerdings nur 40 als Beobachter zugelassen wurden, obwohl ein größerer Raum zur Verfügung gestanden hätte. Es bedurfte mehrerer Verteidigeranträge, bis die Verlobte von Michael schließlich als Beobachterin des Prozesses zugelassen wurde. Gegen den Einspruch der Staatsanwaltschaft wurden die Verteidiger von Michael und Markus als Pflichtverteidiger anerkannt und somit erst einmal aus der Staatskasse bezahlt.

Der Antrag auf Einstellung des Verfahrens wurde hingegen abgelehnt. Die Verteidiger hatten den Antrag damit begründet, daß ein faires Verfahren nach der gelaufenen Pressekampagne nicht mehr zu erwarten sei. Schon vor der Demo hatte Springers ‚BILD' „Blut und Chaos" vorhergesehen, versuchter Polizisten-„Mord" und Polizisten als „brennende Fackeln" begleiteten die Pressehetze nach der Demo. Noch im Fahndungsaufruf in der Tagesschau (vom 23.3.81) waren die wildesten Lügen über den Vorgang im Graben verbreitet worden, nachdem in der Regionalpresse vom 3.3. schon zu lesen war, daß Polizist Schütt nur leicht verletzt gewesen war und ihm schon am Vortage der Innenminister in aller Öffentlichkeit die Hand geschüttelt hatte. Doch noch Monate später (z.B. „Bunte Illustrierte" vom 30.7.) war immer noch vom „halbtoten" Polizisten zu lesen. Den nächsten Eklat gab es, als festgestellt wurde, daß das Gericht heimlich ein Tonband mitlaufen ließ. Es kam (nach dem Einlaßverbot) wiederum zu Tumulten, die Polizei räumte zum ersten Mal den Saal. Michael selbst wurde von den Polizisten an den Haaren gezogen, getreten und geschlagen.

Anschließend wurde zwar der Haftbefehl gegen Markus aufgehoben, doch Michael bleibt weiter in Haft.

Wegen der Empörung im Saal kam es am Schluß des 1. Prozeßtages bereits zur zweiten Räumung mit Polizeieinsatz. Auch am 2. Prozeßtag wurde der Saal wiederum zweimal geräumt. Zu Beginn sollten wiederum nur 40 Besucher im Gerichtssaal Platz haben. Die zweite Räumung erfolgte, nachdem Dr. Michaels als „Gutachter" zugelassen wurde, um den Geisteszustand" von Michael zu untersuchen. Im Saal waren deftige Rufe laut geworden, wie „Faschisten, Psychiater, Menschenjäger – Hände weg von Michael". Inzwischen kann man nur noch nach einer Ausweiskontrolle ins Gericht. Nachdem das Gericht trotz Einspruchs weiter Tonbandmitschnitte machte, es aber ablehnte, Pressefotos zu beschlagnahmen, auf denen Markus ohne Erlaubnis abegelicht wurde, kam der erste Befangenheitsantrag seitens der Verteidiger, die sich Richter Selbmanns Verhalten nur mit dessen Erfahrungen mit der Presse im Pinneberger Vergewaltigungsprozeß erklären können. Dann kam es zum Verlesen der Anklageschrift ...

Der Prozeß wird fortgesetzt:
am 15.10. 8.45 Uhr in Itzehoe:
Vernehmung des Bullenzeugens und Nebenanklägers Schütt

Großveranstaltung zu Brokdorf-Prozessen geplant

Auf Vorschlag des Arbeitskreises Leben und verschiedener BI's und Organisationen soll Anfang November eine Großveranstaltung zu den Prozessen (im AudiMax in Hamburg) vorbereitet werden.

Thema sind die Forderungen der Brokdorf-Demo bzw. wie es damit weitergeht; weiterhin die Problematik der Kriminalisierung, wie sie in Brokdorf, aber auch in Nürnberg und Westberlin deutlich geworden ist.

In der kommenden Woche laufen die Vorgespräche dazu an.

Adressen/Konten:

Prozeßinfo
in Hamburg: AK politische Ökologie
c/o Ökoladen Turnerstr. 9,
2 Hamburg 6, Tel: 040/432364
in Itzehoe: BI-Itzehoe,
Neumondladen, Lindenstr. 33,
Tel: 04821/2435
Konto:
Spendenkonto Ermittlungsausschuß
Stichwort „Brokdorf 28.2."
Vereins- und Westbank Nr. 1118412
BLZ 200 300 00

***

AKL-Prozeßnachrichten
c/o Michael Petersen,
Gustav-Falke-Str. 2, 2 Hamburg 13
Tel: 040/44 39 46

Konto: Michael Petersen,
Stichwort: Brokdorf-Verfahren
Postscheckamt Hamburg
Nr. 138478 - 205, BLZ 200 100 20

Startbahn-West: Solidarität gegen Staatsgewalt

Mörfelden-Walldorf. Seit Dienstag, den 6.10., ist das sieben Hektar große Gelände am Südrand des Frankfurter Flughafens in ein polizeiliches Heerlager verwandelt. Natodraht ist entlang des Waldrands gezogen worden. Dahinter stehen Polizei- und Bundesgrenzschutztruppen in einer Zusammenballung und mit einer Ausrüstung, wie sie Hessen noch nie erlebt hat. Sie sichern die Arbeit von Planierraupen, Baggern und Kränen, mit denen eine über zwei Meter hohe Betonmauer errichtet wird, wie es bei Atomkraftwerken üblich ist. Hinter dieser Mauer soll ein Tunnel errichtet werden, der die Okriftelerstraße unter die Trasse der zukünftigen Startbahn hindurchführen soll. Wenn auch der Bau der geplanten dritten Piste des Flughafens selbst noch nicht begonnen hat, wenn auch die Axt gegen den Wald noch nicht geschwungen wird, so werden doch Tag für Tag Fakten geschaffen. Fakten, die auch der massenhafte Widerstand der Bürgerinitiativen derzeit nicht verhindern kann. Auf den ersten Blick scheint es erstaunlich zu sein, daß trotz dieser Situation die Stimmung bei den Startbahngegnern keineswegs gedrückt ist. Man ist im Gegenteil davon überzeugt, in dieser Woche einen klaren Sieg nach Punkten gegen die Flughafen AG und den Staat errungen zu haben. Und das hat seine Gründe.

Schon Anfang Oktober wurde bei der Bürgerinitiative und der AG Volksbegehren „Keine Startbahn West" die Information gehandelt, daß am 6.10. eine große Polizeiaktion anstände. Schließlich verdichteten sich die Hinweise immer mehr: In den Krankenhäusern der Region wurden Bereitschaftsdienste angeordnet; Polizeihubschrauber trafen am Flughafen ein, auf Rhein-Main wurden in Flugzeughallen Feldbetten für die Polizei aufgestellt usw. Am Abend des 5.10. mobilisierte die BI zunächst ihre 32 Ortsgruppen in den Wald. Nur zwei Stunden später wurde der überregionale Alarm von den Startbahngegnern ausgelöst. Aus Baden-Württemberg war bekannt geworden, daß sich große Polizeikolonnen auf den Weg gemacht hatten. Noch in derselben Nacht strömten mehrere tausend Menschen ins Hüttendorf, zum größten Teil mit schwerem Gepäck und ausgerüstet für einen mehrtägigen Aufenthalt. Die BI empfing sie mit einem klaren Konzept: Die bereits vor einem Jahr gerodete Fläche von sieben Hektar an der Okriftelerstraße wurde besetzt. Ohne Zeit zu verlieren, wurde dort ein dreiecksförmiges Gebiet mit Gräben und Wällen befestigt, das zum Waldrand hin, wo bereits ein Widerstandsturm steht, offen war. An der Spitze dieses Dreiecks, das ist die dem Flughafen am nächsten kommende Stelle, wurde ebenso rasch wie fachkundig ein zweiter Holzturm errichtet. In einer langen Kette standen Hunderte in den Gräben und schaufelten im Schein der Lagerfeuer wie die Berserker. Eingehalten wurde nur zur vollen Stunde, wenn die Nachrichten im ARD-Nachtprogramm vom Turm über Megaphon übertragen wurden. Noch vor Morgengrauen war das Dreieck im Großen und Ganzen befestigt, der zweite Turm errichtet, aber trotzdem wollte sich der Schlaf bei den um die Feuer Kauernden nicht einstellen. Immer noch keine Polizei zu sehen bis auf eine Hundertschaft, die vorübergehend an einem Flughafentor aufgetaucht war, als die Okriftelerstraße weitgehend „zugeparkt" wurde.

Gegen Mittag marschierte die Polizei innerhalb des Flughafens auf ... gigantisch. Was da an Fahrzeugen Aufstellung bezog, spottet jeder Beschreibung. Doch es geschah zunächst einmal nichts. Oder besser: Das, was in diesen Stunden geschah, fiel im ersten Augenblick nicht so sehr auf, war aber dann doch entscheidend für die gesamte Auseinandersetzung. Nach und nach, aber ohne abzureißen, kamen Menschen in den Wald, ins Hüttendorf und auf das „Dreieck". Aus Mörfelden-Walldorf, aus Rüsselsheim, Groß-Gerau, Darmstadt und Frankfurt. Junge und Alte, Stadt und Land, Gewaltfreie und Militante, Popper und Punks. Ohne daß man es gleich gewahr wurde, füllte sich der Platz. Als die Polizei am Dienstag, gegen 15.00 Uhr, ihren Einsatz begann, war das besetzte Gelände schlicht voll. Dies waren 10.000 bis 15.000 Menschen. Fast nochmal so viel müssen es gewesen sein, die im Hüttendorf oder im Wald auf dem Anmarsch waren. **Die Widerstandsbewegung hatte es sich nicht nehmen lassen, „vor Ort" für ihr Recht zu demonstrieren.**

Daß sie nicht nur alle Argumente, sondern sogar die „geltenden Gesetze" auf ihrer Seite haben, machten die Sprecher der Startbahngegner immer wieder über Megaphon klar.

– Bei Respektierung elementarer demokratischer Grundsätze sollte es ausgeschlossen sein, mit dem Bau eines Projektes zu beginnen, über das die Bevölkerung per Volksbegehren/Volksentscheid erst noch abstimmen soll.

– Das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren für den Startbahnbau steht noch aus.

– Der Planfeststellungsbeschluß sieht die Untertunnelung der Okrfteler-straße an einer ganz anderen Stelle vor, als im Moment gebaut wird (in ca. 1.700 m Entfernung).

Mit großem Beifall wurde es aufgenommen, wenn über Megaphon wiederholt die Paragraphen aus dem Grundgesetz und der hessischen Landesverfassung vorgelesen wurden, die ein Widerstandsrecht der Bevölkerung vorsehen. Selten zuvor haben diese Paragraphen eine solche öffentliche Aufmerksamkeit gefunden ...

Derweil ging die Polizei Schritt für Schritt ans Werk. Es gab keinen „Sturm" auf den besetzten Platz. Stattdessen einen „Baubeginn". Östlich des „Dreiecks" wurden inmitten der uniformierten Truppen Vermessungen vorgenommen, Natodraht gezogen, Planierraupen in Gang gesetzt. Auf diese Weise „arbeitete" sich die Staatsmacht nach etwa zwei Stunden bis an den Rand des besetzten Platzes heran. Erst dann begann die Bedrohung, unmittelbar zu werden. Wasserwerfer fuhren überall dicht an den Graben der Besetzer heran, tausende von Polizisten bildeten einen Ring: Belagerungszustand. Schließlich gab die Einsatzleitung den Befehl für eine Hundertschaft, über den Graben zu springen und sich auf dem von den Startbahngegnern errichteten Wall zu postieren. Soweit kamen sie auch. Doch ein weiteres Vordringen wäre nur bei massiver Gewaltanwendung



Fotos auf dieser Seite: Helmut Fricke

möglich gewesen. Denn hier saßen, supereng zusammengequetscht und fest ineinander verklammert, die bunt gemischten Menschen. Ein Zurückdrängen, Hindurchlaufen oder Wegtragen war der Polizei angesichts dieser Menge nicht möglich. Diese Menge hätte nur durch eine totale Eskalation seitens der Polizei vertrieben werden können. So zog die Einsatzleitung, auf eine „gute Presse" bedacht, ihre vorderste Reihe zunächst einmal zurück und wartete ab.



Großer Jubel bei den Startbahngegnern – man hatte sich durchgesetzt. Geschlossenheit führt zum Erfolg. Nun kamen die Apostel der Gewaltfreiheit zum Zuge – verständlich vielleicht in dieser Situation, aber ebenso gefährlich. Daß keine Gewalt angewandt worden sei, das habe den „Sieg" ermöglicht. *„Wir sind so stark, daß wir auf Gewalt gar nicht angewiesen sind"*, erscholl es von einem Turm. Einzelne BI-Sprecher forderten dazu auf, mit den Polizisten nicht nur zu diskutieren, sondern ihnen auch *„etwas zu schenken"*. Dies hatte eine ganz logische Folge, die eigentlich vorhersehbar gewesen sein müßte: Die Menschen verließen, erschöpft von den Strapazen, gegen Abend den Platz, irgendwie war die Spannung angesichts des „Sieges" ja auch raus. Hektische Aufrufe der BI, zu bleiben – *„Wir brauchen jeden, die Polizei zieht Verstärkungen heran"* – fruchteten nun natürlich nichts. Die Zahl der Besetzer schrumpfte in der Nacht auf den Mittwoch auf ca. 1.000 und wuchs in den frühen Morgenstunden auch nur langsam an. Nun aber gingen die vom Frankfurter Psychologie-Experten Gemmer kommandierten Truppen zur Sache über. Das „Dreieck" wurde erneut eingekesselt und durch den BGS auch zum Wald hin abgeschnitten. Da die zu diesem Zeitpunkt anwesenden Leute den Platz nicht nach allen Seiten hin absichern konnten, gruppierten sie sich um die beiden Türme. Doch auch jetzt gab es noch keine Räumung. Vielmehr fuhren die Baumaschinen heran, offenkundig mit dem Ziel, sich durch die Mitte des Platzes, direkt zwischen den beiden Türmen, hindurchzufressen. Als sich die Demonstranten daraufhin direkt vor die Maschinen setzten, kesselte die Polizei jede der jetzt drei Besetzergruppen ein und trennte sie voneinander. Was hier demonstriert wurde, war polizeiliche Gigantomanie. Immer wenn man glaubte, jetzt greifen sie zu, rückten erst noch weitere Hundertschaften an, um den Platz zu füllen. Schließlich rollten Gefangenentransporter an, in die die Besetzer verladen und nach einigen Kilometern Fahrt wieder freigelassen wurden. Dies zog sich bis zum Abend hin, und mit zunehmender Dauer steigerte sich auch die Brutalität des staatlichen Einsatzes. Mehrere Leute wurden verletzt, zwei waren vorübergehend bewußtlos, auch die Presse wurde, wie schon in Gorleben, beim Fotographieren behindert.

Für eine Gruppe von knapp hundert älteren Bürgern aus Mörfelden-Walldorf war dies nicht einmal die erste derartige Erfahrung in ihrem Leben. *„Das ist ja wie im KZ"*, hieß es, als die Polizei ihren Belagerungsring gezogen und den Natodraht verlegt hatte. Antifaschistische Traditionen, wie gerade in dieser Gemeinde, überdauern eben doch die Jahrzehnte. Es waren auch die Walldorfer, die die zeitweise Lähmung durch das stundenlange Warten im „Käfig" überwinden halfen. Oma und Opa machten den Anfang (ja – das ist kein Kitsch, das war tatsächlich so!). Beide in langen grauen Mänteln, Kniebundhosen und dicken Wollsocken. Er mit Taucherbrille und Schal, sie mit der gebräuchlichen „Gletscherbrille" (zwei getrennte Gläser) und langem Tuch. Die Empfehlungen der BI zum Selbstschutz hatten sie also peinlichst befolgt. *„Wir gehen jetzt mal die Gegend ab"*, sagte sie. *„Man muß sich ja die Zeit vertreiben"*. Also marschierten die beiden unter Beifall und von der Presse verfolgt die Polizeiketten ab, hielten hier und da inne und machten die Polizisten an, denen zum Teil die Verlegenheit aus den Gesichtern zu lesen war. Ältere Bürger unter den Eingeschlossenen ergriffen auch die Initiative zu einer „Demo" – immer im Kreis um den Turm herum. **„Wehrt euch, leistet Widerstand"** wurde gesungen, und die mittlerweile wieder auf einige tausend angewachsene Menschenmenge am Waldrand winkte und klatschte begeistert. Wer mag es diesen Menschen verdenken, daß sie sich als Geiseln fühlten und für „Gewaltfreiheit" plädierten? *„Das kriegen wir doch nachher ab, wenn jetzt am Waldrand Aktionen laufen"*. Dort waren nämlich Wasserwerfer in Aktion getreten, als eine Gruppe an einer Stelle versuchte, Äste und Bretter über den Natodraht zu legen. Dies beantwortete die Polizei mit einem brutalen Knüppeleinsatz und Verfolgungsjagden im Wald. Gegenüber den Gewaltfreiheitsideologen, die wieder einmal die „Frankfurter Chaoten" am Werk sahen, mußte die BI allerdings klarstellen, daß diese Aktionen durch das gemeinsam verabschiedete Widerstandskonzept voll abgedeckt sind. Denn darin heißt es unmißverständlich: **Was sie abreißen, wird von uns wieder aufgebaut, was sie aufbauen, wird von uns abgerissen.**

Schließlich waren am späten Mittwoch abend nur noch die Besetzer des zweiten, vorderen Turms auf dem Platz übriggeblieben, die die Leitern und Seile hochgezogen hatten – umringt von der Staatsmacht und ihrem Gerät. Ein paar hundert Startbahngegner beobachteten vom Waldrand aus die gespenstische, vom Flutlicht der Polizei erleuchtete Szene. Es ist wie auf einer riesigen Bühne, lange Schatten, Nebelschwaden am Boden und die Bäume, die wir erhalten wollen, in einer eigenartigen Schönheit. Seltsam genug: auf unserer Seite der so-



Fortsetzung von voriger Seite

Fortsetzung von voriger Seite

genannte „deutsche Wald" und hinter den Polizisten die orange- und blaufarbigen Lichter des Airports. Bei den Bullen hektisch herumlaufende Zugführer, die die Ketten immer wieder aufs Neue „ausrichten". Bei uns Bürger, die auf einem Baumstamm oder an einem kleinen Feuer sitzen, erschöpft, aber „es arbeitet" in ihnen wie bei uns Linken.

Vorne, wo noch eine größere Menge steht, sagt einer, ca. 45 Jahre, zu einem Jungen neben ihm: *„Willst du immer noch Polizist werden?"*. Der druckst verlegen rum: *„Nee ..."*.

„Das ist nämlich mein Sohn", erklärt der Ältere den Herumstehenden. *„Der wollte mal bei denen da einsteigen"*.

Was die Presse angeht, so ist die Polizeitaktik natürlich aufgegangen. Überall ist von „Besonnenheit" des Einsatzes die Rede. Daß allein schon dieses irrsinnige Aufgebot gegen eine Volksbewegung ein Skandal ist, und daß der Bulle reinhaut, wo die Presse nicht anwesend ist (Knüppeleinsätze im Wald, faschistische Sprüche beim Gefangenentransport, abgeknickte Antennen und zerstochene Reifen bei geparkten PKWs usw.), das spielt für die Medien natürlich keine Rolle. Wichtiger aber ist der Versuch unter Gemmers Regie, mit Hilfe der „flexiblen Taktik" eine Konfrontation mit den Bürgern der Region zu vermeiden, andererseits aber die „Chaoten" (Hüttendorf, „Frankfurt") zu isolieren. **Dies ist in dieser Woche n i c h t gelungen.** Im Gegenteil. Pfarrer Oeser beispielsweise, SPD-Mitglied und gewiß kein „Radikaler", spricht von einer „Ermutigung" durch das Zusammenstehen von *„Lang- und Grauhaarigen"* in diesen Tagen, beschwört die Geschlossenheit der Startbahngegner und mahnt, daß es nicht wieder zu einer Isolierung des Hüttendorfs kommen dürfe. Gemeinsam ist der Kampf von allen

Gemeinsam ist der Kampf von allen

„Fraktionen" geführt worden, gemeinsam hat man Stärke gezeigt, man hat miteinander diskutieren können und ein Konsens war in allen kritischen Situationen möglich. D i e s ist es, was die teilweise euphorische Stimmung hervorgerufen hat, und dies berechtigt auch, daß wir uns als die Sieger in dieser Woche fühlen.

Gewiß versucht die bürgerliche, veröffentlichte Meinung, das Ganze als „Sieg der Gewaltfreiheit" zu verkaufen, um die Bewegung auch zukünftig darauf zu verpflichten. Doch wird hier übersehen, daß die Startbahngegner lediglich „aus der Not eine Tugend" machten. Tatsächlich ging es ja weniger um einen Glaubenskrieg „Gewalt oder nicht", sondern darum, angesichts der militärischen Übermacht der Gegenseite überhaupt zu einer starken Mobilisierung und zu gemeinsamen, wirksamen Widerstandsformen zu kommen. Wobei nicht übersehen werden sollte, daß das Ausheben von Gräben und Errichten von Wällen in diesem Land durchaus als „Gewaltanwendung" gilt. Die Leute aus der Region, die mit ihrer Beteiligung an den Aktionen durchaus etwas riskierten, sind ja keine ideologischen Eiferer der Gewaltfreiheit. Von ihnen kann man mitunter ebensogut die militantesten Sprüche hören. Darum ist es das wichtigste, daß man mit ihnen diskutiert und daß weiter Aktionsformen gefunden werden, die auf einen breiten Konsens stoßen.

Der Donnerstag war geprägt von Versuchen der BI-Aktivisten, den Nato-Drahtzaun zu beschädigen. Es soll nicht verschwiegen werden, daß eine Gruppe von „Örtlichen" entschieden dagegen Front machte und dies als Widerspruch zur „Gewaltfreiheit" kritisierte. Die Besetzer des vorderen Turms räumten gegen Zusicherung freien Geleits ihr Terrain, nachdem ihnen die ach so freundliche Polizei jeden Kontakt (also auch Essen und Getränke) mit der BI verwehrt hatte.

Freitag freilich sah die Sache schon anders aus. Dies war der erste Ferientag in den Schulen (die übrigens zwei Tage zuvor in Walldorf schon im Vollstreik waren). Die „Kids" ab zwölf Jahren machten sich daran, die Betonmauer zu beschädigen, d. h. den daraufliegenden Stacheldraht zu entfernen. Davon ließen sie sich weder durch heranstürmende Polizeitruppen noch durch Wasserwerfer oder Tränengas abbringen. Rückten die Bullen mit geschwungenem Knüppel ihnen zu Leibe, setzten sie sich auf den Boden und hakten sich unter („Was soll das, wir sind doch gewaltfrei"). Mit Erfolg: Meist zogen die uniformierten Schläger wieder ab, ohne auf ihre Kosten zu kommen. Nun droht die Polizei mit der Räumung des Hüttendorfs. Dem aufmerksamen Beobachter freilich konnte nicht entgehen, daß bei diesen Aktionen so mancher älterer Bürger dabeistand und Beifall klatschte.

KB/Gruppe Frankfurt

Was hat die Startbahn mit dem 3. Weltkrieg zu tun?



Wer profitiert eigentlich von der Startbahn West? Angesichts der unbestreitbar negativen Entwicklung der zivilen Luftfahrt, drängt sich die Frage nach dem t a t s ä c h l i c h e n Sinn und Zweck der umstrittenen 3. Startbahn auf dem Frankfurter Flughafen auf. *„Hieß es noch zu Ende der 60er und Beginn der 70er Jahre, die Startbahn werde gebraucht, da sonst der Verkehr in Frankfurt in wenigen Jahren zusammenbrechen würde, so verschob sich in dem Maße, indem offenbar wurde, daß die kühnen Zukunftsprognosen sich nicht bewahrheiteten, der vorausgesagte Zusammenbruch immer weiter in die Zukunft. Für 1977 waren 345 000 Flugbewegungen im Jahr vorhergesagt, tatsächlich waren es dann 201 000!"* (1).

Die jüngere Auseinandersetzung um die geplante Flughafenerweiterung wird von Beginn an von dem „Gerücht" begleitet, daß die US-Streitkräfte die e i g e n t l i c h e n Nutznießer einer 3. Startbahn auf dem Rhein-Main Flughafen seien. Mittlerweile hat sich u.a. auch der „stern" dieser heiklen Frage angenommen. In einer seiner letzten Ausgaben konstatiert das Magazin unter der Überschrift „Eine Piste für die Verbündeten" u.a.: *„Von dem geplanten Ausbau des Verkehrsflughafens durch eine zusätzliche Startbahn profitieren auch die Militärs. Mit jährlich über 15 000 Starts und Landungen lastet die US-Luftwaffe den Flughafen zu 6,5 % aus. Nach einer Vereinbarung mit dem Bundesfinanzministerium aus dem Jahre 1959 hat der zivile Luftverkehr Vorrang. Das Gelände der US-Air-Base ist den Allierten jedoch zur ‚ausschließlichen Nutzung' übereignet.*

(...)

In der Logistik der NATO ist der Flughafen Frankfurt fest eingeplant. **Das sogenannte Langzeitprogramm (LTDP) von 1978 sieht einen Ausbau der europäischen Flughäfen zur schnellen Verstärkung der NATO-Streitkräfte vor. Die Startbahn-West wird deshalb auch von den Militärs als eine Piste mit Zukunft angesehen.**

So ist in den Unterlagen zum wasserwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren vorgesehen, daß die Betondecke der Startbahn West den militärischen Richtlinien der Vereinigten Staaten zu entsprechen hat"(2).

Bereits im Mai hatte ein Bonner Manager-Rundbrief („Fuchsbriefe") für Furore gesorgt, der die USA als eigentliche Auftraggeber des Startbahn-Projektes nannte und die Flughafenerweiterung im Zusammenhang mit der geplanten mobilen Eingreifreserve für die Golfregion brachte. In dem besagten Rundbrief ist davon die Rede, *„daß die US-Air-Force auf diese Kapazitätsausweitung besteht und drängt ... Frankfurt sei für die Air-Force – so sagen die Amerikaner – als Drehscheibe und Stützpunkt für den Verkehr mit dem Vorderen und Mittleren Osten unerläßlich. Wenn die geplante Eingreiftruppe für die Ölregion geschaffen ist, sollen Geräte und Ausrüstungen und auch Personal zu einem Teil im Raum Frankfurt stationiert werden"*.

Die hessische Landesregierung sah sich daraufhin zu einem selten dämlichen Dementi genötigt, das keineswegs die zentralen Aussagen aus den „Fuchsbriefen" zurückwies, sondern geradezu bestätigte. *„Der Bau der umstrittenen Startbahn des Frankfurter Flughafens steht nach übereinstimmender Auskunft deutscher und amerikanischer Stellen in keinem Zusammenhang mit einer* **möglicherweise beabsichtigten** *Stationierung von Teilen der geplanten US-Eingreifreserve für die Golfregion"*(3).

Die „FR" ließ sich damals nicht beirren und schrieb ganz richtig, daß die US-Air-Force *„ungeachtet der Dementis ... von dem geplanten Bau der Startbahn 18 West profitieren (dürfte). Der Stützpunkt ist in beiden Richtungen wichtigster Knotenpunkt bei der Zusammenführung von in Europa und Nahost stationierten Soldaten mit ihren Familien und einer der Hauptumschlagplätze des militärischen Nachschubs der US-Streitkräfte"*(4).

Erst kürzlich überraschten amerikanische Journalisten mit einer neuen Nachricht (Bildschirmtext BTX Mozartturm Nr. 377305529): *„Wenn uns zugespielte Informationen stimmen, dann werden die Bürger im gesamten Rhein-Main Gebiet betrogen. Denn die Startbahn West soll nur zur Verbindungsbahn zu zwei Riesen-Runways südlich der bestehenden Landebahnen des Frankfurter Flughafens verbunden werden. Die Amerikaner wollen ihre dort gelegene US-Air Base gigantisch vergrößern"*(5).

Vor diesem Hintergrund wird verständlicher, warum Börner und Schmidt mittlerweise in Sachen Startbahn West nicht mehr zu sagen haben, als daß ihr Bau „unumgänglich" und zudem noch „total logisch" sei. Schmidt begab sich erst kürzlich eigens nach Wiesbaden, um die dortige hessische SPD-Landtagsfraktion auf diesen platten Kurs einzustimmen.

Ebenso wird verständlich, warum die Landesregierung die Auseinandersetzung um die Flughafenerweiterung in dieser Schärfe und Brutalität führt. Der Baubeginn wurde vergangene Woche wider elementare gesetzliche Vorschriften und unter Ignorierung eines laufenden Volksbegehrens, das die massenhafte Unterstützung der hessischen Bevölkerung genießt, vollzogen. Angesichts stetig voranschreitender Kriegsvorbereitungen ist der Spielraum für sozialdemokratische Integrationsmanöver offensichtlich eng gezogen.

Geostrategische Lage und US-Air Base

Aufgrund seiner geografischen Lage eignet sich die Rhein-Main Region (mit Frankfurt als Zentrum) hervorragend als „Drehscheibe" für die Ver-

ragend als „Drehscheibe" für die Ver-

legung größerer militärischer Kontingente in andere Regionen der Welt, insbesondere den Nahen und Mittleren Osten. Auf den europäischen Kontinent bezogen liegt Frankfurt genau auf der Mitte zwischen Paris und Dresden. Nirgendwo außerhalb der USA sind US-Truppen in derart massierter Form stationiert wie im Rhein-Main-Gebiet (6).

Unweit von Frankfurt entfernt befinden sich mit Heidelberg und Ramstein/Pfalz weitere NATO-Zentralen für Europa. In Heidelberg wurden im Laufe des Jahres 1980 insgesamt 4 NATO-Kommandozentralen konzentriert, um eine gute und schnelle Koordination zu gewährleisten (7).

In Ramstein/Pfalz befindet sich das Hauptquartier der US-Luftstreitkräfte in Europa (USAFE/United State Air Force in Europe) und das Hauptquartier der Allierten Luftstreitkräfte Europa-Mitte (AAFCE/Allied Air Force Center in Europe) (8).

In Frankfurt selbst befindet sich, in unmittelbarer Nachbarschaft zum „zivilen" Rhein-Main Flughafen, auf exterritorialem Gebiet die ‚Rhein Main Air Base', der größte Stützpunkt des ‚Military Airlift Command' (MAC; siehe Kasten) außerhalb der USA, logistisches Zentrum der NATO für Westeuropa und europäischer Brükkenkopf Nr. 1 für NATO-Aktivitäten in Afrika sowie vor allem im Mittleren und Nahen Osten.

Die Zahl der Menschen, die auf diesem, dem MAC unterstellten Stützpunkt „leben und arbeiten", wird mit 10 000 angegeben. Die FAG, Flughafenbetreibergesellschaft und somit offiziell verantwortlich für die Startbahn 18 West, beschreibt das rege Treiben auf der Air-Base in ihrer Hauspostille „Flughafen Nachrichten" folgendermaßen: *„Hier findet man alles. Kinos sind da, ein riesiges Einkaufszentrum mit einem Warenangebot wie im heimatlichen Boston oder Kentucky, Schule, Klinik, Sportplätze, Wohnheime und ein florierendes Hotel, von dessen Auslastung die Manager anderer Herbergen nur träumen können. Der Stützpunkt im Süden des Frankfurter Flughafengeländes verfügt über ein eigenes Passagierterminal. Jahr für Jahr werden hier rund eine halbe Million Passagiere gezählt.* **Täglich landen acht bis zehn riesige Transportmaschinen des Typs C-5(Galaxy). Rhein-Main-Air-Base ist der größte Militär-Frachtflughafen der Amerikaner außerhalb der USA. Sämtliche US-Flughäfen in Europa beziehen den Teil ihres Nachschubs, der per Luftfracht befördert wird, über Frankfurt.** *Hausherr der Air Base, an deren Spitze Oberst John D.Sims steht, ist das 435. Taktische Lufttransportgeschwader. Seine hier stationierte 37. Taktische Lufttransportstaffel zählt 18 Maschinen des Typs Hercules C-130"*(9).

Im Gegensatz zu dem zuletzt genannten Flugzeugtyp Lockheed C-130 Hercules, der zum t a k t i s c h e n Arsenal des MAC zählt, sind aller-

Arsenal des MAC zählt, sind aller-

dings die Lockheed C-5A Galaxy und der Lockheed C-141A Starlifter, die das s t r a t e g i s c h e Potential stellen, zur Abfertigung auf die großen Landebahnen des Rhein-Main Flughafens a n g e w i e s e n (10). So benötigt z.B. die C-5A Galaxy (deren Leergewicht mit 147 528 kg fast das 5-fache des Leergewichts der C-130H Hercules beträgt) zum Starten und Landen eine Piste von mindestens 2,5 km Länge. Ein noch größerer Transporter als die C-5A Galaxy befindet sich zur Zeit im Entwicklungsstadium. Mit ihm wird gegen 1985 gerechnet und auch seinen Anforderungen trägt die Flughafenerweiterung Rechnung (11).

Es geht beim Ausbau des Rhein-Main Flughafens also nicht um angeblich steigende Quoten im flügellahmen zivilen Flugverkehr. Vielmehr geht es um eine Zunahme m i l i t ä r i s c h e r Flugbewegungen, die die Verhältnisse auf dem Frankfurter Flughafen „zu eng" geraten lassen und die Gefahr in sich bergen, den Zivil- und Frachtverkehr zu beeinträchtigen, wenn nicht gar (z.B. in Krisenfällen) völlig zum Erliegen zu bringen.

Heute werden auf dem Rhein-Main Flughafen täglich im Schnitt 650 Starts und Landungen gezählt, das sind 365 Flugzeuge. Mehr als 50mal starten und landen amerikanische Militärmaschinen, vorwiegend Transport-Maschinen. D.h., daß bereits heute fast 10 Prozent der Flugbewegungen auf das Militär entfallen. In „Krisenzeiten" (man denke z.B. an die Möglichkeit einer Iran-Intervention) dürfte der prozentuale Anteil des Militärs an den Gesamtflugbewegungen noch weit höher anzusiedeln sein. Der Lufthansa Kapitän Rudolf Braunburger schrieb diesbezüglich in der „ZEIT": *„ ... Rhein-Main müßte das werden, was man von einem solchen Knotenpunkt des Luftverkehrs erwartet: ein reiner Zivilflughafen. In Wirklichkeit ist Rhein-Main zum Teil ein Militärflugplatz. Hier landen die Galaxy und Starlifter-Transporter der amerikanischen Luftwaffe. Das Thema ist tabu. Offensichtlich ist es für die politisch Verantwortlichen bequemer, hunderttausende Bäume fällen zu lassen, als den schwierigen Versuch zu unternehmen, 35 Jahre nach Kriegsende den Knotenpunkt des europäischen Luftverkehrs zu einem echten Zivilflughafen zu machen"*(12).

Obwohl das Faktenmaterial den Schluß auf die militärische Bedeutung der Flughafenerweiterung nahelegt, muß leider festgestellt werden, daß der antimilitaristische Aspekt in der Widerstandsbewegung der Startbahngegner noch nicht wirklich verankert ist. Dies hat verschiedene Ursachen:

– die Entwicklung des Protests aus der ökologischen Betroffenheit der Bevölkerung heraus

Fortsetzung auf nächster Seite

Was ist »MAC«?

„Das Military Airlift Command (MAC) ist ein selbständiger Teil der US-Luftwaffe, der Personal und Material zum strategischen oder taktischen Einsatz auf dem Luftwege befördert. Dem Oberkommando in Scott AFB, Illinois, unterstehen rund 90.000 aktive Soldaten auf 350 Plätzen in 33 Ländern. An Flugzeugen verfügt das MAC neben Spezialmaschinen für verschiedene Sonderaufgaben über 906 Luftfahrzeuge – 304 für strategische Aufgaben (70 C-5 Galaxy und 234 C-141 Starlifter) und 602 für taktische Aufgaben (490 C-130 Hercules, 64 C-123 Provider, 48 C-7 Caribou). Das MAC unterhält 13 Einsatzhäfen in den Vereinigten Staaten, darunter auch die für Staatsbesuche wichtige Andrews AFB, Md., bei Washington. Bedeutendste Einsatzhäfen im Ausland sind Lajes Field auf den Azoren und Rhein Main Air Base in Frankfurt. Schon diese kurzen Angaben zeigen die Bedeutung des Lufttransportkommandos" (1).

Der Aufbau von MAC (MATS) erfolgte nur wenige Jahre nach Kriegsende. Äußerer Anlaß war die Blockade Westberlins durch SU (2). *„Welche verheerenden Folgen ein Mangel an Lufttransportkapazität zur Folge haben könnte, haben die Amerikaner schon kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erfahren müssen: die Berlin-Blockade. Aus dem anfänglichen Provisorium der Versorgung einer Zwei-Millionen-Stadt durch militärische Transportmaschinen entwickelte sich dann in ganz kurzer Zeit die Berliner Luftbrücke: Mitten im Frieden mußte 1948 durch einen politischen Willkürakt der Sowjets eine schnell organisierte Lufttransport-Armada eine von ihren Landverbindungen abgeschnittene Stadt lebensfähig erhalten. In jenen Tagen wurde von den Amerikanern der Grundstein für eine militärische Lufttransport-Organisation gelegt, deren schlichte und einfache Abkürzung heute MAC – Military Airlift Command – heißt" (3).*
Im Juni 1948 erfolgte die zentrale Zusammenfassung der Lufttransportkapazitäten für Langstrecken von Luftwaffe und Marine in einer „nicht kämpfenden Transportorganisation", zunächst unter der Bezeichnung MATS (Military Air Transport Service).

„...schon in den fünfziger und sechziger Jahren erwies sich die Gründung dieser militärischen Lufttransportorganisation als richtig und nützlich: Die unter der Ursprungsbezeichnung MATS – Military Air Transport Service – gegründete MAC machte sich vor allem als Lufttransport-Feuerwehr für UN-Truppen einen Namen. Rückblickend kann man sagen, daß durch den schnellen und unverzüglichen Lufttransport von Soldaten der Vereinten Nationen in politische Krisengebiete so mancher heiße Krieg schon im Keim erstickt worden ist" (4).
„Die Aufgabe von MATS war im Grunde die gleiche wie die einer zivilen Fluggesellschaft, die Beförderung von Fluggästen und Fracht nach einem festgelegten Flugplan. Je mehr sich jedoch der kommerzielle Luftverkehr entwickelte, desto mehr sank die Bedeutung dieser Dienstleistungen. Stattdessen entwickelte sich aufgrund von Kleinkriegen und Krisen die Notwendigkeit, hochbewegliche Eingreiftruppen schnell dorthin zu befördern, wo sie benötigt wurden, um Konflikte, die die Vereinigten Staaten bedrohten, abzuwenden, einzudämmen oder zu beenden." (5). Aus dem Zitierten wird deutlich: Die noch zur Amtszeit Carter's publik gewordenen Pläne der US-Regierung bezüglich der Aufstellung einer „mobilen Eingreifreserve" (insbesondere mit Blick auf die „Krisenherde" im Nahen- und Mittleren Osten) sind s o n e u n i c h t. Vielmehr sind derartige Pläne in kleinerer Größenordnung bereits sehr frühzeitig im Rahmen von MAC in die Tat umgesetzt worden.

1965 wurde MATS, seiner zunehmend militärischen Funktion entsprechend, in Military Army Command (MAC) umgetauft und den anderen Waffengattungen der Luftwaffe g l e i c h g e s t e l l t. Am 1.1.1966 trat die entsprechende Verordnung, nach vorausgegangener Verabschiedung durch den Kongress, in Kraft. Dies geschah vor dem Hintergrund des amerikanischen Engagements in Vietnam, wo MAC für den Nachschub eine zentrale Rolle spielte.

Anfang 1975 wurden die gesamten strategischen und taktischen Lufttransportkräfte der US-Luftwaffe und der Reserven im MAC z e n t r a l i s i e r t. Weitergehende Vollmachten, die schließlich zur „Selbständigkeit" von MAC führten, wurden im Dezember 1976 vom US-Präsidenten genehmigt und haben seit dem 1.2.1977 Gültigkeit. Die US-Air-Force ist allerdings weiterhin verantwortlich für Verwaltung und Versorgung im „täglichen Dienstbetrieb", *„der selbständige Bereich beschränkt sich auf Lufttransportangelegenheiten und schließt die technischen Dienste des MAC nicht ein" (6).*

Der Aufbau von MAC

Die beiden großen strategischen und taktischen Kommandobehörden des MAC sind die 21. und die 22. Luftflotte. Der 21. Luftflotte untersteht das Gebiet von östlich des Missisipi bis zur Westgrenze Afghanistans und Pakistans. Es erstreckt sich von der Arktis bis zur Antarktis und umfaßt Europa, Afrika, den Nahen Osten und Südamerika. Hierfür sind 34.000 MAC Angehörige eingesetzt. Rund 400 Flugzeuge operieren von mehr als 50 Plätzen aus. Die strategischen Verbände bestehen aus Maschinen der Typen C-141 Starlifter und C-5 Galaxy mit mehr als 153.000 Flugstunden im Jahresdurchschnitt. Die taktischen Verbände benutzen die c-130 Hercules mit mehr als 36.000 Flugstunden im Jahresdurchschnitt. Zu den ihm unterstellten Verbänden gehört auch das 435th Tactical Airlift Wing mit Stationierungsort Rhein Main Air Base, „verantwortlich für den strategischen, taktischen, luftfahrtmedizinischen und administrativen Betriebsablauf in Europa. Unterstellte Einheiten liegen in Mildenhall Air Base, Großbritannien, Ramstein Air Base, Bundesrepublik, und Torrejon Air Base, Spanien" (7).

Die Aufgaben von MAC

„Verlegung der Kampfverbände des Heeres und der Luftwaffe;
Logistischer Nachschub in Einsatzräume;
Absetzen von Truppen und Gerät aus der Luft;
Such- und Rettungsflüge, Bergung von abgestürztem Personal und Gerät;
Abtransport von Verwundeten und Kranken auf dem Luftweg;
Führung und Ausbildung der Transportkomponente der Reserve-Luftstreitkräfte;
Regierungsflüge;
Wetterflüge;
Luftbild und Kartographieflüge;
Verbindungsstelle zu den kommerziellen Luftlinien, Anmieten von kommerziellem Frachtraum" (8).

Diesbezüglich ist MAC in 4 Hauptbereiche gegliedert; Strategischer Lufttransport, taktischer Lufttransport, spezieller Lufttransport und technische Dienste. *„Neben dem militärischen Seetransportkommando und dem militärischen Verkehrsführungs- und Abfertigungsdienst, der dem US-Heer untersteht, ist das militärische Lufttransportkommando MAC die stärkste Säule des militärischen Transportwesens der USA" (9).*

Das Military Airlift Center Europe (MACE) fungiert als „Leitstelle" und „Gehirn" für alle militärischen Lufttransporte von oder nach den USA oder innerhalb des NATO-Bereiches. Es arbeitet eng zusammen mit dem auf dem NATO-Luftstützpunkt Ramstein befindlichen Hauptquartier der US-Luftwaffe in Europa (USAFE). *„MACE ist ein Teil des auf dem Frankfurter Militärflughafen stationierten 435th Tactical Airlift Wing (MAC)"* (10).

(1) Soldat und Technik 2/1980
(2) Die „Berlin-Blockade" begann am 24. Juni 1948 und wurde im Mai des darauf folgenden Jahres seitens der SU beendet.
(3) Flug Revue + flugwelt 2/1978
(4) ebenda
(5) Soldat und Technik 2/1980
(6) ebenda
(7) ebenda
(8) Flug Revue + flugwelt 2/1978
(9) ebenda
(10) ebenda

KB-Gruppe Frankfurt

Was hat die Startbahn

Fortsetzung von voriger Seite

– die Tatsache, daß man der sozialliberalen Landesregierung eine s o l c h e Schweinerei eben doch nicht zutraut
– die Befürchtung eines Teils der Startbahngegner, mit „Antiamerikanismus" könnte man die erreichte Breite der Volksbewegung gefährden.

Es bedarf wohl keiner Begründung, zu sagen, daß es allerhöchste Zeit ist, die bisherige Zurückhaltung zu überwinden. Die Überzeugungsarbeit, die Diskussion mit der Bevölkerung, die jetzt geleistet werden muß, wird nicht ein fach sein. Aber es soll auch niemand glauben, die Menschen in dieser Region seien „zu dumm", um sich die Kenntnis dieser Zusammenhänge zu erarbeiten. Vielmehr sollte man sich klarmachen, daß schlichte B e l e h r u n g e n oder statements, wie sie zu diesem Thema insbesondere von der DKP und seit neuestem aus der Ecke der „Stadtguerilla" kommen, die erforderliche Diskussion nicht ersetzen können.

***

Anmerkungen:

(1) Lange/Lebuser: Die wirtschaftliche Bedeutung der Startbahn West. In: „Keine Startbahn West", Argumente, Bilder und Berichte.
Die 'FR' vom 20.5. dieses Jahres schreibt z.B. bezüglich der Flugbewegungen auf Rhein-Main in den ersten 4 Monaten 1981: „...die Gesamtbilanz bei den Bewegungen, auf die ersten 4 Monate in diesem Jahr berechnet, (bleibt) rückläufig: Die Flugbewegungen nahmen um 2,5% ab, die Zahl der Passagiere um 1,1% und die Fracht um 1,8%."
(2) „Stern" v. 24.9.1981
(3) AK 203/206
(4) 'FR' v. 2.7.1981
(5) „Umweltexpress", September 1981
(6) Laut „Mitteilungsblatt der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung" sind im Raum um Frankfurt 15.000 US-Soldaten stationiert.
(7) Das Heidelberger NATO-Headquarter umfaßt folgende 4 Kommandozentralen:
– USAEUR, zuständig für die als 7. US-Armee zusammengefaßten US-Heeresverbände in Europa.
– ACE/MF, eine mobile Truppeneinheit (Eingreifverband) aus 11 NATO-Ländern.
– CENTAG, für den mittleren und südli-
dern.
– CENTAG, für den mittleren und südlichen Teil der BRD zuständig.
– 4.ATAF, deckt als 4. Taktische Luftflotte in Ergänzung mit CENTAG den südlichen und mittleren Luftraum der BRD ab, während die 2.ATAF zusammen mit NORTHAG für den Norden zuständig ist.
nähere Angaben, siehe AK 203
(8) nähere Angaben, siehe AK 209
(9) „UZ" v. 17.7.1981
(10) Die Lockheed C-5A Galaxy ist das größte Flugzeug der Welt. Es kann gleichzeitig von vorne und hinten beladen werden, wobei dies im Bedarfsfall direkt von LKW-Ladeflächen erfolgen kann. Die Reichweite der C-5A Galaxy beträgt mit 36.000 kg Nutzlast 10.460 km, mit 100.000 kg Nutzlast immerhin noch 4745 km. Bei 5 Mann Besatzung gibt es 10 Sitze für Wechselbesatzung und Kuriere; befördert werden können 75 Soldaten im Oberdeck und 270 Soldaten im Unterdeck, oder bis zu 120.000 kg Fracht.
Der Lockheed C-141A Starlifter wird als das „Arbeitspferd" vor allem auf den Langstrecken des MAC bezeichnet und wird seit mehr als 10 Jahren eingesetzt. Mit 32.000 kg Nutzlast beträgt seine Reichweite 6.400 km.
Bei 4 Mann Besatzung können 154 Soldaten oder 123 Fallschirmjäger oder 80 liegende Verwundete und 8 Sanitäter oder bis zu 32.000 kg Fracht befördert werden.
Starlifter und Galaxy gehören zum strategischen Arsenal des MAC.
Der taktische Transporter Lockheed C-130H Hercules ist ungleich kleiner als die beiden strategischen Typen. Seine Reichweite wird bei 20.400 kg Nutzlast mit 4170 km angegeben. Bei 4 Mann Besatzung können 92 Soldaten oder 64 Fallschirmjäger oder 74 liegende Verwundete und 2 Sanitäter oder bis zu 20.400 kg Fracht befördert werden.
Angaben nach „Soldat und Technik" 2/1980
(11) In den geologischen Voruntersuchungen zum wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren findet sich der bemerkenswerte Hinweis, daß die Dimensionierung der Rollbahndecke sich nach den Vorschriften und Merkblättern für militärische Zwecke aus den USA richten soll.
(12) „Die Zeit" v. 23.1.1981

Aus aktuellem Anlass (Räumung und Baubeginn) wird der Artikel erst im nächsten AK fortgesetzt.

KB-Gruppe Frankfurt

Arbeitsplatz-Betrug:

Arbeitsplatz-Betrug:

Jetzt kommt die Wahrheit ans Licht!

Eine Lüge ist bekanntlich etwas anderes, als aus Unkenntnis die Unwahrheit zu sagen. Wer lügt, der kennt die Wahrheit sehr genau. So auch der hessische ÖTV-Vorsitzende Heinz Wolf, Börners Kronzeuge für die öffentlich verbreitete Lüge, der Bau der Startbahn West würde zusätzliche Arbeitsplätze am Frankfurter Flughafen schaffen. Diese Lüge ist seit geraumer Zeit das zentrale Argument der Landesregierung, um den verhaßten Startbahnbau bei Bürgern zu rechtfertigen, die außerhalb der Rhein-Main Region leben und folglich nicht so gut informiert sind wie die direkt betroffene Bevölkerung.

Zudem ist sie der letzte Strohhalm der Herrschenden, um zu verhindern, daß die gewerkschaftliche Basis massiv in den Kampf gegen die Flughabenerweiterung einsteigt. Das von uns faksimilierte Schreiben, das unter Startbahngegnern kursiert, sollte man sich genauestens durchlesen. Es beweist:

– Am Flughafen stehen *„rigorose Sparmaßnahmen"*, also Wegrationalisierungen von Arbeitsplätzen im großen Stil, an.
– Dies läßt den „Arbeitnehmervertreter" Wolf kalt. Er will es gar nicht näher wissen (*„Darauf kommt es auch gar nicht an"*).
– Was ihn vielmehr bewegt, ist, daß die Planung dieser Maßnahmen nicht *„geheim"* geblieben ist.
– Wolf geht es ausschließlich darum, daß der Bejahung der Startbahn West durch die DGB-Führung nicht der Boden entzogen wird, daß die Lüge von den zusätzlichen Arbeitsplätzen also weiterhin aufrecht erhalten werden kann.

Dies ist der Originalton des Arbeiterverrats. Hier spricht eine Mafia, für die die Integration in die herrschende Politik zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

HEINZ WOLF
Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV-Hessen
stellv. Vorsitzender
des Aufsichtsrates der
Flughafen Frankfurt/Main AG

6 FRANKFURT AM MAIN
Wilh. Leuschner-Str. 69/77
Tel. (0611) 2569-[illegible]

13.08.81 Wo/k

An den
Vorstand der
Flughafen Frankfurt/M AG
z.Hd. des Vorsitzenden
Herrn Erich B e c k e r

Sehr geehrte Herren,

im Rahmen der letzten Aufsichtsratssitzung haben, wie Sie wissen, die Vertreter der Aktionäre auf die Kostensituation des Unternehmens und dabei insbesondere auch auf die Höhe der Personalkosten verwiesen und mehr oder weniger direkt zu Einsparungsmaßnahmen aufgefordert. Dies ist, wie ich feststellen mußte, nicht geheim geblieben und hat zu unerfreulichen Vermutungen und Mutmaßungen innerhalb der FAG geführt.

Über diesen Anlaß hinaus verdichtet sich der Eindruck, daß nicht nur Bund, Länder und Gemeinden, sondern auch die Unternehmen der öffentlichen Wirtschaft rigorose Sparmaßnahmen planen. Auch die FAG soll angeblich entsprechende Überlegungen anstellen.

Ich habe im Augenblick weder die Möglichkeit noch die notwendige Sachkenntnis, um mich zu angeblich geplanten FAG-Sparmaßnahmen konkret zu äußern. Darauf kommt es auch gar nicht an.

Wichtig ist vielmehr, daß im Hinblick auf politische Wirkungen die Vertreter der Arbeitnehmer von keiner Maßnahme überrascht werden. Es gibt genügend Versuche, die darauf abzielen, die Position der hessischen Gewerkschaften zum Flughafenausbau negativ zu verändern. Ich nehme diese Versuche außerordentlich ernst und weiß, wieviel Geschicklichkeit und Fingerspitzengefühl zur Zeit erforderlich ist, um die bisherige Position beibehalten zu können. Würde auch nur einmal der Eindruck entstehen, wir hätten auf bestimmte Maßnahmen aus Unkenntnis oder aus welchen Gründen auch immer nicht rechtzeitig genug reagieren können oder wir seien nicht rechtzeitig genug konsultiert worden, so würden die politischen Folgen verheerend sein.

Aus dieser Sorge heraus bitte ich um ein Sachgespräch zwischen Vertretern der ÖTV einerseits und dem Gesamtvorstand andererseits, in dem wir gemeinsam die wirtschaftliche und politische Situation des Unternehmens erörtern sollten. Gleichzeitig bitte ich darum, einen möglichst nahen Termin für dieses Gespräch vorzuschlagen und mir mitzuteilen.

Für Ihr Verständnis darf ich mich bereits jetzt bedanken.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Wolf
(Heinz Wolf)

6050 Offenbach 4



Fotos: Peter Homann (2)

Westberlin nach den Räumungen und dem Tod von Klaus-Jürgen Rattay:

Lummer setzt auf gewaltsame Lösung

Auch nach den Räumungen von acht besetzten Häusern machte der CDU-Senat deutlich, daß er an keiner „politischen" Lösung der Hausbesetzungen interessiert ist. Allein für das Wochenende am 10. Oktober halten sich hartnäckige Gerüchte, daß 14 weitere besetzte Häuser geräumt werden sollen.

Die großbürgerliche „FAZ" bereitet ihre Leser dementsprechend schon auf schwere Auseinandersetzungen vor: *„Je näher Programme zur Überwindung der Ursachen der ersten Hausbesetzungen rücken, um so entschiedener werden Anlässe und Themen in den Vordergrund treten, die den Konflikt verschärfen. Der Tod des Jugendlichen ... sollte den Berlinern die Augen öffnen dafür, was ihnen in diesem Konflikt noch bevorsteht"*(30.9.81).

Im Zusammenhang mit den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen bei der Räumung von acht besetzten Häusern und dem Tod von Klaus Jürgen Rattay hielt Innensenator Lummer alle Maßnahmen für „rechtlich geboten".

Im Westberliner Abgeordnetenhaus kam es zwei Tage später, am 24.9., zu einem Mißtrauensantrag gegen Innensenator Lummer, den die Fraktion der Alternativen Liste eingebracht hatte. Ursprünglich hatte auch die SPD-Fraktion vor, einen Mißtrauensantrag gegen Lummer und den Bausenator Rastemborski zu stellen – fiel aber kurz vorher um. Grund dieses Umfallens der SPD war offensichtlich ein gemeinsamer Aufruf von Kapitalistenverbänden, dem DGB und der DAG. Darin wird sich auf die „schweigende Mehrheit" berufen, die fordere, daß sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen sollten. Ein weiterer Grund war, daß Vogel (SPD) der entstandenen „Polarisierung" Einhalt gebieten wollte, wofür ein Mißtrauensantrag gegen Lummer abträglich sei. Dem Mißtrauensantrag der AL stimmten denn auch nur drei SPD-Abgeordnete zu, während sich der Rest größtenteils der Stimme enthielt.

Am 26.9. fand das erste Gespräch über „Wege zum inneren Frieden" statt, an dem SPD, CDU, FDP, Kapitalistenverbände, Gewerkschaftsführung und Vertreter der Kirche teilnahmen. Bürgermeister von Weizsäcker gab dieser illustren Runde zu verstehen, *„daß auf die Räumung besetzter Häuser vorläufig verzichtet wird, wenn der Dialog mit den Hausbesetzern möglich ist"* („Tagesspiegel", 27.9.). Dieses „Angebot" zum Dialog bestand darin, den Hausbesetzern zehn leerstehende Häuser anzubieten. Dabei handelt es sich um Häuser, die zum Teil eh schon besetzt sind („TAZ", 30.9.). Eine politische Gesamtlösung lehnte dieser Gesprächskreis kategorisch ab. Die eingeladenen Hausbesetzer, Jugendorganisationen, Vermittler sowie die AL lehnten eine Teilnahme an der Gesprächsrunde entschieden ab, u.a. deswegen, weil Lummer nach wie vor in Amt und Würden ist.

Die zweite Runde über „Wege zum inneren Frieden" fand am 7.10. – wiederum ohne die Betroffenen – statt. Von Weizsäcker wiederholte, daß es kein Räumungs-Moratorium geben werde. Die Zusage, besetzte Häuser nicht zu räumen, solange eine Gesprächsbereitschaft bestehe, grenzte Weizsäcker sogleich ein: *„Ich kann Ihnen nicht sagen, ob diese Aussage in drei Tagen oder zwei Wochen geändert wird"*, äußerte er auf einer Pressekonferenz („TAZ", 8.10.81). Weizsäcker wiederholte nochmals, daß die geforderte politische Gesamtlösung nicht in Frage käme und daß alle neu besetzten Häuser umgehend wieder geräumt würden. In der Tat hat es mindestens sechs neue Hausbesetzungen mit anschließender Räumung gegeben.

Damit wird die CDU-Senatslinie voll beibehalten: Bei Vorlage von Strafanträgen der Hausbesitzer sowie einer Bewilligung von Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen wird umgehend geräumt.

Den „kleinen Unterschied" dieser CDU-Politik und der der SPD faßte Vogel wie folgt zusammen: *„Man werde nur Erfolg haben, wenn einzelne Räumungen nicht am Anfang des Prozesses, sondern an dessen Ende stünden"* (Vogel nach „Tagesspiegel", 27.9.). Geräumt werden soll auf alle Fälle.

Innensenator Lummer soll dazu geäußert haben, „man müsse drei- bis viermal so etwas durchstehen..., dann wäre die Szene so frustriert, daß sie zur Ruhe gebracht werden könne. Das Hausbesetzer-Problem sei damit lösbar" (nach „TAZ", 2.10.81).

Mit allerlei reaktionärem Gesindel und „Bürgerwehren" sowie der Springerpresse im Wind sieht sich die CDU offenbar ermuntert, eine Lösung unter Einkalkulierung schwerer Auseinandersetzungen und weiterer Toter durchzuziehen.

Sowohl CDU als auch SPD betonten weiterhin gemeinsam, daß Hausbesetzungen „widerrechtlich" seien, daran hat sich nichts geändert.

Die Hausbesetzer und ihre Sympathisanten, die linke und demokratische Bewegung stehen also einem knallharten Konfrontationskurs gegenüber, die Schonfrist angesichts der Neuwahlen vom 10. Mai und während der Sommerpause ist endgültig vorüber. Tatsächlich hat sich auf verschiedenen Ebenen der Widerstand konsolidiert und eine Reihe von Maßnahmen vorbereitet:

– Anfang Oktober hat sich ein „unabhängiger Untersuchungsausschuß" gebildet, um die Todesumstände von Klaus-Jürgen Rattay aufzuklären. Diesem Ausschuß gehören u.a. der Verfassungsrichter i.R. Martin Hirsch, Ute Ranke-Heinemann und Jörg Zink an. Getragen wird dieser Ausschuß von der Humanistischen Union sowie der Liga für Menschenrechte.

– Am 27.9. bildete sich ein breiter „Koordinationskreis", der das gesamte politische Spektrum der an der Anti-Haig-Demonstration beteiligten Gruppen umfaßt. Aus diesem Koordinationskreis bildete sich ein „alternativer Gesprächskreis" heraus als Gegenstück zum Weizsäcker/Lummer/Vogel-Kreis. In einer Presseerklärung teilte dieser alternative Gesprächskreis angesichts der aktuellen Ereignisse mit: *„Die Teilnehmer des Gesprächskreises stellen fest, die vom Regierenden Bürgermeister einberufene Runde „Wege zum inneren Frieden" sei weder von ihrer Zusammensetzung noch von ihrer Kompetenz her in der Lage, auf die Probleme unserer Stadt eine angemessene Antwort zu finden".* Voraussetzungen für einen echten Dialog mit dem Senat sind u.a., daß auf Räumungen verzichtet wird, solange Gespräche geführt werden, und daß die Gespräche mit den Betroffenen geführt werden und nicht über sie.

Die Gespräche müßten zum Ziel haben, ein Gesamtkonzept für alle leerstehenden Häuser zu erarbeiten, die Menschen, die sich aktiv an den Konflikten um Hausbesetzungen beteiligt haben, zu entkriminalisieren, eine Wohnungspolitik im Interesse der Mieter herbeizuführen und alle Vorgänge im Zusammenhang mit den Räumungen vom 22.9. zu untersuchen.

In der nächsten Zeit sind verschiedene Veranstaltungen geplant, wo die Hausbesetzer in Zusammenarbeit mit dem „alternativen Gesprächskreis" usw. eigene, alternative Konzeptionen für eine politische Gesamtlösung vorlegen werden.

Am 7.10. fand ein Treffen von vorwiegend Kreuzberger Hausbesetzern statt, wo einhellig eine breitere Öffentlichkeit über die Wohnungsmisere beschlossen wurde. Angesichts

Fortsetzung auf nächster Seite

DKP-Märchenstunde

Was r e a l passierte: Wenige Tage nach der Räumung von 8 besetzten Häusern in Westberlin demonstrierten ein paar tausend Bauarbeiter auf einen Aufruf ihrer Gewerkschaft hin. Die Demonstration stand im Zeichen von Hetzparolen gegen die Hausbesetzer, die angeblich die Arbeitsplätze auf dem Bau gefährden. Flugblattverteiler der Alternativen Liste wurden bedroht und weggejagt.

Was man über diesen Vorgang in der DKP-Tageszeitung „UZ" (26.9.) lesen konnte: *„5000 Bauarbeiter gegen CDU-Wohnungspolitik — Mit der seit Jahren ersten größeren Demonstration für das Recht auf Arbeit forderten am Donnerstag rund 5000 Bauarbeiter den CDU-Senat zur Einlösung des Wahlversprechens auf, bis 1985 50000 Wohnungen in Westberlin zu bauen. Mit Transparenten wie ‚Bauleute und Instandbesetzer — gemeinsam für die Erhaltung unserer Stadt' und ‚Modernisierung ja — aber nicht um jeden Preis' wandten sie sich gegen die unsoziale Wohungspolitik. Versuche, die Bauleute gegen die Instandbesetzer auszuspielen, mißlangen . . . Auf Unverständnis stieß der Landesvorsitzende der IG Bau Steine Erden, als er der Polizei für ‚vorbildlichen und besonnenen' Einsatz bei der ‚friedlichen Räumung' der besetzten Häuser dankte".*

Schöner als die Wirklichkeit liest sich diese Version allemal. Hier hätte sich eigentlich noch eine flotte Pointe angeboten, wie etwa: „Während der Demonstration äußerten mehrere Kollegen ihre tiefgehende Besorgnis über die konterrevolutionären Umtriebe in Polen". Wenn schon, denn schon !



Diese Fotomontage (aus „Berlin-Extra" Nr. 2 vom 2.10.81, herausgegeben u.a. von der AL, den Jusos, der SEW, Netzwerk und den Paten- und Unterstützergruppen) dokumentiert anschaulich die Situation: ein CDU-Innen-



Musterprozeß gegen Hausbesetzer?

Am Donnerstag, den 8.10.81, begann vor der Jugendkammer des Landgerichts SIEGEN der Prozeß gegen 27 Personen, denen vorgeworfen wird, an Hausbesetzungen im Herbst vergangenen Jahres und im Frühjahr dieses Jahres beteiligt gewesen zu sein. Gegen die meisten von ihnen lautet die Anklage Hausfriedensbruch und Nötigung; zwei Angeklagten wirft man Sachbeschädigung sowie Unterstützung einer strafbaren Handlung vor, weil sie Besetzer-Plakate geklebt haben sollen. Für den Prozeß sind elf Verhandlungstage angesetzt.

Wie kam es zu diesem Prozeß? Im September 80 und im Februar 81 wurden in Siegen zwei Häuser (ehemaliges Hotel Klein bzw. Rampenweg 23) von Mitarbeitern der ‚Initiative für eine lebenswerte Stadt' besetzt. Die erklärtermaßen gewaltfreien Aktionen waren einerseits ein Widerstand gegen die direkten Abrißvorbereitungen für beide Häuser, andererseits aber auch ein Widerstand gegen die erhebliche Zerstörung der Stadt, die mit dem Bau einer Stadtautobahn (Hüttentalstraße) verbunden ist und der gravierenden Wohnraumnot in Siegen.

Beide Häuser wurden von Sondereinsatzkommandos der Polizei geräumt. Das ehemalige Hotel Klein wurde nach der Räumung erneut vermietet (also war der geplante Abriß zeitlich vollkommen unbegründet!), während das geräumte Haus Rampenweg 23 sofort abgerissen wurde, um, so das Straßenneubauamt, dort Bauschutt zu lagern (!). Die Besetzungsaktionen stießen größtenteils auf positive Resonanz in der Bevölkerung, denn die Angst vor dem Betonprojekt wächst ständig. Im Verlauf der gesamten Bauausführung müssen mehrere hundert Häuser — darunter ganze Stadtteile — dem Beton weichen. Einige Dutzend Häuser sind schon zerstört worden, so daß der aktive, jedoch gewaltfreie Widerstand gegen das Bauprojekt und der damit verbundenen Wohnraumzerstörung den hier lebenden Menschen notwendig erscheint.

Mitte dieses Jahres ergingen Strafbefehle in Höhe von 200 bis 700 DM an die mutmaßlichen Besetzer des Hotels Klein. Den Anordnungen wurde widersprochen, da die Unrechtmäßigkeit der Aktion nicht einzusehen ist. Unter den bei der Räumung Festgenommenen waren mehrere Heranwachsende und eine Jugendliche, so daß das Verfahren an das Jugendgericht des Amtsgerichts ging. Wegen des Tatzusammenhangs (§ 3 StPO) sollte dann hier gegen alle 17 Angeklagten verhandelt werden. Das Jugendschöffengericht fühlte sich jedoch wegen des besonderen Verfahrensumfangs — so das Gericht — überfordert und gab das Verfahren an die Jugendkammer des Landgerichts weiter (§ 40 JGG). Von hier aus wurden dann „im Rahmen der prozessualen Fürsorge" für alle Angeklagten Pflichtverteidiger beigeordnet, auch für solche Angeklagten, die einen Wahlverteidiger benannt hatten. Diese Vertrauensanwälte, die aus Köln, Gießen und anderen Städten kommen, sind dem Gericht zu unzuverlässig, weil, so das Gericht, sie nicht über die besonderen Ortskenntnisse verfügen oder aber wegen der Vielzahl der anstehenden Verhandlungstage nicht teilnehmen bzw. wegen der relativ langen Anfahrzeiten schlecht disponieren können.

Inzwischen waren auch die prozessualen Vorbereitungen für die Besetzung Rampenweg 23 (Strafbefehle, Widerspruch usw.) abgeschlossen. Wegen des erneuten Tatzusammenhangs und der teilweisen personellen Überschneidung bei beiden Aktionen, kommen nun beide Besetzungen mit einem Schlag auf den Tisch, zusätzlich die beiden Leute, die beim Plakatieren erwischt wurden.

Dieses Vorgehen scheint selbst einigen Pflichtverteidigern seltsam, so daß sie sich um Entpflichtung bemühten. Bisher jedoch vergebens.

Bedenklich ist dieses Gruppen-Verfahren in mehren Punkten:

- das Hinaufschieben des Verfahrens vors Landgericht — formell begründet mit dem besonderen Verfahrensumfang (§ 40 JGG) — ist eine Verkürzung des Rechtsweges, d.h. je nach Verfahrensausgang geht den Angeklagten eine Instanz verloren;
- bis auf die beiden Plakatierer werden die anderen Angeklagten pauschal des Hausfriedensbruchs und der Nötigung beschuldigt (gleichlautende Strafbefehle), obwohl z.B. aus den Akten keineswegs ersichtlich ist, wen die Angeklagten denn überhaupt mit Gewalt genötigt haben sollen;
- aktenkundig sollen auch Absprachen zwischen Amtsrichter und Landrichter sein sowie Empfehlungen an die Staatsanwaltschaft;
- die rigorose Beiordnung von Pflichtverteidigern für alle Angeklagten auch bei Benennung von Wahlverteidigern.

Im Zusammenhang mit Hausbesetzungen ist dieses Vorgehen bisher einmalig. Wegen des rechtlichen Gewichts eines Landgerichtsurteils besteht in diesem Verfahren die Möglichkeit, ein Urteil von besonderer Bedeutung auch im Hinblick auf Hausbesetzerprozesse in anderen Städten zu erreichen. Es wird deshalb notwendig sein, dieses Verfahren als einen qualitativ neuen Versuch der Kriminalisierung von Hausbesetzern zu werten und den Prozeß genau zu beobachten. Auch die quantitative Seite — 27 Angeklagte mit über 30 Verteidigern — läßt das Verfahren in einem besonderen Licht erscheinen. Je nach Verfahrensausgang ist die finanzielle Belastung der Angeklagten immens: Die Kosten für die Pflicht- und Wahlverteidiger werden von der Initiative zwischen 10000 und 90000 DM angesetzt. Deshalb sind neben der politischen Solidarität mit den Angeklagen auch Geldspenden dringend erforderlich [*Konto: Sparkasse Siegen, Kto.Nr. 6581201, S. Michel*].

Prozeßbeginn ist am 8.10. um 8.30 Uhr vor dem LG Siegen, Saal 165. Weitere Informationen erhält man von der „Initiative für eine lebenswerte Stadt", Hagener Straße 84, 5900 Siegen 1, Tel.: 0271/45828.

Fortsetzung von voriger Seite

der hartnäckigen Gerüchte, wonach 14 weitere besetzte Häuser in allernächster Zeit geräumt werden sollen, wurde mehrheitlich gesagt, die Häuser friedlich zu verteidigen. Demgegenüber haben Kreuzberger Besetzer angekündigt, ihre Häuser nicht mehr nur passiv – wie am 22.9. –, sondern „offensiv" zu verteidigen.

Das „Kreuzberger Modell"

Die relativ „linke" Kreuzberger SPD legte auf einer eigens dafür einberufenen Sondersitzung des Kreuzberger Bezirksparlamentes einen eigenen Vorschlag zur Lösung der Hausbesetzungen vor, dem die Fraktion der Alternativen Liste zustimmte. Diese „Lösung", die von Weizsäcker als „bedenkenswert" bezeichnete

Diese „Lösung", die von Weizsäcker als „bedenkenswert" bezeichnete

(„TAZ", 8.10.), sieht u.a. vor, daß *„für die Dauer des Verfahrens die widerrechtlichen (!) Besetzungen von den öffentlichen und privaten Sanierungsträgern geduldet"* und daß Strafanträge gegen Hausbesetzer *„zurückgestellt"* werden. Wo öffentliche Infrastruktureinrichtungen durch Hausbesetzungen blockiert werden, soll das Bezirksamt mit den *„... Vermittlern, den Paten und Besetzern nach einvernehmlichen Lösungen"* suchen. Man sei jedoch nicht bereit, auf dringend benötigte Einrichtungen zu verzichten, heißt es in dem Antrag. Die Formulierung aus dem SPD-Antrag, *„Sonderregelungen ausschließlich für Besetzer darf es nicht geben"*, wurde von einem Änderungsantrag der AL entschärft („Tagesspiegel", 8.10.81). Eine Einbeziehung von Lösungskonzepten der betroffenen Hausbesetzer ist ausdrücklich im SPD-Antrag vorgesehen.

Die Motivation für die Zustimmung der AL zu diesem Antrag der SPD ist sicherlich, eine Atempause zu schaffen und die bezirklichen Mehrheitsverhältnisse, die oft durch Mehrheiten von AL und SPD gegenüber der CDU gekennzeichnet sind, im Sinne einer Konfrontation mit der CDU-Senatspolitik auszunutzen.

Es ist allerdings ein Unding, daß die Kreuzberger AL-Fraktion einem Antrag zustimmt, indem Hausbesetzungen ausdrücklich als „w i d e r r e c h t l i c h" bezeichnet werden.

Die Beteiligung der SPD am Lummer-Gesprächskreis „Wege zum inneren Frieden", ihr Umkippen anläßlich des Mißtrauensantrages gegen Lummer usw. sollten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SPD – frei nach Ernst Busch – derzeit kräftig „einseift" und „Schaum schlägt". Hier faktisch eine „Große Koalition" mit der CDU gegen die AL und die Hausbesetzer – da Phrasen über „politische Gespräche" und „Dialoge": Allzu viel Illusionen sollte sich die AL über diese SPD nach den bisherigen Erfahrungen nicht machen. Schließlich war es ein s o z i a l - d e m o k r a t i s c h e r Westberliner Polizeipräsident, der die brutalen Polizeieinsätze und die Räumungen geleitet hat, auch das sollte nicht vergessen werden.

D., Westberlin

SED »entdeckt« Alternative Liste...

Das „Organ des Zentralkomitees der SED", „Neues Deutschland", berichtete sehr ausführlich über die Westberliner Häuserräumungen und den Tod von Klaus-Jürgen Rattay – und zwar nicht unter ferner liefen, sondern größtenteils auf den Titelseiten. Da wird der „rücksichtslose Polizeiterror" von Lummer genauso kritisiert wie die Verantwortung Lummers für den Tod K.-J. Rattays. Daß das „ND" über die miserable Wohnungspolitik und über brutale Polizeieinsätze berichtet, ist so neu nicht.

Daß aber die SED in ihrem Organ erstmals die Alternative Liste nicht nur erwähnt, sondern auch zitierend würdigt, ist schon bemerkenswert, denn bis dahin fand die Westberliner AL keinerlei Echo. Da heißt es zum Beispiel im „ND" vom 23.9. – einen Tag nach den brutalen Häuserräumungen: *„Die Fraktion der AL im Westberliner Abgeordnetenhaus, die SEW sowie zahlreiche demokratische Organisationen haben...den Rücktritt Lummers verlangt".* Das ist schon ein kleiner Fußtritt gegen die SEW, denn daß die AL noch v o r der eigentlichen „Bruderpartei" Erwähnung findet, ist ein Novum angesichts der sonstigen preußisch-strengen Rangordnungen bei der Nennung demokratischer Parteien oder „Bruderparteien". In mehreren Ausgaben des „ND" wird auch ausführlich über den Mißtrauensantrag der AL gegen Lummer berichtet. Die AL-Abgeordneten Ursula Schaar und Martin Jänicke werden in diesem Zusammenhang zitiert und berichtet, daß die *„Stimmenthaltung der Mehrheit der SPD-Fraktion... die Verhinderung des Mißtrauensvotum gegen Lummer ermöglichte"* („ND", 29.9.81). Auch in der SED scheint es sich inzwischen herumgesprochen zu haben, daß sich eine politische Kraft wie die AL nicht länger totschweigen läßt, zumal die SEW demgegenüber nur noch ein Schattendasein fristet.

Die erstmalige „Würdigung" der AL in der Berichterstattung der SED ist auch als ein gewisser Wink an die westdeutsche/Westberliner „Bruderpartei" zu verstehen, die sich ja nach wie vor recht schwer tun, mit grünen, bunten bzw. alternativen Listen in Tuchfühlung zu treten.

D., Westberlin

Jagdszenen aus München

Blutüberströmt und mit Nasenbeinbrüchen mußten 10 Hausbesetzer ins Krankenhaus transportiert werden. Nach nur vierstündiger Besetzung rückten 350 Bullen an und schlugen etliche der 15 bis 22 Jahre alten Besetzer krankenhausreif.

Innenminister Tandlers Behauptung, die Besetzer hätten sich der Polizei gegenüber aggressiv verhalten, stehen Augenzeugenberichte entgegen, die einen erschütternden Eindruck der tatsächlichen Geschehnisse wiedergeben. SPD und FDP äußerten im bayerischen Landtag ihre Bedenken über den brutalen Bulleneinsatz. Der Münchener Patentanwalt Rolf Wilhelms schildert, was er am 26. September erlebt hat:

„...Es ist etwa 21.30: etwa 50 Meter außerhalb der Polizeiabsperrung in einem offenen erleuchteten Krankenwagen sitzt ein blutüberströmter Junge, ich schätze ihn auf etwa 17-18 Jahre, mit Schlagwunden auf dem Kopf und im Gesicht; unter Weinkrämpfen hören die Umstehenden bruchstückweise, er sei von Polizisten in Zivil zusammengeschlagen, in einen Einsatzwagen gezerrt, dort weitergeprügelt worden und er wisse nicht, warum, und ob die wahnsinnig seien ... Zwei der Umstehenden schreiben ihm ihre Namen und Adressen auf, weilsie es teilweise bezeugen können, jemand will einen Fotoapparat holen, um den Jungen zu fotografieren; der Krankenwagenfahrer will den Jungen ausladen und wegfahren, er will da nicht hineingezogen werden, der Krankenwagen bleibt, der Junge wird fotografiert.

Es ist etwa 22.30: innerhalb der Absperrung wird aus der Richtung, in der die anderenLeute vor dem Haus stehen sollen, ein junger Mann, ich schätze etwa 21 Jahre, mit auf dem Rücken gedrehtem Arm auf uns zu geführt; offenbar soll er durch die Absperrung nach außen geschoben werden; etwa 10 Meter vor der Absperrung [innerhalb] springt ein Polizist in Zivil mit Pullover von hinten an diesen Mann heran, reißt ihn an beiden Ohren oder dreht sie und stößt den schreienden stolpernden Mann von hinten in die Polizeiabsperrung hinein und durch diese hindurch. In der Gasse fällt der Mann hin, steht wieder auf, dreht sich, erhält einen Faustschlag in den Magen, fällt rückwärts wieder um mit dem Schädel aufs Pflaster. Er wird von Außenstehenden herausgezogen, die Polizeimauer schließt sich wieder.

Der ohnmächtige Empörungsschrei der unmittelbaren Augenzeugen dieses Vorgangs [oder ein ungehörtes Kommando] läßt die Polizisten ihre Schilder hochreißen; die Leute weichen zurück, einige setzen sich auf die Straße. Kurze Zeit später wird aus der gleichen Richtung wie zuvor ein sitzender Mensch rückwärts auf die Absperrung zu heran geschleift; kurz vor Erreichen der Polizeikette springt wieder ein Polizist in Zivil dazu [ist es ein anderer wie vorhin, ist es derselbe, ich kann es nicht mehr unterscheiden, irgendwie sehen sie alle gleich aus] und tritt unmittelbar hinter der Polizeikette, so daß es nur wenige Leute überhaupt sehen können, dem am Boden sitzenden Mann zwischen die Beine in den Unterleib. Aus der sich öffnenden Gasse in der Polizeikette wird der Mann von Umstehenden herausgezogen. Die Kette schließt sich wieder, wieder ein dünner Schrei von den paar Leuten, die das gesehen haben, wieder geht die Schilderwand hoch. Mein Appell an die Uniformierten, diesen Schläger zu identifizieren, damit ich ihn anzeigen kann, bewirkt nicht einmal ein mitleidiges Lächeln.

Mir ist schlecht, ich gehe, ich habe von der Hausbesetzung und von der Räumung nichts gesehen; ich habe nicht einen Demonstranten gesehen; ich habe keinen Krawallmacher oder Provokateure gesehen, ich habe keine Drohgebärde von den Leuten vor der Absperrung gesehen; ich habe nur drei Opfer gesehen und eine unerträgliche Provokation empfunden. Und ich habe Antworten erhalten, die mir Angst machen . . ."

(nach „FR", 6.10.81)

Gießen:
Demo gegen Startbahn West und Häuserräumung

Klein, aber fein war die „Demo für Daheimgebliebene" in Gießen am Mittwochnachmittag. War die Demonstration ursprünglich aus Protest gegen die Räumung des Hauses Frankfurter Straße 60 am Montagmorgen angesetzt worden, so brachten nun knapp 200 Leute die Gemeinsamkeit des Kampfes gegen die Umweltzerstörung am Frankfurter Flughafen und gegen die Stadtzerstörung in Gießen zum Ausdruck. Die geringe Zahl hat niemanden gefrustet, denn zuviele waren in den beiden Konvois am Montag und Dienstag zum Hüttendorf gefahren, und das am Montagabend frisch besetzte Haus Kirchenplatz 6 wollte auch keiner leerstehen lassen.

Die Demonstration forderte Wasser-, Strom- und Heizungsanschluß sowie Mietverträge für die neuen Bewohner des Kirchenplatzes.

Die Polizei verhielt sich friedlich, so daß die Demonstranten nicht eingreifen mußten.

sien-presse-dienst gießen

Bambule ums Bambule

Nach über dreieinhalbjähriger Dauer ist der Räumungsprozeß um Braunschweigs einziges selbstverwaltetes Zentrum, die Bambule, zu Ende gegangen. Allerdings mit einem Ende, das wir kaum erwartet haben. Wir sollen das Gebäude bis zum 31.3. 82 räumen. Bevor ich auf die Urteilsbegründung eingehe, zunächst einige Informationen:

Die Bambule ist als Zentrum finanziell unabhängig (wir finanzieren uns über Getränkeverkauf und Veranstaltungen) und wird von ihren Benutzern in Selbstverwaltung geführt.

Die Bambule ist für uns zunächst als Treffpunkt wichtig. Hier erfährt man, wo gerade mal wieder eine Schweinerei am Laufen ist und wir überlegen uns, zusammen etwas dagegen zu tun. Dann treffen sich hier eine Menge Gruppen – Rechtshilfefond, Gröhlgruppe, Schwulengruppe, Autobastelgruppe und andere, die kurz- oder langfristig arbeiten. Schließlich war die Bambule Ausgangspunkt für viele Aktivitäten: Aktionen gegen das NATO-Manöver, das letztes Jahr in unserer Gegend lief, Veranstaltungen zum Hungerstreik politischer Gefangener vor ein paar Monaten oder jetzt gerade die Reaktionen, nachdem die Bullen einen Siebzehnjährigen zum Krüppel geschossen haben.

So hieß es dann auch in der Klage gegen uns, das Haus werde von Schwulen, Lesben und Langhaarigen tagsüber und abends belagert und sei somit ein Schandfleck für die Umgebung geworden. Des weiteren leide der Ruf der Klägerin, deren Vater angesehener Bürger und Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig gewesen sei, beträchtlich. Das ist der Hintergrund für das Urteil, das jetzt gesprochen wurde.

Das Gericht hat uns offiziell wegen einbehaltener Miete zur Räumung verurteilt.

Wir hatten jeweils monatlich einen Teil der Miete einbehalten, um von uns selbst für die Renovierung des Hauses verauslagte Kosten wiederzubekommen. Das war auch im Mietvertrag abgeklärt. Das Gericht behauptet nun aber, daß ein Teil dieser Renovierungen nur Schönheitsreparaturen seien. Und das, obleich wir ständig versuchten, mit der Vermieterin über diese Kosten zu verhandeln – sie aber nie zu erreichen war und auch zu vorher vereinbarten Terminen nicht kam.

Da der Prozeß vor dem Landgericht als 2. und letzter Instanz stattfand (in der 1. Instanz, dem Amtsgericht, haben wir ihn gewonnen), bleibt uns rechtlich keine Möglichkeit mehr, unser Zentrum zu behalten. Erwähnt sei noch, daß das Landgericht der Hausbesitzerin „Prozeßkostenhilfe" (früher: „Armenrecht") zugestanden und uns als den Mietern verweigert hat. So kommen Kosten von circa 30.000 DM auf uns zu.

Aber wir können der Vermieterin schon jetzt versichern: so klammheimlich und leise, wie sie es gerne haben möchte, werden wir unser Zentrum am 31. März 82 nicht verlassen.

Und nebenbei noch unsere Kontonummer:
Udo Richter
PSchA Hannover
Konto-Nr. 2937 72-301

Besetzt Geräumt

Gießen. Das seit dem Frühjahr 1981 instandbesetzte Haus Frankfurter Straße 60 wurde am 5.10. früh morgens von mehreren Dutzend behelmten Grünen geräumt. Angesichts des von dieser Übermacht nicht zu erwartenden gewaltfreien Vorgehens und des zu dieser frühen Morgenstunde geringen Zuschauerinteresses verließen die ca. 10 Besetzer ihr Haus ohne Widerstand. So konnte auch eine Personalienfeststellung verhindert werden. Einige Personalien von Beteiligten sind allerdings schon bei einer früheren ‚Überprüfungsaktion' aufgenommen worden. Es ist also noch Strafverfolgung zu befürchten. In Gießen laufen derzeit mehrere Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch aufgrund von Glasschäden bei Demos gegen Wohnhausabriß im April des Jahres. Mit ihrer Aktion, die von über 2000 Unterschriften unterstützt wurde, haben die Besetzer zumindest erreicht, daß die Vorderfassade des Hauses in die vorläufige Denkmalsliste aufgenommen wird, und der Abriß zunächst verhindert ist.

Noch am selben Abend gelang die Besetzung des Hauses Kirchenplatz 6a. Beteiligt sind die geräumten Besetzer sowie andere Wohnungssuchende. Unterstützt werden sie von der ‚Initiative Humanes Wohnen'.
(nach Presseerklärungen aus Gießen)

* * *

Marburg. Zum Semesterauftakt haben einige der über 800 wohnungssuchenden Studenten 2 Häuser besetzt. Es handelt sich um die Häuser Wilhelmstraße 15, Besitzer ist der Marburger Waldorf-Schul-Verein, und Marbacher Weg 14, das sich im Besitz der Universität befindet. Die Besetzer wollen die Gebäude wieder bewohnbar machen und forderten die Besitzer zu Verhandlungen über Mietverträge auf.

* * *

Hamburg. Am 3. Oktober besetzten ca. 100 Leute das Haus Kellinghusenstraße 10, in dem sechs gut erhaltene Wohungen leerstehen. Dieses Haus gehört dem unrühmlich bekanntgewordenen Oberspekulanten Ruppert.

Die Besetzer forderten Bezirksamtsleiter Weidemann, bekannt für seine mieterfeindliche Wohungspolitik und Bullizeisenator Pawelczyck auf, umgehend in Verhandlungen über die Nutzung des besetzten Wohnraumes einzutreten. Beide lehnten dieses jedoch ohne jegliche Begründung ab.

Nachdem Rupperts Anwalt gegen die Besetzer Strafanzeige gestellt hatte, meinte die Bullizei nicht umhin zu können, das Haus räumen zu lassen. So begann sie nach sechsstündiger Besetzung das Haus mit zwei Hundertschaften zu räumen. Dabei wurden 13 Besetzer festgenommen, von denen drei ED behandelt wurden.

Nach der Räumung fand eine Spontandemo mit ca. 400 Leuten auf der Eppendorfer Landstraße statt, auf der zu diesem Zeitpunkt ein kommerzielles Straßenfest veranstaltet wurde. Die Demo führte auch am Haus Nr. 89 vorbei, um dessen Abriß sich Ruppert zur Zeit bemüht. Auch dieses Haus war besetzt, allerdings mit unseren ‚Freunden' von der Bullizei und deren blutrünstigen Hunden.

Nach einer Zwischenkundgebung vor dem Haus zog der Demozug weiter zum Haus Nr. 29. Hier handelt es sich um ein erst 25 Jahre altes Haus mit sehr gut erhaltenem und preiswertem Wohnraum. Kurze Zeit später wurde das Haus, das seit 2 Jahren leerstand, abgerissen, um dort einen riesigen Komplex mit Luxuswohnungen hochzuziehen.

Während der ganzen Demo versuchte eine Hundertschaft der Bullizei wie ein aufgescheuchter Haufen krampfhaft, den Demonstrationszug zu verfolgen.

Wohnungskommission

Mietgesetze Marke CDU/FDP

Wohl auf keinem anderen Gebiet offenbart sich der Ruin der SPD mehr als auf dem der Wohungspolitik. Nicht nur, daß die sozialdemokratischen Macher der Misere im Wohnungsbau völlig konzeptionslos gegenüberstehen. Vielmehr sieht sich Herr Haack als derzeit Verantwortlicher immer mehr in der Rolle nicht mehr des Regierenden, sondern in der Oppositionsrolle. Ihm steht nämlich eine Koalition gegenüber, die sich gesamtpolitisch erst noch formiert, die sich in der Wohnungspolitik jedoch bereits fest etabliert hat. Denn nirgendwo sonst flirtet der kleine Partner, die FDP, so offen und ungeniert mit der CDU/CSU und bereitet der SPD eine Schlappe nach der anderen. Jedesmal, wenn Herr Haack auch nur den kümmerlichsten Vorstoß beispielsweise zum Bau einiger neuer Sozialwohnungen wagte, holte er sich von FDP und CDU gleichermaßen die peinlichsten Abfuhren. Doch anstatt die Oppositionsrolle wenigstens mit Anstand zu spielen, läßt Haack sich auf die faulsten christlich-liberalen Kompromisse ein und verramscht dabei die letzten Reste einiger einstmals reformerischer Mietgesetzvorhaben. So sind demnächst Mietgesetze zu erwarten, die die bisherigen Befürchtungen noch um einiges übertreffen werden. Allzu deutlich tragen sie die Handschrift der CDU/FDP und damit der privaten Wohnungswirtschaft. Und deren Devise lautet, das „zu üppige Schutzsystem" für Mieter (Originalton FDP) zu beseitigen. In diesem Sinne beabsichtigen CDU und FDP, die Staffelmiete, die den Mieter schon bei Vertragsabschluß zur Akzeptierung regelmäßiger Mieterhöhungen verpflichtet, auch auf Altbauwohnungen anzuwenden.

Vorgesehen war die Einführung der Staffelmiete eigentlich nur für Neubauwohungen, die nach dem 1. Januar 1981 fertiggestellt wurden, bzw. werden. Gegen diesen CDU-Plan hatte sich sogar Haack quergelegt, weil die Staffelmiete im Grunde nichts anderes als ein Instrument für massive und willkürliche Mieterhöhungen ist und den bisherigen Mieterschutz direkt außer Kraft setzt. Aber diesen Preis zu zahlen ist Haack nun doch bereit, denn als Gegengeschenk haben CDU und FDP signalisiert, daß sie ihr striktes Nein zur sog. Fehlbelegungsabgabe aufgeben würden. Mit der Fehlbelegungsabgabe, die über dem Einkommenssatz für Sozialwohnungen liegende Sozialmieter zur Kasse bitten soll, hätte Haack dann immerhin sein Lieblingsprojekt verwirklicht. Während Haack mit seiner Zustimmung zur generellen Staffelmiete den Mieterschutz opfert, geben CDU und FDP mit ihrem in Aussicht gestellten Ja zur Fehlbelegungsabgabe überhaupt keinen ihrer Standpunkte preis.

Denn daß die Fehlbelegungsabgabe nicht wie behauptet Ungerechtigkeiten im sozialen Wohungsbau beseitigt, sondern nur die Vorstufe zu einer Aufhebung der Mietpreisbegrenzung im Sozialbau bedeutet, entspricht dem erklärten Ziel der privaten Wohnungswirtschaft, den Sozialwohnungsbau als profithemmenden Konkurrenten auf dem Wohnungsmarkt zu liquidieren.

Wohungskommission



Polizeiterror in Elmshorn!

Presseerklärung

Elmshorn,04.10.1981

Im Verlaufe des Mittwochs und Donnerstags sind in Elmshorn zu verschiedenen Zeiten 13 Jugendliche im Alter von 14 - 20 Jahren auf Veranlassung der Bundesstaatsanwaltschaft festgenommen worden.

Zwei Festnahmen ereigneten sich am Mittwochmittag in der Innenstadt, weitere drei Jugendliche wurden am Abend desselben Tages auf einem Abenteuerspielplatz festgenommen. Am Donnerstagmorgen setzte der Polizeiapparat die Verhaftungswelle fort.

Im einzelnen: Drei Jugendliche wurden aus dem Schulunterricht verhaftet! Vier Jugendliche verhaftete die Kripo im Hause der Eltern. Ein Freund einer Verhafteten wollte sich auf dem Polizeirevier nach ihr erkundigen und wurde an Ort und Stelle festgenommen. Alle 13 Festnahmen erfolgten ohne richterlichen Haftbefehl unter dem Vorwurf der Bildung bzw. Mitgliedschaft einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung (§ 129 und 129 a).

Bei allen Verhafteten wurden Hausdurchsuchungen ohne Hausdurchsuchungsbefehl durchgeführt. Dabei wurden nicht nur die Räume der Verhafteten, sondern auch die Räume der Eltern durchsucht, teilweise ohne deren Anwesenheit, so daß auch die Eltern erheblich unter Druck gesetzt wurden. Hiebei wurden u.a. Sprühdosen, Kleidungsstücke, ein Tagebuch und Flugblätter beschlagnahmt. Auf dem Polizeirevier wurden, bis auf einen, alle Jugendlichen erkennungsdienstlich behandelt (Fingerabdrücke, Verbrecherfotos). Bei den Verhören, die sich bis zu 9 1/2 Stunden hinzogen, wurde erheblich psychologischer Druck auf die größtenteils Minderjährigen ausgeübt. Ziel war es, Aussagen zum Brandanschlag auf das Rathaus Elmshorn und zu Farbsprühereien in der Elmshorner Innenstadt zu erpressen. Mit Lügen wie „Alle anderen haben schon gegen dich ausgesagt" und Drohungen „Wenn du nicht aussagst, behalten wir dich hier" wurden die Leute zum Reden gebracht. Im Wechselbad zwischen Einzelzelle und Verhör wurden die Verhafteten bis zu 30 Stunden festgehalten, teilweise ohne Verpflegung.

Nach Bekanntwerden der Massenverhaftungen fand am Donnerstagabend eine Kundgebung vor der Elmshorner Wache statt; hier fanden sich ca. 40 Menschen zusammen, die die Freilassung der Inhaftierten forderten. Auf die Frage nach dem Grund der Verhaftungen und Hausdurchsuchungen ohne richterliche Ermächtigung teilte ein diensthabender Polizist hämisch grinsend mit (Zitat): „Das wißt Ihr doch. Das machen wir doch grundsätzlich immer so."

Aufgrund der Tatsache, daß am Freitag zwei der Verhafteten dem Haftrichter vorgeführt werden sollten, fand eine zweite Kundgebung mit ca. 40 Leuten vor dem Amtsgericht statt. Die Staatsanwaltschaft verzichtete dann jedoch auf die Vorführung, so daß mittlerweile alle 13 Verhafteten entlassen wurden. Am selben Abend wurde noch ein Flugblatt erstellt, das die skandalösen Vorfälle aufzeigte und das am nächsten Morgen in der Elmshorner Innenstadt verteilt wurde.

Wie schätzen wir die feigen Festnahmen, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen und Verhöre der Bundesgeneralstaatsanwaltschaft Karlsruhe bei den zum Teil 14 - 18-Jährigen ein:

Unsere erste Reaktion zu den Vorfällen war, daß wir entsetzt über das psychisch brutale Vorgehen, der nach den Nürnberger Massenverhaftungen völlig zügellos gewordenen Polizei waren. Darüber hinaus ist uns klar geworden, daß die Justiz nicht nur willkürlich Jugendliche aus Elmshorn rausgreifen wollte, sondern einen Rundumschlag gegen die Hausbesetzer, Anti-AKW-Bewegung, Punker und andere landen wollte. Dies wurde u.a. dadurch bewiesen, daß die Festgenommenen konkret nach Kontakten zu anderen Gruppen, Initiativen und Personen in und außerhalb Elmshorn befragt wurden (z.B.: Bewegung weiße Rose Itzehoe, AK gegen Kernenergie, Kommunikationszentrum „Bude", Medienladen Seitwärtz). Offensichtlich verlangt die Bundesanwaltschaft nach Aufklärung diverser, für uns verständlichen, Anschläge, z.B. auf das Rathaus Elmshorn, auf die Fa. Eggert (Eigentümer des im April besetzten Hauses am Flamweg in Elmshorn), auf die Fa. Nordbeton, Readymix, Alsen-Breitenburg, Matthiesen, um nur einige zu nennen. Gelungen ist es ihnen nicht!

Die Anschuldigungen gegen die Bewegung weiße Rose wegen der gleichen Anklage (§ 129 und 129 a) waren ebenfalls nur wild konstruierte Lügengebäude. Die Anklagen der Glückstädter wegen Brandanschlägen auf die Stadtwerke und das Amtsgericht Glückstadt, die Anklagen gegen Teilnehmer der Brokdorf-Demo am 28.2.81 u.a. wegen schwerem Landfriedensbruch, schwerer Körperverletzung (M. Mohr, M. Duffke) sollen auch nicht bewiesen werden, sondern der Widerstand, der verschiedenen Bewegungen beeinträchtigt bzw. zerschlagen werden.

Trotz der massiven Einschüchterungen der politisch Mächtigen zeigt sich, daß der Widerstand bis ins Lager der etablierten Parteien gegen AKWs, für Frieden, für Hausbesetzungen, für politische Selbstbestimmung, gegen Staatsschutz und Polizeiterror immer größer wird. Von daher haben wir nicht nur Hoffnung, sondern Sicherheit, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Wer sich jetzt nicht wehrt, hat morgen selber schuld!

Kontakte:
Holzweg 34, 2200 Elmshorn, Tel.: 04121/75771
Schulstr., 22 Elmshorn, Tel.: 04121/3192 (Medienladen „Seitwärtz")

Presseerklärung

Elmshorn den 23.9.81

Am 6.4.81 besetzten 40 Leute das Haus am Flamweg 20, das seit zwei Jahren leerstand. Grund für diese Aktion war, daß preisgünstige Wohnungen in Elmshorn fehlen und Hausbesitzer aus Profit- und Spekulationsgründen ihre Häuser leerstehen und verkommen lassen, um sie abzureißen. Selbst Lutz (SPD, Bürgermeister) redet offiziell von allein 1000 bis 1200 Altbau-Wohnungssuchenden in Elmshorn.

Nachdem das Haus am 15.4. um 5.00 Uhr morgens von 229 Bullen und SEKlern in militärischer Kampfausrüstung geräumt (und später abgerissen) wurde, erhielten die 24 festgenommenen und erkennungsdienstlich behandelten Instandbesetzer am 12.8. Leistungsbescheide in Höhe von je 360 DM (insgesamt also ca. 9000 DM) für diesen Einsatz. Die Staatsanwaltschaft ist der Meinung, daß wir durch unser Verhalten bei der Besetzung für den Polizeieinsatz verantwortlich wären und ihn somit auch zu bezahlen hätten. Ziel dieser Bescheide ist es neben dem Versuch der Kriminalisierung, uns finanziell in die Knie zu zwingen, um unseren Widerstand zu brechen. Da ist es natürlich auch nur konsequent, wenn ein begründeter Widerspruch von den Bullen abgelehnt wird und für seine Bearbeitung noch 90 DM (für zwei Arbeitsstunden) zusätzlich berechnet werden. DAS IST NE SCHWEINEREI!

Wir sehen in der Besetzung ein legitimes Recht, um auf Probleme in diesem Staat aufmerksam zu machen und dagegen anzugehen. Deshalb haben wir alle gegen diese Leistungsbescheide Widerspruch eingelegt. (Die ersten Mahnungen sind auch schon da!)

Wir sind der Meinung, daß nicht wir, sondern die bestraft gehören, die diese Probleme verursachen. Kriminell sind nicht wir, sondern diejenigen, die Familien in menschenunwürdige Obdachlosenasyle stecken, die geräumige Wohnungen abreißen und gegen „moderne" 3-Zimmer-Käfige austauschen lassen und unsere Umwelt immer mehr betonieren und verdrecken.

WO UNRECHT ZU RECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT!

(...)

Kontakt: Dirk Seifert, Holzweg 34 2200 Elmshorn. Tel. 04121/7 57 71
Spendenkonto (für Prozesse etc): Sparkasse Elmshorn 100 362 759

Besetzte Kulturfabrik abgebrannt

In den frühen Morgenstunden des 7.9.81 brannten die Obergeschosse der im Bremer Stadtteil Hemelingen besetzten Kulturfabrik (siehe AK 202) vollständig aus: wenige Stunden reichen der Polizei zur „Spurensicherung", Statiker der Baubehörde konstatieren Einsturzgefahr und der Bausenator erteilt die Abrißgenehmigung – am Nachmittag des gleichen Tages wird mit dem Abriß begonnen! Der Senat kann auf einen politisch brisanten Polizeieinsatz zur Räumung der Fabrik verzichten und der Weg für die BSF (Bremer Silberwaren-Fabrik) zum Aufkauf des Geländes ist frei.

Brandhergang

In den letzten Tagen ihres Bestehens erlebte die Kulturfabrik eine bemerkenswerte Häufung von Bränden. Am 4.9. brannte es an der Hauptstromleitung, was zur Folge hatte, daß von da an die Stromversorgung der Kulturfabrik unterbrochen war. Am Sonntagabend, 6.9., brach ein Feuer in der Teestube aus, das jedoch von den Besetzern selbst gelöscht werden konnte. Der vernichtende Brand von Montagmorgen brach nach Zeugenaussagen an mehreren Stellen gleichzeitig aus, was ein sicheres Indiz für professionelle Brandstiftung ist. Die Feuerwehr konnte das Feuer zwar eindämmen, die Zerstörung der Obergeschosse aber nicht verhindern.

Eine unbürokratische Lösung

Nach den Aufräum- und Nachlöscharbeiten erschienen am Vormittag Kripo und Baustatiker. Die Untersuchungen der Polizei waren nach guten vier Stunden abgeschlossen und ein Polizeibeamter erklärte: *„Dieses Feuer jetzt war definitiv Brandstiftung"* („Bremer Nachrichten", 8.9.81). Nähere Angaben zum Vorgehen der Brandstifter wurden allerdings nicht gemacht ... Unbürokratisch und schnell hatte Bausenator Meyer eine Abrißgenehmigung erteilt, nachdem die Statiker eine Einsturzgefahr festgestellt hatten. Dies hinderte die Polizei aber nicht daran, den Besetzern eine volle Stunde Zeit zu gewähren, in der Ruine nach Gegenständen zu suchen. Andererseits wurde sofort darauf der Abriß begonnen, weil das Gebäude nicht noch über Nacht stehen dürfe. Im „Versuch einer Dokumentation" kommt die „Alternative Liste" deshalb zu dem Ergebnis, daß die Behauptung „Gefahr im Verzuge" unglaubwürdig sei, weil dann das Gebäude hätte unverzüglich geräumt werden müssen.

Da von Besetzerseite ganz unverhohlen der Vorwurf geäußert worden war, das Feuer könne im Auftrag der Stadt gelegt worden sein, sahen verschiedene Behörden sich veranlaßt, ihre Unschuld zu beteuern. Da bei der heutigen „Staatsverdrossenheit" dies kaum ausreichen konnte, erklärte die Kripo aufgrund desselben Beweismaterials, das am Tag vorher Rückschlüsse auf *„definitive Brandstiftung"* gab, am 8.9.: *„Es gibt gegenwärtig keinerlei Hinweise auf Brandstiftung"* („BN", 9.9.).

Die Möglichkeit, durch neue Erkenntnisse die Brandursache zu klären, ist nach dem Abriß gering. Die Widersprüche in Aussagen von offizieller Seite werden allerdings aufmerksam verfolgt, und es gibt Bestrebungen, hier die Öffentlichkeitsarbeit zu forcieren.

KB/Gruppe Bremen

Zivildienst in der DDR?

Von Presse und Rundfunk in der BRD aufmerksam beobachtet scheinen in letzter Zeit Bestrebungen für eine „Alternative zum Dienst mit der Waffe" in der DDR verstärkten Zuspruch zu erhalten. Bisher steht für Wehrpflichtige, die dort den Dienst mit der Waffe aus Glaubens- oder „Gewissens"-gründen ablehnen, lediglich die Möglichkeit des waffenlosen Dienstes als „Bausoldat" in der NVA offen. Davon wird jedoch nicht allzuviel Gebrauch gemacht, weil damit in der Regel starke politische Repressionen verbunden sind.

Im Mai dieses Jahres nun wandte sich eine Dresdener Initiativgruppe junger Christen mit einem Vorschlag für einen „Sozialen Friedensdienst" außerhalb der NVA an die Kirche, um sie zu Gesprächen mit staatlichen Behörden anzuregen. Aus einem Papier dieser Gruppe (abgedruckt in der ‚taz' vom 16.9.) geht hervor, daß darüber bereits ein halbes Jahr lang diskutiert worden war. In diesem Papier fordern sie – für unsere Verhältnisse recht zurückhaltend – einen gegenüber dem 18monatigen Wehrdienst um 6 Monate längeren Dienst „an sozialen Schwerpunkten" mit der Zielsetzung einer „Entlastung von Fachkräften für ihre eigentlichen Aufgaben" und der „Entlastung von Familienvätern und -müttern von Nacht- und Wochenenddienst". „Eine Kasernierung in Wohnheimen kann vorgesehen werden, um einseitigen ‚Heimschlafvorteil' zu vermeiden". Die längere Dienstzeit soll dabei als „zeichenhafte Vorgabe des Friedenswillens" und als „Schwelle für ‚Drückeberger' " angesehen werden.

Eine Antwort von offizieller Seite erging erst Anfang September: Der für Kirchenfragen zuständige Staatssekretär Klaus Gysi lehnte in einer Gastvorlesung an der Theologie-Sektion der Ostberliner Universität die Forderung nach einem „Sozialen Friedensdienst" mit Argumenten ab, die auch bei uns in ähnlich gelagerten Fällen zu hören sind: Die allgemeine Wehrpflicht werde dadurch faktisch aufgehoben, da es in der DDR keine „Gewissensprüfung" gebe; außerdem verwies er auf die Beitragsverpflichtung der DDR im Warschauer Pakt, denn *„es sei sowieso nicht einfach, die Kontingente zu stellen, ‚zu denen wir verpflichtet sind'. ... Für die Sicherung des Friedens sei militärische Stärke auch weiterhin der ‚echteste und größte Beitrag' den die DDR leisten könne ... Im übrigen (werde) der Dienst mit der Waffe ‚von der überwiegenden Mehrheit junger Christen' geleistet".*

Der soziale Friedensdienst sei nicht notwendig, weil sich die Bausoldaten-Regelung, die er als eine der progressivsten Regelungen in Europa bezeichnete, voll bewährt habe. (Alle Zitate aus „FR", 14.9.)

Erstaunlicherweise schien ihm das Auftauchen dieses Vorschlags nach dem Hamburger Kirchentag (!) ganz normal; überhaupt deutet das ausführliche und „verständnisvolle" Eingehen auf die Initiative darauf hin, daß ihr eine nicht geringe Bedeutung beigemessen wird.

Auf der kurze Zeit später stattfindenden Synode der Evangelischen Kirchengemeinden der DDR wurde nahezu einstimmig ein Beschluß für einen erneuten Vorstoß gefaßt, der jedoch mit Rücksicht auf die Äußerungen Gysis noch vorsichtiger formuliert wurde und den Begriff „Sozialer Friedensdienst" vollständig vermeidet. Laut neuesten „Stern"-Meldungen soll sich die Unterstützung entsprechender Forderungen inzwischen sogar weiter verbreitet haben, und die „taz" veröffentlichte am 24.9. einen Brief an Honecker, in dem der Ostberliner Jugendpfarrer Rainer Eppelmann in einer recht weitgehenden Liste von 17 Forderungen auch die nach einem „unabhängigen Sozialdienst" aufstellte. Weitere Forderungen betreffen die Wehrkunde-Praxis, die gesellschaftlichen Benachteiligungen von Wehrdienstgegnern bis hin zu Forderungen nach Entmilitarisierung und kernwaffenfreier Zone. Erste Ansätze einer „Friedensbewegung"?

Antimil-Kommission Göttingen

Werter Herr Honecker,

Es ist 5 Minuten vor 12. Der selbstmörderische Rüstungswettlauf der letzten Jahre hat die Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung in Europa so groß wie nie zuvor werden lassen. Ungeheure Mengen an Rohstoffen und Energien, an Finanzen und menschlichem Geist, an Arbeitskraft und Zeit werden verantwortungslos verschwendet. Um die Probleme, vor denen die Menschheit am Ende unseres Jahrhunderts steht, aber meistern zu können, brauchen wir alle unsere Kräfte. In der Folge dieser verschwenderischen Rüstungs- und Unfriedensstiftung sind Angst, Mißtrauen, Haß, Agression und Resignation immer mehr zu bestimmenden Kräften zwischen den Menschen und Völkern geworden. Wenn nicht alle friedliebenden Menschen sich gegenseitig unterstützen, sich Mut machen und auf die Regierenden ihrer Länder eindringlich einwirken, alles für viel mehr Vertrauen zwischen den Menschen und Völkern zu tun, wird die Gefahr einer atomaren Vernichtung Europas immer größer. Darum ist Pazifismus heute nicht mehr nur eine Möglichkeit der Politik, sondern angesichts der großen Gefahr totaler Vernichtung allen Lebens die einzige Möglichkeit politischen Handelns. Politiker, die die militärische Auseinandersetzung als Mittel der Politik miteinkalkulieren, planen Völkermord und Völkervernichtung, und handeln darum nicht im Interesse und Auftrag der Menschen. Als überzeugter Christ und Pazifist fordere ich Sie deshalb auf, mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dazu beizutragen, daß die drohende Vernichtung Europas unmöglich gemacht wird. Unterstützen Sie durch konkrete Maßnahmen den Wunsch der Völker nach Frieden. Geben Sie denen zusätzlich gewichtige Argumente an die Hand, die sich in den westeuropäischen Ländern für eine massierte Abrüstung einsetzen. Geben Sie den Regierenden in den NATO-Ländern die Gewißheit, daß Sie die Abrüstung und den Frieden tatsächlich wollen. Nehmen Sie durch unverzüglich eingeleitete Maßnahmen den Völkern in Westeuropa das Mißtrauen. Lassen Sie Vertrauen zwischen den Völkern Europas wachsen. Um dies zu erreichen, schlage ich Ihnen folgende vertrauensbildende Maßnahmen vor, die kein oder nur ein ganz geringes, von Ihnen auch noch einzukalkulierendes Risiko für die Sicherheit der DDR beinhalten:

1. Verbot der Herstellung, des Verkaufs, des Besitzes und der Einfuhr von Kriegsspielzeug.
2. Verbot der Verherrlichung des Soldatseins im Unterricht, in Schulbüchern und in der außerschulischen Arbeit.
3. Abschaffung der organisierten Besuche von Kindergärten-Gruppen und Schulklassen in Kasernen.
4. Abschaffung des Wehrunterrichts, der vormilitärischen Ausbildung in Schule und Berufsausbildung.
5. Dafür Einführung des Fachs Friedens- und Lebenskunde mit z.B. folgenden Inhalten: Möglichkeiten der gewaltfreien Lösung von Konflikten, Fragen der Partnerschaft zwischen Mann und Frau und des Zusammenlebens in der Familie, Erziehungsfragen, Umweltschutzrechtskunde und Einführung in die Psychologie.
6. Abschaffung der finanziellen und beruflichen Bevorzugung von Schülern, Lehrlingen und Studenten, die eine militärische Laufbahn einschlagen wollen.
7. Gleichzeitige Abschaffung der Benachteiligungen für solche Schüler, Lehrlinge und Studenten, die keine militärische Laufbahn einschlagen.
8. Volle Gleichberechtigung des Wehrersatzdienstes und Abschaffung der beruflichen Benachteiligungen für Bausoldaten.
9. Umwandlung des Wehrersatzdienstes in einen von der NVA unabhängigen Sozialdienst.
10. Abschaffung der Bevorzugungen für aus dem mehrjährigen Militärdienst Ausscheidende.
11. Keine großangelegten Feiern von militärischen Ehrengarden und keine Präsentation von militärischem Material bei Volksfesten und ähnlichem z.B. beim ND-Pressefest, Blumenfest in Weißensee.
12. Verzicht auf jede militärische Demonstration bei Staatsfeiertagen und dem Besuch von Staatsoberhäuptern.
13. Keine Differenzierung und Benachteiligungen mehr für Schüler, Lehrlinge und Studenten, die pazifistische Überzeugungen äußern.
14. Treten Sie öffentlich für eine kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa ein.
15. Treten Sie öffentlich für den Abzug aller ausländischen Truppen aus allen Ländern Europas ein.
16. Treten Sie öffentlich für eine Entmilitarisierung beider deutschen Staaten ein.
17. Treten Sie öffentlich für eine schrittweise totale Abrüstung ein.

Es ist 5 Minuten vor 12, darum müssen wir etwas riskieren, müssen wir Vertrauen schaffen, müssen wir Menschen aufrichten, müssen wir dauerhaften Frieden stiften.
Sollten Sie dazu beitragen können - danke.
Hochachtungsvoll

Rainer Eppelmann

taz, 24.9.81

Wir entscheiden uns für Frieden

Friedensdienst" mit Argumenten ab, die auch bei uns in ähnlich gelagerten Fällen zu hören sind: Die allgemeine Wehrpflicht werde dadurch faktisch aufgehoben, da es in der DDR keine

nach Entmilitarisierung und kernwaffenfreier Zone. Erste Ansätze einer „Friedensbewegung"?

Antimil-Kommission Göttingen

»Nach«-Rüstungsgegner in der Bundeswehr

Auch in der Bundeswehr regt sich der Widerstand gegen die NATO-„Nach"-rüstung. Die Bundeswehrführung versucht jedoch sogleich, diesen Protest mit handfesten Strafen zu unterdrücken. Mindestens 14 Soldaten sind bereits bestraft worden, weil sie Unterschriften für den „Krefelder Appell" gesammelt oder in Uniform an einer Friedensdemonstration teilgenommen haben:

- R.Beer, 7 Tage Arrest
- W.Bruns, Strenger Verweis
- R.Eicher, 21 Tage verschärfte Ausgangssperre, 14 Tage Arrest
- R.Fröhlich, 80 DM Disziplinarstrafe
- O. Harms, Strenger Verweis
- H. Herholz, 14 Tage Arrest
- S. Jarchov, Strenger Verweis
- K. Kinzelmann, 14 Tage verschärfte Ausgangssperre
- R. Kraal, 7 Tage Arrest
- F. Kroiß, 7 Tage Arrest
- U. Mikosch, 18 Tage Arrest
- R. Wertheim 250 DM Geldstrafe
- J. Wilke, 7 Tage verschärfte Ausgangssperre
- F. Zeischka, 280 DM Geldstrafe.

Noch im Frühjahr hatte Kriegsminister Apel gegenüber Pressevertretern gesagt, daß er geradezu froh sei, daß es in der BRD eine Diskussion über den „Nach"-rüstungsbeschluß gebe, in einer Demokratie müsse das so sein. Diese Diskussionsfreiheit gilt aber anscheinend nur für die Befürworter der Aufrüstung. So treten hohe Offiziere in Uniform auf Veranstaltungen, in der Presse und im Fernsehen auf, ohne daß ihnen Arreststrafen, Verweise oder Geldstrafen drohen. „Demokratie" besteht offensichtlich in der Unterstützung der von oben gegebenen Anweisungen.

Dennoch wird die Bundeswehrführung nicht verhindern können, daß Proteste innerhalb der Bundeswehr erheblich zunehmen werden.

(Aus: „Die Tat", 31.7.81 u. 18.9.81; „Welt", 13.6.81; „FR", 27.6.81)

Antimil.-Kommission/KB Göttingen



Aus „Schöne Aussichten" von Marie Marcks, Elefanten-Press

Wir entscheiden uns für Frieden und verweigern den Gehorsam

Hamburg – Gesundheitstag 1981: Auf der Eröffnungsveranstaltung stellt sich die „Hamburger Aktion gegen Kriegsvorbereitung und Krieg" vor. In einer Erklärung der „Hamburger Aktion" an das Verteidigungsministerium heißt es: *„Ich protestiere gegen die Kriegsvorbereitung durch atomares Wettrüsten und gegen die gesetzlichen Regelungen des Notstandes. Ich verweigere die Teilnahme an allen Kriegsvorbereitungen und erkläre vorsorglich, daß ich einer Dienstverpflichtung im Verteidigungs- und Krisenfall nicht Folge leisten werde".* 1.300 Frauen und Männer unterzeichneten diese Erklärung, mehrere Dutzend Reservisten gaben ihre Wehrpässe ab. Für Sonnabend, den 3.10.,wurde zu einer öffentlichen Verweigerungsaktion in der Hamburger Innenstadt aufgerufen. Ein kulturelles Rahmenprogramm mit Musik und Gedichten begleitete die Aktion. Ca. 300 „Aktive" und Zuschauer waren ständig an dieser Aktion beteiligt. Weitere Reservisten gaben ihre Wehrpässe ab, einige begründeten diesen Schritt öffentlich.

In diesen Begründungen wurde noch einmal auf die drohende Kriegsgefahr durch „Nach"rüstung, Neutronenbombe, Sicherung der Ölquellen usw. eingegangen. Auch die Kriegsvorbereitung durch Wehrkundeunterricht an den Schulen, öffentliche Rekrutengelöbnisse, Gesundheitssicherstellungsgesetz, Hetze gegen Pazifisten usw wurde nicht vergessen.

Insgesamt kamen 1.595 allgemeine Verweigerungserklärungen zusammen. 221 Reservisten stellten einen KDV-Antrag, 209 Wehrpässe (mit denen vom Gesundheitstag) wurden eingesammelt, gelocht und somit symbolisch für ungültig erklärt und auf eine Leine gezogen. Auf der Bonner Friedensdemo am 10.10. werden sie dann als eine neue Transparentform mitgeführt werden. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen die Wehrpässe dem Bundesverteidigungsministerium zur sicheren Endlagerung übergeben werden.

„Alle, die verweigern, wissen, daß ihre Verweigerung allein nicht den Krieg verhindern wird. Der Widerstand gegen Krieg und Kriegsvorbereitung muß vielfältig sein. Die Verweigerung ist nur ein Teil davon" („Hamburger Aktion").

In diesem Sinne wurde dazu aufgerufen, möglichst viele öffentliche Verweigerungen verschiedenster Art durchzuführen und damit deutlich zu machen, daß *„wir uns nicht an den Kriegsvorbereitungen und Kriegen weder heute noch in Zukunft beteiligen werden".*

Da nur Gemeinsamkeit zu politischer Stärke führt, bietet sich die „Hamburger Aktion" als Koordinierungs- und Informationsstelle an.



Foto AK

Wehrpaß-Entwerter auf dem Hamburger Gerhard-Hauptmann-Platz

Kontaktadressen der „Hamburger Aktion":

Ulrich Hoffmann
Beim Andreasbrunnen 8
2000 Hamburg 20
Tel.: 040/4807560

Uwe Spiekermann
Ratiborweg 18
2000 Hamburg 70
Tel.: 040/6530705

6 Monate Knast für Verweigerer

Thomas Hansen, ein 21jähriger Schlosser aus Gelsenkirchen, wurde wegen Verweigerung des Kriegsdienstes zu 6 Monaten Knast ohne Bewährung verurteilt.

In allen drei Instanzen der Gewissensprüfung wurde Thomas nicht als Kriegsdienstverweigerer anerkannt. In der letzten Instanz hatte er erklärt, daß er auch den Zivildienst, als einen Teil des Kriegsdienstes, nicht antreten würde. Am 1.7.81 wurde er dann in die Wildeshausener Wittekindskaserne einberufen. Er verweigerte konsequent den Befehl, die Uniform anzuziehen und sich die Haare schneiden zu lassen. Dafür bekam er 6 Wochen Bau und ein Dienstverbot. Seine Kompanie stellte dann einen Antrag auf Entlassung aus der Bundeswehr. Am 24.8. begann dann der Strafprozeß wegen Befehlsverweigerung vor dem Oldenburger Amtsgericht. Dieses verurteilte ihn zu 2 Monaten Strafarrest mit Bewährung (s. AK 207, S.5). Am 25.8. erhielt er erneut den Befehl, die Uniform anzuziehen. Seine abermalige Verweigerung führte zu weiteren 3 Wochen Bau und einem erneuten Dienstverbot. Erneut wurde ein Antrag auf Dienstentlassung gestellt, der jedoch vom Divisionskommandeur abgelehnt wurde. Am 7.10. verurteilte ihn das Oldenburger Gericht zum zweiten Mal, diesmal zu 6 Monaten Knast ohne Bewährung.

Durch die Verweigerung der Dienstentlassung hat die Bundeswehr erreicht, daß Thomas nun schon zweimal in der gleichen Sache verurteilt worden ist.

Die Höhe des Strafmaßes wurde dabei erheblich gesteigert – die Strafen werden außerdem addiert. Ein Ende ist in diesem Teufelskreis nicht abzusehen. Solange die Bundeswehr eine Entlassung verweigert, kann sie Thomas nach Belieben immer wieder hinter Gitter bringen. Zur Begründung der Steigerung des Strafmaßes reicht – als sture Unverbesserlichkeit ausgelegt – die logische Konsequenz seiner Gewissensentscheidung allemal aus.

Dem Gericht kommt dabei die Rolle des Vollzuggehilfen zu, der für die juristische Verklausulierung der widersprüchlichen Bundeswehrpraxis zuständig zeichnet. Das Oldenburger Gericht, das in der ersten Verhandlung die Gewissensentscheidung strafmildernd berücksichtigte, begründete die jetzt erfolgte harte Strafe damit, daß von den Prüfungsausschüssen die Gewissensentscheidung nicht anerkannt wurde, weshalb diese jetzt nicht strafmildernd angewandt werden dürfe.

Ein weiteres Beispiel solcher „Logik": Wegen Gefährdung der „Disziplin der Truppe" wurden zwei Dienstverbote verhängt. Der Entlassungsantrag wurde jedoch abgelehnt, weil der Divisionskommandeur eine „ernsthafte" Gefährdung nicht feststellen konnte. U.a. damit wurde die Grundlage für die zweite Verurteilung geschaffen, zu deren Begründung dann wiederum besagte Truppendisziplin herhalten mußte.

Alles weist darauf hin, daß die Bundeswehr entschlossen ist, an Thomas ein Exempel zu statuieren. Damit wird die Sache zu einem Präzedenzfall. Wir rufen auf, die Informationen über den Fall von Thomas weiterzuverbreiten, um eine möglichst breite Öffentlichkeit zu gewährleisten.

Wir rufen auf, folgende Forderungen zu unterschreiben bzw. weitere Unterschriften dafür zu sammeln:
- Freispruch von Thomas Hansen!
- Für ein uneingeschränktes Recht auf Kriegsdienstverweigerung!
- Weg mit der Militärjustiz!

Gebt Unterschriftenlisten an uns weiter – wir werden sie u.a. an Herrn Apel als Thomas obersten Dienstherrn schicken.

Für weitere Informationen wendet euch an die Gruppe Delmenhorster Antimilitarist(inn)en, c/o Zentrum, Orthstr. 8, 2870 Delmenhorst, Tel. 04221/ 162 08.

KB/Gruppe Delmenhorst
nach einem Flugblatt der GDA

Die Sowjetgranaten-Affäre

Der Artikel „SPD und 'Nach'rüstung in der Weimarer Republik: Die Panzerkreuzeraffäre" von Göttinger KB-Genossen in AK 208 zeigt recht anschaulich auf, wie die SPD schon damals antimilitaristische Politik im wahrsten Sinne des Wortes torpedierte.
Allerdings läßt der Artikel die Frage offen, w a r u m der Aufruf des SPD-Vorstands und auch der linkssozialdemokratischen „Klassenkampf"-Gruppe zum Boykott des von der KPD angestrebten Volksbegehrens gegen den Panzerkreuzerbau von der Masse der sozialdemokratischen Parteimitglieder und Wähler(innen) befolgt wurde.

Sicher hat die „typisch deutsche", schon von Engels aufs Korn genommene Haltung des strammen, unkritischen Gehorsams vieler Sozialdemokraten gegenüber den SPD-Autoritäten dabei eine bedeutende Rolle gespielt.

Das ist aber nicht der einzige Grund. Auch die KPD hatte nämlich 1926/27 eine höchst unerfreuliche Affäre in Sachen Militarismus: Die englische Zeitung „Manchester Guardian" enthüllte am 3. Dezember 1926, daß die Sowjetunion von 1922 bis zum November 1926 Granaten an die deutsche Armee, die Reichswehr, geliefert habe.

Die Reaktion der KPD: Peinlich, peinlich!

Auf diese Angelegenheit angesprochen, erklärte der sowjetische Außenminister Tschitscherin (Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU) im Zentralorgan der KPD, „Die Rote Fahne", etwas flapsig: „*Sowjetgranaten ... ja, 'made in England' oder vielleicht in der Berliner englischen Botschaft. Ich bin über die Internas nicht genau informiert*" (1).

Die SPD nutzte die Gelegenheit, um in ihrem Zentralorgan „Vorwärts" die „Manchester Guardian"-Meldung groß herauszubringen und damit eine Kampagne gegen die KPD zu führen.

Das Zentralkomitee der KPD erklärte dazu am 25. Februar 1927 lapidar: „*Die Hetze gegen die Sowjetunion, die in der verlogenen sozialdemokratischen Granatenkampagne ihren Höhepunkt erreicht hat, ist nichts als die Vorbereitung der englisch-deutschen Kriegsfront gegen die Sowjetunion*" (2).

Die DKP klagt heute gelegentlich, es gebe eine „einheitliche Front der Feinde der Sowjetunion", die von „Maoisten" wie dem KB über Trotzkisten und Sozialdemokraten bis hin zu Springer und Strauß reiche, um ihre Mitglieder von einer ernsthaften Beschäftigung mit der Politik anderer Linker abzuhalten. So neu, wie es scheinen mag, ist diese Methode nicht. Der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann erklärte auf dem 11. Parteitag der KPD Anfang März 1927, daß „*wir in Deutschland eine geschlossene Front von rechts bis ultralinks sehen, eine Front von der KAPD* (4) *über Maslow* (Mitte 1926 ausgeschlossener KPD-Führer – Anm. AK) *über die Sozialdemokratie bis zu General Hoffmann, der auch in der letzten Zeit seinen Standpunkt zum Bolschewismus formuliert hat und der nicht nur empfiehlt, den Kampf gegen Sowjetrußland vorzubereiten, sondern diesen Kampf aufzunehmen*" (3).

Noch skandalöser war, was Clara Zetkin (ja, leider, Clara Zetkin!), Mitglied des Zentralkomitees der KPD, im Reichstag erklärte: „*Deutschlands Zukunft beruht auf einer engen Interessengemeinschaft in wirtschaftlicher, politischer, und, wenn es sein muß, auch militärischer Hinsicht mit der Sowjetunion ... Ich glaube sogar, im Gegensatz zu dem Herrn Abgeordneten Wels* (SPD-Führer – Anm. AK), *daß es nicht so aussichtslos ist, wie er sich das vorstellt, daß unter Umständen ein Zusammenwirken zwischen der Reichswehr und den Rotarmisten erfolgt*" (5). Unter diesen Umständen entbehrte es nicht einer zynischen Komik, als KPD-Chef Thälmann im Februar 1928 in einer (durchaus ernstgemeinten) Grußadresse zum 10. Gründungstag der sowjetischen Armee die Rote Armee als „*Schild der Unterdrückten und das Schwert der Aufständischen in der ganzen Welt*" (6) pries.

Die Sowjetunion hatte im April 1922 mit Deutschland einen Vertrag über umfangreiche Zusammenarbeit unterzeichnet (Rapallo-Abkommen). Dem lag von sowjetischer Seite die m.E. grundsätzlich r i c h t i g e Einschätzung zugrunde, daß der deutsche Imperialismus von den amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten nach dem Ersten Weltkrieg (Versailler Frieden) in eine untergeordnete Stellung verwiesen worden war. Die Bestimmungen des Versailler Vertrages (u.a. Begrenzung der deutschen Armee auf 100.000 Mann) hinderten Deutschland in den zwanziger Jahren daran, als militärischer Aggressor nach außen in Erscheinung zu treten.

Die UdSSR, die gerade die militärische Intervention mehrerer imperialistischer Mächte eher schlecht als recht überstanden hatte, bemühte sich damals, die Widersprüche zwischen dem deutschen Imperialismus und den anderen Imperialisten auszunutzen.

Es ging ihr darum, die Existenz des Sowjetstaates zu sichern und zu verhindern, daß Deutschland zum Aufmarschgebiet Englands und Frankreichs gegen die Sowjetunion werden konnte.

Vor diesem Hintergrund kam es zu einer mehrjährigen Zusammenarbeit zwischen der Roten Armee und der deutschen Reichswehr, wobei die Reichswehr die Bestimmungen des Versailler Vertrages umging und die Rote Armee andererseits an technischem „know how" für ihre Verteidigung interessiert war.

K r i t i s i e r e n s w e r t finde ich an dieser militärischen Zusammenarbeit vor allem, daß sie bis hin zu Munitionslieferungen der UdSSR an die Reichswehr ging. Derartige Lieferungen an eine im blutigen Kampf gegen die Arbeiterklasse erprobte Armee mußten in der deutschen Arbeiterbewegung berechtigte Empörung auslösen. Zudem wurde von der sowjetischen Führung bei der militärischen Zusammenarbeit mit der Reichswehr offenbar nicht genügend berücksichtigt, daß die deutschen Imperialisten bereits in den zwanziger Jahren eifrig an der Wiederherstellung ihrer Militärmacht bastelten, um sich für den 1. Weltkrieg zu revanchieren und nicht zuletzt ihre alten Träume vom „Lebensraum im Osten" zu realisieren.

SPD contra KPD

Die SPD brachte im März 1927 eine Broschüre mit dem Titel „Sowjetgranaten" heraus, in der es u.a. hieß: „*Moskau hat also die deutsche Reichswehr bewaffnet und mit den Mitteln des modernen Kriegs und Bürgerkriegs versehen... Die Arbeiter sind berechtigt, die Frage aufzuwerfen, ob nicht die Maschinengewehre und Kanonen der Reichswehr 1923 den Aufstand der deutschen Kommunisten mit russischer Munition niederkartätscht haben. Niemals ist schurkischer an der Idee der sozialen Revolution gefrevelt worden, als von den leitenden Männern Sowjetrußlands und ihrer Drahtzieher in Deutschland*" (1).

Dieser makabre Zynismus der SPD-Führer dürfte damals kaum einen kommunistischen Arbeiter in Deutschland zur Sozialdemokratie bekehrt haben. Einmal abgesehen davon, daß die SPD 1927 mit der „Idee der sozialen Revolution" nun wirklich nichts mehr am Hut hatte: Die revolutionären deutschen Arbeiter wußten nur zu gut, w e r 1923 und in den Jahren davor Kommunisten und auch linke Sozialdemokraten „niederkartätscht" hatte: Die rechten SPD-Führer, die Ebert und Noske, Seite an Seite mit ihren Spießgesellen von der Reichswehr.

Die SPD-Kampagne in Sachen Sowjetgranaten hatte denn wohl auch weniger die Funktion, kommunistische Arbeiter zurückzugewinnen, als die der Verhetzung der eigenen Anhängerschaft und die Verhinderung von Aktionseinheiten von Sozialdemokraten und Kommunisten.

Auch die KAPD hatte äußerst wenig Erfolg damit, daß sie in einem Offenen Brief an das ZK der KPD behauptete, „*daß die 3. Internationale und die KPD ein Instrument in den Händen der nationalen Außenpolitik Rußlands sind, das mittels der revolutionären Phrase der von ihr abhängigen 3. Internationale das Proletariat in die Arme der Bourgeoisie führt, und in den Burgfrieden mit ihr, wie das die Sozialdemokratie 1914 getan hat*" (7).

Zwar war der erste Teil der KAPD-Behauptung bei realistischer Betrachtung kaum zu bestreiten, während allerdings der zweite Teil („Burgfrieden") schlichtweg Unfug war.

Die KPD hat während der Weimarer Republik im Gegensatz zur SPD nicht zur Vaterlandsverteidigung des deutschen Imperialismus, Burgfrieden mit der Bourgeoisie o.ä. aufgerufen, sondern in der Frage von Krieg und Frieden die leninistische Linie vertreten, „*mit allen Mitteln die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg zu betreiben*" (8), wie Ernst Thälmann im März 1927 auf dem KPD-Parteitag erklärte.

Zur Entwicklung der KPD

Die KPD war jedoch 1927 schon nicht mehr die Partei Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, eine Partei selbständig denkender und handelnder revolutionärer Marxisten. Seit Mitte der zwanziger Jahre wurde in der KPD, auch auf persönliche Intervention J.W. Stalins hin, die offene kontroverse Diskussion mehr und mehr abgetötet; die KPD entwickelte sich zu einer sklavischen Nachbeterin und Rechtfertigerin der wechselvollen sowjetischen Innen- und Außenpolitik.

1926 begannen mehrere Wellen von Ausschlüssen verschiedenster „oppositioneller" Strömungen aus der KPD, denen bis 1929 zahlreiche, auch ehemals leitende KPD-Genossen zum Opfer fielen. 1928 schaffte die KPD-Führung unter Thälmann die „Koreferate" ab, in denen bis dahin KPD-Mitglieder in parteiinternen Diskussionen vom Hauptreferat abweichende Auffassungen vortragen konnten (9).

Der Mitte 1926 aus der KPD ausgeschlossene vormalige KPD-Führer A. Maslow schrieb vor seinem Ausschluß in einer Plattform: „*Sollten sie* (gemeint sind die deutschen Kommunisten – Anm. AK) *sich lediglich als Propagandisten der Sowjetunion ... des Staates der UdSSR, mit allen seinen Mängeln und Fehlern fühlen und gebä rden, oder sollten sie, bei aller aktiver Solidarität mit Sowjetrußland, die Grundsätze des Kommunismus als Leitstern betrachten und weder die NÖP* (10) *noch die Mängel des heutigen Rätestaates schönfärben und idealisieren?*" (11).

Aufgrund dieser Äußerungen wurde Maslow von Thälmann auf dem KPD-Parteitag im März 1927 in eine Reihe mit militaristischen Kriegstreibern gestellt (siehe oben).

Ich möchte damit allerdings nicht sagen, daß Maslow und seine Freunde nun die „wirklichen Kommunisten" waren, die von der Thälmann-Gruppe aus purer Niedertracht ausgeschlossen wurden. Maslow und andere damals ausgeschlossene KPD-Funktionäre standen selbst mehrere Jahre an der Spitze der KPD und haben deren Politik entscheidend bestimmt. Auch hierzu gäbe es manch Kritisches zu sagen.

Die Sowjetgranaten-Affäre hat nicht verhindert, daß die Zahl der KPD-Anhänger und insbesondere der KPD-Wähler in den folgenden Jahren weiter zunahm. Auch erzielte die SPD mit ihrer Granatenkampagne keine irgendwie wesentlichen Einbrüche in die KPD-Anhängerschaft.

Die Art und Weise allerdings, wie die KPD das Thema behandelte, indem sie stets an der Tatsache der Lieferung von Sowjetgranaten für die Reichswehr v o r b e i a r g u m e n t i e r t e, die UdSSR mit keinem Wort kritisierte und jeden linken Kritiker dieser eindeutigen Schweinerei mit den SPD-Führern, und sogar mit offenen Kriegstreibern in einen Topf warf, war freilich nicht gerade dazu angetan, linke Sozialdemokraten für die Politik der KPD zu gewinnen. Wer einerseits vehement gegen Panzerkreuzer für die Reichswehr Front machte, andererseits aber gegen die Lieferung von Granaten aus der UdSSR an eben diese Reichswehr nichts einzuwenden hatte, mußte Zweifel an seinen lauteren Absichten hervorrufen. So ist es m.E. auch zu erklären, daß die KPD-Kampagne für ein Volksbegehren gegen Panzerkreuzer in die Hose ging, sich nur rund ein Drittel der KPD-Wähler in die Listen eintrug und die Masse der linken Sozialdemokraten und SPD-Wähler von dem Volksbegehren nichts wissen wollten. Die Sowjetgranaten-Affäre ermöglichte es der SPD-Führung, die KPD mit einem gewissen Erfolg in großen Teilen der Arbeiterklasse als unglaubwürdige Kraft darzustellen, der es gar nicht um den Kampf gegen Militarismus und Rüstung, sondern nur um die Stärkung ihres Parteiladens ginge.

Wenn man sich heute mit dem Scheitern antimilitaristischer Bewegungen in Deutschland in den zwanziger und fünfziger Jahren befaßt, darf man nicht beim Herausarbeiten der Hauptverantwortung der SPD-Führer für den Niedergang dieser Bewegungen stehen bleiben; es gilt auch zu untersuchen, inwieweit die Politik und die Eskapaden der KPD-Führung das Ihre dazu beigetragen haben, die sozialdemokratische Hegemonie über die deutsche Arbeiterklasse zu erhalten bzw. zu festigen.

U., RGW-Kommission

Anmerkungen

1. zitiert in: Herrmann Weber (Herausgeber): Völker hört die Signale – Der deutsche Kommunismus 1916 – 1966, Köln-Westberlin 1967, S. 152;
2. in: siehe 1., S. 91;
3. Horst Naumann (Herausgeber): Ernst Thälmann: Über proletarischen Internationalismus – Reden und Artikel, Leipzig 1977, S. 63;
4. KAPD = Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, umfaßte bei ihrer Abspaltung von der KPD 1920 ein Drittel der KPD-Mitglieder, isolierte sich in den folgenden Jahren zunehmend vor allem durch linkssektiererische Wahlpolitik („Wahlboykott") und Gewerkschaftspolitik (Propagierung des Aufbaus „kommunistischer" Gewerkschaften) und entwickelte sich zu einer einflußlosen Sekte.
5. zitiert in: siehe 1., S. 153;
6. siehe 3., S. 82;
7. siehe 1., S. 154;
8. siehe 3., S. 64;
9. Herrmann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus – Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Europäische Verlagsanstalt, S. 209;
10. NÖP: Neue Ökonomische Politik. Zu Zeiten und auf Vorschlag Lenins ab März 1921 in der Sowjetunion praktizierte Politik, die eine Begünstigung kapitalistischer Bereiche und Kräfte in Sowjetrußland beinhaltete, um das wirtschaftliche Überleben des Sowjetstaates zu sichern.
11. zitiert in: siehe 3.



„...und dann möchte ich Euch noch eindringlich vor der Lektüre des antisowjetischen, antisozialistischen und daher zutiefst konterrevolutionären Artikels „Die Sowjetgranaten-Affäre" in der berüchtigten Maoisten-Zeitung „Arbeiterkampf" warnen!"

Medizinischer Kongreß zur Verhinderung des Atomkrieges am 19./20. September in Hamburg

Konradin Kreuzer

Über den Zivilschutz in einem Atomkrieg

Es hat sich längst herumgesprochen: Die Schweiz ist führend in Sachen Zivilschutz, einsame Weltspitze. Die Schweiz ist Vorbild unter anderem für die amerikanische Sicherheitsbehörde NRC (Nuclear Regulatory Commission) mit ihrem Konzept für Katastrophenschutz. Das eidgenössische Bundesamt für Zivilschutz registriert eine große Exportnachfrage für ihre TWP 1966 und TWO 1977, das sind „Technische Weisungen für den privaten Schutzraumbau" und „Technische Weisungen für die Schutzanlagen der Organisation und des Sanitätsdienstes". Darin ist auf fast 500 Seiten alles nötige über die Planung, den Bau und die Versorgungsanlagen von Schutzbauten für die Bevölkerung und für die verschiedenen Funktionen des Zivilschutzes beschrieben und gezeichnet. Das hat in unserem Land verbindlichen Charakter, ist Vorschrift, und es ist auch weitgehend bereits gebaut und verwirklicht. Die Zahl der Schutzplätze ist annähernd so groß wie die Schweiz Einwohner zählt. Aber sie sind ungleich verteilt, und es gibt Orte, z.B. unser Dorf, mit beträchtlichem Schutzplätze-Defizit. (Der Durchschnittsmensch braucht eigentlich zwei Plätze, den einen daheim und den andern am Arbeitsplatz oder in der Schule.) In den bereits gebauten sanitätsdienstlichen Anlagen sind 75000 Liegestellen. Die Schutzräume sind gegen Explosionsdruckwellen von 1 atü (die meisten) oder von 3 atü (die größeren Kommandoposten-Schutzanlagen und die Sanitäts-Hilfsstellen und Notspitäler) gebaut und sollten auch gegen Primärstrahlung (gamma, nach neuer Version sogar Neutronenwaffen) gegen Fallout, gegen Brände, Trümmer und chemische Kampfstoffe Schutz bieten.

Verfällt man einmal ins Prahlen (das tun unsere Experten ebenso wie unsere Behörden), dann kann man das nie oft genug und nie laut genug tun. Ist nun alles so beispielhaft bestellt und kriegsbereit? Ist solcher Zivilschutz kriegstauglich? Die zweite Frage wollen wir sogleich miteinander überdenken. Auf die erste Frage gebe ich zwei Antworten nicht selber, sondern zitiere von kompetenter Seite. In dieser vergangenen Septemberwoche stand es in der Zeitung: *„Der Schweizerische Zivilschutzverband ist besorgt über den Ausbildungsstand der 480000 Zivilschutz-Dienstpflichtigen: Nur die Hälfte von ihnen ist ausgebildet, und*
vilschutz-Dienstpflichtigen: Nur die Hälfte von ihnen ist ausgebildet, und
überdies fehlen dem Zivilschutz geeignete Kaderleute . . ." [*„sda", 14.9.81*]. Weit deutlicher sagte es der Chef des Amtes für Zivilschutz des Kantons Zürich (der volksreichste und sicher kein unterentwickelter Schweizer Kanton), am 8. Juli 1981 in den „Neuen Zürcher Zeitung" (NZZ):

„Insgesamt muß man ehrlicherweise einsehen und zugestehen, daß der schweizerische **Zivilschutz**, *im Gegensatz zur schweizerischen Armee*, **nicht einsatzbereit** *und* **nicht funktionstüchtig** *ist. Wenn es morgen ernst gälte, müßte in einer Art und Weise improvisiert und dilettiert werden, die jedem Verantwortlichen das Grauen einflößt und Bevölkerung und Behörden zutiefst beunruhigen sollte.* **Das, was wir in Beton bereitgestellt haben, ist in keiner Weise mit Funktionstüchtigkeit gepaart.**

Die **internationalen Lobhudeleien** *über den schweizerischen Zivilschutz erweisen sich als* **kontraproduktiv** *geben sie doch allzu vielen den willkommenen Anlaß festzustellen, bei uns sei alles zum besten bestellt".*

Das war, so scheint es mir, eine notwendige Richtigstellung. Können Sie sich ausdenken, wie lange es wohl dauern könnte, bis ein zivilschutzbautentechnisch unterentwickeltes Land (die BRD?) nicht nur mit dem Bauen und Installieren, sondern auch mit der Funktionsbereitschaft den Rückstand aufgeholt hätte? Doch, supponieren wir, die Bundesrepublik und die Schweiz seien den Konzepten entsprechend b e r e i t , und wenden wir uns der zweiten Frage zu: Ist solcher Zivilschutz kriegstauglich?

30 Mann haben 3 Tage in einem Schutzraum von 32 qm verbracht — übungshalber. Das entspricht der Schutzraum-Norm von 1 qm pro Insasse. Sie haben das (gut) überstanden, und sie hätten ohne Zweifel weitere 3 Tage, notfalls Wochen überstanden. Man lese im Guinness-Buch der Weltrekorde: Menschen haben sich über weit längere Zeitläufe in noch engerer Abgeschiedenheit einlagern lassen und sind lebend wieder herausgekommen. Der Nachweis ist also erbracht, daß der Mensch in 2,5 Kubikmetern Schutzraum (die Volumen-Norm) Tage und Wochen physisch überleben kann. Die 30 Mann waren — fast wie die Guinness-Weltrekordler — Zivilschutz-Fans, und sie taten es im Wissen darum, daß die Welt draußen in Ordnung und nach der Übung wieder betretbar war und daß ihnen drinnen im Schutzraum nichts Böses geschieht. Genügt das als Erfahrung?

Die Menschen in Hiroshima und in Nagasaki 1945 waren nicht im Schutzraum. Sie in Hamburg, im Deutschland von damals, bzw. Ihre Vorfahren haben Erfahrungen mit Unterständen. Zwar kannten Sie die Todesangst bei einem Angriff. Aber Sie wußten, daß Sie — falls es Sie nicht traf — nach der Bomberwelle wieder hinaustreten durften in atembare Luft, daß Sie dort Ihre Notdurft verrichten, den Durst löschen und etwas Eßbares finden würden. Dieses Wissen fällt jetzt weg. Das A u ß e n , außerhalb des Schutzraumes wird künftig tabu sein, unbekannt, unbetretbar. Nach sehr detaillierten Studien, die ich (im Rahmen der Beschwerdeverfahren um das AKW Gösgen) an schweizerischen (angeblich vorbildlichen) Katastrophenschutzkonzepten gemacht habe, ist nach einem Reaktorunfall der Klasse 9, d.h. mit Ausbreitung von Radioaktivität in die Umgebung, nur ein Umstand sicher: die Ausgangslage ist das Chaos. Den Zivilschutz der Schweiz in einem



Nuklearkrieg habe ich noch nicht ebenso detailliert unter die Lupe genommen, aber ich zweifle, ob dort die Ausgangslage viel besser wäre, ob wir beispielsweise im Schutzraum rechtzei-
Ausgangslage viel besser wäre, ob wir beispielsweise im Schutzraum rechtzei-
tig die für unsere lokale Strahlenlage zutreffenden Meldungen von oben erhalten würden. Weil die Erfahrung fehlt, müssen wir das, was auf uns zukommen könnte, mit viel Vorstellungskraft und mit Phantasie auszumalen versuchen. Das ist nicht leicht, denn je länger und je tiefer wir in solche Abläufe gedanklich eindringen, desto mehr Überraschungen erleben wir. Seit den Zeiten der Bombenangriffe des Zweiten Weltkrieges haben die Infrastruktur und die Vernetzung unseres Alltags einen Grad von Kompliziertheit und Anfälligkeit erreicht, der schwer durchschaubar ist. Um unserer Frage beizukommen, schlage ich vor, daß ich Ihnen die Geschichte meiner eigenen kleinen Umwelt erzähle, so wie ich sie mir ausmale. Diese Geschichte kann langweilig sein, aber ich muß von mir vertrautem ausgehen. Sie wird für Sie erst spannend, wenn Sie sie sofort übertragen auf Ihre eigene kleine Umwelt — bitte tun Sie das.

Im kleinen Schlafzimmer, das meine Frau und ich benächtigen, es sind 12 Quadratmeter, müßten, wenn ich mir den als Schutzraum vorstelle, 11 Personen zusammenleben, jeder mit Anspruch auf 1 qm, der zwölfte Quadratmeter ist reserviert für das VA = Ventilationsaggregat. Türe, Fenster und Fensterläden sind zu verriegeln. In dieser Hausung von 30 Kubikmetern Luftraum sei für uns elf für Tage bis Wochen Schlafzimmer, Stube, (Küche) bzw. Speisekammer und WC untergebracht. Vier Nachbarhäuser ergäben eine solche Schicksalsgemeinschaft, die wir ja nicht selber auswählen können: 2 betagte Frauen, 3 Frauen und 3 Männer im Alter zwischen 40 und 60 und 3 Jugendliche. (Einzelschutzräume nach TWP umfassen zwischen 7 und 50 Schutzplätze.) Hier trifft es sich, daß keine Kinder die psychische Situation zusätzlich belasten; Kinder, ihrer räumlichen und zeitlichen Bewegungsfreiheit plötzlich beraubt, ohne daß sie dafür einen Grund begreifen können, müßten gewaltige Probleme stellen. Sozusagen zum Ausgleich dafür ist ein Nachbar schwer nierenkrank (mit Fremdniere) und tröstet sich mit Zigarettenrauchen und Trunk, trägt zudem Gelbsucht. Für einen solchen Fall erteilt das „Schutzraumhandbuch" von 1978 des Bundesamtes für Zivilschutz folgende Weisung für den Eingangskontrollposten: *„Maßnahmen beim Eintreffen der Schutzrauminsassen*

- *Personen mit gefährlichen ansteckenden Krankheiten ermitteln und in Warteraum weisen*
- *Anordnungen betreffend mitgebrachte Haustiere bekanntgeben*

Da sitzen wir nun und überdenken die Lage, nicht ohne zu atmen, das heißt Sauerstoff zu konsumieren in unserem geschlossenen Kreislauf. Wie lange reicht der Sauerstoff?

Wir brauchen 3 Kubikmeter Luft pro Stunde und Person. Das VA ist auf doppelt so viel dimensioniert, es fördert bei 50 Watt Netzanschlußwert 6 Kubikmeter Frischluft pro Stunde und Schutzplatz. Soweit so gut in einer Vorangriffsphase. Aber wir wollen die Tauglichkeit im Krieg überdenken. Gibt die Steckdose nach einem Nuklearangriff noch elektrischen Strom her? Wenn nicht, müssen wir uns mit Handbetrieb helfen.

Inzwischen ist die Luft im Schutzraum ohnehin stickig geworden, es ist über 30 Grad Celsius warm und so feucht, daß die Wände tropfen, und es stinkt, nach verbrauchter Luft, nach Schweiß, nach Krankheit und nach WC, denn einige haben bereits das hinter einem Pseudovorhang verdeckte Trockenklosett benutzen müssen. Einer/eine muß nun die Ventilations-Handkurbel drehen, nach Vorschrift mindestens ein Drittel der Zeit bei gutem Innenklima, sonst mehr bis dauern, und in der Regel nicht länger als 10 Minuten an einem Stück, dann ist er/sie abzulösen. Nicht nur wer dreht, keiner von uns weiß, ob er nicht mit der Kurbel lebensgefährliche Luft hereinpumpt. Zwar ist ein Filter vorgelegt, welches Grobstaub, groben radioaktiven Fallout abfängt; aber reicht das? Weh, wenn einer aufhört zu drehen, aus Erschöpfung, aus Platzangst, wegen Übelkeit. Je übler die Luft, desto mehr muß man kurbeln, sie verbrauchen, um frische zu erhalten. An einer brennenden Kerze am Boden soll man prüfen, wann der gefährliche Kohlendioxidgehalt von 4 Vol.% erreicht ist. Dann verlöscht die Kerze. Unsere nächsten Nachbarn, Bauern, liefern uns seit Jahr und Tag echte Eier von glücklichen Hühnern im Freiland.

Ich schweife ab, aber nicht umsonst rede ich von Hühnern und Eiern. Auch
Freiland.
Ich schweife ab, aber nicht umsonst rede ich von Hühnern und Eiern. Auch
uns Erwachsenen ist das tägliche Freiland plötzlich weggenommen. Wir sind in Verschläge verbannt, zu Batteriewesen umgewandelt worden. Werden auch wir darin aggressiv wie Schweine, die einander Schwanz und Ohren abbeißen? Die Zivilschutzweisungen für die Bauern verlangen, daß vor dem Schutzraumbezug das Vieh in den Stall gebracht wird. Versuchen Sie einmal, zur Unzeit mitten am Tag, 100 freie Hühner aus unübersichtlichem Auslauf in den Stall zu treiben. Das kostet Zeit, die der Bauer vielleicht beim Alarm nicht mehr riskieren dürfte. Da sind Batteriehühner im Vorteil, aber nur kurzfristig. Denn wenn im Schutzraum das Licht ausgeht, dann geht's auch in der Batterie aus, zusammen mit der elektronischen Steuerung und der elektrischen Mechanik. Sehr große Überlebenschancen haben die Hühner dann nicht mehr. Vielleicht haben sie zudem eine Primärstrahlung oder Fallout erwischt, sie sind ja nicht so gut abgedeckt wie die Menschen. Bald beginnt Verwesung...

Das Großvieh — so hatte in den 60er Jahren eine Forschergruppe in Oak Ridge ausgerechnet — überlebe einen massiven Angriff (der Größe UNCLEX) zu zwei Dritteln (bei einem Schutzfaktor von 1,8 nach einer 4 Tages-Dosis von 550 Röntgen), bei einem doppelt so großen Schutzfaktor sogar zu 80 %. Keinen Gedanken verschwendete diese Forschergruppe daran, daß Rindvieh getränkt und gefüttert, daß Kühe gemolken werden müssen, daß auch das Vieh bei subletalen, bei nicht-tödlichen Dosen strahlenkrank und anfällig werden kann und daß die Bauern bei solchen Strahlenpegeln den Stalldienst nicht versehen können, daß auch im Viehstall bald Verwesung anfängt.

Wenn der Strom ausfällt, hört auch das Trinkwasser in den Leitungen zu fließen auf. In den Küchen und in den Lagerhäusern wird die Kühlkette unterbrochen, und die Lebensmittel verderben. Brot backen können nur noch wenige, privilegierte Alternativler mit eigenem Weizen, einer Handmühle und Holzbackofen. Trockenvorräte (in der Schweiz längst behördlich empfohlen) wie Zucker, Reis, Hülsenfrüchte und Teigwaren kann man notfalls roh knabbern. Gemüse, Salat, Früchte des Feldes sind verstrahlt.

Nun bleibt noch „P e m m i k a n
für das dritte Jahrtausend",
eine soeben von Nestlè im Auftrag der Schweizer Regierung herausgegebene Überlebensnahrung in zwei Büchsentypen: einem süßen als Frühstück und einem gesalzenen als *„Hauptmahlzeit ... um den Bedarf der gesamten Bevölkerung der Schweiz während dreier Tage ... zu decken".*

Doch wozu? Ist der „Denner" wieder offen (das Lebensmittelgeschäft), fährt das Tram, wenn wir aus den Löchern steigen? Ist Wasser trinkbar das wir finden? Was sollen wir essen? Evakuieren? Wohin und wie, wer will uns aufnehmen? Lernen, mit der Radioaktivität zu leben? Wie sieht die Pflanzen- und Tierwelt aus, die nicht im Schutzraum war? Jede Frage, die wir stellen, bringt — statt einer Antwort — eine neue Frage. In den Fragen bleiben wir hängen.

Die Zivilschutzphilosophie und die Zivilschutzkonzepte beruhen auf der seltsamen Vorstellung, daß ihre Organisationen und die Sanitätsdienste samt ihren Anlagen und die Regierungen (von Bund und Kantonen) quasi unberührt abseits vom Geschehen stehen und dauernd ihren Pflichten obliegen,

- daß die Meß-Equipen im Gelände herumschwärmen, messen, Proben sammeln, sich und ihre Ausrüstungen dekontaminieren, um sich wieder abzulösen,
- daß Zentrallaboratorien (Labor der Kantonschemiker und der Strahlenschutzbehörden, eventuell auch der AKW) die (?) eintreffenden (eingebrachten?) Luftproben, Boden-, Pflanzen-, Milchproben schnell analysieren und die Befunde auswerten und sie auch geographisch/topographisch abstecken und das Ergebnis an die Überwachungszentrale in Zürich weiterleiten — auch wenn kein Strom mehr am Netz ist,
- daß die Gemeindekommandoposten im Lokalbereich die Verbindungen über Funk aufrechterhalten (der Anschlußwert ihrer Funkanlage ist 4,5 kW, um den im Handbetrieb wettzumachen, müssen 100 Mann dauernd kurbeln, im Dreischichtenbetrieb sind das 300 Mann; die Belegschaft des größten Kommandoposten ist 70 bis 80 Mann),
schaft des größten Kommandoposten ist 70 bis 80 Mann),
- daß die Bevölkerung in dauerndem Transistorkontakt mit den Behörden steht und laufend Zustandsbulletins erhält, die gerade für die lokale Strahlenlage des jeweils Zuhörenden gültig sind,
- daß Helikopter längs radioaktiven Zonenrändern, die ihr Überleben grad noch zulassen, fliegen, messen, auswerten, übermitteln und auf strahlenungefährdeten Plätzen landen, wo sie auftanken, dekontaminieren und ihre Ablösungen finden,
- daß Sanitätsposten (SanPo), Sanitäts-Hilfsstellen (SanHist) und Geschützte Operationsstellen (GOPS) oder Notspitäler (NS) funktionieren.

Einzelnes des Aufgezählten ist durchaus denkbar und möglich. Nehmen wir an, eine SanHist oder ein Notspital seien dank ihrer Notstromanlage sowie der vorgeschriebenen Wasser- und Treibstoffvorräte für 14 Tage im Betrieb. Wann und woher wird sie ihre Kundschaft bekommen? Oder: Womit und Wo und durch welche Menschen wird sie Strahlenkranke und kombiniert Blessierte abholen? Werden Strahlenkranke aus ihren Schutzräumen in die ihnen unbekannte Oberwelt steigen wollen und zu Fuß durch eine verstrahlte „Landschaft" den Weg in ein Notspital suchen? Oder sollen Ambulanzen durch eine solche Landschaft fahren und Strahlenbetroffene in der Unterwelt suchen? Werden sie solche Patienten telquel transportieren oder für den Transportweg in Schutzanzüge einpacken? In schwach- oder nicht-strahlenbetroffenen Randgebieten können solche Bewegungen ausführbar sein, aber dort sind die Menschen nicht schwer strahlenkrank, nicht notspitalbedürftig. Werden Notspitäler also im Leerlauf betrieben oder sich auf die Intensivpflege ihrer eigenen Belegschaft konzentrieren? Wie groß sind kaum oder unbetroffene Randgebiete?

In einem begrenzten Nuklearkrieg können sie groß sein. Dort kann man unter Umständen evakuieren und nachbarliche Hilfe leisten. In einem Eskalationskrieg können kurzfristig unbetroffene Gebiete Erdteile sein (vermutlich Europa nicht darunter), langfristig wird der ganze Erdball geschädigt sein. Zur kurzfristigen Auswirkung gibt UNCLEX eine grobe Auskunft: UNCLEX = Unclassified Exercise, eine theoretische Studie der 60er Jahre über den 4-Tage-Fallout eines Angriffs auf die USA mit 3600 Megatonnen. Die östliche Hälfte der USA hat darin Fallout-Dosen von über 100 Röntgen bis über 10000 Röntgen erhalten (fast lückenlos). Von den westlichen USA ist etwa die Hälfte mit mehr als 100 R betroffen — und das nur über die ersten 4 Tage.

Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, die in den 50er Jahren, in der Bombentest-Hochsaison herrschte, und die bis heute kleben blieb — trotz gegenteiliger Erfahrung — uns mit kurzfristigen Falloutbildern zu begnügen, von Grotesken wie der folgenden: Die 32 Kilotonnen-Testbombe Harry, die am 19. Mai 1953 um 0505 Uhr auf dem Nevada-Testgelände losgelassen wurde, hatte eine (unvorhergesehene) Wolke gegen Osten getrieben, die noch in 250 km Distanz eine Dosis von 2 bis 3 Röntgen (vmt. pro Stunde — ANM. AK) ergab. Folgende Maßnahmen wurden u.a. getroffen: Auf dem Highway 91-93 wurde der Verkehr zwischen 7.35 und 8.05 Uhr gesperrt. Die Bevölkerung des Städtchens St. George/ Utah wurde von 9.30 bis 11.30 Uhr in die Häuser verwiesen. Ein Jahr später, am 1. März 1954, ließ man über Bikini die 15 Megatonnenbombe Bravo detonieren. Auch sie ergab eine unvorhergesehene radioaktive Wolke ostwärts und zwar eine tödliche 2-Tage-Dosis von 500 Röntgen oder mehr über 250 km Länge und 30 km Breite. Die Inselbewohner von Rongelap wurden evakuiert und nach einer Menschengeneration wieder zurückgesiedelt. Dann aber stellte man fest, daß das zu früh war, daß die Inselerde noch zu stark radioaktiv verseucht war. Man siedelte die Menschen von Rongelap wieder aus. Multiplizieren Sie diesen Vorgang mit 1000, dann gelangen Sie in den Größenbereich der heutigen Overkill-Vorräte.

Sie können nun — so sagen unsere Strahlenschutzbehörden — große Landstriche um den Faktor 20 dekontaminieren. Das Bundesamt für Zivilschutz stellt sich das (in einer Spezialbroschüre für die Landwirte) so vor, daß man auf dem Hausdach beginnt. Warum auf dem Hausdach, das wird nicht begründet. Vielleicht weil es dort am bequemsten geht und eine Abflußrinne bereits gebaut ist. Ob das Dach, auf dem wir ja nicht herumlaufen, das
am bequemsten geht und eine Abflußrinne bereits gebaut ist. Ob das Dach, auf dem wir ja nicht herumlaufen, das
dringlichste ist? Nachher kommt der Vorplatz an die Reihe. Wohl weil er asphaltiert und darum abspritzbar ist — sofern Druck auf dem Schlauch ist (ob sich das Bundesamt diese Frage auch gestellt hat?)

Schwieriger wird es auf dem unasphaltierten Boden. Da empfiehlt man Tiefpflügen, was keine Dekontaminierung, sondern bloß eine Verdünnung ergäbe, bestenfalls um den Faktor 5. Wer würde tiefpflügen, womit, und wie durch busch- und baumbewachsenes Gelände? Die Erde abtragen, abtransportieren, womit, worin, wohin? Ein Faktor 20, reine Theorie, würde überdies dort nicht weiterhelfen, wo die Erde hundertfach oder mehr über das tolerierbare hinaus verstrahlt ist.

Wo Fachleute derart massiv entgleisen, da muß der Nichtfachmann, der gewöhnliche Mensch einspringen, etwa eine Barbara Kramer-Kruck aus Zürich, die es so sagt: *„Wir sind nicht mehr imstande, A und B zusammenzubringen und daraus einen Schluß zu ziehen".*

Zwar sind uns – sogar Fachleuten – viele Komponenten A und Komponenten B einzeln begreifbar. Eine Maßnahme A kann ausführbar sein, auch eine Maßnahme B, das heißt nicht ohne weiteres, daß beide kombiniert werden können. Einem Vorgang C können wir begegnen, auch einem Vorgang D. Vielleicht aber sind wir ratlos, wenn beide zusammen eintreffen. Die Wirklichkeit besteht nicht aus zwei Vorgängen und zwei Maßnahmen, sondern aus mehr Komponenten als das Alphabet Buchstaben hat. Wir kommen, wenn wir alpha, beta, ... bis omega miteinander in Einklang bringen wollen, bald ans Ende unseres Griechisch oder Lateins. Oder wir kommen – jetzt zurück zum Tagesthema – zur Einsicht, daß die Zivilschutzphilosophie mitsamt ihren Konzepten und samt ihren teuren Bauten einer riesigen Seifenblase gleichkommt, die uns vorschillert, wir könnten einen Atomkrieg einigermaßen heil überstehen.

Dieses Referat (von uns leicht gekürzt) wurde von K. Kreuzer auf dem Hamburger Kongreß zu einem Dia-Vortrag gehalten.

Wir drucken hier Teile der „Führungsgrundsätze des Heeres für die atomare Kriegsführung" der Bundeswehr ab, die 1961 unter Kriegsminister Strauß verordnet wurden. Im Kern besagt die Dienstvorschrift, daß der Einsatz von A-Waffen praktisch in jeder Kriegslage im Zentrum zu stehen habe: Befindet sich „der Feind" im Angriff, so kann die Atomwaffe diesen Angriff stoppen und die Unterlegenheit bei den Truppen ersetzen. Befindet sich „der Feind" auf dem Rückzug, so sollen Atomwaffen die entscheidende Demoralisierung „des Feindes" herbeiführen. Zudem sollen Atomwaffen dazu dienen, insbesondere Atomstellungen „des Feindes", den Nachschub, den Aufmarsch, Einsatzzentralen etc. zu vernichten. Kann die eigene Truppe nicht rechtzeitig genug vorgewarnt werden, so muß eventuell dennoch der Einsatz der Atomwaffe den „Vorzug" erhalten. Man könnte meinen, daß es sich um naive militaristische Phantasien handelt, die dem Kasino-Ton bei einigen Promille entsprechen. Aber es handelt sich um bitteren Ernst. Die Dienstvorschrift bemerkt allerdings selbst immer wieder, daß der Gegner natürlich die gleichen Möglichkeiten besitze. Tumulte im Bundestag löste es aus, als Helmut Schmidt – damals noch in Opposition – die Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen mit dem „Ermächtigungsgesetz" Hitlers verglich und an die NATO-Manöver ‚Carte Blanche' und ‚Lion noir' erinnerte, wo innerhalb weniger Tage der Einsatz von Hunderten taktischer A-Waffen (im Stabsmanöver) erfolgte: *„Ich habe sagen hören: diejenigen Offiziere, die dieses Planspiel vorbereiten mußten, haben dabei geweint ... Ich wiederhole: Offiziere, deutsche Offiziere, die dieses Atombomben-Planspiel mit vorbereiten mußten, haben dabei geweint! Sie mußten sich nämlich realistisch auf die Lagen einstellen, die in diesem Planspiel Tag für Tag auf sie einstürmten, darauf, daß sie der Hunderttausende von Flüchtigen auf den Straßen im Planspiel nicht anders Herr werden konnten, als sie durch Panzer von den Straßen herunterzufegen".* Tatsächlich sieht die Dienstvorschrift vor, daß die Entscheidungen über den Einsatz von A-Waffen teilweise bereits auf der „mittleren Führungsebene" der Bundeswehr getroffen werden sollen, d.h. auf Divisions- und Brigade-Ebene, sofern ihnen schon im voraus dazu eine Genehmigung erteilt wurde. Wie ernst im übrigen die Gefahr eines Einsatzes damals schon war, kann man daran sehen, daß diese Dienstvorschrift nur vier Monate vor dem Bau der Mauer in Berlin und 1 1/2 Jahre vor der Kuba-Krise erlassen wurde, in beiden Fällen drohte der US-Präsident mit der Auslösung des Atomkrieges. Heute behauptet das Verteidigungsministerium, daß diese Führungsgrundsätze zur „Makulatur" geworden seien. Ebenso wird heute dementiert, daß Atomminen zur Verfügung stehen. Tatsächlich gibt es im Zusammenhang mit der Nachrüstungsdebatte eine Diskussion innerhalb der Militärs sowohl in den USA als auch in der Bundeswehr, die den Einsatz taktischer Atomwaffen auf dem Gefechtsfeld für unsinnig halten, und es gibt ausführliche Rechnungen, die belegen sollen, daß mittlerweile konventionelle Vernichtungswaffen, vor allem Bombenteppiche bereits ähnliche verhehrende Wirkungen erreichen. Nicht zu vergessen ist die heute einsatzbereite Neutronenbombe, die inzwischen – ähnlich wie damals andere taktische Atombomben – angepriesen wird.

Wir bezweifeln, daß die derzeit gültigen Richtlinien sich im Wesen unterscheiden von der alten Dienstvorschrift, die wir dokumentieren. Im neuesten „Stern" wird ebenfalls angegeben, daß in der BRD 300 Atomminen und 3000 taktische Atomsprengköpfe lagern (andere Quellen geben 5.000 an). Der Abzug von 1.000 taktischen Atomwaffen in der BRD bei Einführung der Mittelstreckenraketen ist ebenfalls schlicht ein „Trick", denn inzwischen sind die Sprengsätze so genormt und ihre Sprengwirkung so einfach änderbar, daß die Reserve geringer gehalten werden kann. Diese A-Waffen lagern natürlich keineswegs nur als Museumswaffen in der BRD. Zudem veröffentlichte die „taz" vom 6.8.80 den Einsatzplan OPPLAN 100-6 von 1962, in dem auch vorrangige A-Waffen-Ziele auf BRD-Gebiet eingezeichnet waren, darunter die Städte Flensburg, Kappeln, Schleswig, Kiel, Rendsburg, Brunsbüttel, Itzehoe, Lübeck und Lauenburg. Die „taz" schrieb dazu, daß Militärexperten sich einig sind, daß diese Ziele nach wie vor gültig sind. Der „Stern" berichtete ebenfalls, daß der Kanal in Brunsbüttel vorrangiges Atomziel der NATO sei, wenn es gilt, den Nord-Ost-See-Kanal unbrauchbar zu machen. Es ist lebensgefährlich, den Dementis aus Bonn zu trauen ...

Antimilitarismus-Kommission

Bisher geheim: Bundeswehr- Richtlinien zum Atomkrieg

Der Bundesminister für Verteidigung
Führungsstab des Heeres IV 4

Bonn, den 11. April 1961

Ich erlasse die Heeresdienstvorschrift (VS-NfD) [redacted]

Führungsgrundsätze des Heeres
für die
atomare Kriegführung

HDv [redacted] 100/2

Mit Ausgabe dieser Vorschrift treten die HDv g 100/2 vom 23. März 1956 (herabgestuft auf NfD) und der Vorabdruck „Truppenführung 1960" VS-Vertraulich vom 10. April 1961 außer Kraft.

Strauß

Dies ist ein geheimer Gegenstand im Sinne der §§ 99, 353b und 353c StGB

Mißbrauch wird bestraft!

Vorbemerkung

3. Unter Atomwaffen im Sinne dieser Vorschrift werden Atomsprengkörper und Einsatzmittel verstanden, deren Verwendung sich unmittelbar oder binnen kurzer Zeit auf das Kampfgeschehen der Landstreitkräfte auswirkt. Dies sind Atomwaffen, welche die obere und mittlere Führung der Landstreitkräfte einsetzt, sowie solche, mit denen Luftstreitkräfte und Seestreitkräfte den Kampf der Landstreitkräfte unterstützen.

4. Die Vorschrift setzt voraus, daß sich die politische Führung der NATO entschlossen hat, im Rahmen der Grundsätze des Völkerrechts Atomsprengkörper anzuwenden, und daß auf Grund dieser Entscheidung die militärische Führung der NATO den Einsatz von Atomsprengkörpern — aus dem Gewahrsam der Armee der Vereinigten Staaten von Amerika — durch Verbände des Heeres angeordnet hat.

   Die Freigabe der Atomsprengkörper zum Verschuß ist an feste Regeln gebunden und bestimmten NATO-Kommandobehörden vorbehalten. Diese können den ihnen unterstellten Truppenführern eine bestimmte Anzahl von Atomsprengkörpern, zeitlich und örtlich begrenzt, zur Verwendung im Rahmen ihres Auftrages freigeben. Die Vorschrift geht davon aus, daß in der Regel eine solche Freigabe jeweils erfolgt ist. Sie enthält aber auch das Verfahren für den Fall, daß der Truppenführer diese Ermächtigung nicht hat und daher die Freigabe jedes einzelnen Atomsprengkörpers beantragen muß.

5. **Die Grundsätze dieser Vorschrift gelten für die mittlere Führung. Die untere Führung wendet sie im Zusammenhang mit den Vorschriften für die einzelnen Waffengattungen an. Der oberen Führung können sie bei ihren Überlegungen und Maßnahmen als Grundlage dienen.**

A. Einführung

I. Der Krieg

3. Ein Krieg kann überraschend oder nach einer Spannungszeit ausbrechen. Er kann von vornherein in weltweitem Rahmen entstehen; er kann sich aber auch aus kleineren bewaffneten Konflikten zu einer größeren Auseinandersetzung entwickeln. Art und Umfang, Dauer und Ausgang eines Krieges sind stets ungewiß.

6. Alle Kräfte und Mittel, die zur Kriegführung notwendig sind, müssen eingesetzt werden können. Der Kampf muß aus den Hilfsquellen des Landes gespeist und von der moralischen Kraft des Volkes getragen werden. Hierfür sind — auch im zivilen Bereich — Abwehrbereitschaft und Verteidigungsfähigkeit erforderlich. Die militärische Verteidigung ist von der zivilen Verteidigung nicht zu trennen.

IV. Die Atomwaffen

18. Die Atomwaffen haben die Gefechtsführung verändert und ihr neue Formen gegeben. Allein das Vorhandensein dieser Waffen stellt eine ständige Bedrohung dar und zwingt dazu, sich auf ihre Anwendung einzustellen. Atomwaffen beeinflussen ständig alle Führungsbereiche und -maßnahmen.

    Atomwaffen und Mechanisierung drängen Zeit und Raum zusammen und zwingen dazu, mit neuen Maßstäben zu rechnen. Nur eine Führung, die das erfaßt hat und die gebotenen Vorteile zu nutzen weiß, kann den Erfolg erringen.

19. Atomwaffen haben eine Flächenwirkung. Sie können mit ihrer **gewaltigen Feuerkraft** schlagartig und überraschend Ziele aller Art vernichten und mit wesentlich geringerem Aufwand weit größere Verluste und Schäden herbeiführen, als nichtatomare Waffen dies vermögen.

    Die gleichzeitig in drei Arten auftretende Wirkung der Atomwaffen (thermische Strahlung, Luftdruck und Kernstrahlung) verursacht mit einem Schlage stärkste Verluste an Menschen und schwere Schäden an Waffen und Gerät. Darüber hinaus können Atomsprengkörper längere Zeit anhaltende Geländeverstrahlungen, Zerstörungen, Verwüstungen und Brände verursachen sowie Strahlungsschäden hervorrufen, die sich erst nach einiger Zeit zeigen.

    Umfang und Schwere der Schäden können von dem, der diese Waffen einsetzt, weitgehend vorher bestimmt und in der Gefechtsführung berücksichtigt werden. Die Auswirkungen dieser Waffen auf die Moral dagegen entzieht sich der Berechnung und ist schwer abzuschätzen; sie darf nicht unterschätzt oder gar außer acht gelassen werden. Die moralische Wirkung kann über die tatsächliche hinausgehen und den Kampfwillen auch nicht getroffener Truppen lähmen.

20. Durch ihre gewaltige Wirkung in Verbindung mit ihrer Beweglichkeit sind Atomwaffen **das wichtigste Kampfmittel** in der Hand der militärischen Führung. Je mehr Einsatzmittel und Atomsprengkörper zur Verfügung stehen und je bessere Aufklärungsergebnisse vorliegen, desto stärker können diese Waffen die gesamte Gefechtsführung bestimmen. Die Wirkung von Atomsprengkörpern kann Bewegungen ermöglichen oder erleichtern. Andererseits schaffen oft erst Bewegungen die Voraussetzung für einen wirkungsvollen Einsatz der Atomsprengkörper.

    Atomwaffen stehen daher im Mittelpunkt aller Überlegungen und Maßnahmen; die Gefechtsführung baut sich auf ihrer Wirkung auf. Durch den Einsatz von Atomwaffen kann das Gefecht entschieden oder die Freiheit des Handelns wiedergewonnen werden. Auch der Unterlegene vermag mit ihrer Hilfe eine schwierige Lage plötzlich und grundlegend zu seinen Gunsten zu ändern, vor allem dann, wenn er die Möglichkeit, den Feind zu überraschen, ausnutzt.

21. **Durch die Atomwaffen kann die Führung freier, unabhängiger und beweglicher werden und größere Handlungsfreiheit erhalten. Krisen können leichter entstehen, aber auch rascher gemeistert werden, da die Atomwaffen durch ihre vernichtende Wirkung die Lage blitzschnell zu ändern vermögen.**

    Atomwaffen können das Erstarren der Fronten verhindern und Kampfhandlungen schneller ablaufen lassen; sie erleichtern den Wechsel der Gefechtsarten und sind ein Mittel, rasch Schwerpunkte zu bilden oder zu verlegen.

22. **Die Möglichkeiten, Atomwaffen zu verwenden, sind jedoch nicht unbegrenzt.**

    Außer der Beachtung der völkerrechtlichen Bestimmungen (siehe Anhang, Teil III) schränkt die Rücksicht auf die Sicherheit der Truppe und auf die Zivilbevölkerung, die durch großräumig wirkende Kampfmittel in Mitleidenschaft gezogen werden kann, ihre Verwendungsmöglichkeit oft ein.

    Weiterhin ist zu bedenken, daß verwüstetes und verstrahltes Gelände die Bewegungen auf der Erde hemmt oder einengt. Ferner kann der Einsatz der eigenen Luftstreitkräfte die Verwendung von Atomsprengkörpern für bestimmte Räume oder Zeiten verbieten. Auch der Zeitbedarf für Anforderung und Warnung sowie für die Herstellung der Einsatzbereitschaft begrenzt die Möglichkeiten ihrer Verwendung.

23. **Bei allen Überlegungen und Maßnahmen ist zu bedenken, daß auch der Feind über Atomwaffen verfügt und seine Führungsgrundsätze, seine Kampfweise sowie die Gliederung und Ausrüstung seiner Streitkräfte den Erfordernissen des atomar geführten Krieges angepaßt hat.**

    Es muß damit gerechnet werden, daß der Feind seine Atomwaffen rücksichtslos einsetzt und ihre Wirkung entschlossen auszunutzen sucht, um eine Entscheidung zu erzwingen. Dabei wird er unter Umständen Verluste, die durch Strahlungsschäden entstehen, in Kauf nehmen.

    Die Atomwaffen des Feindes bedrohen alle Truppen und Einrichtungen zu jeder Zeit und an jedem Ort. Jede Zusammenballung ist für ihn ein willkommenes Atomziel.

24. Die schweren **Verluste** und hohen **Ausfälle** werden häufig nicht allein durch Auffüllung mit Personal und Material ausgeglichen werden können. Die Führung muß sich daher auf die Notwendigkeit einstellen, als Ersatz geschlossene, voll ausgerüstete Truppenteile zuzuführen.

25. Durch das atomare Feuer können zwar in manchen Lagen örtlich und zeitlich begrenzte Erfolge auch mit schwachen Kräften errungen oder Geländeteile durch Verstrahlungen, Zerstörungen und Verwüstungen gesperrt werden, doch können meist nur genügend starke Truppen den Feind zum Bilden von Atomzielen zwingen, Atomschläge ausnutzen oder Gelände halten und Feindbewegungen verhindern.

    Truppen können somit nur unter gewissen Bedingungen und zeitlich begrenzt, jedoch nicht auf die Dauer durch Atomwaffen ersetzt werden.

26. **Atomwaffen können Bewegungen fördern oder hemmen, Kampfhandlungen beschleunigen oder zum Stillstand bringen, bewegliches Führen ermöglichen oder die Führung einengen, Selbständigkeit der unteren Führer erfordern oder zu straffer Führung zwingen, die Truppe beflügeln oder ihre Moral schädigen.**

    So gibt die Gegensätzlichkeit ihrer Auswirkungen und Eigentümlichkeiten den Atomwaffen ein **doppeltes Gesicht.**

B. III. Führungsgrundsätze

78. Die beiden Hauptelemente jedes Kampfes sind **Feuer und Bewegung.** Sie miteinander in **Einklang** und dadurch die Kampfkraft zu höchster Wirkung zu bringen, ist die Aufgabe der Führer aller Grade.

    Atomwaffen bewirken in vielen Fällen eine Abhängigkeit der Bewegung vom Feuer. Andererseits schaffen oft erst die Bewegungen der Kampftruppen die Voraussetzung für den Einsatz eigener Atomwaffen. Je nachdem, wie der Truppenführer die Atomsprengkörper einzusetzen beabsichtigt, wird er seinen unterstellten Führern entweder Selbständigkeit lassen oder sie örtlich und zeitlich binden.

79. Der Kampf wird meist mehr vom **Feuer** als von der Zahl und der Stärke der Kampftruppen bestimmt. Das Feuer ermöglicht die eigene Bewegung trotz feindlichen Widerstandes, bringt den Feind zum Stehen oder hindert ihn am geordneten Handeln. Die Wirkung des Feuers liegt nicht nur in seinem zeitlichen und räumlichen Ausmaß und in seiner Wucht, sondern auch in seiner Genauigkeit. Durch Feuer allein kann Gelände jedoch weder genommen noch auf die Dauer gehalten werden.

    Neben die tatsächliche Wirkung tritt die moralische; sie kann mitunter die tatsächliche Wirkung übersteigen, hält aber meist nur begrenzte Zeit an. Überraschende Feuerzusammenfassungen sind besonders wirksam.

    Die Wirkung atomarer Waffen bildet den Kern des Feuers; das Vorbereiten und Führen des atomaren Feuerkampfes ist eine der wichtigsten Aufgaben der Führung. Das Feuer der nichtatomaren Waffen ergänzt das Feuer der atomaren. Voraussetzung für einen wirkungsvollen Feuerkampf ist das rasche Umsetzen der Auswertung aller Aufklärungs- und Ortungsergebnisse in Feuer.

81. Ein **Schwerpunkt** ist in jeder Lage zu bilden. Eigene Absicht, Feindlage und Gelände bestimmen seine Wahl.

    Das stärkste Mittel zur Bildung eines Schwerpunktes sind Atomwaffen. Ihr Einsatz beansprucht weniger Raum, mitunter auch weniger Zeit als der von Kampftruppen und spart Kräfte.

82. **Reserven** sind das wichtigste, oft das letzte Mittel der Führung, den Verlauf des Gefechts zu beeinflussen. Kräftebemessung, Platz und Einsatz der Reserven müssen daher sorgfältig erwogen werden.

    Reserven können aus Truppen und aus atomaren Einsatzmitteln

und Sprengkörpern bestehen. Das Kennzeichen einer Reserve ist, daß sie frei zur Verfügung des Führers steht, der sie befohlen hat.

Die zum Gefecht eingesetzte Truppe zugunsten der Reserven zu schwach zu machen, heißt oft, den Erfolg in Frage stellen und sich der Gefahr aussetzen, in Teilen geschlagen zu werden. Zu schwach gehaltene Reserven dagegen schränken die Handlungsfreiheit des Truppenführers ein. Überlegene atomare Feuerkraft erlaubt es oft, die Reserven an Kampftruppen geringer zu bemessen.

Reserven an Truppen können auch dazu dienen, durch Atomsprengkörper getroffene Verbände oder Einheiten zu ersetzen.

Reserven an Atomwaffen sind so bereitzuhalten, daß sie schnell feuerbereit sind.

83. Der atomare Kampf erfordert ein besonders hohes Maß an **Beweglichkeit**.

84. Alle Führer müssen in jeder Lage zu vermeiden suchen, daß ihre Truppen Ziele feindlicher Atomwaffen werden. **Auflockerung** erschwert die feindliche Aufklärung und ist ein entscheidendes Mittel zum Schutz gegen die Wirkungen von Atomwaffen. Andererseits ist zu bedenken, daß die Auflockerung die eigene Durchschlagskraft und die Fähigkeit zu schnellem Handeln mindert. Daher kann es die Erfüllung des Auftrages erfordern, trotz atomarer Bedrohung die Kräfte an entscheidender Stelle zu einheitlichem Handeln zusammenzufassen. Dies muß jedoch so spät wie möglich und stets rasch geschehen und darf nur so lange andauern, wie es die Lage verlangt.

85. **Die große und weiträumige Wirkung der Atomwaffen erhöht die Bedeutung der Deckung gegen Sicht und Feuer.**

Wenn die Truppe sich nicht bewegt, ist jede sich bietende Deckung ohne Zeitverlust auszunutzen. Soweit es Auftrag und Lage zulassen, hat die Truppe neue Deckungen zu schaffen, vorhandene zu verstärken. Eingraben ist der beste Schutz.

Auch in der Bewegung ist immer an Deckung, in erster Linie gegen Sicht, zu denken.

88. Die atomare Bedrohung verlangt vom Truppenführer besondere Überlegungen und Maßnahmen bezüglich der Aufteilung und Ausnutzung des ihm zur Verfügung stehenden Raumes. Die **Ordnung des Raumes** muß fester Bestandteil des Planes der Führung in allen Gefechtsarten und Lagen sein, gleichgültig, ob die Truppe sich in Bewegung befindet oder nicht. Ziel der Ordnung ist es, eine Zusammenballung von Truppen oder Einrichtungen zu vermeiden, dadurch die Auswirkung möglicher feindlicher Atomschläge auf ein Mindestmaß herabzusetzen und gleichzeitig die Tiefe des Raumes durch zweckmäßige Gliederung zu sichern. Läßt sich dieses Ziel mit dem Auftrag einer Truppe nicht in Einklang bringen, so hat dieser den Vorrang.

89. Die weite Auflockerung der Truppen, die schnellen Bewegungen mechanisierter Verbände auf dem Gefechtsfeld und die großflächige Wirkung der Atomsprengkörper werden zu einem **Hin- und Herwogen des Kampfes** mit vielen, oft plötzlichen und unerwarteten Wechselfällen führen und ihm häufig einen inselartigen Charakter geben. Führung und Truppe müssen darauf eingestellt sein, daß durch Feind in Flanke und Rücken oder durch die Auswirkung von Atomdetonationen nicht nur Verbindungen auf kürzere oder längere Zeit unterbrochen werden, sondern daß auch ganze Führungsbereiche ausfallen, die befohlene Gefechtsgliederung zerrissen wird und Planungen plötzlich zunichte werden. Durch all das dürfen sich weder die Führer beirren lassen noch darf dadurch der Zusammenhang der Kampfhandlungen verlorengehen.

Werden Verbände oder Großverbände durch die Kampfereignisse auseinandergerissen oder fallen ganze Führungsstäbe aus, so ist es das wichtigste, sofort wieder klare Unterstellungsverhältnisse zu schaffen und die Befehlswege dazu einzurichten, damit in der Führung kein Chaos entsteht.

Das Gefühl abgeschnitten zu sein wird leicht zu einem psychologischen Schwächemoment der Truppe. Alle Führer müssen daher Ruhe bewahren, Zuversicht ausstrahlen und durch klare und energische Anordnungen dafür sorgen, daß kein Soldat sich verlassen vorkommt. Feind in Flanke und Rücken ist im beweglich geführten Gefecht kein außergewöhnlicher Zustand.

hältnisse zu schaffen und die Befehlswege dazu einzurichten, damit in der Führung kein Chaos entsteht.

Das Gefühl abgeschnitten zu sein wird leicht zu einem psychologischen Schwächemoment der Truppe. Alle Führer müssen daher Ruhe bewahren, Zuversicht ausstrahlen und durch klare und energische Anordnungen dafür sorgen, daß kein Soldat sich verlassen vorkommt. Feind in Flanke und Rücken ist im beweglich geführten Gefecht kein außergewöhnlicher Zustand.

B. IV. Führungsgrundlagen

Kenntnis und richtige Beurteilung des Geländes beeinflussen in hohem Grade die Beurteilung der Lage. Der Truppenführer muß dasjenige Gelände erkennen, dessen Besitz der eigenen Truppe oder dem Feinde einen entscheidenden Vorteil bietet. Dabei ist zu prüfen, wo im eigenen sowie im feindlichen Raum Ziele für Atomwaffen vermutet werden können und wo das Gelände die Wirkung von Atomwaffen begünstigt oder einschränkt; Veränderungen des Geländes durch die Wirkung von Atomwaffen sind zu berücksichtigen. Bewegungs- und Beobachtungsmöglichkeiten, Gangbarkeit des Geländes, Verwüstungen, Zerstörungen und Verstrahlungen, unterschiedliche Feuerwirkung und Deckung sind ebenso wie die Einflüsse von Tages- und Jahreszeit von großer Bedeutung.

90. **In jeder Lage muß sich der Führer trotz aller etwa vorangegangenen Zweifel zu einem ganzen Entschluß durchringen. Dieser muß ein klares Ziel mit ganzer Kraft verfolgen.**

V. Verwendung von Atomsprengkörpern*)

a) Überlegungen des Truppenführers, Wirkungsforderung

123. **Der Entschluß des Truppenführers, Atomsprengkörper einzusetzen**), ist von zahlreichen Faktoren abhängig, die alle eng miteinander zusammenhängen und sich gegenseitig beeinflussen.**

Im wesentlichen sind dies:
- Wahl der Ziele,
- Einsatzmittel und Atomsprengkörper,
- Art und Umfang der beabsichtigten Wirkung,
- unerwünschte Wirkungen,
- Zeitdauer bis zur Detonation,
- Sicherheit der eigenen Truppe.

124. Die Wahl der Ziele hängt von ihrer taktischen Bedeutung ab. Ihre Größe und Art werden oft verschieden sein.

Mit Atomsprengkörpern werden solche Ziele bekämpft, welche die Durchführung des Auftrages am meisten gefährden und deren Vernichtung die Gefechtsführung wesentlich erleichtert. Dies sind in erster Linie die Atomwaffen des Feindes, danach Truppenansammlungen, Feuerstellungen der Artillerie, Gefechtsstände der oberen und mittleren Führung und Versorgungslager.

Je genauer Ziele aufgeklärt sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß die beabsichtigte Wirkung erzielt wird. Liegen trotz Ausnutzung aller Mittel keine genügenden Aufklärungsergebnisse über Atomziele vor, so kann es notwendig werden, Atomsprengkörper allein aufgrund der Beurteilung der Feindlage und des Geländes einzusetzen.

Die Bekämpfung von Zielen durch Atomsprengkörper wird erleichtert und wesentlich beschleunigt, wenn aufgrund der Beurteilung des Geländes und des möglichen Feindverhaltens durch den Truppenführer vorausschauend **Atomzielpunkte** und Atomsicherheitslinien (Anlage 2) festgelegt werden.

Die Wirkung der Atomsprengkörper kann ferner dazu ausgenutzt werden, Geländeteile durch Zerstörungen, Verwüstungen und Verstrahlungen vorübergehend oder nachhaltig zu sperren.

125. Jedes **Einsatzmittel** kann nur bestimmte Atomsprengkörper verschießen. Somit schränken die vorhandenen Sprengkörper die Wahl der Einsatzmittel ein, gleichzeitig begrenzen die Einsatzmittel die Wahl der Sprengkörper.

Die horizontale und die vertikale Streuung sind bei den Einsatzmitteln verschieden. Diese Besonderheiten müssen bei der Wahl des Einsatzmittels berücksichtigt werden.

Zur Bekämpfung von Zielen, die in der Nähe der eigenen Truppe liegen, sind infolge ihrer geringen Streuung Geschütze mittlerer Reichweite am besten geeignet.

Bestimmte Atomsprengladungen können auch als Minen verlegt werden. Eine solche Verwendung ist wegen des entstehenden radioaktiven Niederschlages besonders sorgfältig zu erwägen. Sie ist stets von der Genehmigung der Armee abhängig (Nr. 135).

126. Der Truppenführer prüft im großen, mit welcher der drei Wirkungsarten — thermische Strahlung, Luftdruck und Kernstrahlung — er den Feind am nachhaltigsten treffen kann. Das Ergebnis dieser Überlegungen ist die Festlegung der **beabsichtigten Wirkung**.

In der Regel wird der taktische Zweck auch schon dann erreicht sein, wenn der getroffene Verband nur vorübergehend kampfunfähig ist. Dies ist im allgemeinen der Fall, wenn ein durchschnittlicher Schaden von 40 % erzielt worden ist.

127. Meist entstehen bei einer Atomdetonation auch **unerwünschte Wirkungen**. Dies muß der Truppenführer berücksichtigen.

Mit **neutroneninduzierter Strahlung** ist bei Luftdetonationen stets zu rechnen. Da ihre vermutliche Ausdehnung vor der Detonation ermittelt werden kann, muß der Truppenführer die beabsichtigte Gefechtsführung mit diesen Auswirkungen in Einklang bringen.

Radioaktive Niederschläge, die besonders bei Boden- und bei Untererddetonationen entstehen, können zwar den Feind schwer schädigen und ihn in seiner Bewegungsfreiheit hemmen, ebenso aber die Bewegungen der eigenen Truppe erschweren. Bei Luftdetonationen entsteht mit desto größerer Wahrscheinlichkeit ein radioaktiver Niederschlag, je niedriger ein Atomsprengkörper detoniert. Der Truppenführer muß also in jedem Falle entscheiden, ob er auf eine große Wirkung verzichten kann, um eine unerwünschte Verstrahlung zu vermeiden und um sich größere Bewegungsfreiheit zu erhalten, oder ob er einen möglichst hohen Schaden erreichen und dabei einen radioaktiven Niederschlag in Kauf nehmen will.

Verwüstungen und Zerstörungen, durch den Luftdruck und die thermische Strahlung verursacht, können der eigenen Truppe zum Hindernis werden und ihre Bewegungen einengen. Daher dürfen Ziele in der Nähe von Straßen, Ortschaften, Wäldern und Brücken nur nach vorheriger Prüfung der Auswirkung der Detonation auf die Bewegungen der eigenen Truppe bekämpft werden.

Die **Basiswolke**, die bei allen Detonationsarten entsteht, ist bei Luftdetonationen nur wenig oder gar nicht radioaktiv. Die Sichtbehinderung durch die Basiswolke schafft für mehr als eine Stunde Kampfverhältnisse wie bei Anwendung von künstlichem Nebel. Die Lage kann es erfordern, die Basiswolke zu durchfahren.

Bei all seinen Überlegungen muß der Truppenführer außerdem die möglichen Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung berücksichtigen und die Bestimmungen des Kriegsvölkerrechts beachten. Die Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung dürfen nicht außer jedem Verhältnis zu dem angestrebten militärischen Er-

behinderung durch die Basiswolke schafft für mehr als eine Stunde Kampfverhältnisse wie bei Anwendung von künstlichem Nebel. Die Lage kann es erfordern, die Basiswolke zu durchfahren.

Bei all seinen Überlegungen muß der Truppenführer außerdem die möglichen Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung berücksichtigen und die Bestimmungen des Kriegsvölkerrechts beachten. Die Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung dürfen nicht außer jedem Verhältnis zu dem angestrebten militärischen Er-

folg stehen. Geschützte Objekte sind zu schonen (vgl. Anhang, Teil III).

128. **Die Zeitdauer vom Entschluß des Truppenführers bis zur Detonation wird bestimmt von den technischen Eigenschaften der Einsatzmittel, von dem Zeitbedarf für Anforderung und Freigabe der Atomsprengkörper sowie von der Zeit, welche die Warnung der eigenen Truppe erfordert. Zur Abkürzung dieser Zeiten kann es erforderlich sein, besondere Fernmeldenetze aufzubauen.**

Jedes Einsatzmittel benötigt für die Herstellung seiner Wirkungs- und Feuerbereitschaft eine bestimmte, nicht zu unterschreitende Zeit. Diese technisch bedingte Zeitspanne muß der Truppenführer kennen und bei seinen Planungen und Maßnahmen berücksichtigen.

Steht das günstigste Einsatzmittel nicht schnell genug zur Verfügung, so muß der Truppenführer entscheiden, ob er eine sofortige, aber geringere Wirkung einer größeren vorziehen soll, die jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt eintreten kann.

Anforderung und Freigabe der Atomsprengkörper sowie Warnung der eigenen Truppe benötigen ebenfalls ein bestimmtes Maß an Zeit; dieses wird häufig größer sein als der technisch bedingte Zeitbedarf. Je weniger Zeit diese drei Maßnahmen in Anspruch nehmen, um so größer sind im allgemeinen die Aussichten, ein erkanntes Ziel überraschend und wirksam zu treffen.

Ist der Abstand von der eigenen Truppe zum geplanten Nullpunkt größer als der Sicherheitsabstand für eine „ungewarnte Truppe ohne Deckung", so kann bei Tage auf die zeitraubende Warnung der eigenen Truppe verzichtet werden. Eine vorübergehende Blendung, die hierbei auftreten kann, muß dann in Kauf genommen werden.

129. Je kleiner der Detonationswert und je geringer die Streuung ist, desto kleiner ist der erforderliche **Sicherheitsabstand**, desto näher also kann das Feuer der Atomwaffen an die eigene Truppe herangezogen werden.

Hierbei hat der Truppenführer zu entscheiden, welcher **Risikoabstand** zu wählen ist. Gewöhnlich ist dies der „weite Risikoabstand". Eine Gefährdung der eigenen Truppe durch Wahl des „mittleren" oder gar des „Not-Risikoabstandes" — z. B. bei Bekämpfung von eingedrungenem Feind — ist nur dann zu verantworten, wenn die Lage keine andere Wahl läßt.

Sollen Ziele so nah der eigenen Truppe bekämpft werden, daß der ermittelte Sicherheitsabstand nicht eingehalten werden kann, so muß

entweder	die eigene Truppe zurückgenommen werden
oder	der geplante Nullpunkt feindwärts verlegt werden
oder	ein kleinerer Detonationswert gewählt beziehungsweise die Detonationshöhe verändert werden
oder	die Deckung der Truppe verbessert werden
oder	ein höheres Risiko in Kauf genommen werden.

Die Lage kann es auch erfordern, mehrere dieser Maßnahmen gleichzeitig zu befehlen. Unter Umständen muß auf die Verwendung von Atomwaffen ganz verzichtet werden.

130. **Als Ergebnis aller seiner Überlegungen stellt der Truppenführer die Wirkungsforderung an den Artillerieführer.**

Sie muß enthalten:
- Angaben über Lage, Art und Ausdehnung des Zieles,
- beabsichtigte Wirkung,
- unerwünschte Wirkungen,
- den zulässigen Grad der Gefährdung der eigenen Truppe,
- die gewünschte Zeit über dem Ziel und den spätesten, taktisch noch tragbaren Zeitpunkt der Detonation.

b) Einsatz

131. **Für begrenzte Zeit, für einen bestimmten Auftrag, meist auch nur für einen begrenzten Raum kann einem Truppenführer, der über atomare Einsatzmittel verfügt, eine bestimmte Anzahl von Atomsprengkörpern zur selbständigen Verwendung freigegeben werden.**

Trotz erfolgter Freigabe ist in jedem Falle die Absicht, einen Atomsprengkörper einzusetzen, auf dem dafür vorgeschriebenen Weg und unter Einhaltung geltender Fristen zu melden, damit die Luftstreitkräfte unterrichtet werden können. Die Nachbarn sind unmittelbar zu verständigen.

132. Hat ein Truppenführer keine Ermächtigung, die ihm zur Verfügung stehenden Atomsprengkörper selbständig einzusetzen, oder verfügt er über keine — oder keine geeigneten — Atomwaffen, dann muß er die **Freigabe** in jedem einzelnen Falle in der vorgeschriebenen Form **beantragen** (Requesting Commander). Um den Einsatz nicht zu verzögern, ist gegebenenfalls gleichzeitig mit dem Antrag ein Vorbefehl an den Führer des Einsatzmittels zu geben.

133. **Genehmigt** der für die Freigabe zuständige Truppenführer (Releasing Commander) den Einsatz eines Atomsprengkörpers, dann überläßt er dem anfordernden Truppenführer die Ausführung des Auftrags oder er beauftragt damit, falls der anfordernde Truppenführer über keine geeigneten atomaren Einsatzmittel verfügt, einen Truppenführer, dem ein entsprechendes Einsatzmittel untersteht. Der **beauftragte** Truppenführer (Executing Commander) meldet die beabsichtigte Art des Einsatzes und den endgültigen Zeitpunkt der Detonation über dem Ziel (TOT); ferner hat er die Nachbarn und, falls er nicht selbst den Freigabeantrag gestellt hat, den anfordernden Truppenführer zu verständigen. Die Luftstreitkräfte werden auf dem vorgeschriebenen Wege unterrichtet.

134. Der Truppenführer gibt den Feuerauftrag an den Artillerieführer, dieser einen entsprechenden **Feuerbefehl** an den Führer des Einsatzmittels. Der Artillerieführer meldet umgehend, ob die gewünschte Zeit über dem Ziel eingehalten werden kann oder, wenn dies nicht der Fall ist, zu welchem anderen Zeitpunkt die Detonation erfolgen kann.

135. Auch wenn ein Truppenführer zum selbständigen Einsatz von Atomsprengkörpern ermächtigt ist, bedürfen **Boden- und Untererddetonationen** wegen des dabei auftretenden radioaktiven Niederschlages stets der Freigabe durch die Armee oder die entsprechende Kommandobehörde.

136. Damit stets ein Teil der **Einsatzmittel** wirkungsbereit ist, muß der Truppenführer den Artillerieführer frühzeitig und immer wieder über seine beabsichtigte Gefechtsführung und vor allem darüber unterrichten, wo nach seiner Beurteilung eine Bekämpfung des Feindes mit atomarem Feuer notwendig werden kann; der Artillerieführer stimmt die Vorbereitungen für den Einsatz der Atomwaffen darauf ab (Festlegen von Atomzielpunkten).

Da nach einem Abschuß mit sofortiger feindlicher Gegenwirkung zu rechnen ist und daher aus einer Feuerstellung nur ein Atomsprengkörper verschossen werden darf, müssen ständig zahlreiche Wechselstellungen vorbereitet sein.

wieder über seine beabsichtigte Gefechtsführung und vor allem darüber unterrichten, wo nach seiner Beurteilung eine Bekämpfung des Feindes mit atomarem Feuer notwendig werden kann; der Artillerieführer stimmt die Vorbereitungen für den Einsatz der Atomwaffen darauf ab (Festlegen von Atomzielpunkten).

Da nach einem Abschuß mit sofortiger feindlicher Gegenwirkung zu rechnen ist und daher aus einer Feuerstellung nur ein Atomsprengkörper verschossen werden darf, müssen ständig zahlreiche Wechselstellungen vorbereitet sein.

137. In allen Gefechtsarten ist der **Atomfeuerplan** der wichtigste Teil des Feuerplanes; er wird nach den Weisungen des Truppenführers vom Artillerieführer aufgestellt. In ihm werden vornehmlich Atomzielpunkte festgelegt, um die Bekämpfung des Feindes mit atomarem Feuer zu beschleunigen.

Nicht immer wird eine derart gründliche Vorbereitung möglich sein. Dann muß ein Feuerauftrag des Truppenführers an den Artillerieführer genügen, um den geforderten Atomschlag auszulösen.

c) Warnung und Alarm

138. **Atomwarnung** ist durch den Truppenführer zu geben, sofern eigene Truppen gefährdet werden,
- vor der Verwendung eigener Atomsprengkörper,
- bei Vorliegen sicherer Anzeichen für eine bevorstehende Verwendung von Atomsprengkörpern durch den Feind,
- bei Gefahr des Auftretens radioaktiven Niederschlages auf Grund eigener oder feindlicher Detonationen.

139. Die **Atomwarnung** muß bei Verwendung eigener Atomsprengkörper **frühzeitig** erfolgen; sie kann jedoch erst gegeben werden, wenn die „Zeit über Ziel" (TOT) endgültig feststeht.

Nur diejenige Truppe ist zu warnen, die tatsächlich gefährdet ist. Die Warnung ist bis zu den Bataillonen und selbständigen Einheiten unverändert im Wortlaut weiterzugeben.

Auf Grund dieser Warnung veranlassen die Bataillonskommandeure oder Führer selbständiger Einheiten die für die einzelnen Gefahrenzonen notwendigen Maßnahmen.

Wird in den Einheiten **Atomalarm** gegeben, so muß er an alle im entsprechenden Bereich sich aufhaltenden Soldaten, auch wenn diese nicht unterstellt sind oder sich nur vorübergehend dort aufhalten, durchgegeben werden.

d) Sofortmaßnahmen nach Detonation eines feindlichen Atomsprengkörpers

140. Detoniert ein feindlicher Atomsprengkörper im eigenen Bereich, so kommt es für die Führung zunächst darauf an, rasch einen **groben Überblick** über die Lage des Detonationspunktes und den Umfang der eingetretenen Verluste und Schäden zu gewinnen. Wichtige Unterlagen sind die Auswerteergebnisse der **ABC-Meldezentrale**. Die erforderlichen **ersten Maßnahmen sind schnell zu treffen**. Hierzu gehören vor allem Aufnahme der Verbindung, Ansatz von Aufklärung — auch mit Kräften der

ABC-Abwehrtruppe — und Alarmierung von Reserven. Sanitäts- und ABC-Abwehrtruppen bereiten sich ohne besonderen Befehl auf verstärkten Einsatz und anwachsende Aufgaben vor. Darüber hinaus haben die Führer aller Grade die Aufgabe, das Ausbrechen einer Panik zu verhindern. Die betroffene Truppe beginnt, soweit es die Erfüllung ihres Auftrages zuläßt, die Schäden mit eigenen Mitteln zu beseitigen, ohne auf fremde Hilfe zu warten.

Am Auftrag ist zunächst grundsätzlich festzuhalten. In keinem Falle dürfen noch kampffähige Truppen den Kampf eigenmächtig einstellen oder den derzeitigen Einsatzort ohne Befehl verlassen. Es kann erforderlich sein, entstandene Lücken durch Abriegeln mit Feuer oder mit verfügbaren Teilen von Kampftruppen sofort zu schließen.

Welche weiteren taktischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen sind, hängt von Art und Ausmaß der entstandenen Verluste und Schäden und von der Lage ab.

141. Wird eine Truppe überraschend von radioaktivem Niederschlag getroffen, so müssen alle Führer schnell die in ihrem Bereich notwendigen Maßnahmen treffen. Die Wahrnehmungen und ermittelten Werte sind sofort und auf dem schnellsten Wege zu melden. Sie werden in ABC-Meldezentralen zusammengefaßt. Erste Aufgabe jedes übergeordneten Führers ist es, die Weiterführung des Auftrages, nötigenfalls durch Ausweichbewegungen, sicherzustellen. Unter Umständen kann ein Ausweichen nach vorn am zweckmäßigsten sein.

e) Schutzmaßnahmen

142. Schutzmaßnahmen sollen die Truppe der Wirkung feindlicher Atomsprengkörper nach Möglichkeit entziehen und unvermeidliche Verluste auf ein Mindestmaß beschränken; sie werden von den Führern aller Grade befohlen.

143. In jeder Lage und zu jeder Zeit muß die Truppe darauf eingestellt sein, von Atomsprengkörpern getroffen zu werden. Außer auf ständige Aufklärung, vor allem in die Tiefe des feindlichen Raumes, kommt es daher immer darauf an,

— ständige Überwachung des Gefechtsfeldes sicherzustellen,

— keine Atomziele zu bilden,

— die Auswirkung feindlicher Atomschläge durch geeignete Maßnahmen zu vermindern.

Im übrigen stellen zahlreiche Sicherungsmaßnahmen, wie z. B. Vermeidung von Funkverkehr und Sicherung gegen Spionage, zugleich einen gewissen Schutz gegen Anwendung atomarer Waffen durch den Feind dar.

144. Das Verhalten des Feindes ist ständig zu beobachten. Überraschendes Ausweichen, plötzliches Einstellen von Bewegungen und Feuer, optische und akustische Signale sowie der Gebrauch von Schutzbrillen und künstlichem Nebel können Anzeichen für kurz bevorstehenden Einsatz feindlicher Atomwaffen sein. Meldungen dieser Art sind mit Vorrang weiterzugeben und schnell auszuwerten, damit die Truppe sich noch rechtzeitig schützen oder gewarnt werden kann.

Die Gefechtsfeldüberwachung ist auch während einer Atomwarnung aufrechtzuerhalten.

145. Truppen in Bewegung sind schwer zu treffen. Es ist jedoch zu bedenken, daß eine sich bewegende Truppe leichter erkannt wird und gegen atomare Wirkung empfindlich ist; außerdem kann eine Truppe sich nicht ständig bewegen.

Nacht und schlechte Sichtverhältnisse erleichtern es, Bewegungen zu verschleiern. Jedoch kann sich die Truppe am Tage schneller bewegen und dadurch einer atomaren Bedrohung besser entziehen.

146. Natürliche und künstliche Tarnung sowie Deckung gegen Sicht erschweren dem Feinde das Erkennen von Zielen. Häuser und Bodenbewachsungen decken oft gegen Sicht, jedoch ist die Truppe in Ortschaften und Wäldern mittelbaren Druck- und Verbrennungsschäden mehr ausgesetzt als im freien Gelände. Von Ortschaften und Wäldern sollen deshalb nur die Ränder benutzt werden.

Bodenbewachsungen decken oft gegen Sicht, jedoch ist die Truppe in Ortschaften und Wäldern mittelbaren Druck- und Verbrennungsschäden mehr ausgesetzt als im freien Gelände. Von Ortschaften und Wäldern sollen deshalb nur die Ränder benutzt werden.

Künstlicher Nebel entzieht die Truppe der feindlichen Beobachtung und schützt in gewissem Umfang auch vor thermischer Strahlung, andererseits lenkt er die Aufmerksamkeit des Feindes auf sich.

147. Durch Auflockerung sollen Schäden an Personen und Material gering gehalten werden. Ferner kann es dadurch gelingen, die Erfolgsaussichten für einen feindlichen Atomschlag so herabzusetzen, daß ein Einsatz dem Feinde als nicht mehr lohnend erscheint. Verwundbarkeitsanalysen ermöglichen dem Truppenführer, das Maß der Auflockerung ständig zu überwachen.

Zweckmäßige Gliederungsformen tragen wesentlich dazu bei, die Verwundbarkeit eigener Verbände zu vermindern. Wo immer möglich, sind schmale Formen anzustreben.

148. Je enger die Verzahnung mit dem Feinde ist, desto mehr wird die Truppe vor seinem atomaren Feuer sicher sein.

149. Durch Täuschung und List, z. B. Scheinstellungen und Scheinsendungen, soll der Feind verleitet werden, seine Atomsprengkörper vorzeitig und auf vorgetäuschte Ziele zu verschießen.

150. Wenn immer Auftrag und Lage es zulassen, hat die Truppe Deckungen zu schaffen oder vorhandene zu verstärken.

Zwar wird die Wirkung atomarer Waffen gegen Menschen durch die Panzerung der Fahrzeuge gemindert, doch ist in jedem Falle der Schutz, den eine Erddeckung bietet, wirksamer. Alle Feldbefestigungen sollen so gebaut werden, daß die Truppe bei auftretendem radioaktivem Niederschlag sich so lange darin aufhalten kann, bis ihr die außerhalb der Deckungen herrschende Dosisleistung zugemutet werden kann.

Das Anlegen von Deckungen zum Schutz für Waffen, Fahrzeuge und Gerät erfordert verhältnismäßig viel Zeit und beansprucht die Kräfte einer Truppe in hohem Maße; auf dem Gefechtsfeld wird es deshalb nur begrenzt möglich sein. Immer ist anzustreben, dafür mechanisierte Mittel zu verwenden. In weiter rückwärts gelegenen Räumen sind für Reserven, Versorgungseinrichtungen und Material stets Deckungen zu schaffen.

Die Verwendung vorgefertigter Bauteile bei der Anlage von Deckungen spart Zeit und Kräfte und erhöht deren Schutzwirkung.

151. Müssen verstrahlte Gebiete überwunden werden, so sind ihre Randzonen — möglichst in gepanzerten Fahrzeugen — schnell zu durchfahren. Strahlenspürtrupps sind weit vorn einzuteilen; sie melden ständig die gemessene Dosisleistung.

Muß sich eine Truppe für längere Zeit in einem verstrahlten Gebiet aufhalten, so müssen die Führer aller Grade sorgfältig überwachen, wann die Meldedosis erreicht wird, und dies rechtzeitig melden. Der Truppenführer entscheidet unter Berücksichtigung aller gegebenen Umstände über die Fortführung des Auftrages.

VI. Psychologische Führungsaufgaben

152. Planmäßige psychologische Angriffe des Feindes, die gewaltige Zerstörungskraft der Waffen sowie der Kampf im eigenen Lande setzen die Truppe stärksten seelischen Belastungen aus.

Mit allen Mitteln der Propaganda und Agitation, mit Hilfe unkontrollierbarer Gerüchte und dreister Lügen, mit Versprechungen und Drohungen wird der Feind versuchen, das Vertrauen der Truppe zur politischen und militärischen Führung zu untergraben sowie die Überzeugung von der Rechtmäßigkeit und dem Gelingen ihres Kampfes zu erschüttern. Die Wirkung atomarer Waffen kann überwältigende Eindrücke und das lähmende Gefühl hervorrufen, einem Chaos gegenüberzustehen.

Deshalb muß eine intensive Erziehungsarbeit schon im Frieden den Soldaten zu einer bewußt geistigen und seelischen Haltung führen; diese Haltung wird ihn befähigen, als Teil seines Volkes einen aufgezwungenen Kampf mit all seinen Belastungen zu bestehen.

153. Die innere Widerstandskraft von Führung und Truppe ist mitentscheidend für den Kampferfolg. Für den Truppenführer ist daher der seelische Zustand der Truppe ein wesentliches Element der Beurteilung der Lage und seines Entschlusses. Jede Führungsmaßnahme hat psychologische Auswirkungen auf die Truppe und auf den Feind, oft auch auf die Bevölkerung.

Psychologische Rüstung

Die Truppe muß vom Wert der zu verteidigenden Lebensordnungen freier Völker durchdrungen sein und die drohende Wirklichkeit des Lebens in Unfreiheit kennen. Sie muß mit der Wirkung moderner Waffen und den Schrecken eines modernen Krieges durch Erziehung und Ausbildung vertraut gemacht und über Mittel und Methoden der feindlichen psychologischen Kampfführung aufgeklärt werden, damit sie gegen die seelischen Belastungen des Krieges abgehärtet wird.

156. Kampf im eigenen Land belastet die Truppe, da Zerstörungen und Verwüstungen auch durch eigene Waffen nicht zu vermeiden sind und der Bevölkerung oft nur unzureichend Hilfe geleistet werden kann. Deshalb ist die Truppe ständig und schnell über die politische und militärische Lage und über die im Rahmen der Gesamtkampfhandlungen erforderlichen Maßnahmen einfach und wahrheitsgetreu zu unterrichten. Schwülstige Worte und schöngefärbte Darstellungen der Lage schaden. Die Truppe muß in die Lage versetzt werden, unbeirrt von der feindlichen Propaganda zwischen Wahrheit und Lüge zu unterscheiden.

Die Sorge um die Angehörigen, besonders bei einer Preisgabe eigenen Heimatgebietes, kann bedrückend wirken. Schlechte Nachrichten von den Angehörigen, vom Feinde geschickt genutzt und aufgebauscht, häufig sogar frei erfunden, können die innere Standfestigkeit der Truppe beeinträchtigen. Oft wird der Feind versuchen, zwischen den eigenen Truppen und denen der verbündeten Nationen Mißtrauen zu wecken und Haß zu säen. Zur Abwendung dieser Gefahren muß der Truppenführer alles daransetzen, sowohl den Sachverhalt im großen als auch besonders schwerwiegende Fälle im einzelnen schnell zu klären.

157. Bei erfolgreich verlaufenden Kampfhandlungen, besonders im Angriff, wird im allgemeinen mit weniger Gefahren für die innere Haltung der Truppe zu rechnen sein als in schweren Abwehrgefechten oder bei der Verzögerung. Diese Gefahren wachsen bei Mißerfolgen, schweren Verlusten oder Versorgungskrisen, aber auch dann, wenn die Truppe den tatsächlichen Erfolg ihres Kampfes nicht greifbar vor Augen sieht, zum Beispiel bei Rückwärtsbewegungen im Rahmen einer beweglichen Kampfführung. Die Anfälligkeit gegenüber psychologischer Beeinflussung durch den Feind steigt ebenfalls, wenn die Truppe ermüdet oder erschöpft ist.

Selbst nach Mißerfolgen oder hohen Verlusten können psychologische Krisenlagen oft dadurch überwunden werden, daß die betroffene Truppe unter tatkräftiger Führung alsbald vor eine neue Aufgabe gestellt wird, die sie erfüllen kann.

Truppe ermüdet oder erschöpft ist.

Selbst nach Mißerfolgen oder hohen Verlusten können psychologische Krisenlagen oft dadurch überwunden werden, daß die betroffene Truppe unter tatkräftiger Führung alsbald vor eine neue Aufgabe gestellt wird, die sie erfüllen kann.

159. Panik ist ein plötzlicher Zusammenbruch der seelischen Widerstandskraft einer Truppe. Sie tritt meist überraschend auf und kann durch überwältigende Kampfeindrücke, oft auch durch unbedeutende oder zunächst unerklärliche Ursachen ausgelöst werden. Paniken können jedoch auch durch psychologische Maßnahmen des Feindes hervorgerufen oder begünstigt werden. Daher ist eine psychologisch gut gerüstete Truppe weniger anfällig.

Paniken sind eine schwere Gefährdung für die Truppe und müssen — gegebenenfalls unter Anwendung drastischer Maßnahmen — möglichst schon im Keime erstickt werden. Beispielhaftes Handeln entschlossener Führer ist oft das einzige, immer das sicherste Mittel zur Wiederherstellung des seelischen Gleichgewichtes.

163. Die Haltung der Bevölkerung kann den Kampf der Truppe erheblich erleichtern oder erschweren. Deshalb gilt es, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen und Verständnis für militärische Maßnahmen zu erwecken, auch wenn diese sich auf die Lage der Bevölkerung vorübergehend nachteilig auswirken.

Der Feind wird versuchen, zwischen Truppe und Bevölkerung einen Keil zu treiben, mit dem Ziel, aktive Helfer für seinen Kampf zu gewinnen. Durch vorausschauende, wahrheitsgetreue Unterrichtung der Bevölkerung können Gerüchte und falsche Versprechungen am ehesten entkräftet, die Wirkung der feindlichen psychologischen Angriffe kann damit aufgefangen werden. Jeder Führer, jeder Soldat muß sich stets von dem Bewußtsein leiten lassen, daß sein Kampf nur dazu dient, Freiheit und Recht der Bevölkerung zu schützen.

164. Den Widerstandswillen des Feindes zu erschüttern, ist die andere Aufgabe der psychologischen Kampfführung. Hierbei kommt es darauf an, die feindliche Truppe von der Unrechtmäßigkeit oder Aussichtslosigkeit ihres Kampfes zu überzeugen.

III. Sicherung gegen Banden

263. Der Feind wird versuchen, Sabotagetrupps und Banden durch die kämpfende Truppe hindurchzuschleusen oder in rückwärtigen Gebieten abzusetzen.

E. Sicherung

264. Banden sind meist fanatisch kämpfende gefährliche Gegner. Sie treten in kleinen Trupps oder in geschlossenen Formationen auf und verfügen oft auch über schwere Waffen. Banden überfallen sowohl einzelne Soldaten und Fahrzeuge als auch Einheiten oder Einrichtungen. Ebenso schnell wie sie gekommen, sind sie wieder verschwunden.

Banden treten vornehmlich in rückwärtigen Gebieten auf und verfügen im allgemeinen über gute Ortskenntnisse. Ihr Kampfwert wächst, wenn sie von Teilen der Bevölkerung oder aus der Luft unterstützt und versorgt werden.

IV. Sicherung gegen Spionage, Sabotage und Zersetzung

267. Spionage, Sabotage und Zersetzungsversuche des Feindes sind eine meist schwer erkennbare Gefahr für die Schlagkraft der Truppe.

Seiner Spionage setzt der Feind das Ziel, Nachrichten zu gewinnen, Befehle und andere wichtige Schriftstücke zu erbeuten oder Ferngespräche und unvorsichtig geführte Unterhaltungen abzuhören. Auf diese Weise versucht der Feind, Unterlagen für seine Entschlüsse und Maßnahmen zu erhalten, die Absichten der eigenen Führung zu durchkreuzen oder Ziele für den Einsatz seiner Atomsprengkörper aufzuklären. Höhere Stäbe und Dienststellen sowie die atomaren Einsatzmittel der Artillerie sind Hauptziele der feindlichen Spionage.

Die feindliche Sabotage zielt darauf ab, Waffen, Munition und Gerät, Maschinen und Kraftfahrzeuge, Anlagen des Fernmelde- und des Verkehrsnetzes sowie Kunstbauten aller Art zu zerstören oder Vorräte zu vernichten.

Durch seine psychologische Kampfführung, insbesondere durch Zersetzung, versucht der Feind, die Moral der Truppen und den Widerstandswillen des Volkes zu unterhöhlen. Eingeschleuste Agenten sollen die Truppe aufwiegeln und Unruhe in die Bevölkerung tragen.

In rückwärtigen Gebieten sind Truppen meist weniger aufmerksam und deshalb mehr gefährdet als auf dem Gefechtsfeld.

268. Die Abwehr dieser Gefahren, die jederzeit und überall auftreten können, ist Aufgabe des militärischen Abschirmdienstes (MAD) (Abschirmung) und der Truppe (Absicherung). Ihre gemeinsame Aufgabe ist die Herstellung und Erhaltung der militärischen Sicherheit. Der militärische Abschirmdienst wirkt mit zivilen und verbündeten Sicherheitsdiensten zusammen, um den im verborgenen arbeitenden Feind aufzuspüren und unschädlich zu machen.

F. Marsch

305. Stößt ein marschierender Truppenteil auf ein verstrahltes Gebiet, so ist dies unverzüglich, unter Umständen drahtlos, der vorgesetzten Stelle zu melden. Lassen die gemessenen Werte erwarten, daß die befohlene Meldedosis voraussichtlich nicht überschritten wird, so ist der Marsch fortzusetzen. Die Truppe ergreift die erforderlichen Schutzmaßnahmen.

Ist vorauszusehen, daß die Meldedosis überschritten wird, so ist der Marsch, wenn es der Auftrag zuläßt, zu unterbrechen. Unter gleichzeitiger Meldung an die vorgesetzte Stelle setzt der Truppenführer unverzüglich mit allen Mitteln weiträumige ABC-Aufklärung an. Hubschrauber sind hierfür am besten geeignet. Auf Grund der Ergebnisse dieser Aufklärung entscheidet der Truppenführer, ob und wie weiter marschiert werden soll.

Erlaubt der Auftrag keine Unterbrechung des Marsches, so muß der Truppenführer abwägen, ob ein Halten und damit Abweichen vom Auftrag schwerer wiegt als die Schäden, denen die Truppe voraussichtlich unter Wahrung aller Schutzmaßnahmen bei einem Durchstoßen des verstrahlten Gebietes ausgesetzt wird. Hiernach hat er seine Entscheidung zu treffen. Meldung an die vorgesetzte Stelle und unverzügliche ABC-Aufklärung sind in einer solchen Lage besonders wichtig.

306. Stößt die Truppe auf verseuchtes oder vergiftetes Gelände, so ist unverzüglich zu melden und ABC-Aufklärung anzusetzen. Nach Feststellung von Art und Stärke der Vergiftung entscheidet der Truppenführer, ob die Truppe unter Anwendung aller Schutzmaßnahmen den Marsch fortsetzen oder das Gelände umgehen soll. Bei stärkeren Vergiftungen ist sinngemäß wie bei stärkeren Verstrahlungen zu verfahren. Verseuchtes Gelände ist, wenn der Auftrag es erfordert, unter Anwendung der erforderlichen Schutzmaßnahmen zu durchqueren.

307. Werden marschierende Truppen von einem Atomsprengkörper oder von chemischen Kampfstoffen getroffen, so haben die nicht unmittelbar betroffenen Teile den Marsch fortzusetzen. Die Führer und beherzte Soldaten getroffener Truppenteile müssen mit allen Mitteln eine Panik verhindern. Sie raffen die marsch-

307. Werden marschierende Truppen von einem Atomsprengkörper oder von chemischen Kampfstoffen getroffen, so haben die nicht unmittelbar betroffenen Teile den Marsch fortzusetzen. Die Führer und beherzte Soldaten getroffener Truppenteile müssen mit allen Mitteln eine Panik verhindern. Sie raffen die marsch-
fähigen Teile zusammen, ordnen sie und setzen mit ihnen den Marsch fort.

H. Abbrechen des Gefechts

Atomsprengkörper sind häufig das beste Mittel, der Truppe das Lösen vom Feinde zu erleichtern. Mitunter aber wird die Führung auch ein Gefecht abbrechen, damit Atomsprengkörper eingesetzt werden können.

J. Angriff

344. Der Angriff fordert den Einsatz stärkster Kampfkraft an entscheidender Stelle. Die atomare Feuerkraft ist der wichtigste Teil der Kampfkraft, das sicherste Mittel, dem Angriff zum Erfolg zu verhelfen. Daher müssen die Atomwaffen im Mittelpunkt aller Überlegungen stehen; sie bilden auch dann die Grundlage der Gefechtsführung, wenn Atomsprengkörper nur in geringer Zahl zur Verfügung stehen.

Selbst eine der Zahl nach unterlegene Truppe vermag bei richtiger Verwendung von Atomsprengkörpern und rascher Ausnutzung ihrer Wirkung einen erfolgreichen Angriff zu führen.

345. Die weiträumig vernichtende Wirkung der Atomwaffen zerschlägt den Feind und kann dadurch dem Angreifer freie Bewegungsmöglichkeiten verschaffen. Sie erlaubt, selbst in ungünstigen Lagen schnell zum Angriff überzugehen und die Freiheit des Handelns wiederzugewinnen. Andererseits schafft oft erst ein Angriff der Kampftruppen die Voraussetzung für den wirksamen Einsatz der Atomwaffen.

Durch Verwendung von Atomsprengkörpern kann der Truppenführer Schnelligkeit und Wucht des Angriffs steigern und die Entscheidung erzwingen. Sie werden vor allem eingesetzt, um die entscheidenden personellen und materiellen Kräfte des Feindes, dabei auch seine Reserven zu treffen; nichtatomares Feuer hat in der Regel das Feuer der Atomwaffen zu ergänzen.

Die erfolgreiche Verwendung der eigenen Atomwaffen hängt weitgehend von den Ergebnissen der Zielaufklärung ab; fehlen diese, so darf sich der Truppenführer nicht scheuen, Atomsprengkörper lediglich auf Grund der Beurteilung der Feindlage und des Geländes einzusetzen.

346. Die Bedrohung durch die Atomwaffen des Feindes gefährdet ein Zusammenfassen der Angriffskräfte. Die Vernichtung feindlicher atomarer Einsatzmittel hat deshalb stets Vorrang.

IGM-Führer wollen Frühverrentung gegen 35-Stunden-Woche ausspielen

Während sie lauthals gegen die unsoziale Sparpolitik der Bundesregierung wettern und eine Lohnpause strikt ablehnen, versuchen die Gewerkschaftsführer ihrer Mitgliedschaft einen Tarifvertrag zur Frühverrentung schmackhaft zu machen. Anstatt alle Kräfte für das Jahr 1984 zu mobilisieren, wenn der Tarifvertrag ausläuft (mit dem die 40 Stunden-Woche festgeschrieben wurde) und der Kampf um die 35-Stunden-Woche beginnen könnte, orientientieren die Gewerkschaftsführer jetzt auf ein Konzept, gegen das die Kapitalisten nichts einzuwenden haben (eine Senkung des Rentenalters steht nicht im berühmten „Tabu-Katalog" der Kapitalistenverbände).

1981 Preissteigerungsrate von 6,6 Prozent!

Bevor wir jedoch auf die anlaufende Diskussion umd die Lohn- und Gehaltsrunde 81/82 eingehen, erinnern wir an die entscheidende Wende, die 1979 in der Tarifpolitik eintrat. Damals wurde mit einer durchschnittlichen Tariferhöhung von 4,8 Prozent (bezogen auf alle abgeschlossenen Tarifvereinbarungen des Jahres 1979) die niedrigste Tariferhöhung seit 1968 durchgesetzt. Diese Tendenz setzte sich fort, so daß 1981 mit Tarifabschlüssen zwischen 4,3 und 4,9 Prozent noch nicht einmal die durchschnittliche Höhe von 1979 erreicht wurde. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) des DGB ermittelte, daß die durchschnittlichen monatlichen Nettolöhne und -gehälter im Jahre 1980 um 0,3 Prozent gesunken sind („UZ", 26.9.).

Das gesamtwirtschaftliche Verantwortungsgefühl der Gewerkschaftsführer hat sich für die Arbeiter also nicht ausgezahlt.

Und alles deutet darauf hin, daß die Kapitalisten auch 1981/82 Zeichen setzen wollen. D.h. der radikale Abbau sozialer Leistungen soll mit einem weiteren Sinken der Reallöhne einhergehen. Deutliche Worte hierzu gab es vor kurzem von Kanzler Schmidt, *„der im dänischen Fernsehen klipp und klar erklärte, nur mit einer Einschränkung der Reallöhne sei die wirtschaftliche Krise in der Bundesrepublik zu meistern"* („UZ", 17.9.). So will die Bundesregierung beispielsweise im Rahmen des „Spar"-Haushalts 1982 eine Verschiebung der Besoldungserhöhung für Beamte um drei Monate erreichen, offensichtlich mit dem Ziel, das gleiche auch für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst durchzusetzen. Anläßlich eines Spitzengespräches zwischen den staatlichen Arbeitgebern und der ÖTV erklärte Bundesinnenminister Gerhart Baum: *„Von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes werde ... ein besonderer Beitrag erwartet"* („ÖTV-Magazin" 10/81). Der Hauptvorstand der ÖTV erklärte daraufhin, daß er *„alle Sonderlasten für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ablehne"*. Gleichzeitig wurde aber festgestellt, daß *„die Gewerkschaften ... seit längerer Zeit ihre Bereitschaft erklärt (haben), eine Konsolidierung der Staatsfinanzen mitzutragne, wenn alle Bevölkerungs- und Einkommensgruppen angemessen belastet werden und Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt stehen."* Die ÖTV forderte, wie vorher schon der DGB, einen *„Arbeitsmarktbeitrag für alle am Erwerbsleben Beteiligten einzuführen."* Daß diese den Lohnabhängigen abgepreßten Gelder direkt in den Rachen der Kapitalisten fließen und für weitere Rationalisierungsmaßnahmen verwendet werden, dürfte klar sein sein, wenn die zusätzlichen Gelder nicht verbindlich zweckgebunden verwendet werden.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Hoppe vertrat die Auffassung, daß das „Sonderopfer im öffentlichen Dienst" Signalwirkung für die kommende Tarifrunde haben müsse. Daß die Herrschenden am liebsten der gesamten Arbeiterklasse eine Lohnpause aufzwingen würden, zeigt eine Äußerung des Kieler Professors Norbert Walter vom „Institut für Weltwirtschaft":

„Am besten ist eine eigene Lohnpause für alle auf freiwilliger Basis. Denn hohe Lohnabschlüsse drücken die Gewinne der Unternehmer. Die Wirtschaft muß aber Gewinne machen, um mehr investieren zu können. Das sichert Arbeitsplätze und kann neue schaffen" („Bild", 21.9.)

In einem Aufsatz des Hauptgeschäftsführers des Arbeitsringes Chemie, der Spitzenorganisation der Arbeitgeberverbände der chemischen Industrie, Dr. Karl Molitor, in der „Frankfurter Allgemeinen" vom 22. 8. erklärte dieser, man müsse endlich wegkommen von dem *„marxistischen Ansatzpunkt"*, daß es sich *„in der Tarifpolitik im wesentlichen um die Austragung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit handele ... Dies den Mitarbeitern klarzumachen gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Informationsarbeit auf der Arbeitgeberseite ... Diese Informationsarbeit ist um so notwendiger, als man für die Zukunft davon ausgehen muß, daß die Spielräume der Lohnpolitik deutlich enger als in der Vergangenheit sein werden. Die Gefahr einer Verschärfung der Lohnpolitik zeichnet sich damit deutlich ab ... 1981 kann als Musterbeispiel für eine solche Entwicklung angesehen werden."*



Karikatur: TOMASCHOFF/SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

Neue Angriffe auf das Streikrecht

Parallel zum ideologischen Trommelfeuer von Kapitalisten und Bundesregierung laufen juristische Angriffe auf das Streikrecht. Die Metall-Arbeitgeberverbände hatten nach der letzten Tarifrunde, bei der über eine Million Arbeiter an Warnstreiks beteiligt waren, eine vorbeugende Unterlassugnklage gegen die IGM angestrengt, die vorsieht, daß *„während noch laufender Tarifverhandlungen und eines sich gegebenenfalls anschließenden Schlichtungsverfahrens, von der IGM nicht zu Arbeitsniederlegungen aufgerufen werden dürfe."* Die Kapitalisten argumentieren, daß ein mögliches Schlichtungsverfahren in diesem Fall noch nicht ausgeschöpft worden sei. Die IGM weist demgegenüber darauf hin, daß die geltende Schlichtungsordnung keine Verpflichtung zum Verzicht auf Warnstreiks enthalte. Zudem sei die Friedenspflicht bei der letzten Tarifrunde abgelaufen und auch die Arbeitgeber hätten keine Anstalten gemacht, die Schlichtung zu beantragen („FR", 19.9).

Juristische Angriffe auf das Streikrecht sind nicht neu. Schon während der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche in der Stahlindustrie hatten die Kapitalisten gegen die Solidaritätsstreiks des DGB und der IGM geklagt.

Die IGM-Führung will die Forderung nach 35 Stunden-Woche verkaufen

Auf einer Klausurtagung vom 19.-22. September hat sich der IGM-Vorstand mit der Wirtschaftsentwicklung und der kommenden Tarifbewegung auseinandergesetzt. Für 1982 erwartet der IGM-Vorstand einen Preisanstieg von 5,5 bis 6 Prozent und eine Arbeitslosenzahl von 1,7 Millionen. Den Produktivitätszuwachs schätzt man bei plus 1 bis 1,5 Prozent.

Der Vorstand erklärte auf der Klausurtagung zwar, daß er strikt gegen eine Lohnpause und gegen die von den Kapitalisten geforderte produktivitätsorientierte Lohnpolitik sei. Gleichzeitig kamen die Vorständler aber nicht umhin festzustellen, *„daß weder ... die Folgen der Steuerprogression, noch die unsozialen Wirkungen der Sparbeschlüsse durch die gewerkschaftliche Tarifpolitik korrigiert werden können."* D.h. die Arbeiter sollen der Umverteilung zugunsten der Kapitalisten ruhig zusehen.

Im einzelnen sieht das so aus, daß den Lohnverlust der Arbeiter und Angestellten eine Erhöhung der *„Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Jahre 1980 von fünf Prozent gegenübersteht. Die Abgabenbelastung bei den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist im Jahre 1980 auf durchschnittlich 19,5 Prozent gesunken"* („UZ", 26.9.). Für 1982 rechnet die IGM damit, *„daß die Nettoeinkommen spürbar schwächer steigen als die Bruttoeinkommen, weil – anders als im laufenden Jahr – die Steuerprogression bei der Lohnsteuer im nächsten Jahr wieder voll greife"* („Metall", 25.9.).

Der Knüller der IGM-Klausurtagung ist allerdings die Überlegung, einen Tarifvertrag zur Herabsetzung der Altergrenze mit den Kapitalisten auszuhandeln. Hierüber soll allerdings noch an der Basis diskutiert werden. Dabei soll sich herausstellen, so Jansen vom IGM-Vorstand, ob die Mitgliedschaft Bargeld möglichst in Höhe der Inflationsrate sehen will oder bereit wäre, das Verteilbare in Lohnprozente und „qualitative" Teile aufzusplitten („FAZ", 24.8.). Schon jetzt wird jedoch von IGM-Führern unterstellt, *„daß das Interesse unter den Arbeitnehmern an einer vorzeitigen Pensionierung sichtlich größer (sei) als an einer kürzeren Wochenarbeitszeit"* (ebenda).

Ohne hierfür einen einzigen Beweis zu bringen, behaupten die IGM-Führer, daß sich das größere Interesse der Arbeiter an der früheren Pensionierung schon während der Streiks für die 35 Stunden-Woche gezeigt hätte. Was sich damals tatsächlich gezeigt hat, war, daß die IGM-Führung die 35 Stunden-Woche im Grunde nicht wollte.

Die Frühverrentung – so die IGM-Führer – passe *„spar- und beschäftigungspolitisch unheimlich gut in die Landschaft"*. Deswegen sei man sich auch *„der Unterstützung durch Öffentlichkeit und Politik sicher. Zudem zwinge eine vorzeitige Pensionierung, anders als eine kürzere Wochenarbeitszeit, die Unternehmen am ehesten zu Neueinstellungen und die Arbeitgeber könnten so ihre Belegschaften verjüngen"*.

Bezeichnend ist der Kommentar der „FAZ" vom 24.9. hierzu. Anerkennend wird vermerkt, daß der Ton des IGM-Vorsitzenden Loderer dieses Jahr *„etwas moderater ausgefallen"* ist. Gelobt werden die *„differenzierten Bemerkungen zur Wirtschaftlage, sein schon vorher geäußerter Zweifel, ob die Realeinkommen voll zu stabilisieren seien ..."*. Dies lasse *„wenigstens einen Schimmer von Hoffnung aufkommen, daß auch in den Gewerkschaften Einsicht wachsen kann."*

„Pioniertat Daimler"

Bei Daimler-Benz wurde vor einigen Monaten eine Betriebsvereinbarung für die vorzeitige Pensionierung von Schichtarbeitern verabschiedet. Für den Daimler-Vorstand ein *„Schritt in die richtige Richtung"*. Kurz zum Inhalt des Tarifvertrages: Daimler-Arbeiter, die seit mindestens zehn Jahren im Dreischichtbetrieb arbeiten, können jetzt mit 61 Jahren in Pension gehen. Bis sie die flexible Altersgrenze von 63 Jahren erreichen, erhalten sie vom Kapitalisten zunächst drei Monate lang 100 % ihrer Bezüge. Diese werden dann stufenweise auf 80 % brutto oder 82 bis 93 % netto abgebaut. Für Zweischichtarbeiter gilt eine ähnliche Regelung ab 62 Jahren (ebenda).



Was ist dran am 'Modell Daimler'?

1. Zu den Arbeitsplätzen, die angeblich dadurch geschaffen werden:
Die Senkung des Rentenalters würde bestenfalls 100.000 Arbeitsplätze mehr bringen, während die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde bereits 640.000 Arbeitsplätze mehr schaffen könnte. Allein in Baden-Württemberg, so die dortigen Tarifkommissionen, würden nur rund 1,8 % der Beschäftigten von der Verkürzung der Lebensarbeitszeit betroffen sein. Im AEG-Konzern seien zum Beispiel von 130.000 Beschäftigten lediglich 146 über 60 Jahre alt („UZ", 1.10.).
2. Anstatt die Arbeitsbedingungen zu ändern, die dazu führen, daß ein immer größer werdender Teil der Arbeiter immer früher nicht mehr mit der steigenden Arbeitshetze mithalten kann, wird eine Gruppe von Arbeitern herausgegriffen und mit dieser „Pioniertat" bedacht. Wäre es nicht sinnvoller, für ein Verbot der Schichtarbeit zu kämpfen, anstatt eine materielle Entschädigung für gesundheitliche Schäden anzuerkennen? Wäre es nicht besser, für eine Senkung der Lebensarbeitszeit für a l l e einzutreten, anstatt für einzelne Gruppen von Arbeitern Tarifverträge abzuschließen?

Ob es den IGM-Führern gelingt, ihr Konzept für die diesjährige Tarifrunde bundesweit durchzusetzen, sei noch dahingestellt. Immerhin haben die drei baden-württembergischen Tarifkommissionen angekündigt, daß die Sicherung des Reallohns unbedingte Priorität haben müsse. Deshalb, so die Meinung, dürfe die Kündigung der Lohn- und Gehaltstarifverträge nicht mit der Forderung auf Verkürzung der Lebensarbeitszeit verknüpft werden („UZ", 1.10.). In diesem Sinne wolle man sich auch auf der IGM-Vorstandssitzung am 12./13. Oktober in Frankfurt äußern, so IGM-Bezirksleiter Steinkühler.

Ein ähnliches Konzept wie die IGM-Führung vertritt übrigens auch der FDP-Bundesvorstand. In einem Antragspapier „Liberale Initiativen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit", welches am 24. Oktober dem Bundeshauptausschuß der Partei vorgelegt werden soll, setzt sich die FDP dafür ein, daß bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben Renten gezahlt werden, die um die Mehrbelastungen aus der Verlängerung der Laufzeit der Renten gekürzt werden. Ein solcher versicherungsmathematischer Abschlag hätte etwa fünf Prozent für jedes vorgezogene Jahr über die gesamte Rentenbezugszeit zu betragen. Damit dieser Vorschlag für die Arbeiter trotzdem attraktiv ist, werden die „Tarifpartner" aufgefordert, für ältere Arbeitnehmer Lohnausgleichsangebote bei vorgezogenem Rentenbezug oder Angebote von Teilzeitarbeitsplätzen zu vereinbaren (nach „FAZ", 6.10.).

Der Unterschied zum IGM-Vorschlag liegt darin, daß beim FDP-Vorschlag der Großteil der Rente aus der Rentenkasse bezahlt werden soll. Daß man, nach den Vorstellungen der FDP, die älteren, nicht mehr für leistungsfähig gehaltenen Kollegen/innen auf Teilzeitarbeitsplätze abschieben will, ist so recht nach dem von Graf Lambsdorf so viel gepriesenen japanischen Vorbild.

Die ersten Tarifforderungen

Erstmals in der Geschichte der **holzverarbeitenden Industrie Hamburgs** ging die Kündigung des Lohntarifvertrages von den Kapitalisten aus, so die Holzarbeiterzeitung der GHK. Und das zwei Monate vor Fristablauf. Das läßt nichts Gutes ahnen. Während die Gewerkschaftsführer der GHK sich für eine Lohnforderung zwischen sieben und acht Prozent stark gemacht hatten, wurden in Hamburg auf einer Mitgliederversammlung 9,5 Prozent beschlossen. In Bremen forderten Tarifkommissionen der GHK 8 bis 9,5 Prozent.

Die Tarifverhandlungen für die rund 16.000 Beschäftigten des **Brauereigewerbes in NRW** sind gescheitert. Während die Braukonzerne lediglich 4 Prozent (brutto) mehr Lohn anboten, forderte die NGG 7 Prozent und eine Anhebung der unteren Lohngruppen.

Die Kapitalisten argumentierten, daß es sich bei der Lohnrunde noch um die vorjährige Tarifrunde handele, wo ja im Schnitt unter 5 Prozent abgeschlossen wurde („UZ", 1.10.).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Außerordentlicher Gewerkschaftstag der GEW

Frister schied im Zorn

„Wes' Brot ich eß, des' Lied ich sing", an dieses Wort fühlte man sich angesichts der vehementen Verteidigungsreden Fristers für die Politik der gewerkschaftseigenen ‚Neuen Heimat' erinnert. Dennoch konnte der künftige Arbeitsdirektor der ‚Neuen Heimat' nicht verhindern, daß der Gewerkschaftstag der GEW mit großer Mehrheit die Räumungs- und Strafanträge der ‚Neuen Heimat' gegen die Instandbesetzer in Berlin kritisierte. Frister trat daraufhin demonstrativ von seinem Posten als GEW-Vorsitzender, den er erst in einem Monat abgeben wollte, zurück. Nach dreizehnjähriger Tätigkeit an der Spitze der GEW ist dieser Abgang höchst kläglich und belegt, in welchem Tempo sich Gewerkschaftsführer von der Mitgliedschaft entfernen, wenn sich ihnen anderswo eine Gelegenheit bietet, sich lukrativer zu prostituieren.

Kurskorrektur der ‚Neuen Heimat'?

Die Bonner Friedensdemonstration und die Politik der ‚Neuen Heimat' standen im Mittelpunkt des Frankfurter GEW-Gewerkschaftstages. Die Landesverbände Westberlin und Bremen hatten Anträge eingebracht, in denen die Räumungsanträge und Strafanträge der ‚Neuen Heimat' gegen Hausbesetzer scharf kritisiert wurden. Die Westberliner forderten in ihrem Antrag eine Abkehr von der bisherigen Politik der ‚Neuen Heimat'. Insbesondere solle sie keine weiteren Räumungsanträge für instandbesetzte Häuser stellen und die Strafanträge gegen die Instandbesetzer zurückziehen. Der DGB solle ein wohnungsbaupolitisches Konzept entwickeln, *„das die Konzepte der Hausinstandbesetzer berücksichtigt"*.

Im Schlußsatz des Westberliner Antrags wurde dann auch Bezug zu Fristers neuem Tätigkeitsfeld genommen: *„Die Delegierten fordern ihren bisherigen 1. Vorsitzenden, Kollegen Erich Frister, auf, in seiner neuen Eigenschaft als Vorstandsmitglied der ‚Neuen Heimat' für die Verwirklichung dieser Kurskorrektur einzutreten"* (dieser Passus wurde später abgelehnt). Frister engagierte sich vehement, um eine Verabschiedung des Antrags zu verhindern. Er warf den *„Kollegen mit gesichertem Arbeitsplatz"* vor, daß sie nicht die Interessen der Beschäftigten der ‚Neuen Heimat' und der Bauarbeiter berücksichtigen würden; die Sanierungen und Abrisse würden im Interesse breiter Bevölkerungskreise betrieben. Der Gleichklang zwischen Fristers Argumentation und den Rechtfertigungen der ‚Neuen Heimat' war unüberhörbar. Ein Papier der ‚Neuen Heimat' („Grundsätze der Sanierungstätigkeit in Berlin") war im Antragspaket dem Westberliner Antrag beigeheftet. Mit Engagement und Überzeugungskraft vertraten die Westberliner Delegierten ihre Position, so daß der Antrag schließlich mit deutlicher Mehrheit verabschiedet wurde.

Aufruf zur Bonner Friedensdemonstration

Die Landesverbände Bayern, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, NRW und Westberlin hatten Anträge eingereicht, in denen die GEW aufgefordert wird, entgegen dem Beschluß des DGB-Bundesvorstandes zur Bonner Friedensdemonstration aufzurufen. Eine Verabschiedung des Antrags war damit nicht zu verhindern. Frister begnügte sich damit, in einem Gespräch darauf hinzuweisen, daß *„dort eine sehr einseitige Veranstaltung zu erwarten (sei), bei der die Darstellung der Friedensbemühungen der Bundesregierung vermutlich zu kurz komme"* („FAZ", 5.10.).

In dem verabschiedeten Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert:

„–die Stationierung von Neutronenbomben in der BRD zu verhindern und keine Zustimmung zur Stationierung von Pershing II-Raketen und Marschflugkörpern zu geben,
– Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, eine weitere Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Ost und West zu verhindern und die vorhandenen abzubauen,
– eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik zu ergreifen,
– auf die USA einzuwirken, endlich das Salt II-Abkommen zu unterzeichnen".

Unmut erregte der neugewählte GEW-Vorsitzende Wunder, als er feststellte, er werde an der Bonner Demo nicht teilnehmen, weil er sich gegenüber dem DGB zu *„solidarischem Verhalten"* verpflichtet fühle. Immerhin erging an Wunder auch die Aufforderung, *„diesen Beschluß in der nächsten Woche wirksam publizistisch umzusetzen"*.

Bemerkenswert war noch ein Antrag des Bremer Landesverbandes, der eine umfassende Kritik des DGB-Friedensaufrufes leistete. Insbesondere wurde kritisiert, daß der DGB-Aufruf an der Illusion festhalte, daß der Friede durch militärisches Gleichgewicht sicherer werde, daß er in der Anhäufung von Massenvernichtungswaffen und nicht in den politischen Zielen, die zu ihrer Anhäufung führen, die Ursache der Kriegsgefahr sehe, daß er Nachrüstung und Neutronenbombe nicht benenne und daß er die Politik der Bundesregierung unterstütze. Fazit: *„Der DGB-Aufruf ‚Frieden durch Abrüstung' beschränkt sich auf einen allgemeinen Appell an die ‚Supermächte', statt die von den NATO-Staaten betriebene verschärfte Aufrüstung und die Rolle der Bundesrepublik dabei beim Namen zu nennen und zum Widerstand aufzurufen (...) Solch ein Aufruf verändert nichts, sondern bestätigt nur die herrschende Realität"*. Auf dem Gewerkschaftstag bekam dieser Antrag, den die Landesvertreterversammlung der GEW-Bremen verabschiedet hatte, keine Mehrheit.

Bildungspolitische Offensive

„Bildungspolitik in den 80er Jahren" und *„Gewerkschaftliche Aktionsmöglichkeiten der GEW in den 80er Jahren"* – so hießen die beiden Leitanträge zu diesem Thema. Die Verabschiedung derartiger ellenlanger Erklärungen scheint zum Ritual von GEW-Kongressen zu gehören. Was steckt dahinter?

Auf dem letzten Gewerkschaftstag im vergangenen Jahr wurde ein langer Antrag zur Frage der Arbeitszeitverkürzung verabschiedet. Darin wurde festgelegt, daß die GEW *„ihren Kampf um die Arbeitszeitverkürzung, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Einstellung aller Lehrer mit aller Energie fortsetzen"* werde. Konkret wurde beschlossen, daß eine Bundesfunktionärskonferenz einen Aktionsvorschlag für den Herbst 1981 erarbeiten solle. Der jetzt wegen Fristers Weggang zur ‚Neuen Heimat' durchgeführte außerordentliche Gewerkschaftstag war auch ein Ersatz für diese Konferenz. Vor einem Jahr wurde festgelegt: *„Auf der Grundlage der Empfehlung der Bundesfunktionärskonferenz beschließt der HV die Durchführung von bundesweiten Aktionen (einschließlich Arbeitsniederlegungen bis hin zum Streik) für den Winter 1981/82"*.

Wie schön, wenn man im jetzt gefaßten Beschluß den Satz findet: *„Der Beschluß des Gewerkschaftstages im November 1980 in Mainz zur Arbeitszeit hat weiterhin seine Gültigkeit"*. Von einem etwaigen Streik, der ja, wie es vor einem Jahr hieß, laaangfristig angegangen werden sollte, ist jetzt keine Rede mehr. Die Ziele der GEW sind nicht gering: Sie will *„die Aufhebung der Sparpläne durchsetzen"*, als Aktionsvorschlag wird jedoch nur ein *„zentraler Aktionstag mit einer großen Demonstration in der jeweiligen Landeshauptstadt"* anvisiert.

Es scheint so, als wolle die GEW im Privatschulbereich verstärkte Konfliktbereitschaft zeigen, um ihren Mitgliedern in der Streikfrage etwas bieten zu können. Den beamteten Lehrern wird ja vom ‚Dienstherrn' das Streikrecht bestritten. So heißt es im jetzt verabschiedeten Antrag: *„Private Bereicherungssucht und die Mißachtung elementarer Arbeitnehmerrechte werden es nötig machen, in Zukunft insbesondere zur Vertretung von Beschäftigten in privaten Bildungseinrichtungen, beispielsweise zur Durchsetzung von Haustarifverträgen, zu den Mitteln des Arbeitskampfes zu greifen (...) Je sicherer im Umgang mit örtlich begrenzten Arbeitskämpfen unsere Organisationen werden, um so größer wird die Bereitschaft der Mitglieder sein, um so weniger Fehler werden gemacht werden, wenn es gilt, breit angelegte Kampfmittel einzusetzen"*.

So untauglich dieser Weg auch ist, der staatlichen Sparpolitik etwas entgegenzusetzen, so bietet sich hier doch für die Beschäftigten im Privatschulbereich die Chance, mit Unterstützung der GEW verstärkt Konfrontationen mit dem Arbeitgeber einzuleiten.

Insgesamt sind vom GEW-Gewerkschaftstag keine wesentlichen Impulse gegen das bildungspolitische roll-back und die Sparpolitik ausgegangen. Positivstes Ergebnis ist die demonstrative Trennung von Frister. Im November findet im mitgliederstärksten Landesverband, in NRW, eine Landesvertreterversammlung statt, auf der auch der Landesvorsitzende neu gewählt wird. Die zum Frister-Flügel zu rechnende bisherige Vorsitzende, Ilse Brusis, stellt sich der Wiederwahl. Durch den Gewerkschaftstag dürften sich ihre Chancen drastisch verschlechtert haben.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Im Wortlaut

Beschluß des GEW-Gewerkschaftstages zu den Räumungen der besetzten Häuser in Westberlin

Aufgrund der von der NEUEN HEIMAT gestellten Räumungsanträge ist es in Berlin am 22. September 1981 zu schweren voraussehbaren Auseinandersetzungen gekommen, in deren Verlauf ein junger Mensch getötet wurde.

Die Delegierten des außerordentlichen Gewerkschaftstages kritisieren aufs schärfste die Räumungsanträge und Strafanträge der NEUEN HEIMAT gegen die Instandbesetzer in Berlin.

Gerade die NEUE HEIMAT als gewerkschaftseigenes Unternehmen darf nicht nach nur rein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgehen.

Ihr sozialer Auftrag bestimmt sich vielmehr gemäß dem wohnungsbaupolitischen Konzept des DGB (s. DGB-Grundsatzprogramm, Punkt 22: ‚Sicherung der Wohnungsversorgung').

Mit Betroffenheit stellen wir fest, daß die (NEUE HEIMAT – Einf.AK) im Gegensatz zu diesem Auftrag durch ihre Räumungsanträge zum Vorreiter einer Wohnungspolitik wurde, deren wesentliche Nutznießer Spekulanten, Großverdiener und das Finanzkapital sind.

Wir fordern eine sofortige Abkehr von dieser Politik – das heißt:

1. *Keine weiteren Räumungsanträge für instandbesetzte Häuser, die der NEUEN HEIMAT gehören!*
2. *Rücknahme von Strafanträgen gegen die Instandbesetzer!*
3. *Entwicklung eines wohnungsbaupolitischen Konzeptes durch den DGB, das die Konzepte der Hausinstandbesetzer berücksichtigt!*

berliner lehrerzeitung 10

A 1702 E

zeitschrift für lehrer, erzieher und wissenschaftler in der GEW BERLIN 35. (50.) jg. 1. 10. 1981

Klaus Jürgen Rattay in den tod getrieben am 22. 9. 1981 im zuge der polizeilichen räumung des besetzten hauses Bülowstraße 89

Titelbild der „berliner Lehrerzeitung" nach den Häuserräumungen.

Erich Frister: »Gewalt wird nur durch Androhung von Gegengewalt verhindert«

Der abgetretene GEW-Vorsitzende Erich Frister hielt auf der DGB-Kundgebung zum 1. September in München eine skandalöse Rede, die er wegen lautstarker Proteste nach 1 1/2 von 7 Manuskriptseiten abbrechen mußte. Frister hat in Reinkultur die reaktionäre, die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung bejahende Haltung der Mehrheit der DGB-Führung formuliert. Wir dokumentieren im Wortlaut einige Passagen dieser denkwürdigen Rede, insbesondere ihren Anfang:

„Wenn über den Frieden diskutiert wird, dann herrscht an Phrasen kein Mangel. Die Fülle scheinheiliger Aktionen und Äußerungen entwertet allmählich die Anstrengungen, den Frieden durch Abrüstung sicherer zu machen. Anhänger von politischen Auffassungen, die in ihrem Herrschaftsbereich zum 1. Mai militärische Schauspiele organisieren und ihre jungen Bürger mit reaktionärem preussischem Stechschritt dressieren, treten hierzulande als antimilitaristische Oberlehrer auf. Unternehmer, die an der Rüstungsproduktion und an Rüstungsgeschäften fett verdienen, erklären bereitwillig, daß sie wie alle natürlich den Frieden wollen. Die Friedenssehnsucht wird zur Hure gemacht.

Seit Jahrtausenden gehört das Verbot, den Nächsten, den Anderen zu töten, zu den Selbstverständlichkeiten der Weltreligionen und der diesen Namen verdienenden Weltanschauungen. Seit Jahrtausenden aber leben wir mit der Gewalt gegen den Nächsten, mit Folter, Verstümmelung, Totschlag, Mord, Massenmord, Völkermord und Krieg. Niemand kann es wagen, vom Fortschritt hin zum Frieden, zur Friedfertigkeit zu sprechen. Aus den Erfahrungen der Jahrtausende läßt sich bis auf den heutigen Tag nur eines unumstößlich lernen: Gewalt wird nur durch Androhung von Gegengewalt verhindert" **(an dieser Stelle Unruhe, Tumulte, Pfiffe).** *„Ohne Polizei und Justiz würden Mord und Totschlag alle Gesellschaften ins Chaos stürzen, auf die Gesetze des Dschungels zurückwerfen. Ohne das Risiko, bei einem Krieg der geschlagene Verlierer zu sein, selbst zu den Toten zu gehören, hätte sich die Menschheit durch fortwährende Kriege der Stämme, Gruppen, Rassen und Nationen gegeneinander längst ausgerottet. Die Minderheit der Gewalttäter, die andere töten oder töten lassen, muß durch wirkungsvolle Drohung mit der Vernichtung der eigenen Existenz in Schach gehalten werden. Wenn Gewalttäter glauben, daß sie ungestraft töten können, oder töten lassen können, dann werden sie Gewalt anwenden oder zumindest ihre Opfer durch Androhung von Gewalt gefügig machen."* **(Die Unruhe unter den Zuhörern ist mit jedem seiner Sätze gestiegen; sie ist so stark, daß Frister an dieser Stelle abbrechen muß und in der Menge verschwindet.)**

Die gesamte weitere Rede Fristers ist eine einzige Rechtfertigung der wahnsinnigen Aufrüstungspolitik der westlichen Staaten. Eine Passage, die er nicht mehr vortragen konnte, wollen wir an dieser Stelle noch zitieren:

„Auch die Betrachtung dieser gegenwärtigen Kriegsschauplätze lehrt uns, daß auch heute Krieg nur dann und dort vermieden wird, wenn und wo für die Angreifer, die Tötungswilligen, für die Unfriedlichen die Bestrafung mit der Vernichtung der eigenen Existenz sicher ist. Zwischen der UdSSR und den USA, zwischen der DDR und der Bundesrepublik herrscht kein Krieg, sind auch die Gewaltbereiten und Gewalttätigen seit Jahrzehnten am Kriegführen gehindert, weil für jeden Angreifer klar ist, daß auf Angriff selbst für die Schreibtischtäter Todesstrafe steht. Nichts anderes als das sogenannte Gleichgewicht des Schreckens, der perverse Zustand gegenseitiger atomarer Bedrohung haben uns in den vergangenen Jahrzehnten das gesichert, was wir zwar nicht Frieden nennen können, was aber doch Abwesenheit von Krieg bedeutet hat und bedeutet.

Diese Einsicht von der offensichtlichen Unausrottbarkeit der Gewalt, von der Notwendigkeit, dem Mörder den Mord als Selbstmord anzudrohen, ist unangenehm und bitter ... Aber es wäre tödlich, vor dieser unangenehmen Einsicht zu flüchten" usw. usf.

Der GEW ist zu gratulieren, daß sie diesen Rüstungsapostel und Ideologen der Gewalt als Erziehungsmittel (gegen Feinde, Straftäter – fehlen nur noch die Kinder) losgeworden ist. In seinem neuen Job als Arbeitsdirektor der Neuen Heimat dürfte er allerdings Gelegenheit haben, seine Lebensphilosophie weiterhin zu propagieren: die Feinde sind in diesem Fall die Hausbesetzer und ‚Chaoten' – siehe die Neue Heimat und Westberlin....

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Zur Diskussion um den

DGB-Friedensaufruf

Verschiedentlich hat es im KB Kritiken an unserem Artikel im Arbeiterkampf 207 Seite 9 zum Aufruf „DGB – Frieden durch Abrüstung" gegeben. Die Kritiken beziehen sich durchweg nicht auf die inhaltliche Einschätzung dieses Aufrufs, sondern auf die Aussage, die zur Handhabung des Aufrufs durch die Gewerkschaftslinke gemacht wurden.

In unserer Bewertung hatten wir den Text als eine der derzeit praktizierten Varianten seitens der Sozialdemokratie, die Friedensbewegung zu spalten, charakterisiert. Und festgestellt: „*Die eigentliche Problematik dieses Aufrufs liegt daher nicht in dem, was in dem Appell drinsteht, sondern vielmehr in dem, was nicht drinsteht*". Der Text besticht durch seine „friedliebende Ausgewogenheit", während er gleichzeitig jede konkrete, gegen die aktuelle Aufrüstungspolitik und die Bundesregierung gerichtete Aussagen vermeidet. Zugleich ist der politische Zusammenhang bedeutsam, in dem diese Friedensinitiative der DGB-Führung gestartet wird: Angesichts einer starken Friedensbewegung und existierender Aufrufe wie dem „Krefelder Appell" droht diese Bewegung für den Frieden zugleich eine Bewegung gegen das Monopol der Sozialdemokratie auf solche fortschrittlichen Regungen in großen Teilen der Bevölkerung zu werden.

Als Fazit hatten wir geschrieben: „*Mit dem DGB-Aufruf allerdings wird Schmidt gut und ruhig schlafen können*". Nun, er konnte.

Mittlerweile hat Helmut Schmidt öffentlich seine Sympathie für den DGB-Aufruf kundgetan, den er nur deshalb nicht unterschreibe, da er als Kanzler Adressat des Aufrufs sei. CDUler wie Norbert Blüm und neuerdings auch Bernhard Worms, CDU-Vorsitzender aus dem Rheinland, hatten mit der Unterschrift unter den DGB-Appell keine Probleme, was wiederum den nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten und Ministerpräsidenten Rau zu der Aussage veranlaßte, daß der DGB-Aufruf die Chance biete, „*daß die beiden großen Parteien in der bislang strittig geführten Friedensdiskussion zueinander fänden*" („FR", 28.9.).

Dennoch hatten wir uns in dem Artikel gegen einen Unterschriftenboykott gewandt: „*.... dies läßt u.E. die positive Friedensaussage des Textes nicht zu. Sinnvoller erscheint es, die daran auch in den Gewerkschaften verstärkte Friedensdiskussion zu nutzen, um d i e Aktivitäten zu unterstützen, die auf eine tatsächliche Abrüstung abzielen.*" Schwerpunkt für die nächste Zeit sollte daher die Beteiligung von Gewerkschaftern und Gremien an der Bonner Demo, trotz Verbot durch den DGB-Bundesvorstand sein, denn, so werteten wir: „*Das Problem wie f a k t i s c h die Friedensbewegung auf Regierungskurs getrimmt werden kann, hat der DGB-Bundesvorstand mit seinem Aufruf nicht gelöst.*"

Unterschriftenboykott als wirksames Kampfmittel?

„*Wie wollt ihr denn 'die Aktivitäten von gewerkschaftlicher Seite unterstützen, die auf tatsächliche Abrüstung abzielen'? Ein erster Schritt zur Stärkung dieser Aktivitäten wäre meiner Ansicht nach der Versuch, der Gewerkschaftsspitze eine Schlappe zu verpassen, das heißt das Zustandekommen der 2 Millionen Unterschriften zu verhindern*", schreibt R., KB-Sympathisant aus Baden-Baden.

Sicher wäre diese Schlappe wünschenswert, nur sagt R. leider nicht, wie wir als Linke dazu beitragen könnten. Deutlicher wird da der in Süddeutschland angesiedelte KABD, der eine ähnliche Diskussion um den DGB-Aufruf führt. Er kommt zu dem Ergebnis: „*Wenn wir der Meinung sind, daß der Aufruf einen Spaltungsversuch darstellt, dann müssen wir alles unternehmen, es nicht dazu kommen zu lassen... Also geht es nicht nur darum, den Entspannungsbetrug zu entlarven, sondern auch die Spaltung zu verhindern*, **indem die Kollegen mobilisiert werden, nicht zu unterschreiben**" („Rote Fahne", 12.9.). Der gleiche KABD konnte allerdings seit Bekanntgabe des DGB-Aufrufs Ende August nur einmal melden, wo sich „konkret" etwas getan hätte: So behauptet die „Rote Fahne" ohne Beleg, daß in der IG Metall „*zeitweilig überlegt wurde, den Aufruf durch einen anderen zu ersetzen*" (12.9.). Nun, es gibt sicherlich einige Aktivitäten, die sich offen gegen den DGB-Aufruf aussprechen: So hat z.B. die Landesvertreterversammlung der GEW Bremen eine scharfe Erklärung verabschiedet, (siehe GEW-Artikel in diesem AK) und schreibt am Ende paradoxerweise ohne Begründung: „*Trotz der oben genannten Mängel fordert die LVV die gewerkschaftlich organisierten Kollegen auf, den Aufruf zu unterzeichnen*". Bei Siemens in Kiel haben die IGM-Vertrauensleute den DGB-Aufruf abgelehnt und fordern stattdessen:

„— *Nein zum Nachrüstungsbeschluß;*
— *Nein zur Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen in der BRD;*
— *Nein zur Produktion und Lagerung der Neutronenbombe in der BRD*".

Selbst wenn unsere Übersicht über derartige Initiativen nicht vollständig ist, läßt sich doch eines verallgemeinern: Es gibt keine erkennbare Bewegung bzw. Ansätze hierfür, aus denen heraus sich eine Kampagne für Unterschriftenboykott ableiten ließe. Weder R., aber auch nicht der KABD in seiner Berichterstattung, machen eine Aussage hierzu. Was von der Forderung nach Verhinderung der Spaltung der Friedensbewegung bleibt, ist vor diesem Hintergrund im besseren Fall Verbalradikalismus, im schlimmeren Fall reines Sektierertum, das bei einem solchen Vorgehen zur Isolierung von den realen Ansätzen, die Absichten der DGB-Führer zu unterlaufen, führt.

Eine gewünschte Boykott-Kampagne braucht einen entsprechenden Boden, auf dem man ansetzen kann. Eine Haltung, die allein besagt, der Aufruf ist schlecht, also muß man ihn boykottieren, mag zwar radikal klingen, ist es in Wahrheit aber nicht. Ich halte es für müßig, daß die Linke, die in den Gewerkschaften derzeit viel zu einflußlos ist, als daß sie dem organisierten Apparat eine organisierte Boykott-Kampagne entgegensetzen könnte, ihre Kräfte vergeudet. Die DGB-Führung und die Einzelgewerkschaften organisieren über ihren nach wie vor straff ausgerichteten Apparat mit von oben kontrollierten, numerierten Listen das Sammeln der Unterschriften. Ein von uns Linken organisierter Boykott könnte nur bei einem Bruchteil der vom DGB ins Auge gefaßten 2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder ankommen und wäre daher zwecklos. Eine Ausnahme von dieser verallgemeinernden Einschätzung will ich gern gelten lassen: Dort wo, wie beispielsweise in Teilen von Gewerkschaften oder in Betrieben die Möglichkeit besteht, politisch getragene Mehrheiten für die Ablehnung zu finden, ist dies auf jeden Fall unterstützenswert (siehe die zitierten Beispiele), weil dies den deutlich gewordenen Konflikt zwischen DGB-Führung und Teilen der Basis bzw. des Apparats positiv polarisiert.

Aktives Unterlaufen der DGB-Kampagne

Propagiere ich also blanken Opportunismus, hilflosen Nachtrab? Ich meine, daß es zu einer vernünftigen linken Gewerkschaftspolitik gehört, dort in der Arbeit anzusetzen, wo heute Erfolge organisierbar sind, statt sich von den bestehenden Ansätzen zu isolieren. Und die Linke braucht angesichts des „ausgewogenen" DGB-Aufrufs nicht tatenlos zuzusehen. Die Kampagne in den DGB-Gewerkschaften, trotz Verbot offensiv und per Bekenntnis nach Bonn zu mobilisieren, ist ein Weg des Unterlaufens der Eindämmungstaktik des DGB gegen die Friedensbewegung gewesen. In diesem Sinne läßt sich weiterarbeiten, sei es durch örtliche gewerkschaftliche Aktionen und Veranstaltungen, die genau die Punkte zum Thema haben, die der DGB-Aufruf ausläßt; sei es, indem trotz möglicherweise zwei Millionen Unterschriften, die sicherlich auch ausgeschlachtet werden, an der gewerkschaftlichen Basis mit den z.T. wesentlich weitergehenden Beschlüssen der Einzelgewerkschaften gearbeitet wird; sei es, indem verstärkt für die Aktionseinheit mit autonomen, nicht gewerkschaftlich beherrschten Friedensinitiativen und -Aktivitäten eingetreten wird. Eine solche Taktik wird dem Ziel einer Nicht-Integration der Friedensbewegung durch die Sozialdemokratie mehr nützen als die Illusion, die Linke könnte per Boykott die Manöver der DGB-Führung verhindern.

Damit ich nicht mißverstanden werde: Selbstverständlich plädiere ich nicht für das Unterschreiben des DGB-Aufrufs oder gar aktives Unterschriftensammeln, wie dies z.B. KBW oder „KPD" tun, weil ihnen die „ausgewogene" Kritik an beiden Supermächten gefällt. Dies allerdings muß unterschieden werden von einer organisierten Boykott-Kampagne, für die die Voraussetzungen fehlen.

Ein Genosse der Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Bonn 10.10.: Für tausende Gewerkschafter auch eine Demonstration des Ungehorsams gegenüber ihrer Führung

---

2. »Welttreffen« der Gewerkschaftsjugend in Sevilla:

Beim Thema Frieden schieden sich die Geister

Vom 22. bis zum 30. August versammelten sich in der Nähe von Sevilla (Spanien) 4.400 junge Gewerkschafter aus 48 Ländern Europas, Afrikas, Asiens und Amerikas. Das Welttreffen war veranstaltet worden vom Internationalen Bund freier Gewerkschaften (IBFG). Der IBFG umfaßt allerdings nur einen Teil (knapp 60) der Gewerkschaften auf der Welt. Der andere Teil (z.B. die französiche CGT) ist im Weltgewerkschaftsbund organisiert.

Hauptthema des Treffens war die aktuelle Kriegsgefahr. Der Mehrheit der Delegierten ist es zu verdanken, daß sich die sogenannte ausgewogene DGB-Linie in Sevilla nicht durchsetzen konnte, sondern das Schwergewicht der Abschlußresolution sich gegen die „weitere Stationierung von Atomwaffen" und „gegen den Bau und die Stationierung von Neutronenwaffen" richtete. Dies veranlaßte widerum Horst Niggemeier, Chef der Bergbau-Gewerkschaft, die Mehrheit der westdeutschen Teilnehmer als „Friedensimperialisten" zu beschimpfen. Auch der DGB-Jugendsekretär Brauser distanzierte sich von der verabschiedeten Friedensresolution.

Bloß nicht die spanischen Faschisten provozieren...

Eigentlich sollte das Welttreffen schon letztes Jahr in Madrid stattfinden, aber dann wurde es kurzerhand abgesagt. Die Gründe dafür waren angeblich organisatorische Unzulänglichkeiten und die Gefahr faschistischer Provokationen (Neue, 8.9.81). Daß der gastgebenden UGT (die der Sozialistischen Partei Spaniens nahestehende Gewerkschaft) nicht daran gelegen war, die Öffentlichkeit des „Welttreffens" zu nutzen, um auch ein Signal gegen die drohende faschistische Gefahr in Spanien zu setzen, wurde mehreremal deutlich. Es gab eine Abmachung, daß die innenpolitische Situation in Spanien kein Konferenzthema sein sollte, weil man „*Aktionen der spanischen Faschisten und die Anwesenheit der Guardia Civil bei öffentlichen Veranstaltungen befürchtete*" (TAZ, 3.9.81).

Die Abschlußkundgebung sollte, wie gerüchteweise zu erfahren war, erst im Lager stattfinden. „*Erst nach gutem Zureden ausländischer Delegationen (und nachdem der Redebeitrag des östereichischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky als gesichert galt), fand sich die UGT bereit, einer Demonstration und Kundgebung im Stadtzentrum von Sevilla zuzustimmen. Diese Zurückhaltung, so wurde erklärt, sei dem krampfhaften Bemühen geschuldet, die auch in Andalusien offenkundig ... präsenten faschistischen Kräfte zu beschwichtigen. Die Plakat-Werbung und -Mobilisierung erfolgte in Sevilla erst zwei Tage vor der Veranstaltung und erwies sich als offenkundiger Fehlschlag*" (Neue, 8.9.).

Daß die UGT sogar handgreiflich wurde, um ihre Vorstellungen durchzusetzen, zeigen die traurigen Vorkommnisse auf der Abschlußkundgebung: „*Die Ordner versuchten mit Faustschlägen, unliebsame Transparente aus dem Demonstrationszug zu holen. Die Kollegen (?) von der Gewerkschaft der Polizei aus Deutschland, ... hatten nichts besseres im Kopf, als die Auseinandersetzung zu fotografieren...*" (TAZ, 3.9.).

Die einheimische Bevölkerung wurde total aus dem Lager rausgehalten. Das Betreten war nur mit Plaketten erlaubt, die den Jugendlichen Sevillas nicht zur Verfügung standen. Die Lagerwachen waren mit Sprechfunkgeräten ausgerüstet.

Abgesehen von Einzelinitiativen z.B. der Eisenbahner-Jugend der BRD, waren im Programm auch keine Betriebsbesichtigungen etc. vorgesehen. Begründet wurde das offiziell mit der Ferienzeit. „*Dafür bot ein geschäftstüchtiges Reiseunternehmen Ausflüge nach Cadiz, Cordoba, Granada und den Strand an*" (FR, 4.9.).

Lagerzeitung mit Tuwat-Aufruf

Doch es gab im Lager auch eine Gegenbewegung gegen den von der UGT vorgegebenen Rahmen. So wurde am vierten Tag des Treffens der Camp-Laden mit einem Sitzstreik blockiert, da bekanngeworden war, daß der Laden der Lebensmittelkette „Corte Ingles" angehörte. Diese wiederum befindet sich im Besitz der Familie des früheren Diktators Franco und ist einer der größten Kaufhauskonzerne in Spanien. Über Multis sollte nicht nur geredet, sondern auch etwas getan werden, zumal wenn sie von Faschisten geleitet werden. Die „Frankfurter Rundschau" sprach in diesem Zusammenhang von einem „Lagerkoller"!

Ausgehend von der westdeutschen Drupa-Jugend, die als einzige keinen Berufsgewerkschafter als Aufpasser dabei hatte, wurde eine Lagerzeitung ins Leben gerufen, die unzensiert erschien und reißenden Absatz fand. In dieser Zeitung kam jeder zu Wort, der wollte. „*Diese Möglichkeiten nutzten vor allem die, die sonst in der offiziellen Gewerkschaftspolitik untergehen: Schwule, die Frauenbewegung, Hausbesetzer, die Autonomen aus Zürich, denen ein Gewerkschaftssekretär ihre Ausstellung über die Jugendunruhen zerstörte, Kollegen, die Gefangenenarbeit machen, ein TUWAT-Aufruf und einiges mehr... Die Zeitung wurde auch zum Organisator von ein paar nicht offiziellen Aktivitäten: eine Spendensammlung für El Salvador, die besagte Boykott-Aktion und ein Treffen von schwulen Gewerkschaftern*" (TAZ, 3.9.). Die 4000 DM für El Salvador durften übrigens auf der Abschlußveranstaltung nicht offiziell übergeben werden.

Die UGT versuchte inhaltliche Diskussionen über Gewerkschaftsausschlüsse in der UGT und in den DGB-Gewerkschaften oder über die Zustimmung der UGT zu den Wirtschaftsplänen der spanischen Regierung zu unterdrücken.

Bezeichnend war auch, welche Delegierten die „Weltgewerkschaftsjugend" so vertraten. Die staatlichen Gewerkschaften Taiwans und Singapurs waren z.B. mit solchen „Kolle-

Fortsetzung von voriger Seite

»Der Baum ist wieder im Wald«

Auch die dritte Veranstaltung des Unterstützerkreises für den wegen angeblicher Spionage verfolgten Hamburger IG Metall-Sekretär Hermann Gaßmann am 29.9. war mit ca. 150 Teilnehmern wiederum sehr gut besucht. Seinen besonderen Charakter hatte dieser Abend dadurch, daß Hermann – am 16. September nach sechsmonatiger Einzelhaft endlich auf freiem Fuß – und seine Frau selbst anwesend waren.

Er habe die lange U-Haft unbeschadet überstanden, weil seine *„Umwelt in Ordnung gewesen"* sei, nicht zuletzt durch die über dreihundert Briefe, die er erhalten und sämtlichst einzeln beantwortet hatte, sagte Hermann. *„Wir müssen miteinander reden, dann kann man uns nicht aus den Angeln heben"*, war eine seiner wichtigsten Erfahrungen, *„und das gilt nicht nur, wenn einer eingesperrt ist, sondern genauso am Arbeitsplatz. Man muß Pausen machen und miteinander reden."* Und seine Verbundenheit mit den anwesenden Kollegen zum Ausdruck bringend, die ihn trotz erheblicher Behinderung und Anfeindungen von Seiten der „offiziellen" Gewerkschaft auf mannigfaltige Weise unterstützt hatten, sagte Hermann: *„Der Baum ist wieder im Wald."*

In der anschließenden Diskussion betonten mehrere Kollegen, daß Hermanns Freilassung nicht zu dem Mißverständnis führen dürfte, daß nun alles klar sei. BKA und Staatsanwaltschaft basteln weiter an der Anklage (und haben inzwischen auch eine neue Vernehmungsrunde eingeläutet). Eine Verurteilung von Hermann sei keineswegs ausgeschlossen, da nach dem § 99 nahezu jeder verurteilt werden kann, der Kontakte zu DDR-Bürgern hat. Daß nicht jeder DDR-Reisende verhaftet werde, so ein Kollege, liege daran, daß man zwar angeklagt werde für Dinge, die man in der DDR getan habe, verurteilt hingegen werden man wegen Dingen, die man hier tue.

Für die nächste Zeit, so wurde betont, sei der wichtigste Hebel der Solidaritätsbewegung die Erschütterung des § 99. Vor allem in der Gewerkschaftsöffentlichkeit müsse das Unrecht dieses Gesetzes nachhaltig bewußt gemacht werden, und damit könne man nicht bis zum nächsten Gewerkschaftstag der IG Metall warten, der erst in zwei Jahren stattfindet.

Als wohlklingend, aber gefährlich wurde die Formulierung eingeschätzt, die die Hamburger Ortsverwaltung nach Hermanns Freilassung in einer Presseerklärung verbreiten ließ: *„Die IG Metall ist davon überzeugt, daß in Kürze auch die letzten Verdachtsgründe gegen Hermann ausgestanden sein werden, damit er unbelastet und vollkommen rehabilitiert seine Arbeit mit und für die Hamburger Kolleginnen und Kollegen fortsetzen kann."* Gefährlich deshalb, weil eine vollkommene Rehabilitierung bei § 99-Verfahren praktisch ausgeschlossen ist, und somit in der zitierten Formulierung die Hintertür für ein Abrücken von Hermann schon eingebaut ist. Alle Anstrengungen des Unterstützerkreises müßten aber darauf gerichtet sein, daß Hermann seine Arbeit als Bildungs- und Jugendsekretär fortführen kann, **selbst wenn** er verurteilt werden sollte.

Enttäuscht waren einige Teilnehmer der Veranstaltung spürbar dadurch, daß Hermann trotz mehrer Nachfragen keine Lust entwickelte, „alte Rechnungen" heimzuzahlen. Diesen Kollegen war Hermanns Anwesenheit und sein Gleichnis vom Baum, der wieder im Wald ist, nicht Dokument genug. Sie erwarteten von ihm konkrete Stellungnahmen zu den Kontroversen, die es in den vergangenen Monaten innerhalb der Gewerkschaften um die Gaßmann-Solidarität gegeben hatte. Bei allem Verständnis für dieses Informationsbedürfnis muß aber daran erinnert werden, daß Hermann für diesen Abend bei seinen Kollegen Ortsgewaltigen sicher nicht mit Blumen überschüttet werden wird. Es ist zu hoffen, daß nicht erfüllte Erwartungen einiger Kollegen deren Aktivitäten keinen Abbruch tun.

Die Versammlung beschloß einstimmig als nächsten Schritt, daß alle Vorstände der DGB-Gewerkschaften und alle Redaktionen der Gewerkschaftszeitungen angeschrieben werden sollen mit der Aufforderung, sich mit dem „Fall" Hermann Gaßmann auseinanderzusetzen und den § 99 zu durchleuchten.

Ein Genosse der B&G-Kommission



Hermann Gaßmann: „Ihr seid der Wald, in dem ich Baum bin."

In der anschließenden Diskussion betonten mehrere Kollegen, daß Hermanns Freilassung nicht zu dem Mißverständnis führen dürfte, daß nun alles klar sei. BKA und Staatsanwaltschaft basteln weiter an der Anklage
ger Kolleginnen und Kollegen fortsetzen kann." Gefährlich deshalb, weil eine vollkommene Rehabilitierung bei § 99-Verfahren praktisch ausgeschlossen ist, und somit in der zitierten Formulierung die Hintertür
den sollen mit der Aufforderung, sich mit dem „Fall" Hermann Gaßmann auseinanderzusetzen und den § 99 zu durchleuchten.

»Plakat«-Gruppe klagt auf Wiederaufnahme in die IG Metall

Die „Plakat-Gruppe" bei Daimler Benz Untertürkheim mit den bekannten Betriebsräten Hoss und Mühleisen will nun auf dem Rechtsweg die Rückkehr in die IG Metall erreichen.

Zu dieser am 25.9.81 beim Frankfurter Landgericht eingereichten Klage entschloß man sich, nachdem alle Bemühungen der Gruppe um Wiederaufnahme gescheitert waren.

Willi Hoss und Hermann Mühleisen waren bereits 1972 aus der IG Metall ausgeschlossen worden, weil sie bei der damaligen Betriebsratswahl erstmals auf einer eigenen Liste kandidierten. Auch bei den Wahlen in den folgenden Jahren wurden die Kandidaten dieser Liste fast ausnahmslos ausgeschlossen.

Den größten Wahlerfolg schaffte die Gruppe bei der Betriebsratswahl 1978. Hier kam die Gruppe im zweiten Wahlgang bedingt durch eine erfolgreiche und öffentlichkeitswirksame Wahlanfechtung auf 39 % der Arbeiterstimmen, was gleichzeitig für die IG Metall-Führung eine empfindliche Schlappe bedeutete.

Zur Begründung der Klage betonte Willi Hoss, daß die Gruppe die Einheitsgewerkschaft bejahe und keinesfalls gewerkschaftsfeindlich oder -schädlich sei.

Allerdings will die Gruppe auch nach einer eventuellen Rückkehr in die IG Metall auf dem Recht bestehen, ihre abweichenden Auffassungen öffentlich darzustellen. Dazu gehört u.a., daß die Zeitung „plakat" weiter herausgegeben wird.

Auf eigene Listen bei der Betriebsratswahl soll nur dann verzichtet werden, wenn ein von den Gewerkschaftsmitgliedern mitbestimmtes Vorwahlverfahren durchgeführt wird.

Von den mit der Klage beauftragten Rechtsanwälten wird zusätzlich darauf hingewiesen, daß der Bundesgerichtshof zwischen 1966 und 1981 in drei Fällen entschieden hat, daß ein Gewerkschaftsausschluß allein wegen der Kandidatur auf einer unabhängigen Liste unzulässig ist.

Mit hinlänglich bekannter Arroganz reagierte der IG Metall-Vorstandssprecher Barczynski; danach regele seine Gewerkschaft ihre Mitgliedsangelegenheiten souverän nach der Satzung.

Dennoch könnte sich die Klage für den IG Metall-Vorstand zu einem unangenehmen Musterprozeß entwikkeln, der die selbstherrliche und willkürliche Behandlung von oppositionellen Betriebsräten bzw. Kandidaten durch den Gewerkschaftsvorstand aufdeckt, und ebenfalls vom Ausschluß betroffene Kolleginnen und Kollegen zur Nachahmung ermuntert.

Die Zahl derjenigen, die allein wegen des Vorwurfs einer oppositionellen Kandidatur ausgeschlossen wurden, ist lang und hat zunehmende Tendenz.

Bei der diesjährigen Betriebsratswahl gaben in den 10.168 von der IG Metall erfaßten Betrieben 14,3 % der wahlberechtigten Kollegen ihre Stimme verschiedenen Oppositionslisten. Im Vergleich zu 1978 büßte die IG Metall danach etwa 1.000 Mandate ein.

Doch trotz ansteigender Wahlerfolge ist der Gewerkschaftsvorstand wild entschlossen, die oppositionellen Kandidaturen mit Gewerkschaftsausschlüssen zu bestrafen, insbesondere wenn es sich dabei um linke Kritiker handelt.

U.a. läuft bereits ein Untersuchungsverfahren gegen die Kandidaten der Liste „aktive Metaller" bei HDW in Hamburg. In diesem Fall hätte ein Ausschluß sogar zur Folge, daß die IG Metall die Mehrheit der gewählten Betriebsräte verliert.

Auch beim Hauptvorstand der IG Chemie häufen sich bereits die Ausschlußanträge. Loswerden will man unter anderem die Kollegen und Kollegen der oppositionellen Liste „für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit" bei Hoechst in Frankfurt und bei Kalle in Wiesbaden.

Einen Ausschlußantrag bekamen ebenfalls die fünf neuen Kandidaten der Liste „Alternative Gewerkschafter" bei Beiersdorf in Hamburg. Zuvor war bereits der Wiederaufnahmeantrag der 1975 aus der IG Chemie ausgeschlossenen fünf Kolleg(inn)en mit der Begründung abgelehnt worden, daß sie auch weiterhin als oppositionelle Gruppe auftreten wollen.

Sowohl die Noch-Mitglieder als auch die Ausgeschlossenen haben bereits angekündigt, daß sie mit rechtlichen Schritten reagieren wollen, wenn die Anträge wie angekündigt durchlaufen.

Mittlerweile wurde außerdem der berüchtigte Unvereinbarkeitsbeschluß auf zwei weitere Organisationen ausgedehnt. Auf seiner Sitzung am 8. September beschloß der Beirat der IG Metall, die Mitgliedschaft in der „Volksfront" und dem „Bund Westdeutscher Kommunisten" (BWK — eine Abspaltung aus dem KBW) mit der Gewerkschaftszugehörigkeit für unvereinbar zu erklären.

Dabei hat sich der IG Metall-Beirat nicht mal die Mühe gemacht, sich mit den Äußerungen und Zielen der „Volksfront" zu befassen, stattdessen wird die Gruppe schlicht zur Tarnorganisation der „KPD" erklärt.

Wörtlich heißt es in dem Unvereinbarkeitsbeschluß: *„Der Beschluß durchkreuzt das taktische Manöver der KPD/ML, jetzt KPD, im Gewand einer sogenannten antifaschistischen Massenorganisation ihr Gedankengut in unsere Gewerkschaft zu transportieren und diese für ihre Zwecke zu mißbrauchen"* (nach „Roter Morgen" vom 2.10.81).

Mit dem Beiratsbeschluß tritt die IG Metall-Führung in die Fußstapfen von ÖTV und HBV. Schon vor einigen Wochen bzw. Monaten waren in beiden Gewerkschaften Ausschlußanträge gegen Mitglieder der „Volksfront" eingeleitet worden.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

gen des Vorwurfs einer oppositionellen Kandidatur ausgeschlossen wurden, ist lang und hat zunehmende Tendenz.
Bei der diesjährigen Betriebsratswahl gaben in den 10.168 von der IG Metall erfaßten Betrieben 14,3 % der
von ÖTV und HBV. Schon vor einigen Wochen bzw. Monaten waren in beiden Gewerkschaften Ausschlußanträge gegen Mitglieder der „Volksfront" eingeleitet worden.

Fortsetzung von voriger Seite

gen" vertreten, *„die sich Verdienste für die jeweilige Regierung oder in ihrem Arbeitsfleiß erworben hatten... Daß Gewerkschafter aus Indien die positiven Auswirkungen der Multinationalen Konzerne für ihr Land ausmalten, paßte ebenfalls in diese Linie hinein"* (Roter Morgen, 18.9.).

Tiefgreifende Konflikte in der Friedensdebatte

Neben Arbeitsgruppen zu „Menschenrechten und Gewerkschaftsfreiheit", Jugendarbeitslosigkeit, sowie zur Kontrolle über die Multis und Internationale Solidarität gab es noch ein viertes Thema „Frieden und Abrüstung". Die DGB-Vertreter machten sich bei diesem Thema offensichtlich unbeliebt, da sie die Thematik zwar in letzter Stunde auf die Tagesordnung des Welttreffens setzten, aber sich nicht um die *„Anfertigung und mehrsprachige Übersetzung eines entsprechend detaillierten Einführungspapiers gesorgt"* hatten (Neue, 9.9.). Außerdem waren die deutschsprachigen Teilnehmer mit 1.700 Leuten (BRD, Schweiz, Österreich davon allein 1000 vom DGB, d.h. ein Viertel der Teilnehmer) überrepräsentiert. Dies führte nach den Berichten in „Neue" und „FR" offensichtlich dazu, daß die anderen Teilnehmer sich auf der Friedensdiskussion kaum Gehör verschaffen konnten.

Der DGB hatte als Referenten Alfred Mechtersheimer vom Max-Planck-Institut Starnberg und den Soziologen Herbert Wulf vom Institut für Friedensforschung der Hamburger Uni einfliegen lassen. Mechtersheimer befürwortete im Rahmen seiner Doppelstrategie die Umstrukturierung der NATO mit dem Ziel eines Abbaus des amerikanischen Übergewichts. Weiterhin rief er zum 10.10. nach Bonn auf, wofür ihn die Zuhörer „mit stürmischem Applaus" feierten.

Der DGB-Bundesjugendausschuß sowie die IG Metall-Delegation hatten sich nach einigen Debatten auf eine gemeinsame Vorlage für die Schlußresolution geeinigt. *„Dabei entschied man sich dazu, auch die sowjetische SS 20 kritisch zu erwähnen. Doch der radikale Flügel der DGB-Delegation hielt sich nicht an die Absprache und entfernte trotz der Proteste einer Minderheit diesen Passus. Entsprechende Zusatzanträge skandinavischer Teilnehmer, in denen auch die Intervention in Afghanistan und die Interventionsgefahr für Polen erwähnt werden sollten, wurden ebenfalls mehrheitlich abgelehnt"* (Neue, 9.9.). Die „Neue" schätzt diese Taktik der Mehrheit der westdeutschen Delegation zwar als *„sachlich und prinzipiell gerechtfertigt"* ein (da Afghanistan und Polen schon in anderen Resolutionen erwähnt worden waren). *„Politische dagegen war dies ein Akt der urigdeutschen Rechthaberei und Prinzipienreiterei."*

Dies läßt sich sicherlich schwer nachvollziehen, wenn man die Debatte in Sevilla nicht selbst miterlebt hat. Aus den Debatten in Westdeutschland ist jedoch bekannt, daß das Anführen der sowjetischen Intervention in Afghanistan bestimmten politischen Kräften dazu dient, „die Supermächte" als gleich friedensgefährdend hinzustellen (so wie dies z.B. im DGB-Aufruf „Frieden durch Abrüstung" geschieht).

Die entscheidende Passage der Schlußresolution in Sevilla lautet schließlich: *„Die Teilnehmer des 2. Weltjugendtreffens des IBFG begrüßen und unterstützen die bestehenden Friedensinitiativen in aller Welt, die sich gegen Aufrüstung, weitere Stationierung von Atomwaffen und gegen den Bau und die Stationierung der Neutronenbombe richten, und für eine allgemeine Abrüstung in Ost und West eintreten. Jede Diffamierung der Friedensbewegung lehnen wir entschieden ab. Wir begrüßen die ... für den 10. Oktober 1981 nach Bonn einberufene Demonstration. ... Der DGB wird aufgefordert, seine Entscheidung gegen die offizielle Teilnahme der Gewerkschaftsjugend an dieser Demonstration zurückzunehmen und für die zentrale Demonstration zu werben"* (Neue, 9.9.).

Niggemeier spricht von „Friedensimperialisten"!

Die Reaktion auf diese Resolution folgte prompt. In einem Hetzartikel der „einheit" (Organ der IG Bergbau und Energie) wird behauptet, daß *„besonders viele Deutsche"* bei diesem Treffen versucht hätten, *„mit allen Mitteln jegliche Kritik an der Sowjetunion und/oder ihren Bündnisstaaten zu verhindern."* Die Mehrheit, von der Zeitung als *„Friedensimperialisten"* bezeichnet, hätte sich unter Bruch klarer Absprachen bei allen Debatten und Abstimmungen *„gegen die USA, gegen die NATO, gegen die SPD-geführte Bundesregierung"* ausgesprochen. Dieser *„dogmatischen Linie"* seien vor allem hauptamtliche Jugendsekretäre gefolgt (einheit, 15.9.). Womit wieder einmal die kommunistische Unterwanderung der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung bewiesen wäre.

Auch DGB-Bundesjugendsekretär Brauser jammert, er sei wegen seiner *„klaren Absage"* an die Politik der Mehrheit von den westdeutschen Teilnehmern *„lauthals ausgepfiffen und ausgebuht"* worden. Brauser ist sich, wie er sagt, mit den Darstellungen der „einheit", eins, bloß daß ihm der polemische Stil nicht gefällt. Brauser meint weiterhin, daß die Resolution von Sevilla mit der im Juli beschlossenen Stellungnahme des DGB-Bundesjugendausschusses zur Friedensdiskussion *„nichts mehr zu tun"* hat. *„Es gibt jetzt keine gemeinsame Position der DGB-Jugend mehr"* (einheit, 15.9.).

Die Auseinandersetzungen in Sevilla und die Reaktion der verschiedenen rechten Strömungen im DGB auf das „Welttreffen" erinnern stark an die DGB-Bundesjugendkonferenz 1977. Nachdem sich damals sozialdemokratische Kräfte an der Bahro-Frage nicht hatten durchsetzen können, begann eine massive Kampagne, maßgeblich getragen von reaktionären Gewerkschaftsführern und der Rechtspresse, die die angebliche kommunistische Unterwanderung der Gewerkschaftsjugend beschwor.

Jedoch schon vor Sevilla hat sich der Druck auf Unterstützer des ‚Krefelder Appells' in der Gewerkschaftsjugend verschärft. So schreibt Brauser in der Solidarität Nr. 5/81, daß es eine unbestreitbare Tatsache bleibe, *„daß der ‚schwarze Peter' mangels Abrüstungsbemühungen nicht nur im Westen zu orten ist, sondern gleichermaßen bei der Sowjetunion."* Der DKP wirft er vor, sie wolle die Erklärung des DGB-Bundesjugendausschuß zur Entspannung und Abrüstung für ihre politischen Ziele *„instrumentalisieren."*

Noch weiter rechts stehen die Führer der IGBE oder der GTB (Textil). Letztere behaupteten sogar, daß die Erklärung des Bundesjugendausschusses *„wegen ihrer einseitigen und undifferenzierten Tendenzen nicht mit den Grundsätzen einer Einheitsgewerkschaft und dem Sicherheitsanspruch aller Menschen in Übereinstimmung steht"* (ebenda).

Ob die Rechten im DGB im nachhinein nun glücklich sind über ihren Beschluß, der DGB-Jugend das Demonstrieren am 10.10. in Bonn zu verbieten muß bezweifelt werden. Alle Jugendkonferenzen, die seit diesem Beschluß getagt haben, haben sich für die Teilnahme an der Demo ausgesprochen und die DGB-Führung kritisiert. (So die Landesbezirksjugendkonferenz NRW, Nordmark, Rheinland-Pfalz und die Kreisjugendkonferenz Hannover). Angesichts dieser breiten Opposition gegen den DGB-Beschluß scheint Bundesjugendsekretär Brauser richtiger zu liegen, wenn er seinen Oberen empfiehlt: *„Wir wollen und müssen diese* (unsere Positionen) *auch gegenüber anderen Jugendverbänden und Organisationen vertreten. Gibt es diese Möglichkeit nicht, so sind wir aus der jugendpolitischen Szene draußen"* (Solid arität 7/81).

Kommisson Betrieb + Gewerkschaft

Zur Auseinandersetzung um die Antifa-Frauenarbeit



Patriarchalische Gewalt gegen Frauen nahm im Faschismus ein besonders terroristisches Ausmaß an

„In der Tat stellte dieser Lebensbereich – der Anspruch auf Liebe – die Nationalsozialisten vor eine schwierige Aufgabe. Rassentrennung und Zuchtauftrag sind Beispiele für das Bemühen, die Gefühlswelt des Einzelnen vollständig in den Griff zu bekommen und sie ideologisch auszurichten" (1).

Im AK 207 nimmt Co. mit ihrem Artikel „Frauenpolitik im Nationalsozialismus" Bezug auf meinen Artikel „Zur ideologischen Ausrichtung einer feministischen Antifa-Arbeit" (AK 203).

Co. leitet her, daß es durch die materielle Not und den an Berufstätigkeit orientierten Emanzipationsvorstellungen in der Weimarer Republik viele lohnabhängige Frauen gegeben hatte. Für viele dieser Frauen sei es eine Erleichterung gewesen, als sie sich unter dem Faschismus in Ruhe ihrer Familie hatten widmen können. Co. versucht, mit Mason zu belegen: *„Das Nazi-Programm konnte daher aus den Unzulänglichkeiten und der Vagheit der liberalen Emanzipationstheorie und -praxis Nutzen ziehen."* Dies ist in mehrerlei Hinsicht problematisch:

1. ist Lohnabhängigkeit für Frauen doch d a n n eine besondere Qual, wenn gleichzeitig ihre Rolle als Hausfrau unberührt bleibt.
2. Daß Lohnabhängigkeit von Frauen per se schon die Befreiung vorantreibt, war doch nicht nur eine liberale, sondern vor allem auch eine kommunistische Emanzipationsideologie.
3. geschah die Reduzierung der Frauen auf Produktion und Reproduktion in der Familie einerseits durch Rausschmisse aus Arbeitsstellen, andererseits durch Einführung des Familienlohnes, den nur der Mann bekam. Es war den Familien nicht nur *„möglich, sich allein vom Einkommen des Mannes zu ernähren, womit der häufigste Beweggrund für die Berufstätigkeit der Frauen wegfiel"*, sondern sie m u ß t e n sich vom Einkommen des Mannes ernähren. Der Familienlohn für den Mann, den die Nazis einführten, ist ein wichtiges materielles Instrument zur zusätzlichen Spaltung der proletarischen Ehe in Lohnmonopol und Gebärmaschine. (Damit waren die Grundsteine für die heutige Kern-/Kleinfamilie gelegt.)

E m a n n zipation gab's also auch bei den Nazis

„Jedenfalls gaben die Nationalsozialisten individuellen Emanzipationbestrebungen durchaus Raum" im Rahmen *„einer verantwortungsvollen*

„Jedenfalls gaben die Nationalsozialisten individuellen Emanzipationbestrebungen durchaus Raum" im Rahmen *„einer verantwortungsvollen*

öffentlichen Arbeit". Dies präzisiert Co. mit hohen Mitgliederzahlen in den NS-Frauenorganisationen.

Im Zusammenhang mit einer Tätigkeit und ‚Karriere'möglichkeit in von Faschisten kontrollierten und geförderten Organisationen ist der Begriff 'Emanzipation' wohl fehl am Platze. Deswegen diskutieren wir doch über unsere eigene 'Emanzipation', damit der Kampf darum u.a. eine Infragestellung des Verhältnisses der Geschlechter bedeutet, und nicht einfach eine Angleichung an „männliche" Fähigkeiten wie 'Leistung', Abstraktion des Beruflichen/Politischen vom Privaten usw. Außerdem sollten wir aus der Geschichte lernen, daß Befreiungsbestrebungen, für die der Rahhmen von den Herrschenden gesteckt ist, keine sind, daß es keine 'Freiheiten' gibt, die 'gewährt' und nicht erkämpft worden sind. Was soll es wohl mit Freiheit zu tun haben, auf einem Luftwaffenstützpunkt organisatorische Tätigkeiten zu erfüllen oder womöglich diesbezügliche Anweisungen zu erteilen?

Einerseits könnte man/frau mir nun Begriffsklaubereien oder Überinterpretation vorwerfen, andererseits handelt es sich hier eben nicht nur um eine sprachliche Schlamperei. Die 'Einmischung' von uns KB-Genossinnen in die Diskussion um Frauenpolitik/Frauenbefreiung erfordert grundsätzlich einen differenzierten und sorgfältigen Sprachgebrauch, der in der Lage ist, dem Integrationssog der Herrschenden entgegenzutreten; d.h. wir müssen immer mehr die U n t e r s c h i e d e herausarbeiten zwischen dem, was uns als 'Emanzipation' angedient werden soll (dahin gehören auch die 'Bemühungen' der Nazis um die Frauen und z.B. auch die von CDU und SPD heute), und unseren eigenen Interessen. Natürlich stimmt es, daß die Nazis Emanzipationsbedürfnisse funktionalisiert haben, ihnen also nicht nur mit äußeren Repressionen entgegengetreten sind. Aber die bloße Feststellung, daß die Nazis Emanzipationsbestrebungen Raum gegeben hätten, dient m.E. einer ideologischen und politischen Desorientierung.

Grundsätzlich können wir die ganze 'Emanzipations'debatte nur befriedigend führen, wenn wir uns gleichzeitig ein Verständnis darüber aneignen, welche Strategien das heutige System hier anwendet, um jeglichen Protest zu kanalisieren, was z.B. seinen Ausdruck findet in einer breiten Besetzung ehemals revolutionären Vokabulars. Ein immer umfassender werdender technologischer Zugriff auf den gesamten Menschen, macht alle Fähigkeiten, Gefühle, alle Bereiche menschlichen Erlebens kontrollierbar, darüberhinaus dienstbar für die Herrschaftssicherung. (3) sicherung. (3)

Eine solche Aneignung kann frau/man aber nicht gegen eine 'materielle Analyse' ausspielen, wie dies in Co.'s Erwiderung auf meinen Artikel versucht wird. Auch Bemerkungen wie „Die Nazis hatten dabei nicht nur Ideologisches im Kopf" wollen unterstellen, daß es mir um ein idealistisches Verkennen von materiellen Grundlagen des Bewußtseins ginge. Gerade die Politik der Auslese und des Ausmerzens macht deutlich, wie eng verknüpft die Durchsetzung handfester Interessen der Nazis bzw. der dahintergestandenen Großindustrie mit dem ideologischen Zugriff auf die letzten Bereiche menschlichen und persönlichen Lebens waren. Durch das Hinstarren auf die ökonomische Bedingung allein gehen wichtige F a k t e n durch die Lappen, ohne die die 'materielle Analyse' schief und oberflächlich bleibt:

Auslese oder Ausmerzen

Die Politik der Auslese und des Ausmerzens war primär eine Politik an Frauen bzw. gegen alle Frauen. Frauen im eigenen Land waren Gegenstand der Politik der Auslese, konkret: freiwillige und unfreiwillige Auspressung der Gebärfähigkeit. Die Politik des Ausmerzens richtete sich gegen solche Frauen im eigenen Land, die die Gebärpolitik sabotierten („Gemeinschaftsunfähige"), wobei sich die Praxis im Laufe der Zeit verschärfte: „Gemeinschaftsunfähigkeit" und „Asozialität", die Ausmerzen bedeuteten, (über Sozialarbeit und Ärzte über Anstalten in die KZ's). Darunter fielen Frauen, die für unfähig eingeschätzt wurden, ein geordnetes Familienleben zu führen, *„gefühlskalte, intellektualisierte Frauen mit ihren zum Teil vermännlichten Eigenschaften"; „die bedenklichste Gruppe der Schwachsinnigen"*

ordnetes Familienleben zu führen, *„gefühlskalte, intellektualisierte Frauen mit ihren zum Teil vermännlichten Eigenschaften"; „die bedenklichste Gruppe der Schwachsinnigen"*

waren *„sexuell triebhafte und sozial minderwertige Psychopath i n n e n"*. (4) Bei Frauen kam es den Nazis auf die „gesamte Persönlichkeit" an. Auslese und Ausmerzen bedeutet demnach: Auspressung der Gebärfähigkeit oder Vernichtung, die vollständige Beherrschung der Frau (Kopf, Körper, Gefühle – gesamte Persönlichkeit) und ist deshalb patriarchalischen Charakters. Natürlich wurden auch Männer im eigenen Land Opfer des Ausmerzens. Aber Frauen wurden eben unter einer Reihe mehr und besonderer eugenischer Kriterien unter die Lupe genommen (genetische Untersuchungen), was Co.'s Behauptung, daß beide Geschlechter gleich betroffen waren, widerlegt.

Die Politik des Ausmerzens richtete sich außerdem gegen Frauen und Männer, die den rassischen Vorstellungen nicht entsprachen, im Inland sowie im unterworfenen Ausland.

An Zigeunerinnen und Jüdinnen in Auschwitz wurden Versuche für ein Massenzwangssterilisationsprogramm gemacht. Durch starke Röntgenstrahlen wurde den Frauen der halbe Unterleib weggebrannt, danach wurden sie mehrmals operiert, um eine eventuell noch vorhandene Funktionstüchtigkeit der Eierstöcke festzustellen und zu beobachten: das alles auf die brutalste Weise und natürlich ohne hygienische Bedingungen. (5)

Das Ziel der Versuche war, die schnellste Methode für Massenzwangssterilisierungen herauszufinden. Ausländische Frauen sollten – nicht beschwert durch Gedanken an ihren Haushalt, Kinder, Wäsche, Ehemann – bis zu ihrer Vernichtung arbeiten. (6) Eine engere Verbindung von Sexismus und Rassismus ist nicht vorstellbar. Schwangerschaftsabbrüche und Verhütung waren natürlich verboten für die 'Ausgelesenen'. An „Gemeinschaftsunfähigen", ausländischen Sklavenarbeiterinnen, z.B. sog. „Ostarbeiterinnen", wurden zwangsweise Schwangerschaftsabbrüche bis zum 6. Monat vorgenommen. (7)

> **Anmerkung**
>
> Nach der Lektüre dieses Artikels dürfte nun wohl jederfrau/man klar geworden sein, welches die Widersprüche unter den Antifa-Frauen sind ... oder? Es scheint mir wenig sinnvoll, die Auseinandersetzung um die Frauenarbeit im Antifa-Bereich auf dieser Ebene im AK weiterzuführen und ich will deshalb darauf verzichten, auf die Verdrehungen und Unterstellungen bzgl. meines Artikels in einem weiteren Artikel einzugehen. Ärgerlicherweise zieht Ch. ihre Polemik an Widersprüchen hoch, die m.E. s o gar nicht existieren; die real existierenden Differenzen (deren Relevanz für unsere praktische Arbeit sich allerdings auch erst noch erweisen muß) werden dadurch eher verdeckt als verdeutlicht. Schade um das interessante Faktenmaterial.
>
> Co.

te Faktenmaterial.

Co.

Politik der Auslese und des Ausmerzens war ein entscheidendes Machtdurchsetzungsmittel der Nazis. Ob man/frau da einfach eine glatte Diskussion über Haupt- und Nebenwiderspruch anhängen kann, um „die wesentlichen Entwicklungen von den weniger wichtigen zu unterscheiden", wie dies Co. in ihrer Einleitung fordert?

Einen weiteren Beleg für den besonderen Terror Frauen gegenüber gibt der Lagerkommandant von Auschwitz, Höß, selbst: *„Höß über das Frauenlager: Für die Frauen war alles viel erschwerlicher, viel drükkender und fühlbarer, weil die allgemeinen Lebensbedingungen im Frauenlager ungleich schwerer waren. Sie waren noch viel mehr zusammengepfercht, die sanitären, hygienischen Verhältnisse waren bedeutend schlechter. Auch war in das Frauenlager nie eine richtige Ordnung hineinzubekommen, durch die verheerende Überbelegung und deren Folgen von Anfang an ... Das von Anfang an vollgepfropfte Frauenlager bedeutete für die weiblichen Häftlinge in der Masse die psychische Vernichtung und dieser folgte über kurz oder lang der physische Zusammenbruch. Im Frauenlager waren in jeder Hinsicht stets die schlechtesten Verhältnisse."* (8) Über Lesben in einem KZ existiert ein Dokument: Sieben Lesben wurden in das KZ Bützow gebracht, das ein Kriegsgefangenenstraflager war. Dort hetzten die SS-Posten russische und französische Kriegsgefangene, die dafür belohnt wurden, auf die gefangenen Lesben. (9)

Co. vermutet, daß Widerstandskämpferinnen eher 'geschont' wurden als ihre Männer. Dies müßte anhand von Zahlenmaterial bewiesen werden. Daß Frauen von direkter Gewaltanwendung weniger betroffen waren, kann damit in keinem Fall bewiesen werden, wie wir gesehen haben.

Faschistische „Sexualethik"

Co. schreibt: *„Im Oktober 1939 richtete Himmler einen Aufruf an die gesamte SS und Polizei und befahl die vermehrte Zeugung unehelicher Kinder – unter Wahrung rassenpolitischer Grundsätze. ... im Rahmen bevölkerungspolitischer Erwägungen wurden gewisse Liberalisierungen in der Frage unehelicher Elternschaft und der Position des unehelichen Kindes und der Ehe angestrebt."* Co. interpretiert dies als „Wandlungsfähigkeit der nationalsozialistischen Ideologie am Beispiel der Sexualethik".

Den glatten Sprachgebrauch finde ich fast zynisch. ‚Liberalisierung' hört sich immer gut an. Die Männer wurden aufgefordert, mit mehreren Frauen zu ficken oder sie zu vergewaltigen. Es kam ja nur auf die „Zeugung" selbst an. Die Frauen sollten als Belohnung nicht weiter für uneheliche Kinder geächtet sein. Die Soldaten sollten aber noch nichts erfahren, denn „ohne weiteres wird es nicht jedem Soldat erwünscht sein, wenn seine Frau oder Braut n a c h seinem Tod Kinder von einem anderen Mann bekommt". Wie sensibel Mann mit Mannes Gefühlen umgeht! Frauen, die bereits vier Kinder hatten, wurden schnöde aufgefordert, ihren Mann jetzt für weitere Zeugungsauf-

gaben freizustellen. Mir ist bisher die bereits vier Kinder hatten, wurden schnöde aufgefordert, ihren Mann jetzt für weitere Zeugungsauf-

gaben freizustellen. Mir ist bisher nichts näheres über Vergewaltigungen im Faschismus bekannt (außer im Zusammenhang mit den sexistischen Foltern im KZ und den 'legitimen' Kriegsvergewaltigungen in unterworfenen Ländern). Wenn frau aber bedenkt, daß die Frauenbewegung eigentlich erst angefangen hat, diese Schweinereien öffentlich zu machen und als allgemeines Problem zu begreifen, kann frau nur ahnen, was in einem System ablief, wo Frauen systematisch auf ihre körperlichen Funktionen reduziert wurden, ihnen eine eigene Sexualität und eine Selbstbestimmung über den eigenen Körper grundsätzlich verweigert wurde. Wie viele Männer werden da wohl Willensäußerungen einer Frau, ob sie ficken will oder nicht, ernstgenommen haben, wo das heute noch oder wieder zunehmend so ein Problem ist?

Zur faschistischen „Sexualethik" gehört auch Hitlers Auffassung von „Prüderie": *„Ich hasse diese Prüderie und Sittenschnüffelei. Was hat das mit unserem Kampf zu tun? ... Wir sind der Aufbruch der Kraft unserer Nation. Meinetwegen auch der Kraft ihrer Lenden. Ich werde keinem meiner Leute ihren Spaß verderben. Wenn ich von ihnen das äußerste verlange, so muß ich ihnen auch freigeben, sich auszutoben, wie sie wollen, nicht wie es alten Betschwestern paßt. Meine Leute sind weiß Gott keine Engel und sollen es nicht sein. Sie sind Landsknechte und sollen es bleiben. Ich kann Duckmäuser und Tugendbündler nicht brauchen. Ich kümmere mich nicht um ihr Privatleben, so wie ich es mir verbitte, daß man hinter meinem Privatleben herschnüffelt. ... Ich brauche Leute, die fest zupacken und sich nicht erst besinnen, wenn sie jemanden niederschlagen sollen"* (10).

Dagegen wurde eine Frau aus Bramberg, die mit einem französischen Kriegsgefangenen eine Beziehung hatte, festgenommen, kahlgeschoren und mit einem ihr umgehängten Plakat: „Ich habe die deutsche Frauenehre beschmutzt" durch die Stadt geführt. (11) „Liberale Sexualethik" sah für Frauen eben ein bißchen anders aus:

Massenvergewaltigungen

„Über massenhafte Vergewaltigungen jüdischer Frauen hörte man zum ersten Mal während der insgeheim angeordneten 'spontanen' Pogrome vom November 1938, der sogenannten Kristallnacht". (12)

„Nach der Besetzung polnischer oder russischer Dörfer durch die Deutschen wurde stets nach dem gleichen Schema verfahren. Erste Phase der Gewaltanwendung: Plünderung vor allem der jüdischen Häuser, Aussonderung jüdischer Mädchen für Folterungen und Vergewaltigungen, oft vor den Augen der Eltern. Tage, Wochen oder Monate später begann, unabhängig vom jeweiligen Zeitplan, die zweite oder 'ernstere' Phase: Zusammentreiben der jüdischen Bevölkerung, Massenerschießungen, Einpferchen in Gettos und womögliches Verschicken in Viehwaggons zu den Konzentrationslagern, die 'Endlösung'": (13)

„Nicht nur jüdische Frauen wurden auf dem deutschen Vormarsch

zu den Konzentrationslagern, die 'Endlösung'": (13)

„Nicht nur jüdische Frauen wurden auf dem deutschen Vormarsch

nach Osten vergewaltigt, sondern alle Frauen galten als Beute. Das Beweismaterial, das bei den Nürnberger Prozessen vorgelegt wurde, macht dies ganz deutlich". (14)

„Das Beweisstück Nr. 51 der UdSSR, ein Destillat der von den Nazis begangenen Grausamkeiten, war ursprünglich von dem damaligen sowjetischen Außenminister Molotow im Januar 1942 als Zwischenkriegsbericht für die Alliierten vorbereitet worden. Das Beweisstück trug in Nürnberg die Bezeichnung 'Molotow-Note'. ‚Frauen und Mädchen werden in allen besetzten Gebieten auf gemeinste Weise vergewaltigt', schrieb der Diplomat". (15)

„Merkwürdigerweise habe ich keinen ausführlichen Bericht über das Warschauer Getto ausfindig machen können, weder Sachbuch noch Roman, der Fälle von Vergewaltigung eingehender schilderte. Möglich, daß solche Taten von der Geschichte einfach übersehen wurden oder daß die fürchterliche Zerstörung der Gettos und der letzte verzweifelte Widerstand der Juden die früheren Berichte über vergewaltigte Frauen überschattet haben, doch ich bin eher geneigt, die Angelegenheit ein wenig zynischer zu beurteilen. ...

Vielleicht bestand nach dem Kriege keine politische Notwendigkeit mehr, den Worten von Frauen Glauben zu schenken oder dem Schicksal von Frauen besondere Wichtigkeit beizumessen". (16)

„Zu den Aggressionen der Deutschen und der Japaner gehörte unverhohlene Verachtung für Frauen als Bestandteil der Herrenrasse-Philosophie wie auch als höchst pragmatisches Terrormittel. Vergewaltigung als Akt der Herrschaft paßte den Faschisten sogar gut ins Konzept. Dennoch liegt es in der Natur jeder Institution, die Männer von Frauen trennt

Fortsetzung auf nächster Seite

»Nationalrevolutionäre« mit neuem Anlauf

Im Lager der „nationalrevolutionär" und „solidaristisch" auftretenden Rechten ist seit einiger Zeit so manches in Bewegung. Mit der immer betonteren ökologischen Ausrichtung ihrer Propaganda und mit bewußt auf ‚grüne' Gefilde gerichteten Aktivitäten waren zum Teil die „Solidaristen" nicht ohne Erfolg, die „Nationalrevolutionäre" der NRAO/„Sache des Volkes" ebenfalls. (Siehe etwa die Tarn-Gründung der Zeitschrift „Wir selbst" in Nordrhein-Westfalen). Im Januar 1980 benannte sich die „Solidaristische Volksbewegung" um in „Bund deutscher Solidaristen" – äußeres Zeichen verstärkter Bemühungen um geschicktes, möglichst unauffällig-erfolgreiches Auftreten. Trotz aller, nach Eigenaussage so heftiger Unterschiede zwischen „Nationalrevolutionären" und „Solidaristen" wurde eine intensivere Zusammenarbeit angekündigt; ab Januar 1981 , wurde vereinbart, geht die „Solidaristen"-Zeitung „Sol" im „nationalrevolutionären" Sprachrohr „Neue Zeit" auf.

Ein Zusammenschluß aller wesentlichen Zirkel dieses Spektrums gelang freilich nicht. Seit August dieses Jahres verschickt ein „Nationalrevolutionäres Koordinationsbüro" (über Armin Krebs, Menden/Sauerland) eine in diesem Jahr verfaßte „Nationalrevolutionäre Plattform", die als ideologischer Ausgangspunkt *„zur Gründung einer eigenen Organisation"* dienen soll. Angekündigt ist die Herausgabe einer eigenen Zeitung (ab Ende 1981) „Aufbruch", die u.a. die bislang erscheinende Zeitschrift „laser" ersetzen soll.

Der Kreis um „laser" war bisher schon betont „links" aufgetreten; von dem neuen Zusammenschluß (seit Frühjahr 1980 von einem „Nationalrevolutionären Koordinationsausschuß" in die Gänge gebracht) wird denn auch wieder *„die Theorie des Klassenkampfes als Grundvoraussetzung für die Verwirklichung der nationalrevolutionären Ziele"* betont – und andererseits eine *„unmißverständliche Absage an jene reaktionären Kräfte, die der Meinung sind, auch ‚nationalrevolutionär' zu sein und mit bürgerlichen bis faschistischen Irreführungen hausieren"* gehen, erklärt.

Mit solcherlei Beteuerungen will der „Koordinationsausschuß" besonders in die *„breitgefächerte nonkonforme politische Szene"* wirken, wo angeblich ein *„Vakuum"* spürbar sei, das vom *„offensichtlichen Scheitern der eindimensionalen, auf linearen Fortschritt geprägten Ideologien des bürgerlichen Liberalismus und doktrinären Marxismus"* hinterlassen worden sei. Die neuerdings vertriebene „Plattform" schwelgt insgesamt in pseudo-linkem Vokabular („Klassenkampf", „Revolution", „Kulturrevolution", „sozialistische Revolution" usw. usf.), läuft dabei jedoch auf kaum anders als das traditionelle „nationalrevolutionäre" Programm hinaus: „Nationalismus", „nationale Identität" und dergleichen ist Dreh- und Angelpunkt sämtlicher angekündigter „Revolutionen". Die in den Anfangszeiten dieser Spielart des Rechtsextremismus noch ganz offensichtliche biologistische Ausrichtung ist weitgehend weggestrichen, steht aber nach wie vor hinter dem modisch umformulierten *„Streben nach nationaler Identität"*. Darunter nämlich ist nichts anderes zu verstehen als die zeitgemäße Form eines angeblich zeitlos gültigen *„Bedürfnisses der Menschen nach Geborgenheit und Mitarbeit in einem ethnischen Verband"*. Ethnisch aber heißt: völkisch. An anderer Stelle wird gegen *„Überfremdung"* gewettert und – zumindest – die Europa–Vorstellungen sehen eine *„Neustrukturierung der europäischen Landkarte nach ethnischen Kriterien"* vor.

Eingepakt in die „fünffache Revolution" („die nationale Revolution", „die sozialistische Revolution", „die ökologische Revolution", „die kulturelle Revolution", „die demokratische Revolution") finden sich noch so manche alte Bekannte aus den Anfangszeiten „nationalrevolutionärer" Aktivitäten, als deren Herkunft aus NPD und Umfeld bzw. deren alt-nazistischen Ursprüngen noch nicht modernistisch verkleidet war. Als „kulturelle Revolution" wird da angeboten: *„Die Erneuerung des ethischen Bewußtseins gegenüber der kulturellen und historischen Kontinuität Deutschlands, seiner Regionen und seiner stammesgeschichtlichen Entwicklung"* – zum Beispiel: *„Volkslied, Volksmusik, Tanz, Festkultur, Dialekt und gewachsenes Brauchtum"* als *„Ausdruck der regionalen Kreativität eines Volkes"*. Natürlich sollen *„Dialekt und Heimat- und Volkskunde"* besonders gefördert werden (u.a. in den Schulen).

Wo es an das Einsammeln konkreter Forderungen der alternativen Bewegung oder auch der Frauenbewegung oder der Linken geht, bietet die „Plattform" zwar reichlich vielversprechende Worte (*„Der Kampf gegen das Wiederaufleben von Faschismus und Nazismus ... ist notwendig ..."*), bei genauerem Hinsehen bleibt aber nicht viel mehr als verbaler Schwamm. Was soll man/frau beispielsweise von folgendem halten: *„Die Nationalrevolutionäre wenden sich gegen Leibfeindlichkeit und Doppelmoral. Sie treten für die ganzheitliche Liebe in den geschlechtlichen Beziehungen ein, in der Sexualität, Zärtlichkeit und personale Liebe miteinander verbunden sind, sie lehnen die Trennung von Sexualität und Liebe ab. ... Neben Aufklärung und Sexualkunde muß eine Geschlechtserziehung treten, die zu verantwortungsbewußtem Handeln führen soll"*. Geradezu pikant werden diese Saubermann-Töne, wenn in einer länglichen Passage über die *„Gleichberechtigung von Mann und Frau"* ausgerechnet d i e Forderung der Frauenbewegung – vollständige Streichung des § 218 – fehlt, und zur Frage Abtreibung überhaupt jede kleinste Bemerkung ausgespart wird.

Zweifellos ist die Um- und Neuformulierung „nationalrevolutionärer" Propaganda mittlerweile so weit vorangeschritten, daß sie mit dem traditionellen Rechtsextremismus nicht ohne weiteres gleichzusetzen ist. Das Auftreten von „Nationalrevolutionären" in fortschrittlich-alternativem Gewand fällt daher um so leichter. Die Zeit, als die linkesten Sprüche, die radikalsten Parolen, die sozialistischsten Auftritte von „nationalen Sozialisten" kamen – in Berlin, ihr Chef hieß damals Dr. Goebbels – ist offenbar nicht mehr so recht in Erinnerung. Daß dies der „sozialistische" Vortrupp der Nazi-Partei des Adolf Hitler war, sollte das auch schon vergessen sein?

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Gesuchte italienische Nazis in England verhaftet

Am 10./11.September wurden mehrere italienische Neonazis in England verhaftet, die im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag auf den Hauptbahnhof in Bologna 1980 oder mit anderen Nazi-Anschlägen gesucht wurden. Es verstärken sich damit die Hinweise, daß seit ein, zwei Jahren England zunehmend als internationales Nazi-Hinterland fungiert, aus dem heraus Unterstützung organisiert wird und wo Unterschlupf gewährt wird.

Verhaftet wurden:
- **Roberto Fiore, Student (22),**
- **Marcello de Angelis, Student (21),**
- **Marimella Rita (22),**
- **Elio Giallobardo (25),**
- **Massimo Morsello (23),**
- **Stephano Triaboschi (20),**
- **Amedio de Francisci (24).**

Zu Beginn der Einschleus-Aktion war bereits sechs Wochen v o r dem Bologna-Massaker die britische Nazi-Organisation **„League of St. George"** kontaktiert worden; „League"-Chef **Mike Griffin** war u.a. auch bei der Unterbringung von Wehrsportgruppe Hoffmann/VSBD-Nazi **Willibald Kraus** (derzeit im Knast in England) erste Zwischenstation. Griffin hat eine Londoner Im- und Exportfirma für italienische Teigwaren („Grifucci"). (Nach „searchlight", Okt. 81)

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung von voriger Seite

und ihnen das Machtmittel der Waffe in die Hand gibt, daß sich die geballte Macht gegen alle Frauen wenden kann, denn Frauen werden im Krieg nicht deswegen zum Opfer von Vergewaltigungen, weil sie zum Feindeslager gehören, sondern weil sie Frauen und d e s h a l b Feinde sind. Eine ausschließlich männliche Armee wird unvermeidlich von der eigenen männlichen Überlegenheit erfüllt, und letztlich hat die Kriegsmaschinerie der Achsenmächte die männliche Ideologie nur in unerträglicher Weise auf die Spitze getrieben" (17).

Wenn Frauen wochenlang, bevor die allgemeine „eigentliche" Vernichtung begann, deren Opfer sie ohnehin waren, gefoltert und vergewaltigt wurden, so ist dieser Vorgang mit dem Begriff „besonderer Terror" überhaupt noch unzureichend charakterisiert. Wann werden diese unermeßlichen Leiden, die Frauen schon angetan wurden, wohl geschichtlich getilgt sein?

Die Sache mit der widersprüchlichen Realität

Weiter in unserer Auseinandersetzung: Es ist unklar, was mit den Theweleit-Zitaten belegt werden soll. Sicherlich gibt es Ideologien, ganz deutlich in amerikanischen Wild-West-Filmen, die vermitteln: Die rauhen Männer prügeln s i c h ; in Anwesenheit von Damen ist mann galant, Frauen schlägt mann nicht. Als ich später über die Wild-West-Film-Erfahrung hinaus erfuhr, daß Männer vorwiegend ihre eigenen Frauen prügeln, und alles aus Liebe, war ich nicht wenig erstaunt. Es ist so einfach, daß ich es kaum schreiben mag: Ideologien und moralische Regeln sind dazu da, um Realitäten übersehen zu können und um faktische Erfahrungen nicht ernstnehmen zu können/müssen.

Natürlich ist auch was Wahres dran an „Frauen schlägt man nicht". Um bei den Wild-West-Helden zu bleiben, die ja wichtige westliche Vorbilder sind: die prügeln sich mit ernstzunehmenden Gegnern/Feinden. Daß Frauen u.a. auch mit körperlicher Gewalt unterdrückt werden, ist nur eine andere Seite derselben Sache, aber doch kein Widerspruch dazu. Dies zeigt, wie nötig eine Auseinandersetzung mit faschistischer und natürlich damit im Zusammenhang mit bürgerlicher Ideologie ist, anstatt sie im Keime schon zu diskreditieren.

Da ist die Rede von Widerstandehepaaren, wo häufiger der Mann verhaftet wurde. Sicherlich gab es sowas auch, vor allem, bevor die Bourgeoisie zu der Erkenntnis gelangte, daß „Terroristinnen" besonders gefährlich sind. Es gibt auch die Geschichte von Jerry Rubin's Freundin (18), die, als alle Männer während eines Sit-ins verhaftet worden waren, auf dem Campus zurückblieb und den Bullen nachrief: „Ich will auch verhaftet werden".

Die Tatsache, daß Frauen als politische Menschen nicht ernst genommen werden, trotzdem eine zunehmende Stärke der Frauenbewegung ein Angriff auf die Bourgeoisie und das Patriarchat ist und sich diese Bedrohung und der geschürte Frauenhaß auch in besonderer Brutalität gegen Frauen (70 % der Verletzungen bei Demos betreffen Frauen, Schläge vorwiegend auf Brüste und Unterleib – Sani-Gruppe Hamburg) und z.B. in steigenden Vergewaltigungsquoten niederschlägt, sind nur zwei Seiten derselben Sache.

Die Bemerkung, daß es Frauen gegeben hätte, die den Arbeitsdienst ganz nett gefunden hätten, ist eigentlich auf dem Niveau der bürgerlichen Meinungsforschungspraxis, die sich durch ihre Umfragen immer wieder die Bestätigung für das Beglückende dieses Systems holt. Ich meine, daß das eine rein auf der Erscheinungsebene beruhende Betrachtungsweise ist.

Antifeminismus nur im Kopf?

Die Behauptung Co.s, daß ich im Zusammenhang mit dem Antifeminismus der Faschisten „vage Andeutungen in den Raum" gestellt „und alles weitere der Phantasie der Leserschaft" überlassen hätte, ist nicht richtig. Ich habe mich in meinem Artikel mit dem faschistischen Theoretiker Rosenberg auseinandergesetzt, der die Sache ganz klar auf den Punkt brachte: *„Emanzipation der Frau von der Frauenemanzipation ist die erste Forderung einer weiblichen Generation, die Volk und Rasse, das Ewig-Unbewußte, die Grundlage aller Kultur vor dem Untergang retten möchte"*. (19) Dies widerlegt auch die enge Auslegung des Begriffs „Antifeminismus" in einem Sinne, daß dieser sich nur gegen eine schon entfaltete Frauenbewegung richte, die es im Faschismus nicht gegeben habe. Rosenberg macht deutlich, daß die Beseitigung jeglicher Bedingungen, unter denen Emanzipationsbestrebungen überhaupt möglich gewesen wären, eine Voraussetzung für den Faschismus an der Macht ist. Dies ist nicht zu trennen von dem beschriebenen Spektrum gewalttätiger Unterdrückung. Ist die Liquidierung von „gefühlskalten" und „intellektualisierten" Frauen nicht gleichzeitig die konsequente Ausrottung von Frauen, die nur (vielleicht unbewußt) versuchen, sich gegen ihre Rolle aufzulehnen?

Feministischer „Tazismus"?

Zur Erklärung: Als Tazismus bezeichnen wir eine Strömung in der sog. Undogmatischen/Sponti–Linken, die Entwicklungen wie Neofaschismus und auch Neochauvinismus nicht mehr in den objektiven Herrschaftsverhältnissen begründet sieht, sondern auf uns selbst zurückwirft. Durch diese „Belastung" nun denkt man, das muß so sein,und kann nicht mehr kämpfen. Dies führte zur Unterstützung von Faschisten und zu Chauvinismus-Blüten. In der „taz" werden u.a. auf diesen Gebieten solche Erklärungsmuster angeboten.(20) Es verwundert mich, warum Co. gerade die Behandlung des Themas Neo-Chauvinismus als A n t i f a - Thema in Frage stellt. Die zentrale These des KB ist bis heute die Faschisierungsthese. Deswegen fiel bisher nicht nur der Kampf gegen Faschisten in den Antifa-Bereich, sondern auch „Phänomene", die durch die staatliche Rechtsentwicklung quasi mit an die Oberfläche geschwemmt werden, ohne diese selbst als faschistische oder faschisierende Elemente einzuordnen. Wegen der Behandlung des Themas „Neo-Chauvinismus" als Antifa-Thema unterstellt mir Co., daß ich jeden Mann als „kleinen Faschisten" bezeichne. Nie wären wir auf die Idee gekommen, durch die Antifa-Themen Tazismus, Neuer Antifaschismus usw. „taz"- oder „Pflasterstrand"-Redakteure als Faschisten zu bezeichnen. Auch die Bemerkung, daß linke Männer wohl die größten Chauvinisten seien, zeigt, wie unsachlich und diskreditierend hier die Auseinandersetzung mit einer feministischen Antifa-Arbeit geführt wird. Im Zusammenhang mit der Frauenfrage wird mit zweierlei Maß gemessen. Wie demagogisch das Interesse am Thema „Neo-Chauvinismus" hier verkürzt wurde, soll folgendes Zitat aus dem Orginalartikel belegen: *„Faschismus ist u.a. auf die Spitze getriebener männlicher Chauvinismus und Männlichkeitswahn. Welcher Mann, der vor dem ‚Ausleben' der Faschisten keine Angst hat, ist bereit, sein chauvinistisches Alltagsverhalten zu überprüfen? So was ist vielmehr Chauvinisten- und Vergewaltigerkumpanei!*

Der Ausdruck 'Männlichkeitswahn' hier ist nicht mißzuverstehen mit Äußerungen, die gerade aus der Ecke der 'Neuen Antifaschisten' kommen und die ja hier bekämpft werden sollen. So ist D. Cohn-Bendit am 17. Juni 1978 mit der Parole aufgetreten: 'Der Faschismus ist in uns allen', und diesem gelte der Hauptkampf, womit vom Aufmarsch der Faschisten in Frankfurt abgelenkt werden sollte.

Darüber hinaus zeichnen sich derartige Strategien nicht dadurch aus, daß deren Propagandisten nun wenigstens ihre chauvinistischen Mechanismen sehr ernsthaft aufs Korn nehmen, um das Leben der Frauen zu erleichtern, sondern sie wollen sich erstmal als Männer befreien, besser fühlen, 'Zwänge' loswerden. Die Theorie vom Männlichkeitswahn in diesen Zusammenhängen ist also nicht nur klassenkampf-, sondern auch geschlechterkampfverneinend. Der Ausdruck Männlichkeitswahn im Zusammenhang mit Faschismus ist dennoch berechtigt, denn Faschismus ist extremster Ausdruck der Herrschaft der Bourgeoisie, gleichzeitig extremster Ausdruck der Herrschaft des Patriarchats, denn die (Neo-) Chauvinismus-Debatte setzt eben an Punkten an, die sich nicht immer lediglich aus kapitalistischen Klassenwidersprüchen herleiten lassen (z.B. Vergewaltigung)". (21)

Brechen wir auf!

Im Zusammenhang mit meinen Ausführungen zum Antifeminismus, wird bemängelt, sei nicht herausgearbeitet, *„in welchem Verhältnis die Unterdrückung der Frauenbewegung zur Unterdrückung anderer Emanzipationsbewegungen stand."* **100 Jahre haben Linke und Kommunisten sich nicht darum bemüht, das Verhältnis von Klassenunterdrückung und Frauenunterdrückung herauszuarbeiten.** Nicht nur das nicht: Wir müssen uns erstmal mühselig geschichtliches Material über Frauen zusammensuchen. Das sensible, differenzierte, geschulte Verständnis männlicher Genossen für die Unterdrückung in vielen Lebensbereichen oder für die rassistische Unterdrückung von Ausländern macht(e) halt bei den Frauen. Im Antifa-Bereich, wo die Genossen sich seit Jahren mit faschistischer Ideologie auseinandersetzen und vergangene wie gegenwärtige Feinheiten unterschiedlichen Charakters aufspüren, galt die Frauenfrage bisher nur als legitim, wenn ein Thema mit Familie und Frau zu tun hatte und es deswegen an eine Genossin, weil sie eine Frau ist, weitergegeben wurde. Erscheint nun ein Artikel, der faschistische Frauenunterdrückung etwas näher untersucht, so sind die hauptsächlichen Kommentare von Antifa-Seite dazu, daß er keine „materielle Analyse" ist und daß das Verhältnis von Frauenunterdrückung zur Unterdrükkung anderer Bewegungen nicht herausgearbeitet sei. Nach dem Motto: Du bist so fixiert auf die Frauen; es gab doch auch noch andere schlimme Sachen im Faschismus!

Eine wirklich dialektische, materialistische Herangehensweise eignet sich Stück um Stück die Realität an in der Auseinandersetzung mit ihr. In diesem Sinne ist die Aneignung von Theorie selbst ein menschlich-emanzipatorischer Vorgang. Es ist historisch gar nicht möglich, daß die vollständige materielle Analyse der Ausgangspunkt von allem anderen ist. Und das ist auch bekannt bei den Genoss(inn)en. Denn andere Themenbereiche und Kampfgebiete werden im KB auch ohne diesen Anspruch nach sofortiger Umfassenheit aufgegriffen. Im Antifa-Bereich mußten Genossinnen in der Frauenfrage immer gegen diesen umfassenden Legitimationsdruck ankämpfen.

Die Antifa-Frauen-Politik erliegt dieses Mal deshalb nicht wieder, weil Frauen auf breiterer Ebene angefangen haben zu kämpfen und zu leben!

Ch., Hamburg

Anmerkungen

1) Dorothea Hollstein, „Antisemitische Filmpropaganda", Verlag Dokumentation München-Bullach-Berlin 1975, S. 88, zitiert in Anette Dröge, Sexualität und Herrschaft, Münster 1976;

2) Vergl. Karl Heinz Roth, Neuer Faschismus? in: Faschismus heute? Ästhetik und Kommunikation 32, S. 74;

3) Vergl. Karl Heinz Roth, Moral, Gehirnwäsche und Verrat, in: Roth/Teufel, Klaut sie! Tübingen 1980; und: Detlef Hartmann, Die Alternative, Leben als Sabotage, Tübingen 1981;

4) „Bevölkerungspolitik aus feministischer Sicht", unveröffentlichtes Skript, Hamburg 81, welches nationalsozialistische Dokumente der Gesundheits- und Familienpolitik enthält;

5) ebenda und vergl. Hersg. H.G. Adler u.a., Auschwitz, Zeugnisse und Berichte, Köln-Ffm 79, S. 178;

6) Nachdem diese Versuche gescheitert waren, tat sich der Frauenarzt Carl Clauberg hervor, durch Experimente, die darin bestanden, eine zementartige Flüssigkeit in den Uterus einzuspritzen (vergl. H.G. Adler, ebenda). Hans-Joachim Lindemann, z.Z. Ärztlicher Direktor des Hamburger Elisabeth-Krankenhauses, hat Claubergs Ergebnisse aufgegriffen und weiterentwikkelt. Sein Ziel: Operationslose Sterilisierungen, was er an ca. 140 Frauen in deren Unwissenheit bereits ausprobiert hat. In Kooperation mit US-Ärzten wird dies bereits an Frauen in Lateinamerika ausprobiert. Ziel: Massensterilisierungen. Mit den Operationspräparaten der Metropolen wird hier an wenigen Frauen ausprobiert, was in der 3. Welt dann massenweise praktiziert wird/werden soll. Vergl. „Als ob nichts gewesen wäre", in: Autonomie, Neue Folge, Nr. 7;

7) „Bevölkerungspolitik...", ebenda;

8) H.G. Adler, ebenda, S. 92;

9) Dokument über ein Lesben-KZ, in: Anette Dröge, ebenda, S. 128;

10) Zitiert nach H. Rauschberg, Gespräche mit Hitler (1940), Wien 1975, S. 94 f., zitiert in: „Bevölkerungspolitik..." ebenda;

11) Vergl. SD-Außenstelle Ebern, *Gau Mainfinken am 14.3.1941, in: Rolf Hochhuth, Eine Liebe in Deutschland, Reinbek 1978, S. 63;

12) Susan Brownmiller, Gegen unseren Willen, Vergewaltigung und Männerherrschaft, S. 55. – Vorwiegend nach Berichten, die bei den Nürnberger Prozessen vorlagen;

13) ebenda, S. 56;

14) ebenda, S. 60;

15) ebenda, S. 60;

16) ebenda, S. 58/59;

17) ebenda, S. 69;

18) J.R.: herausragende Figur in der amerikanischen Studenten- und Yippiebewegung Ende der sechziger Jahre;

19) Vergl. „Zur ideologischen Ausrichtung einer feministischen Antifa-Arbeit", AK 203;

20) Vergl. ebenda;

21) ebenda

Ein Nazi-»Kronzeuge« vor Gericht
Zum Prozeß gegen Odfried Hepp & Co.

Nur wenige Tage nach der Anklage gegen Hoffmann, Birkmann und den Hoffmann-Vertrauten Berendt wegen der Ermordung des jüdischen Verlegers Levin und seiner Lebensgefährtin Frida Poeschke im Dezember 1980 in Erlangen, begann am 16.9. der Prozeß gegen den „Kronzeugen" gegen Hoffmann, den Nazi Odfried Hepp aus Ortenau/Baden.

Zusammen mit Stefan Dupper, Michael Maucher und Roland Müller ist Hepp angeklagt wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung", Hepp zusätzlich als Rädelsführer. Unter den wechselnden Namen „Wehrsportgruppe Schlageter", „Kampfgruppe Schwarzwald", „Wehrsportgruppe Ortenau" oder „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" hat diese Bande vor allem 1979 ihr Unwesen getrieben. Neben dem Nazi-Üblichen wie Sprühen von Hakenkreuzen und NS-Parolen, Verteilen von NS-Flugblättern, war die Bande besonders durch eine „Eselsmasken"-Demonstration in Offenburg (nach Vorbild der Hamburger Hansa-Bande) aufgefallen („Ich Esel glaube, was in der Hetzserie Holocaust gezeigt wurde"). Speziell den nun angeklagten Vieren wird außerdem die Vorbereitung mehrerer Sprengstoff-Attentate und die Planung einer Flugzeug-Entführung zwecks Freispressung des Nazi-Verbrechers Heß vorgeworfen. Durchsuchungen gegen die Bande im Herbst 1979 förderten zusätzlich eine ganze Menge an Waffen, Uniformen, Nazi-Schriften, Stahlhelmen etc. zutage, unter anderem auch einen „Organisationsplan" der „Wehrsportgruppe Hoffmann" in Baden-Württemberg.

Nazi-Verbrechers Heß vorgeworfen. Durchsuchungen gegen die Bande im Herbst 1979 förderten zusätzlich ei-

Eine denkwürdige Vorgeschichte

Im Herbst 1979 waren gegen 17 Nazis in Baden-Württemberg Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Im September und Oktober 79 wurden 5 Nazis in Haft genommen, am 5.11. schließlich Bandenchef Hepp. Einige Monate später, im Mai 1980, verkündete die Staatsanwaltschaft in Stuttgart, sie bereite in diesem Zusammenhang Prozesse gegen 9 Nazis vor. 5 dieser Nazis hätten mit Verfahren wegen „krimineller Vereinigung" zu rechnen, die 4 anderen mit Verfahren wegen „terroristischer Vereinigung".

Nur wenig später, im Juni/Juli 1980, verschwanden mindestens zwei der vier Nazi-Terroristen, nämlich Hepp und Dupper, zusammen mit weiteren Hoffmann-Leuten in Richtung Libanon. Das für Herbst 1980 anvisierte Verfahren war erst einmal geplatzt. Wie bei den Ermittlungen anläßlich des Blutbads von München bekannt wurde, waren in der Zeit, in der Dupper und Hepp aus der BRD verschwanden, eine Gruppe von Hoffmann-Leuten an der Grenze kontrolliert worden, von denen mehrere polizeilich bekannt waren – Hepp und Dupper, gegen die schwerwiegende Verfahren liefen , wurden nicht festgehalten.



Hepp (links), Kay-Uwe Bergmann (Mitte, tot) und Stefan Dupper (rechts) - nach vom "Spiegel" veröffentlichten Paßfotos aus der Beiruter Botschaft der BRD.

Wenige Tage vor dem Münchener Anschlag tauchten Dupper und Hepp in der Beiruter Botschaft der BRD auf und erhielten anstandslos aufgrund der von ihnen erzählten Räuberpistole (sie seien ausgeraubte Urlauber) Pässe und Geld auf ihre richtigen Namen. Angeblich – so die Botschaft – hätten diese beiden nicht auf der in jeder Botschaft vorhandenen aktuellen Fahndungsliste gestanden.

Um das Maß schließlich voll zu machen, wurde im Notizbuch des Attentäters von München, Gundolf Köhler, die Telefonnummer des Odfried Hepp gefunden.

Nach internen Streitereien im libanesischen Ausbildungscamp, bei denen nach offizieller Sicht der Dinge der Hepp-Freund Bergmann von Hoffmann-Leuten umgebracht worden sein soll, gelang es Hepp schließlich im Juni, wiederum in der Botschaft der BRD in Beirut vorstellig zu werden. Diesmal allerdings blieben er und seine drei Fluchtgefährten dort, bis ihn schließlich ein Flugzeug direkt in bundesrepublikanische Untersuchungshaft brachte. Bandenchef Hoffmann wurde beim Versuch, sich abzusetzen, nur wenige Stunden nach Hepps Eintreffen ebenfalls auf dem Frankfurter Flughafen verhaftet und aufgrund der Aussagen Hepps zunächst nur wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung" angeklagt. Seit einigen Wochen ist die Mordanklage hinzugekommen – ebenfalls angeblich aufgrund der Aussagen Hepps sowie seiner 3 Begleiter.

Diese Vorgeschichte beweist, daß mit Hepp einer der Nazis vor Gericht steht, die zum innersten Kern des Nazi-Terrorismus gehören. Seine Kontakte zu Hoffmann reichen weit zurück und er gehört zusammen mit ca. 10 weiteren Hoffmann-Leuten wie Behle, Berendt und Arndt Marx zum führenden Hoffmann-Kreis, der im Libanon eine Operationsbasis aufgebaut hatte. Das plötzliche Interesse Hepps, seinen ehemaligen Chef Hoffmann im Mordfall Levin/Poeschke zu belasten, kann auch bedeuten, daß Hepp und Dupper ihre eigenen Verbrechen des letzten Jahres dadurch vertuschen wollen. Immerhin gehören sie zu den Bekannten Köhlers, und über ihren Aufenthaltsort während des Münchener Attentats gibt es bislang allenfalls dubiose Meldungen über mehrfachen Frontenwechsel in verschiedenen libanesischen Lagern; einen gültigen Paß hatten sie beiden ja kurz vorher in der BRD-Botschaft erhalten.

belasten, kann auch bedeuten, daß Hepp und Dupper ihre eigenen Verbrechen des letzten Jahres da-

Es wird alles nicht so heiß gegessen ...

Doch als wäre dies der normalste Gang der Dinge, waren mittlerweile aus dem noch im Frühjahr 1980 angekündigten großen Verfahren gegen die 9 Nazis wegen krimineller bzw. terroristischer Vereinigung mittlerweile plötzlich zwei Verfahren geworden. Anfang September wurden in Stuttgart die ersten 4 Nazis der 1979 ausgehobenen Bande verurteilt: Zwei Abiturienten aus Ditzingen/Kreis Ludwigsburg bei Stuttgart erhielten 1 Jahr auf Bewährung. Ebenfalls eine Bewährungsstrafe erhielt der dritte jugendliche Angeklagte. 14 Monate ohne Bewährung erhielt ein zuvor als „Schulungsleiter" der Bande tätiger 55-jähriger Parkhauswächter aus Stuttgart, bei dem auch die NS-Materialien, die meist aus den USA von NSDAP/AO-Führer Lauck bezogen worden waren, ankamen. Von einer „kriminellen Vereinigung" mochte die Stuttgarter Staatsschutzkammer in diesem Verfahren nichts entdecken.

Und ebenso klammheimlich wie dieser erste Prozeß zuende ging, wurde auch für das Verfahren gegen Hepp & Co. die Anklage von „terroristischer" auf einfache „kriminelle" Vereinigung heruntergeschraubt. Mensch darf gespannt sein, ob sich diese Linie nun auch im weiteren Verlauf des Prozesses fortsetzen und der „Kronzeuge" Hepp relativ unbeschadet herauskommen wird.

Er selbst jedenfalls hat gleich am ersten Tag deutlich gemacht, daß von Reue oder Ähnlichem bei ihm nichts zu spüren ist: Er lehnte das Gericht ab, weil es nicht auf dem Boden der Reichsverfassung von 1919 stehe, sondern auf „Besatzungsrecht" basiere.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Eier sind doch Argumente
Harburger Antifaschisten freigesprochen

Nachdem der Prozeß gegen zwei Antifaschisten – angeklagt wegen „Landfriedensbruch", „Körperverletzung" und „Störung einer genehmigten Veranstaltung" – nach 18 Verhandlungstagen wegen Befangenheit des Richters abgebrochen werden mußte, begann am 2.10. eine neue Verhandlungsrunde.

Die Angeklagten, die auf üble Rassenhetze der NPD-Faschisten mit Eierwürfen antworteten, hatten es schwer, sich in dieser Prozeßprozedur nicht an Skandale seitens Polizei und Justiz zu gewöhnen. So konnten sämtliche Polizeizeugen der Anklage sich nicht an Nazi-Hetzreden erinnern. Der Hauptbelastungszeuge POM Hartwig fungierte gleichzeitig bei weiteren Polizeizeugen als Zeugenbetreuer. Als dies auf Befragen des Verteidigers Mäffert bekannt wird, meldet sich Hartwig zum nächsten Termin hauskrank. An diesem Tag war er aber auf seiner Dienststelle anwesend. Inzwischen ist Hartwig aus der Dienststelle in Harburg versetzt worden und ist jetzt im Streifenwageneinsatz.

Der Staatsanwalt Gerhard (bekannt dadurch, daß er 1978 ein Verfahren gegen den Presseverantwortlichen der faschistischen Zeitschrift „Aufmarsch" wegen Geringfügigkeit einstellte) drohte der Verteidigung mehrmals mit Ehrengerichtsverfahren. Bei einer Erklärung zu den Münchner Terroranschlägen unterbricht er die Angeklagten mit den Worten: „Diese Vorfälle haben mit dem Prozeß nichts zu tun". Auch Gerhard ist dankenswerterweise in die Verkehrsabteilung versetzt worden.

Richter Winterstein wurde wegen Befangenheit abgelehnt, nachdem bekannt wurde, daß er mit POM Hartwig über Prozeßdetails telefoniert hatte.

Die Tatsache einer zweiten Verhandlungsrunde deutete auf eine harte Linie der Staatsanwaltschaft hin.

Der neue Richter Waldo versuchte in Vorgesprächen mit der Staatsanwaltschaft den Prozeß einzustellen. Diese gab den Gesprächen jedoch nicht nach, da sie zumindest erreichen wollte, daß die Kosten für die 18 Verhandlungstage von den Angeklagten getragen würden. So behauptete der neue Staatsanwalt Lundt gleich zu Beginn der Verhandlung, daß die Angeklagten und die Verteidigung den Prozeß verschleppt hätten und „Einstellungsangebote" von der Verteidigung abgelehnt worden seien – „Einstellungsangebote", die die Angeklagten einige tausend DM gekostet hätten!

Das Kernstück der neuen Verhandlungsrunde bildete dann die Aussage des Harburger SPD-Bezirksabgeordneten H. Muras: „*Wäre ich sieben Jahre jünger gewesen, wer weiß, ich hätte vielleicht auch mit Eiern geworfen ... ich war bestürzt, einem alten Mann, der neben mir stand, liefen die Tränen über das Gesicht... Die Polizei hätte die Veranstaltung abbrechen müssen*".

In einer persönlichen Erklärung der Angeklagten am 20. Prozeßtag heißt es: „*Wir bekennen, daß wir damals gegen faschistische Aktivitäten in unserer Stadt demonstriert haben. Wir bekennen, daß wir in der Situation, in der Hetzreden gehalten wurden, die für uns mit ihrem volksverhetzenden, beleidigenden und rassistischen Charakter unzweifelhaft strafbar waren, und in der für uns auch unzweifelhaft erkennbar*

Fortsetzung auf nächster Seite

Bayern geh du voran —

Bayern geh du voran —

Zur Einschränkung des Demonstrationsrechts und zum Stand der Nürnberger Massenprozesse

Die bayrische Staatsregierung hat nach längerem Vorgeplänkel jetzt konkrete Schritte zur Einschränkung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts eingeleitet. Wie am 17.10. bekannt wurde, hat das Kabinett der bayrischen Staatsregierung beschlossen, im Bundesrat einen Vorstoß in bezug auf Beschneidung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts sowie eine Veränderung des Landfriedensbruchparagrafen im Strafgesetzbuch zu unternehmen.

Der Kabinettsbeschluß bezieht sich auf drei Punkte:

– Die sogenannte „passive Bewaffnung, Maskierung oder Vermummung von Veranstaltungsteilnehmern" soll verboten werden.
– Die Aufforderung zur Teilnahme an einer verbotenen Demonstration soll in Zukunft unter Strafe gestellt werden.
– Der dritte Veränderungsbeschluß beinhaltet eine Veränderung des § 125 des Strafgesetzbuches – des Landfriedensbruchparagrafen (nach „Nürnberger Nachrichten" – „NN", 7.10.81).

Es mußte ja so kommen ...

Nach langer propagandistischer Vorbereitung und einigen Gewaltakten des bayrischen Staats und seiner Organe gegenüber oppositionellen Bewegungen geht es jetzt an die juristische Substanz des Demonstrationsrechts. Zum Timing: Kaum war die Brokdorf-Demo vom 28.2.81 vorbei, führte Tandler seine Bereitschaftspolizisten, die in Brokdorf zum Einsatz gekommen waren, der Öffentlichkeit vor, ließ sie Schlimmes berichten und verlieh ihnen wegen „besonderer Leistungen" Orden usw. Dies ging mit einer großaufgemachten Pressekampagne einher. In diesem Zusammenhang wurde auch über eine Tagung der CSU-Bullenvereinigung berichtet. Der Sprecher dieser Vereinigung verstieg sich sogar zu der Äußerung, im Falle des Spezialbullen, der in Brokdorf in den Wassergraben gefallen war und von den Demonstranten angeblich „mit einem Spaten geköpft werden sollte" (Originalton – berüchtigtes „Stern"-Foto, auf dem zur Zeit die Brokdorf-Prozesse aufgebaut werden), hätte er „scharf geschossen". Es folgte die Diskussion über die sogenannten „Distanzwaffen" – CS-Gas und Gummigeschosse.

Der nächste Schritt: die Massenverhaftung vom 5. März und Bullenaufrüstung in Bayern

Zusätzlich zur Nach-Brokdorf-Hysterie kam der 5. März in Nürnberg. Nachdem Wochen vorher Strauß bereits seine Kriegserklärung gegen die Hausbesetzer abgegeben hatte („Hausbesetzer sind der Kern einer neuen terroristischen Bewegung"), folgte der bekannte große Schlag, die Verhaftung von zunächst 172 Leuten aus dem Kommunikationszentrum heraus, nachdem vorher eine Spontandemo stattfand – gegen 141 Leute wurde Haftbefehl erlassen.

Eine halbe Woche nach der Massenverhaftung – der Großteil der Verschleppten sitzt noch im Knast – wird eine Debatte im bayrischen Landtag angesetzt. Thema: Einschränkung des Demonstrationsrechts und Aufrüstung der Polizei, begründet mit den gewaltsamen Auseinandersetzungen von Brokdorf und Nürnberg (wohlgemerkt, in Nürnberg gingen am 5. März lediglich drei Schaufensterscheiben zu Bruch). Tandler steigerte sich im bayrischen Landtag zu regelrechten Haßtiraden gegen die „*Chaoten, die den Polizeibeamten nach dem Leben trachten*". Er kündigte damals bereits an, Vorstöße in Richtung Einschränkung des Demonstrationsrechts zu machen und – notfalls im Alleingang – CS-Kampfgas einzuführen. Letzteres ist inzwischen – sinnigerweise nach einer großaufgemotzten Erprobungsschau in der Nähe des Dachauer KZs – auch geschehen. Zur Zeit wird gerade ein Prototyp des größten bundesdeutschen Wasserwerfers gebaut, um, nach Tandlers Worten, das CS-Gas auch „richtig dosieren" zu können. Das Land Baden-Württemberg stellt Überlegungen an, dem bayrischen Vorbild zu folgen. Gummigeschosse sind zwar vorläufig zurückgestellt, aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben!

Zum Stand der Nürnberger Prozesse

Nachdem es nach der Massenverhaftung Haftbefehle vom Fließband gehagelt hatte, waren – schon fast selbstverständlich – auch die Anklageschriften unisono pauschal ausgestellt worden. Gegen 34 Erwachsene und gegen 32 sogenannte Heranwachsende hat die Nürnberger Staatsanwaltschaft Anklage erhoben. Dazu schrieb der „Ermittlungsausschuß 5. März" in seinem „Ermittlungsausschuß-Info Nr. 4": „*Der gesamte Tenor der Anklageschrift belegt, daß es hier gar nicht real um die rein juristische Ermittlung von ‚Straftätern' geht, sondern um eine politische Einengung des Begriffs ‚Demonstration'. Der Prozeß gegen die 141 soll diese Einengung festschreiben, und zwar auf einen Demonstrationsbegriff, der 1871 unter Bismarck definiert wurde und bis 1970 galt*" (genaueres zu den Nürnberger 5.-März-Anklageschriften siehe AK Nr. 207).

Inzwischen stehen auch die ersten Prozeßtermine fest. Am 3. und 5. November wird vor der 13. Strafkammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth ein erster Block von zehn Angeklagten zur Person und zur Sache vernommen. Am 10. November soll die Beweisaufnahme beginnen (nach „NN", 8.10.81).

Bei den 5.-März-Anklagen nimmt die „demokratische Nürnberger Öffentlichkeit" relativ großen Anteil – es wurde sogar eine „Bürgerinitiative 5. März" gegründet, die eine gute Prozeßbeobachtung und breite Öffentlichkeitsarbeit hierzu organisieren will. Hierzu wurde bereits ein Büro angemietet. Ebenso will der bundesweit organisierte „Republikanische Anwaltsverein" (RAV) einen Prozeßbeobachter entsenden.

Doch mit den 5.-März-Prozessen nicht genug: Um das politische Klima in Nürnberg bereits im Vorfeld der Massenprozesse zu bearbeiten, wird den Besetzern der Roritzerstraße Nr. 5, die bei der Hausräumung praktischen Widerstand geleistet haben, bereits am 19. Oktober der Prozeß gemacht, und zwar gleich vor der 1. Großen Strafkammer des Nürnberger Landgerichts/Fü. Die Anklagen gegen die 17 Instandbesetzer der „Ro 5" lauten auf: Hausfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt – soweit ganz „normale" Anklagen gegen Instandbesetzer. Um der ganzen Sache aber noch den nötigen „Drive" zu geben, werden die Roritzer-Besetzer auch noch der Bildung einer „Kriminellen Vereinigung" nach dem berüchtigten § 129 StGB bezichtigt. Von den Roritzer-Besetzern sitzen immer noch, nach mehr als einem halben Jahr, sieben Leute, zum Teil unter Isolationsbedingungen, im Nürnberger Knast!

Mit hohen Strafen in den anstehenden Prozessen ist zu rechnen. Danach würden sich unter Umständen die späteren Urteile gegen die 5.-März-Angeklagten als relativ „mild" ausnehmen.

Von einer breiteren Solidarität für die kriminalisierten Instandbesetzer der „Ro 5" ist in Nürnberg nicht viel zu merken – im Gegenteil, hier gibt es sogar starke Abgrenzungstendenzen. Einzig und allein ein „Ermittlungsausschuß - Roritzerstraße" versucht, Solidaritätsarbeit und Prozeßvorbereitung zu betreiben.

Das strategische Ziel: Friedhofsruhe!

Nicht genug der Kriminalisierung und Einschüchterung durch bestehende Gesetze, soll das „Modell Bayern" (inklusive CS-Gas, Landesfrieden sprich Friedhofsruhe) nun mit Vehemenz auch bundesweit durchgesetzt werden.

Bei der satten CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat hat die Reaktion hier natürlich den „rechten" Hebel, um die propagandistisch lang vorbereitete und geforderte Einschränkung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts nun endgültig in die Wege zu leiten.

Hier gilt es, den Herrschenden bundesweit energischen Widerstand entgegenzusetzen, ist doch trotz bestehender Mängel das momentane Demonstrationsrecht eine notwendige Voraussetzung für die kommenden Kämpfe gegen sozialen Abbau, gegen Atom-, Rüstungs- und Kriegspolitik hier im Lande.

Ein Genosse aus Nürnberg

Koblenz:

129a-Prozeß wegen Hungerstreikunterstützung beginnt

Am 26.10.81 beginnt in Koblenz der Prozeß gegen die fünf Frauen, die am Karfreitag dieses Jahres ebenfalls in Koblenz wegen des Verdachts festgenommen worden waren, Parolen zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen gesprüht zu haben.

In der Anklageschrift werden sie beschuldigt,
• für eine Vereinigung geworben zu haben, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet seien, Mord, Totschlag, erpresserischen Menschenraub, Geiselnahmen, Sprengstoff- und Brandanschläge sowie andere Straftaten zu begehen (§ 129a);
• öffentlich die Bundesrepublik Deutschland oder ihre verfassungsmäßige Ordnung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht zu haben (§ 90a);
• rechtswidrig Gegenstände, welche zum öffentlichen Nutzen dienen, beschädigt zu haben,
indem sie mit roter und schwarzer Sprayfarbe folgende Parolen angebracht hätten:

1. „Schluß mit den Morden an den RAF-Gefangenen!"
2. „Zusammenlegung der RAF-Gefangenen!"
3. „Reißt die Mauern ein, holt die Menschen raus!
   Schluß mit den Morden an den RAF-Gefangenen!
   Freilassung von Sonnenberg und Becker;
   SSPD;
   BKA = SA/SS;
   Zusammenlegung der RAF;
   SPD = Mörderstaat" neben einem fünfzackigen RAF-Stern;
4. an einer Litfaßsäule das Wörtchen „RAF";

wobei es ihnen vor allem darauf angekommen sei, die angeblichen terroristischen Ziele des Hungerstreiks propagandistisch zu fördern.

Soweit die Anklage. Der Sachschaden soll 2.023,54 DM betragen!

Keine Beweise

Keine Beweise

Beweise gibt es keine, dafür aber neun Polizeizeugen, die eigentlich nichts berichten können, außer daß sie die Frauen nachts um drei Uhr auf offener Straße festgenommen haben. Außerdem werden sogenannte „Augenscheinsobjekte" in den Prozeß eingeführt, und das sind:
(von der Polizei angefertigte) „Skizzen des Festnahmeortes";
ein „Stadtplan von Koblenz mit" (von der Polizei) „eingezeichneten Tatorten"
sowie fünf Spraydosen.

Die Ermittlungsakte ist inzwischen über 260 Seiten dick; und — gründlich, wie die Herren sind — haben sie sogar die Protesterklärungen, die verschiedene Hochschul-Asten (u.a. aus Bremen und Bochum) an das Gericht geschickt haben, darin abgeheftet; außerdem die Rechnungen für die verschiedenen Schlüssel-Dienste; in einem Fall sogar die für einen Beamten der Städtischen Branddirektion — die anscheinend alle dafür nötig waren, um am Karfreitag in die Wohnungen der fünf Frauen einzubrechen. In einer Wohnung war die Kripo sogar illegal und hat das auch entsprechend vertuscht.

Getreu der von Generalstaatsanwalt Dr. Ulrich in die Presse gebrachten Rädelsführer-Theorie, wonach die Aktion von Münster aus gesteuert worden sein soll, hat die Sonderabteilung „TE" der Koblenzer Kripo ermitteln lassen, welche Münsteraner Geschäfte rote und schwarze Spraydosen derjenigen Fabrikate, wie sie in Koblenz gefunden wurden, im Handel haben. Sämtliche dieser Geschäfte und Tankstellen (das dürften wohl so fünfzig gewesen sein) wurden daraufhin von Kripo-Beamten abgeklappert, mit den ED-Fotos der zwei angeklagten Münsteraner Frauen. Sämtliche Verkäufer/innen dort wurden gefragt, ob eine dieser Frauen bei ihnen Farbdosen gekauft habe. Es konnte sich aber nur eine Verkäuferin an etwas genaueres erinnern, nämlich soll eine der Angeklagten bei ihr mal Blättchen zum Zigarettendrehen gekauft haben.

Nichtsdestotrotz behauptet Oberstaatsanwalt Hillebrand, der die Anklageschrift verfaßt hat: Nach der Sachlage könne kein vernünftiger Zweifel an der Täterschaft aller Angeschuldigten bestehen, und: Entgegen der von einzelnen Angeschuldigten vertretenen Auffassung sei auch das Eintreten für verbesserte Haftbedingungen „terroristischer Gewalttäter" dann ein Werben im Sinne des § 129a, wenn damit zugleich für den Durchschnittsadressaten erkennbar der Bestand oder die tatbestandsmäßigen Zwecke oder Tätigkeiten der Vereinigung selbst gefördert werden sollten.

Es wird also nicht von der Beweislage, sondern von unser aller Solidarität abhängen, wie glatt das Verfahren gegen die fünf Frauen durchgezogen werden kann. Amnesty International (ai) hatte bereits im Juni die Behörden der BRD aufgefordert, sämtliche Verfahren wegen Hungerstreik-Solidarität einzustellen; zusätzlich will ai zu ausgewählten Fällen ausländische Prozeßbeobachter schicken (evtl. auch nach Koblenz...).

Darüber hinaus interessiert sich inzwischen auch ausländische Presse für die Hungerstreikkriminalisierung! Ausführlich berichtete der „Groene Amsterdammer" am 19.8. über „Das Schicksal von fünf Frauen und einer Sprühdose" — und wie ein solcher Fall seine Kreise zieht: „*Wo es um solche Kardinalverbrechen geht, darf es nicht wundern, daß die Polizei auch bei der Mutter* (*einer Angeklagten*) *eine Haussuchung machen wollte, und, als diese nicht zu Hause zu sein schien, kaltblütig die Tür aufbrach...*". Mit sichtlichem Kopfschütteln werden auch die Bedingungen geschildert, unter denen es den Angeklagten überhaupt nur gestattet wurde, ihren Urlaub im Ausland zu verbringen: „*.... jeden Mittwoch müssen* (*sie*) *sich mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die westdeutschen Städte Emmerich bzw. Aachen begeben, um der örtlichen Polizei leiblich zu demonstrieren, daß sie noch immer nicht versucht haben, sich der bundesrepublikanischen Gerechtigkeit zu entziehen...*".

Weiter wird betont, daß der „Fall Koblenz" nur ein Beispiel darstellt für die umfassende Hungerstreikkriminalisierung — eine „justizielle Paranoia", welche auf der zunehmenden Ausweitung des Straftatbestands der „Werbung" im § 129 a basiert ... und gegen die sich inzwischen auch verschiedene Größen des sozialliberalen Lagers ausgesprochen haben: So wird verwiesen auf den Ex-BVG-Richter Hirsch, der diese Praxis beschrieb als „mit Kanonen auf Spatzen schießen" sowie auf Innenminister Baum, der wissen ließ, daß „der § 129a in seiner heutigen Form zu einer zu großzügigen Auslegung von Straftatbeständen führen kann"...

Abschließend meint die Redakteurin: „*Es ist zu hoffen, daß die sozialliberale Koalition in Bonn etwas unternimmt, um zu verhindern, daß* (*die „Koblenzer" Frauen*) *weiterhin Opfer dieser 'großzügigen Auslegung' des geltenden Rechts werden*". Angesichts der Justiz-Praktiken hierzulande muß mensch ja schon dankbar sein für solche Appelle an die Sozial-Liberalität der Bonner Koalition. Das allein aber reicht sicherlich nicht, um der Kriminalisierungspolitik entgegenzutreten. Der Protest muß auch im Gericht unüberhörbar sein.

Die Koblenzer Frauen können noch gut Unterstützung gebrauchen in Form von:



- **Protestschreiben ans Oberlandesgericht (Stresemannstr.1, 54 Koblenz)**
- **Öffentlichkeit beim Prozeß (ab Montag, 26.10., 11 Uhr – weiter am 27. bzw. 28.10., jeweils ab 9 Uhr)**
- **Schlafplätze für diese Zeit in Koblenz und Umgebung (dafür Kontakt: Uwe Stolzenbach, Viktoriastraße 38, 51 Aachen, Tel.: 0241/ 50 28 41)**
- **Spenden aufs Solidaritätskonto (B.Dähn – Stichwort: Solidarität, Stadtsparkasse Münster, Kto.-Nr.: 107 033 706, BLZ 400 50 150)**

Prozeßbeginn: 26.10., 11 Uhr OLG Koblenz



Offener Brief an die Gefangenen der RAF

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir richten diesen Offenen Brief an euch als Gefangene und als Teil der BRD-Linken. Wir wissen, daß ihr unter unmenschlichen Haftbedingungen leidet, die auf Vernichtung der politischen und menschlichen Identität politischer Gefangener abzielen, auch den Tod von Gefangenen für dieses Ziel bewußt in Kauf nehmen. Diese Bedingungen werden nicht nur laufend verschärft, wie die Maßnahmen gegen euch beweisen, sondern auch zunehmend auf Menschen ausgeweitet, die heute als Opfer polizeilicher Unter-

euch beweisen, sondern auch zunehmend auf Menschen ausgeweitet, die heute als Opfer polizeilicher Unter-

drückung von sozialen und politischen Protesten in die Knäste wandern.

Wir halten einen entschlossenen Kampf gegen diese Verhaftungspraktiken und diese Haftbedingungen für notwendig, insbesondere auch den Kampf um die Erhaltung der politischen und menschlichen Identität im Knast. Wir haben in der Vergangenheit auch euren Kampf gegen eure Haftbedingungen unterstützt und werden das nach Maßgabe unserer Kräfte und Möglichkeiten auch in Zukunft tun, zumindest aber versuchen, die nötige Öffentlichkeit herzustellen — unabhängig davon, ob wir mit eurer taktischen Linie im Knastkampf übereinstimmen oder nicht.

Aber gerade im Interesse einer effektiven Unterstützung für euren Knastkampf zum einen und für eine Verbreiterung des Knastkampfes überhaupt fordern wir euch auf, eure Ankündigung eines erneuten Hungerstreiks unter den bisherigen Forderungen noch einmal zu überdenken!

Schon vor eurem letzten Hungerstreik hat in breiten Kreisen der Linken die Diskussion über den Hungerstreik als Waffe und über die Forderungen in einem Hungerstreik eingesetzt. Sie hat allerdings nicht als Zeichen dafür eingesetzt, daß die Sache der politischen Gefangenen wieder eine breitere Unterstützung als zuvor bekommen hätte, und die Diskussion quasi nur eine begleitende Erscheinung bei vielen praktischen Unterstützungsaktionen für die Gefangenen gewesen wäre, sondern sie hat eingesetzt als Zeichen der allgemeinen Müdigkeit und Abgeschlafftheit innerhalb der Linken, nach nunmehr sechsjährigem Kampf um die Forderungen nach interaktionsfähigen Gruppen etc. Bekanntlich ist eu er letzter Hungerstreik und der der anderen Gefangenen, die mit euch begonnen hatten, praktisch ohne jedes Echo begonnen worden. Zu Anfang ist er nur von wenigen Gruppen in wenigen Städten unterstützt worden, wobei sich diese Gruppen unserer Einschätzung nach nur wenig um Bündnispartner in der fortschrittlichen Öffentlichkeit bemüht haben. Die autonome Linke, die organisierte kommunistische Linke, die fortschrittlichen Kräfte in den Gewerkschaften hatten Schwierigkeiten, sich an der Unterstützungsarbeit für euch zu beteiligen. Es gab weniger „Prominente" als je zuvor, die sich um eure Sache gekümmert haben.

Wir, die Unterzeichnenden, führen das nicht allein auf die „Totschweige-

um eure Sache gekümmert haben.
Wir, die Unterzeichnenden, führen

das nicht allein auf die „Totschweige-Kampagne" der Bourgeoisie zurück, auf „Nachrichtenmanipulation" und ähnliches, sondern wir sehen in dem Nicht-Verhalten auch die Reaktion auf die momentanen Inhalte eures Kampfes und die mangelhaft geführte Diskussion darüber.

Eure, mit dem Stammheimer Verfahren aufgestellten Forderungen nach interaktionsfähiger Gruppe und Haftstatut gleich den Mindestgarantien der Genfer Konvention war innerhalb und außerhalb der Knäste immer umstritten. Diese Forderungen, die ursprünglich als eine Reaktion auf die Zerschlagung eurer Informations- und Kommunikationsstrukturen im Knast und die scheinbare Unmöglichkeit eines „normalen" Vollzugs für euch aufgestellt worden waren, sind inzwischen die Hauptachse eures Kampfes im Knast geworden. Das, obwohl klar ist, daß sich gerade dadurch euer Kampf per se von allen anderen Kämpfen im Knast abhebt, daß sich hier eine deutliche Trennung zwischen euch und allen anderen nicht-reaktionären Gefangenen ergibt.

Wir bezweifeln, daß dieser Kampf, wie von euch postuliert, eine Orientierung darstellen kann für die Kämpfe der anderen Gefangenen, und wir haben, nicht zuletzt durch euren letzten Hungerstreik, erfahren, daß sich über die von euch aufgestellten Forderungen auch draußen immer weniger Menschen mobilisieren lassen, sich immer weniger mit den Inhalten eures Knastkampfes identifizieren können. Eure reale Isolierung in dieser Frage läßt sich unserer Meinung nach nur noch durch eine neue offensive Wendung in den Inhalten aufbrechen. Das bedeutet: Beim letzten Hungerstreik hat sich ein Teil der Linken noch — mit politischen Bauchschmerzen — dazu aufschwingen können, euch wenigstens verbal zu unterstützen. In dem jetzt von euch angekündigten werden noch mehr Genossinnen und Genossen — ganz zu schweigen von einer breiteren Öffentlichkeit — gar nichts machen und in schweigender „Solidarität" mitansehen, wie ihr für die falschen Inhalte kämpft und vielleicht sterbt. Sollte es dann einen übernächsten Hungerstreik geben, wird dieser dann für diese Kräfte inexistent sein.

Das darf nicht geschehen!

Sagt nicht, es habe aber doch eine „breite Solidaritätsbewegung draus-

Sagt nicht, es habe aber doch eine „breite Solidaritätsbewegung draus-

sen" gegeben, es habe aber doch eine „Unmenge von Aktionen" gegeben.

Tatsächlich hat sich eine „breite Bewegung" wesentlich durch zahlreiche Aktionen manifestiert, Aktionen übrigens, die ihr zum Teil selbst kritisiert oder als „counterinsurgency" abgelehnt habt. Diese Aktionen sind aber, realistische betrachtet, allenfalls ein Beweis dafür, daß sich das zusammengeschmolzene Häuflein derjenigen, die noch bereit sind, euch zu unterstützen, verstärkt aktiviert hat. Von einer „breiten Solidaritätsbewegung" oder auch nur einer Verbreiterung der Bewegung kann nicht die Rede sein. Die einzigen, die überhaupt noch an die Öffentlichkeit gegangen sind und nicht verdeckt agiert haben, waren eure Verwandten, die mit spektakulären Aktionen auf eure Haftbedingungen aufmerksam gemacht und die Tatsache eures Hungerstreiks überhaupt erst in die öffentliche Diskussion gebracht haben. Jeder Vergleich der für euren letzten Hungerstreik entstandenen Unterstützung mit der Solidaritätsbewegung für die hungerstreikenden IRA-Gefangenen geht an der Wirklichkeit vorbei. Ebenso halten wir es für verkehrt, von einem Erfolg beim Abbruch eures letzten Hungerstreiks zu sprechen. Tatsache ist, daß euer letzter Streik, ohne verbindliche Zusagen seitens der Bundesregierung/Justiz zu haben, abgebrochen wurde.

Die Massen werden einen Kampf nur unterstützen, mit dessen Inhalten sie sich identifizieren können. Für den Knast heißt das, den Kampf um die Selbstorganisation aller (nicht-reaktionären) Gefangenen, d.h. die Fortsetzung des politischen Kampfes im Knast, aufzunehmen, gegen jegliche Sonderbehandlung von Gefangenen, für die Abschaffung des Hochsicherheitstrakts. Heute werden doch nicht mehr „nur" Genossinnen und Genossen des „antiimperialistischen Kampfes", sondern zunehmend auch AKW-Gegner, Häuserkämpfer, Kommunisten, Antifaschisten, Ausländer, Studenten, sogar linke Gewerkschafter und andere Linke, beiderlei Geschlechts inhaftiert. Dieser Bedrohung durch Justiz und Exekutive können wir nur den organisierten Widerstand der gesamten Linken entgegensetzen — durch massenhafte Mobilisierung von außen und die Erkämpfung von Kampf- und Überlebensbedingungen im Knast.

Mit eurem geplanten Hungerstreik unter euren bisherigen Forderungen wirkt ihr einer breiten Mobilisierung

Mit eurem geplanten Hungerstreik unter euren bisherigen Forderungen wirkt ihr einer breiten Mobilisierung

entgegen. Nicht nur wird der Kampf um eine Verbreiterung der Gefangenenbewegung verzögert, sondern ihr selbst lauft ohne die notwendige öffentliche Unterstützung Gefahr, liquidiert zu werden. Nicht erst seit dem Tod von Holger Meins wissen wir, daß der Staat den Tod von Gefangenen einkalkuliert. Sigurd war der letzte Beweis. Aber selbst wenn ihr ohne breite Unterstützung dieses Mal Minimalzugeständnisse tatsächlich erreichen könntet wie die Zusammenlegung in Kleingruppen zu dreien oder vieren, so wäre das kein Erfolg. Kleingruppenisolation ist allenfalls eine andere Form der Isolationsfolter und verbessert eure Haft- und Kampfbedingungen in keiner Weise!

Wir fordern euch auf, die Aufnahme eures Hungerstreiks unter den Forderungen nach Zusammenlegung und Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention zu überdenken

Wir fordern euch weiterhin auf, gemeinsam mit uns den Kampf für die Selbstorganisation aller Gefangenen, gegen jede Sonderbehandlung, für die Abschaffung der Traktsaufzunehmen!

Herzliche, solidarische und kämpferische Grüße!

Dieser Offene Brief wird getragen von:
Freie Arbeiter Union (FAU)
Gefangenen Selbsthilfe Initiative e.V. (GSI e.V.)
Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH)
Kommunistischer Bund (KB)
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)/Hamburg

Gruppen oder Organisationen, die den Offenen Brief ebenfalls mit unterzeichnen wollen, können sich im Büro der FAU melden: Ottenser Hauptstraße 35 a, 2 HH 50

Harburger Antifaschisten freigesprochen

Fortsetzung von voriger Seite

war, daß Polizeibeamte trotz eindringlicher Appelle an sie, doch einzuschreiten, sich nur schützend vor die Neonazis stellten, wir wenige Eier als ein angemessenes, gewaltloses und ungefährliches Mittel des Protestes warfen. Wir würden in derselben Situation mit gleichen Mitteln wieder Widerstand leisten".

Als klassisch für die Hamburger Rechts-Justiz kann auch nur die Ermittlungsarbeit des Staatsanwalts Reumann gewertet werden (bekannt u.a. durch das Verfahren gegen das „Russell-Buch Nr. 5" des KB). Dieser Staatsanwalt, der durch das Werfen von Eiern „Körperkraft aggressiv entfaltet" sieht, verschleppt die Ermittlungen gegen die NPD-Veranstalter nun schon 2 1/2 Jahre. Dies begründet er damit, die Adressen der benannten Zeugen nicht ausfindig machen zu können.

In einem Schreiben von Rechtsanwalt Dammann dazu: „...*Unter Zuhilfenahme des örtlichen Telefonbuches darf ich Ihnen die Adressen wie folgt mitteilen...*" Dammann sieht noch heute, fünf Monate nach dem Schreiben, der geforderten Stellungnahme entgegen.

Ermittlungsergebnis? – Fehlanzeige!

Diese skandalösen Prozeßbedingungen, sowie die Aussage des Rechtsanwaltes Muras bewegten offenbar Richter Waldo dazu, die Angeklagten am 20. Verhandlungstag freizusprechen. In seiner Urteilsbegründung räumte er ein, daß als Notwehr gegen beleidigende Parolen der NPD das Eierwerfen nicht als strafbare Handlung anzusehen sei.

Ausdrücklich kritisierte er das Verhalten der Polizei, die ihren Einsatz ausschließlich gegen die Demonstranten richtete und die Veranstaltung der NPD nicht abgebrochen hat.

Während des Prozesses lief eine hervorragende Solidaritätsarbeit aller demokratischen Kräfte, die den Prozeß zu einem kommunalpolitischen Skandal machten. So waren auch nie weniger als zwanzig Prozeßbeobachter anwesend.

Als freundliche und mutmachende Geste verteilte Richter Panzer (vom Amtsgericht Harburg), der den Prozeß privat und kopfschüttelnd beobachtet hat, Kinderschokoladeneier an die freudigen Angeklagten und den hoffentlich lange geplätteten Staatsanwalt Lundt.

Danke und Freiwurf!!!

Ein Genosse/KB Hamburg

Richtigstellung

betr.: 'arbeiterkampf' nr. 209 v. 28.9.1981; artikel „stand der haftsituation" s. 44
hier: RICHTIGSTELLUNG zum abdruck in der nächsten nr. des 'arbeiterkampf'

günter sonnenberg und ich sind zu keiner zeit in bruchsal „weitgehend in den normalvollzug integriert" gewesen; es ist dergleichen auch nie angeboten worden.

unsere forderung ist weiterhin die nach zusammenlegung mit anderen gefangenen aus der raf.

roland mayer



FRAU IM BILD

HAMBURG
UNABHÄNGIG ÜBERPARTEILICH





BILD ist frauenfeindlich – dieser Behauptung würden wohl alle, die der BILD-Zeitung kritisch gegenüberstehen, vielleicht sogar einige der täglichen BILD-Leserinnen, zustimmen. Aber was ist das für ein BILD vom Frausein; welche Erwartungen stellt diese Zeitung an Frauen? Und welche Mittel wendet sie an, um ihre Leserinnen für ihr RollenBILD zu gewinnen? Wie spricht sie den Männern Mut zu, ihre Machtposition zu behaupten; mobilisiert sie sie gar gegen die Frauen?

BILD liefert viele Ansatzpunkte, ihr Verhältnis zur Stellung der Frau in dieser Gesellschaft zu beschreiben. Im folgenden soll über drei inhaltliche Komplexe nachgedacht werden:

- **Die Darstellung von Gewalttätigkeit gegen Frauen in BILD;**
- **Die Frau als Mutter;**
- **BILD und die Emanzipation der Frau.**

Das Spiel mit Lust und Angst

Gewalt schlechthin, Gewalt gegen Frauen insbesondere, ist für die BILD-Zeitung ein Thema von vorrangiger Bedeutung. Sexualverbrechen an kleinen Mädchen sind fast immer eine oder mehrere Schlagzeilen wert. BILD läßt seine Leser und Leserinnen die Trauer um die Opfer miterleben, verstärkt vorhandene Ängste, mobilisiert sie zum Kampf gegen den Verbrecher.

Nicht alle Opfer werden mit gleicher Anteilnahme bedacht. Die Redaktion wählt aus. Das Opfer einer Vergewaltigung muß jung und „unschuldig" sein, wenn ihm das Mitleid dieser Zeitung sicher sein soll. Geht es um Gewalttaten an erwachsenen bzw. jugendlichen Frauen, schlägt BILD andere Töne an.

Vergewaltigungen: mal lustig, mal lüstern

„Oma, ich hab' die Pille ausgespuckt" (5.3.). Ein Vergewaltigungsprozeß – von BILD aufgemacht als *„Pillengeschichte"*, die mit folgenden Worten beginnt: *„W e i l eine 15jährige und ihre Großmutter beide mit der Pille nicht richtig Bescheid wußten, gerieten zwei junge Männer in den Verdacht der Notzucht"* (Hervorheb. v. Verf.). Überschrift und erster Satz bereiten den Leser vor auf eine Anekdote – direkt aus dem Leben gegriffen. Eine 15jährige, die nicht über die Pille Bescheid weiß, und eine unaufgeklärte Omi, die's immer noch nicht mitbekommen hat – ein lustiges Gespann. Die Annahme, daß die beiden Frauen – seien sie nun „aufgeklärt" oder nicht – ihre Gründe hatten, die Männer anzuzeigen, läßt diese Einleitung bereits nicht mehr zu. Ein Dialog zwischen dem *„frühreifen Sorgenkind"* und seiner Großmutter wird ausführlichst wiedergegeben. Doch zum eigentlichen Tatbestand der Gerichtsverhandlung kommt lediglich einer der angeklagten M ä n n e r zu Wort: *„Ja, sie war es, die immer wieder wollte. Nur das sechste, siebte und achte Mal machte sie nicht mehr richtig mit"*. Ein frühreifes Gör, das fünfmal mitmacht, darf sich beim sechsten Mal nicht wundern, wenn es g e z w u n g e n wird. *„Schmunzelnd stellte Richter Schmidt das Verfahren ein ..."* Und schmunzelnd blättert der Leser weiter.

Die in dieser Gesellschaft vorherrschenden Meinungsmuster über vergewaltigte Frauen (Frauen mögen gewaltsamen Sex, hätten die Männer gereizt o.ä.) werden von BILD nicht nur unkritisch wiedergegeben, sondern mit verschiedenen Methoden emotional verstärkt. Im oben erwähnten Fall wird die Betroffene der Lächerlichkeit preisgegeben. Sie wird mit negativen Merkmalen wie *„Sorgenkind"* und *„frühreif"* versehen, die darauf hindeuten, daß sie schon häufiger vom „rechten Wege abgekommen" ist, sexuelle Erfahrungen besitzt und somit die Schuld selbst zu tragen hat, ohne daß der Sachverhalt erst näher geklärt werden müßte.

Aber auch andere, nicht von vornherein negativ belegte Merkmale, können dem geneigten Leser eine Mitschuld des Opfers suggerieren. So bemerkte BILD in einem Bericht über Ermittlungen, die gegen zwei Pinneberger Polizeibeamte wegen Vergewaltigung einer Festgenommenen geführt wurden: *„Bei der belästigten Frau soll es sich um die 24jährige v o l l b u s i g e Inge B. aus Pinneberg handeln. Sie war stark angetrunken von der Polizei aufgegriffen und die Nacht über eingesperrt worden"* (28.3. – Hervorh. v. d. Verf.). Vollbusig = sexy. Vielleicht hat sie selbst ihren Spaß dabei gehabt oder hat die Beamten sogar provoziert. Der Hinweis auf ihren stark angetrunkenen Zustand verstärkt diese Vermutung. Zumindest kann es den zwei Beamten nicht übe lgenommen werden, daß sie angesichts eines vollen Busens in ihren tristen Diensträumen nicht mehr an sich halten konnten. Die Beschreibung der Inge B. folgt unmittelbar einem fettgedruckten Absatz über die beiden Beamten: *„Inzwischen wurden die Polizisten, die seit über zehn Jahren Uniform tragen, vom Dienst suspendiert"*. Zwei unbescholtene Männer hat es hier getroffen, die seit über zehn Jahren korrekt ihren Dienst für Staat und Gemeinschaft tun.

Der BILD-Journalist enthält sich einer a u s d r ü c k l i c h e n Einschätzung der Geschehnisse. Allein durch eine gut geordnete Aufreihung ausgewählter Fakten und Formulierungen legt er den Lesern und Leserinnen nahe, wie sie zu urteilen haben. Daß es sich bei diesem „Fehltritt" um nackte Gewalt gehandelt hat, wird heruntergespielt. Inge B. ist nicht das Opfer einer Gewalttat, sondern eine *„b e l ä s t i g t e F r a u"*. Der Artikel ist überschrieben: *„Sex s p i e l e in der Zelle?"* (Hervorh. v.d. Verf.). Verharmlosungen dieser Art – insbesondere die perfide Bezeichnung „Sexspiele" – tauchen in Artikeln über Vergewaltigungen häufig auf. Auch die Redewendung „Der Täter zwang sie zur L i e b e" dürfte der BILD-Leserschaft geläufig sein. In einem weiteren Artikel heißt es: *„Er legte sich zu ihr ins Bett, k ü ß t e sie, s t r e i c h e l t e ihren Busen – und vergewaltigte sie"* (BamS, 28.6. – Hervorh. v. d. Verf.). Wörter, deren Inhalt Lust- und Liebevolles übertragen soll, verwendet BILD zur Beschreibung von Gewalttaten. Vergewaltigungen schließen demnach Lust und Liebe nicht aus. Pervers im wahrsten Sinne des Wortes aber auf dem Hintergrund gängiger Vorstellungen, Frauen hätten geradezu Spaß an erzwungener Sexualität, durchaus logisch.

Während diese verharmlosenden Artikel vorrangig das Vorurteil über die Lust der Frauen an Gewalt reproduzieren, zielen andere Artikel hauptsächlich auf die Reizung und Befriedigung der Manneslust ab. So gleicht z.B. die Berichterstattung über den Prozeß gegen den Frauenmörder Elmar Schärmer alias Dr. Herzog eher einer Porno-Serie. Die Morde treten in den Hintergrund, aus dem Mordprozeß wird in BILD ein *„Sex-Prozeß"* (5.5.). BILD-Reporter geilen sich und ihre Leser wochenlang auf an den *„Sex-Tricks"* (20.5.) dieses *„potenten Mannes"* (5.5.). BILD liefert seinen Lesern die Gelegenheit, ihr Mütchen zu kühlen: *„Lesen Sie weiter auf Seite 12: Er war immer nackt und immer bereit"* (20. 5.). Nicht einmal ein schlechtes Gewissen brauchen sie dabei zu haben. Denn den ausführlichen Beschreibungen der Gelüste des Frauenmörders folgt unmittelbar eine Verurteilung, etwa so: *„Zuschauerinnen im Münchner Schwurgericht empört: 'Schweinerei' "* (20.5.). BILD erzeugt weder Trauer um die ermordeten Frauen noch Wut und Empörung gegen den Mörder. Im Gegenteil: Warum haben sich die Frauen auch mit einem solchen Mann eingelassen? Der Mann hingegen ist zwar abnorm, aber bewundernswert, ein toller Hecht. Diese Einschätzung bestätigen insbesondere F r a u e n, die BILD zu Wort kommen läßt: *„So fesch kann doch kein Mörder sein"*. Eine andere: *„Ich halte Schärmer für einen sehr potenten Mann"*. Nebenbei beweisen diese Aussagen auch noch die Dummheit und Manngeilheit von Frauen, die sich selbst von einem Mörder und Gewaltphantasten einfangen lassen.

Frauen zur Passivität verdammt

Aber auch seriös aufgemachte Reportagen zum Thema Vergewaltigung finden sich in BILD. Beispiel: *„Sommerzeit – Notzuchtzeit, Schreien kann tödlich sein!"* (BamS, 28.6.). Untersuchungen über Umstände und Auswirkungen von Vergewaltigungen werden zitiert und kommentiert. Zwar fehlt auch hier nicht die sensationslüsterne und sexistische Aufmachung – ein halbseitiges gestelltes Foto zeigt einen vermummten Mann, der eine angsterfüllte Frau mit der Pistole bedroht und ihr an die Brust greift –, aber zur Abwechslung profiliert sich BILD einmal als entschiedener Gegner von Vergewaltigungen, stellt sich eindeutig auf die Seite der Opfer. Dies mag zunächst verblüffen, da es im Widerspruch steht zu den oben erwähnten Artikeln. Doch ist dieser Widerspruch kein BILD-eigener. BILD spiegelt lediglich einen Bruch wider, der sich durch das herrschende Bewußtsein dieser Gesellschaft zieht:

Zwar möchte jeder Mann die Frau, die er „sein Eigen" nennen kann, vor fremden Zugriffen schützen und spricht sich aus diesem Grunde gegen Vergewaltigungen aus. Doch welchen Mann hindert das, seine Ehefrau zur „Erfüllung ihrer ehelichen Pflichten" zu zwingen, und welcher hätte etwas dagegen einzuwenden, sich ein „Späßchen" mit einer Frau zu genehmigen – sei es auch ohne ihre Zustimmung? Ein Aspekt der bürgerlichen Doppelmoral. Weiterhin muß die bürgerliche Ideologie auf der einen Seite j e d e n individuellen Gewaltakt ablehnen, um das moralische Gebäude, das die Duldung des staatlichen Gewaltmonopols durch die Bevölkerung sichert, nicht einstürzen zu lassen. Auf der anderen Seite ist den Herrschenden dieser Gesellschaft individuelle Gewaltanwendung in b e s t i m m t e n Situationen durchaus willkommen, seien es militante Aktionen gegen Linke, sei es das Schlagen von Kindern oder Gewalt gegen Frauen. Letztere ist erwünscht, zumindest geduldet, weil sie dem Manne die Fügsamkeit und Verfügbarkeit der Frau sichern hilft. BILD stützt diese Ideologie, indem sie Gewalt gegen Frauen verharmlost bzw. befürwortet.

Doch selbst die Vorzeige-Reportage *„Schreien kann tödlich sein"* kann nicht unkritisiert bleiben. Der Autor, Jürgen Bungert, stellt sich u.a. die Aufgabe, Antwort zu geben auf das Problem *„Wie können sich Frauen am besten schützen?"*. Seine Überlegungen beschränken sich auf die Frage, ob die angegriffene Frau um Hilfe rufen und sich wehren solle oder besser nicht. Er kommt zu dem Schluß, im Zweifelsfalle möge die Frau die Vergewaltigung lieber *„passiv über sich ergehen lassen"*, um sich vor schweren Verletzungen oder gar dem Tod zu retten. Mag diese Entscheidung im Einzelfall taktisch richtig sein, so ist doch offensichtlich, daß dieses Angebot etwas kärglich ausfällt. Es ist ausschließlich zugeschnitten auf die Situation, in der es sowieso schon zu spät ist. Die gesellschaftlichen Hintergründe von Gewalttätigkeiten gegen Frauen werden ausgeblendet. Wie sollen sie auch ausgerechnet von dieser Stelle einbezogen werden, trägt doch gerade BILD zur Erhaltung einer Ideologie bei, die Frauen zu wohlfeilen Opfern macht.

Auch von den Nachwirkungen einer Vergewaltigung weiß „BILD am Sonntag" zu berichten. Betroffene Frauen ziehen sich zurück, trauen sich kaum noch auf die Straße. BILD propagiert den „Weißen Ring", eine Organisation, die sich u.a. um vergewaltigte Frauen kümmert und ihnen

Fortsetzung auf nächster Seite

Fortsetzung von voriger Seite

gegenbenenfalls eine neue Wohnung besorgt. *„Monate nach der schrecklichen Tat beginnt für die Frau in einer neuen Umgebung ein neues Leben.“* Entscheidend ist nicht, ob diese Maßnahme im Einzelfall angebracht sein kann, sondern: BILD propagiert das Zurückweichen, die F l u c h t der Frau als d i e Lösung. Die Tatsache, daß eine vergewaltigte Frau von ihrer Umgebung meist kein Verständnis erfährt, sondern schief angesehen und gemieden wird, wird überhaupt nicht hinterfragt. Es werden keine Ratschläge gegeben, wie Frauen sich w e h r e n können. Die Frauen werden zu passiver Duldung verdammt, erhalten lediglich fragliche Tips zur Linderung ihrer physischen und psychischen Schmerzen.

„... und will sie nicht gehorsam sein, dann schlag ihr ruhig den Schädel ein!“

BILD macht sich lustig über angegriffene Frauen, verharmlost Gewalt gegen Frauen, baut Vergewaltigungen aus zu sexlüsternen Stories. Doch damit nicht genug. BILD beschönigt und rechtfertigt selbst Morde, insbesondere an ungehorsamen Ehefrauen. *„Meine Frau tobte, raste, prügelte auf uns ein, bewarf mich und die Kinder mit Geschirr. Mich beschimpfte sie“* (17.3.). So beginnt ein Artikel über den angeklagten Jugendrichter Siegfried Deutzmann, der seine Ehefrau erwürgte. Der Bericht besteht a u s s c h l i e ß l i c h aus den Leidensbekundungen dieses armen Ehemannes, der sich um die Kinder kümmern, staubsaugen, Kartoffeln schälen mußte, während seine Frau sich die Zeit in zwölf Kursen und Vereinen vertrieb. BILD kommentiert: *„Wenn alles so war, ..., muß seine Ehe die Hölle gewesen sein“*. Nicht einmal die Spur einer Andeutung, daß ein Mord eventuell doch zu weit ging. Was hätte Deutzmann auch anderes tun sollen, als seine Frau umzubringen? *„Vergeblich hatte er 'gehofft, daß sie sich noch ändert'“*. Währenddessen hat sie ihn geschlagen, getreten und beleidigt. Trotz dieser Mißhandlung und trotz seiner Tat – Deutzmann ist Mensch geblieben; der Mord war kein haßerfüllter Racheakt: *„Er erzählt es ruhig, ohne Haß in der Stimme“*. Und in sein Tagebuch schrieb er: *„Nicht ich bin schuldig zu sprechen, sondern sie. Hätte sie nicht so roh gehandelt, gäbe es keine Tote und keinen Prozeß. Meine Liebe zu ihr war Entsagung und Verzicht“*. Hätte diese Frau überlebt, BILD würde ihr noch den Prozeß machen. Denn s i e ist die Schuldige. Sie hat sich geweigert, Hausfrau zu sein. Man stelle sich vor, ein Mann weigert sich, Kartoffeln zu schälen, tobt und verprügelt seine Familie. Würde sich BILD zum Anwalt seiner Mörderin machen?

Auch Lesben werden ihren ent-

feln zu schälen, tobt und verprügelt seine Familie. Würde sich BILD zum Anwalt seiner Mörderin machen?

Auch Lesben werden ihren enttäuschten Ehegatten zum Abschuß freigegeben. Der Türke Bahaddin B. erwürgte seine Frau, weil sie eine lesbische Beziehung hatte. Wie Jugendrichter Deutzmann ist auch er ein ruhiger, geduldiger Mann. *„Bahaddin sprach ruhig zu ihr: 'Ich kann das nicht zulassen. Der Koran duldet so etwas nicht.'“*. Der Leidgeprüfte mußte sogar aus dem Schlafzimmer ausziehen. *„Auch das nahm er hin, bis Zuleyhan am 17. Dezember 1979 erst um vier Uhr morgens mit ihrer Freundin Ute nach Hause kam, sich nackt auszog und mit einem zärtlichen Kuß von ihr verabschiedete“*. Da erwürgte er sie. Dieses Mal läßt BILD den Anwalt des Mörders sprechen: *„Mein Mandant konnte als Moslem nicht anders handeln“*.

Allerdings wäre es kaum denkbar, in dieser Zeitung einen Satz zu finden wie „Recht hat er getan, der Mörder“. BILD spricht Befürwortung von Gewalttaten n i c h t d i r e k t aus. Sie weckt vielmehr Sympathien, stellt die ihr genehmen Argumente ausführlich dar, während die der Gegenseite verzerrt oder verschwiegen werden. Indem BILD andere für sich sprechen läßt, sich eines eigenen Kommentars enthält, wenn es um die Rechtfertigung bestimmter Gewalttaten geht, hält sie sich die Möglichkeit offen, weiterhin als oberste moralische Instanz, die Gewalt schlechthin ablehnt, zu fungieren, ohne auf den ersten Blick unglaubwürdig zu erscheinen. Darüberhinaus ist BILD bemüht, sich immer als Anwalt der Bevölkerung zu zeigen und den Interessen seiner Leserschaft nicht offen zu widersprechen. Dementsprechend muß BILD sich auch als Anwalt der bedrohten Frau darstellen.

Zum Vergleich der beiden oben dargestellten Geschichten eine andere:

Eine New Yorker Schuldirektorin erschoß ihren Geliebten, einen Diät-Arzt, weil er sie mit seiner Sprechstundenhilfe „betrog“. In diesem Fall wartet BILD nicht mit der Leidensgeschichte einer betrogenen Frau auf, sondern jammert gleich in der Überschrift: „Berühmter Diät-Arzt vererbt seiner Mörderin 440.000 Mark“ (26.2.). Während die beiden männlichen Mörder als sehr sympathische Zeitgenossen dargestellt wurden, wird von der Mörder i n ein recht negatives Bild gezeichnet. Die Sprechstundenhilfe wurde von dieser Frau als *„Schlampe“* und *„psychotische Hure“* beschimpft. Als der Richter sein *„schuldig wegen Mordes“* verkündet, *„schrie die blonde Schuldirektorin Jean Harris (57) auf...“* Die Dame scheint etwas hysterisch zu sein. 14 Jahre lang war sie die Geliebte des Doktors gewesen. *„Die elegante Schuldirektorin hatte gehofft, daß der milionenschwere Junggeselle sie heiraten würde“*. Die Information über seine Millionen in diesem Zusammenhang deuten an, daß sie ihn allein des Geldes wegen heiraten wollte. Eine Vermutung: Wäre BILD dieser Frau ebenso wohlgesonnen gewesen wie den oben erwähnten Mördern,

allein des Geldes wegen heiraten wollte. Eine Vermutung: Wäre BILD dieser Frau ebenso wohlgesonnen gewesen wie den oben erwähnten Mördern,

hätte sie sicherlich geschrieben: „Der Arzt versprach ihr die Ehe und löste dieses Versprechen nie ein!“



Ehemann erwischte Frau bei lesbischer Liebe erwürgt!

12.6.81

Bahaddin B. (Foto oben mit Rechtsanwalt). Er machte viele Überstunden – und kam einmal früher nach Hause...

Das Opfer: Zuleyhan (Foto rechts). Oft ging sie engumschlungen mit Kolleginnen aus, sagte ihrem Mann: „Bei guten Freundinnen ist das so üblich.“

Für Bahaddin B. (38) war das Eheleben in Ordnung: „Ich habe dreimal in der Woche mit meiner Frau geschlafen...“ Bis der Türke einmal früher von seiner Baustelle kam.

Da lag seine Frau, die Wäscherin Zuleyhan (36), mit ihrer vollbusigen, brünetten deutschen Kollegin Ute (38) im Ehebett. Die Frauen streichelten sich, küßten sich – lesbische Liebe.

Bahaddin, Sohn eines reichen türkischen Viehhändlers, seit zwei Jahren in Deutschland, schloß die Schlafzimmertür erschrocken. Abends gestand Zuleyhan: „Ich bin von Ute besessen, ich komme von ihr nicht mehr los. Ich bin ihre Sklavin.“ Bahaddin sprach ruhig zu ihr: „Ich kann so was nicht zulassen. Der Koran duldet so etwas nicht.“ Zuleyhan wollte sich bessern.

Der Ehemann: „Ich mußte sogar aus dem Schlafzimmer ausziehen und auf dem Sofa schlafen.“ Auch das nahm er hin, bis Zuleyhan am 17. Dezember 1979 erst um vier Uhr morgens mit ihrer Freundin Ute nach Hause kam, sich nackt auszog und mit einem zärtlichen Kuß von ihr verabschiedete. Da wartete Bahaddin, bis seine Frau im Bett lag, kniete sich auf sie und erwürgte sie. Dann betete er: „Allah, laß sie gesegnet sein“, und rief die Polizei.

Sein Rechtsanwalt Gerhard Prengel vor dem Landgericht Koblenz: „Mein Mandant konnte als Moslem nicht anders handeln. In Sure 16 des Korans steht: Wenn Frauen Unzucht treiben, dann schließt sie in die Häuser ein, bis sie tot sind.“

Bahaddin B. wurde zu viereinhalb Jahren Gefängnis „wegen Totschlages“ verurteilt.

„Sie war in 12 Vereinen. Sie war nie zu Hause. Ich mußte die Kinder hüten und Kartoffeln schälen“

Das Ehetagebuch des Richters, der seine Frau erwürgte

BILD rettet Babys

„Ich wollte meine Kinder abtreiben. Ich habe es nicht getan“. Unter dieser Schlagzeile präsentiert die BILD-Zeitung am 4. Juni zwei glückliche Mütter. Ihren ursprünglichen Entschluß zur Abtreibung haben die beiden Frauen geändert. Von konkreten Beweggründen für diese neue Entscheidung weiß BILD nichts zu berichten. Regina D.: *„Ich konnte es einfach nicht tun“*. Aus diesem Satz spricht das ganze Paket moralischer Bedenken, das viele Frauen immer noch davon abhält, eine Abtreibung durchführen zu lassen, obwohl sie eigentlich kein Kind haben möchten oder können.

Ganz nebenbei spielt BILD auf dieses – besonders von Kirche und Religion genährte – schlechte Gewissen an. Unter einem Photo, das Regina D. mit ihren zwei Kindern zeigt: *„Alexander und Jennifer – ein Geschenk Gottes. Die drei sind glücklich ...' Der liebe Gott hat mir wirklich zwei süße Kinder geschenkt', sagt die junge Mutter“*.

Und darf man ein Geschenk Gottes etwa ablehnen? Durch eine Abtreibung wäre ihr jedenfalls großes Glück versagt geblieben. Sie hat nicht einmal finanzielle Probleme; das Sozialamt zahlt für die drei.

Jede fünfte derjenigen Frauen, die sich jährlich wegen einer Abtreibung an eine Beratungsstelle wenden, ändert laut BILD ihre Meinung. *„20.000 Babys pro Jahr werden so gerettet“*.

Die Wortwahl – „gerettete Babys“ – suggeriert, daß es sich bei einer Abtreibung um einen Eingriff gegen einen kleinen M e n s c h e n handelt. Der Schritt von dieser Aussage zu der Behauptung „Abtreibung ist Mord“ ist klein.

Ein Arzt klärt auf: Selbstmordrate bei Ungeborenen erschreckend hoch

Ein Arzt klärt auf: Selbstmordrate bei Ungeborenen erschreckend hoch

Diese Behauptung nachzuweisen, ist offensichtlich eine Absicht einer mehr als zehnteiligen Serie, die im selben Zeitraum, Ende Mai/Anfang Juni, veröffentlicht wurde: *„Das geheimnisvolle Leben des Babys im Mutterleib“*. Autor dieser Serie ist ein gewisser Dr. Thomas Verny aus Kanada – weit genug entfernt, um eine Überprüfung seiner „wissenschaftlichen“ Ergebnisse beinahe unmöglich zu machen. Es kann hier nicht mit Sicherheit bestimmt werden, ob es sich dabei um einen von BILD erfundenen oder gekauften Doktor, vielleicht auch nur um einen phantasiebegabten Märchenerzähler handelt. Eins ist allerdings sicher: mit medizinischer Wissenschaft hat diese Serie n i c h t s zu tun. In der Medizin längst bekannte Tatsachen werden zu sensationellen Erkenntnissen aufgepeppt und neben neuen angeblichen Forschungsergebnissen präsentiert. Diese basieren auf ominösen, nicht näher beschriebenen Statistiken und Tests oder einfach auf kuriosen Einzelfallschilderungen. Häufige Formulierungen wie *„man weiß heute ...“*, *„heute ist erwiesen ...“* oder *„es gibt heute keinen Zweifel mehr ...“* sollen dem Geschriebenen den Anschein des allgemeinen Anerkanntseins verleihen. Denn Verny steht nicht allein mit seinen Erkenntnissen: *„Aus Gesprächen mit Kollegen weiß ich, daß es Tausende von Beispielen gibt. Sie werden nur deshalb nicht bekannt, weil die Ärzte Angst haben, sie könnten als abergläubisch oder unwissenschaftlich gelten“*.

Diese Ängste scheinen Dr. Thomas Verny nicht zu plagen. Und BILD ist es nur recht. Man läßt den Mann im weißen Kittel erzählen – allein sein Doktortitel verleiht ihm Seriosität und Objektivität – und erspart sich so den nackten moralischen Zeigefinger, dessen Absichten für Leser

sein Doktortitel verleiht ihm Seriosität und Objektivität – und erspart sich so den nackten moralischen Zeigefinger, dessen Absichten für Leser

und Leserinnen viel leichter durchschaubar wären.

Am 26. Juni geht es um die Frage: *„Wann fängt menschliches Leben an?“* Die Antworten: *„Frauenärzte und auch Naturwissenschaftler (Biologen) sagen: ... etwa am 12. Tag nach der Empfängnis.*

Juristen sagen: In dem Augenblick, in dem eine Frau sicher sein kann, daß sie schwanger ist ...

Theologen sagen: Nach dem 13. Tag der Befruchtung. Denn bis zum 13. Tag besteht noch die Möglichkeit, daß ... sich Zwillinge bilden, also individuelles Leben erst dann entsteht.

Der Gesetzgeber weicht dieser Frage aus. Er hat nur geregelt, ab wann eine Abtreibung strafbar ist“.

Natürlich gibt es sowohl Ärzte und Biologen als auch Juristen und Theologen, die die Auffassung ihrer hier zitierten anonymen Kollegen nicht teilen. Doch diese werden der Einfachheit halber gar nicht erst erwähnt. So erweckt BILD den Eindruck, sämtliche Autoritäten seien in dieser Frage prinzipiell einer Meinung. Sie setzen alle den Beginn menschlichen Lebens sehr früh an, so frühzeitig, daß eine Abtreibung kaum noch möglich ist, ohne sie als Vernichtung menschlichen Lebens, also Mord zu bezeichnen. Einzig und allein der Gesetzgeber, der schließlich die Entscheidung über Leben und Tod der „kleinen Menschenleben“ in Händen hält, macht eine Ausnahme. Er hat laut BILD nicht etwa zu anderen Schlüssen gefunden als die erwähnten fachkundigen Vertreter, nein, er ist der Frage ausgewichen. Und warum scheut man sich vor einer Frage? Weil sie unangenehm ist und die Antwort nicht ins Konzept paßt. Mit anderen Worten: Auch der Gesetzgeber hätte sich bei einer Beantwortung nur den zitierten Wissenschaftlern anschließen können; eine Freigabe der Abtreibung bis zum 3. Monat wäre dann allerdings nicht legal gewesen.

In der Hauptsache beschäftigt sich Dr. Thomas Verny nicht mit dem „B e g i n n menschlichen Lebens“, sondern mit dem Dasein des weiter entwickelten Embrios, der nach seinen Darstellungen bereits eine *„eigene unverwechselbare Persönlichkeit“* hat (7.7.), im Mutterleib.

Es geht ihm vorrangig um den Nachweis, daß das Wesen eines Menschen bereits im Mutterleib in den wesentlichen Zügen geprägt wird. *„Natürlich wird ein Mensch von Vererbung, Erziehung, von seinen Spielkameraden und Liebespartnern geprägt. Aber ob er optimistisch oder pessimistisch wird, aufgeschlossen oder scheu, mitteilsam oder verschlossen,* das wird ihm im Mutterleib mitgegeben“ (25.6., Hervorh. im Original).

Allein die Mutter trägt somit die Verantwortung für die grundsätzliche Lebenseinstellung des Kindes. Die Entbindung des Mannes und der Gesellschaft insgesamt von der Verantwortung gegenüber den Kindern wird zur nicht hinterfragbaren Folge medizinisch-biologischer Tatsachen erklärt.

Welch tiefgreifenden Einfluß das Verhalten der werdenden Mutter ausübt, schildert Verny anhand von Beobachtungen während seiner Forschungen: Das Baby Kristina war

übt, schildert Verny anhand von Beobachtungen während seiner Forschungen: Das Baby Kristina war

zwar völlig gesund, weigerte sich allerdings, an der Brust seiner Mutter zu trinken. Ursprünglich hatte diese abtreiben wollen. Für den behandelnden Professor Freybergh – übrigens ein Gynäkologe *„von internationalem Ruf“* – war alles klar: *„Das Ungeborene hatte die Ablehnung der Mutter schmerzlich gespürt ... Jetzt ... war es fest entschlossen, die Mutter im Stich zu lassen“* (29.6.).

Frau Anne Miller erlitt sogar eine Fehlgeburt, obwohl sie völlig gesund war. Ihr Mann hatte sie verlassen. Dr. Albert Liley ist überzeugt, daß das Baby *„S e l b s t m o r d“* begangen hat (30.6., Hervorh. v. Verf.).

Im Gegensatz dazu ein anderer Fall: Maria war lebensgefährlich erkrankt und hatte große Sorgen, wie sie ihr Kind allein ernähren sollte, trotzdem brachte sie eine gesunde Tochter zur Welt. An Abtreibung hatte sie nie gedacht (1.7.).

Dr. Verny kommt zu wahrhaft gewagten Schlußfolgerungen. *„Das Verblüffende daran ist: Das Baby im Mutterleib kann unterscheiden, ob diese Angst direkt mit ihm zu tun hat (wie Ablehnung der Schwangerschaft) oder ob es eine Angst ist, die nicht direkt mit ihm zu tun hat: Wohnungs- und Geldsorgen zum Beispiel“* (30.6.).

Zweifel an diesen Fähigkeiten des Embrios kann es nicht geben, denn *„weil das Ungeborene ein Mensch ist, versucht es den Sinn des Ereignisses zu erkennen“* (29.6.).

Es soll hier nicht verneint werden, daß die Einstellung der Frau zu Schwangerschaft und Kind wesentliche Bedeutung für die Entwicklung des Kindes hat, doch die „Erkenntnisse“ des Dr. Verny halten nicht einmal minimalsten wissenschaftlichen Anforderungen stand. Man könnte sie schlichtweg als absurde Meditationen abtun, müßte man nicht ihre Auswirkungen auf tausende von Leserinnen berücksichtigen.

„Ich wollte meine Kinder abtreiben. Ich habe es nicht getan“

Alexander und Jennifer – ein Geschenk Gottes

Die drei sind glücklich: Regina (22) mit Sohn Alexander und Tochter Jennifer. „Der liebe Gott hat mir wirklich zwei süße Kinder geschenkt“, sagt die junge Mutter.

Fortsetzung auf nächster Seite

„Der Schlüssel zu unserem Leben liegt in der Hand unserer Mütter"

Eine Frau erfährt gesellschaftliche Anerkennung als Frau nur, wenn sie die ihr zugedachte Rolle als Mutter, Ehe- und Hausfrau optimal erfüllt. Von klein auf für diese Rollen dressiert, haben Frauen die aufgestellten Normen soweit verinnerlicht, daß sie sich selbst daran messen. Ihr Selbstbewußtsein ist abhängig von der gelungenen bzw. mißlungenen Anpassung an diese Normen. Dieser Zustand wird von BILD schamlos ausgenutzt. Jeder Frau, die auch nur im geringsten an der Annahme ihrer Mutterrolle zweifelt, wird hier ein schlechtes Gewissen eingeredet, ohne die sozialen Bedingungen, die zu diesen Zweifeln führen, in Betracht zu ziehen. Mehr noch: den sozialen Aspekten – finanzielle und Wohnungssituation – wird jegliche Bedeutung abgesprochen. Übergangen wird hiermit, daß es, neben anderen, häufig materielle Gründe sind, die eine Frau dazu bewegen, an Abtreibung zu denken, daß dieses also sehr wohl Probleme sind, die direkt mit dem Kind zu tun haben.

Nicht nur für die Einstellung der Mutter, auch für die Entwicklung des Kindes spielen die sozialen Grundlagen laut Verny höchstens eine untergeordnete Rolle: *„Heute weiß man, daß weder das Einkommen noch die Bildung der Eltern das wichtigste für ein Baby sind"* (7.7.). Nun würde auch kaum jemand behaupten, daß diese Voraussetzungen allein für ein Baby das wichtigste sind. Verny schafft es, indem er gegen eine nicht relevante extreme Ansicht argumentiert, die gesellschaftlichen Faktoren, die das Leben eines Kindes beeinflussen, vollends in den Hintergrund treten zu lassen. Wichtig allein sind Liebe und Aufopferungsbereitschaft der Mutter. Hierbei handelt es sich – so läßt sich aus Vernys Bericht schlußfolgern – um individuelle Fähigkeiten und Eigenschaften, die abhängig sind vom guten oder schlechten Charakter der Frau und Mutter. Wen stört es schon, daß zum Beispiel eine Frau, die neben einem 8-Stunden-Tag in der Fabrik auch noch Haushalt, Mann und Kinder versorgen muß, die zu wenig Geld und zu viele Probleme hat, kaum noch Energie und Zeit besitzt, um ihren Kindern mit Liebe und Geduld begegnen zu können.

BILD will nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern, die es vielen Frauen so schwer machen, Kinder zu bekommen und zu haben. Die Frauen sollen – ungeachtet der miserablen Bedingungen – als Gebärmaschinen und Erzieherinnen funktionieren.

Die „Erkenntnis", daß der Mensch in erster Linie durch seine Erfahrungen im Mutterleib geformt wird und nicht durch soziale Bedingungen, kommt dem BILD-Doktor nebenbei für einen weiteren Zweck zupaß. Endlich, endlich ist eine Erklärung gefunden, warum es Frauen gibt, die sich dem Manne nicht willig unterwerfen: Es war einmal eine *„30-jährige Frau, die Männern gegenüber unerklärlich* (? – die Verf.) *angriffslustig war. Eine Kleinigkeit genügte, ein falsches Wort von ihm, und die Frau bekam Wutanfälle, drei Verlobungen waren zerbrochen"*. Die arme Frau, sie muß an einer schrecklichen Krankheit gelitten haben. Ihr Arzt versetzte sie in Hypnose und siehe da – plötzlich erinnerte sie sich an ihren Zwillingsbruder, der sie im Mutterleib in die Seite geboxt hatte. *„Dieser Schmerz setzte sich als Zorn auf alle Männer fest"*. Leider konnte der Doktor sie in 14 therapeutischen Sitzungen *„heilen"*. Sie ist heute glücklich verheiratet (8.7.).

Im folgenden zitiert Verny einen Dr. Rottmann, der die Frauen auf der Grundlage „psychologischer Tests" in vier Gruppen unterteilt (1.7.):

„1. **Die idealen Mütter.** *Sie bejahten bewußt ihre ungeborenen Kinder ... Ihre Kinder waren körperlich und seelisch am gesündesten"*.

Für eine unkomplizierte Schwangerschaft und Gesundheit der Kinder braucht es halt nur die richtige Einstellung ...

„2. **Die zwiespältigen Mütter.** *Sie schienen äußerlich glücklich über die Schwangerschaft, lehnten sich aber insgeheim gegen ihren Zustand auf. Überdurchschnittlich viele ihrer Kinder kamen mit Verhaltens-, Magen- und Darmstörungen auf die Welt"*.

„3. **Die gleichgültigen Mütter.** *Sie nahmen ihr Kind in Kauf, fühlten sich aber durch die Schwangerschaft behindert, weil ihnen finanzielle Wünsche oder Karriere wichtiger waren. Überdurchschnittlich viele ihrer Kinder waren nach der Geburt schlafsüchtig und teilnahmslos"*.

Bezeichnend, daß in diesem Zusammenhang nicht der Begriff „Beruf" gewählt wurde, sondern „Karriere". „Beruf" wird verbunden mit Broterwerb und ist somit lebensnotwendig. Karriere zu machen – hierzu ist kein Mensch gezwungen; damit verbindet man (oft gefühlloses) Geld- und Machtstreben. Eine Frau, die Geld- und Karrierewünsche nicht zugunsten ihres Kindes hintenanstellt, diese Wünsche sogar höher bewertet als das Wohlergehen ihres Babys, ist nach herrschenden gesellschaftlichen Normen moralisch zu verurteilen.

„4. **Die kalten Mütter.** *Sie lehnten das Kind ab. Manche hatten mit dem Gedanken an eine Abtreibung gespielt oder sie versucht. Diese Frauen hatten die größten medizinischen Komplikationen ... und seelisch gestörte Kinder"*.

Gute Gründe, seien es persönliche oder soziale, das Gebären und Aufziehen von Kindern abzulehnen, gibt es nicht. Es gibt nur Frauen, die zu gefühlskalt sind, um das höchste Glück auf Erden mit Freuden zu empfangen! Angesichts dieser Moral kann eine Frau nicht selbst entscheiden, ob sie ein Kind möchte oder nicht, ohne sich gesellschaftlicher Ächtung auszusetzen. Sie hat kein Recht auf Selbstbestimmung.

BILD appelliert an die bundesdeutschen Frauen: Seid bereit, Kinder zu gebären, vergeßt eure eigenen Wünsche und Ziele, widmet eure ganze Liebe und Aufmerksamkeit euren Kindern. Männer, gebt acht, daß eure Frauen dieser großen Aufgabe gerecht werden. Denn: **„Der Schlüssel zu unserem Leben liegt ganz in der Hand unserer Mütter"** (8.7.).



Die Machtergreifung der Frauen

Was hält „Bild" von Emanzen?

BILD hat nicht übersehen, daß mehr und mehr Frauen dem Manne den bedingungslosen Gehorsam verweigern, und widmet sich dieser Veränderung auf verschiedenste Weisen.

Eine Umfrage des Allensbacher Institutes unter 2000 jungen Frauen und Männern ergab, daß heute mehr Frauen berufstätig sind, sich für Weiterbildung interessieren oder eine Betätigung außerhalb des Haushaltes suchen als im Jahre 1953. Die Berufstätigkeit der Männer, ihr Interesse an Weiterbildung ist dagegen laut Allensbach rückläufig. Und während sich heute fast doppelt so viele Männer wie vor 28 Jahren ab und zu langweilen, blieb die Zahl der gelangweilten Frauen konstant (22.5.).

Hilfe! Das Matriarchat kommt!

„BILD am SONNTAG"-Redakteur Schmitt-Hausser gerät in Panik: *„Irgend etwas muß da schief gelaufen sein. Denn in diesen Tagen schickt sich die Gehilfin an, Meister zu werden. Sie will nicht mehr ‚um' den Menschen alias Mann sein, sondern ‚über' ihm"*.

Schmitt-Hausser schreibt nicht: Die Frauen haben es satt, unter dem Manne zu stehen, sondern: sie lehnen es ab, um den Mann zu sein. Aus einer (angeblich) gleichberechtigten Position wollen sich die Frauen demnach über den Mann erheben. (Es scheint in diesem Zusammenhang einer besonderen Betonung zu bedürfen, daß es sich beim männlichen Geschlecht nicht um Unmenschen, sondern um Menschen handelt).

Schmitt-Hausser stellt die bange Frage: *„Sind wir wirklich auf dem Weg zur Herrschaft der Frauen? Sind Männer abgemeldet?"* Keine Angst, meine Herren, ihr behaltet die Hosen an!

Sehr reiche Männer können sich ebenso wie besonders arme glücklich preisen. Denn während die Frauen der einen angesichts ihrer materiellen Vorteile gerne zurückstecken, sind die mitverdienenden Frauen der anderen abends genauso abgeschlafft wie ihre Ehemänner. Gefährlich aber ist *„die selbstbewußte berufstätige Frau, der der Beruf an sich Befriedigung bietet ... Sie verwirklicht sich im Beruf, schafft es trotzdem, Kinder und Haushalt zu haben, will das auch.*

Auf wessen Kosten? Offenbar auf Kosten der Männer, die außer ihrem Beitrag zum Lebensunterhalt der Familie (meist noch der überwiegende Beitrag!) immer mehr auch für Kinderhaltung und Haushaltsführung in die Pflicht genommen werden".

Hier schwingen mehrere Behauptungen mit:

– Eine (Mittelstands-) Frau verwirklicht sich im Beruf, hat davon also einen ganz persönlichen Vorteil. Ihr Mann dagegen steht im Berufsleben, um seine Familie zu ernähren; von seiner Verwirklichung im Beruf ist nicht die Rede.

– Es ist unfair, einem Mann, der den überwiegenden Beitrag zum Familieneinkommen leistet, Hausarbeit abzuverlangen. Es läßt sich heraushören, das höhere Einkommen der Männer sei auf härtere Arbeit zurückzuführen. Tatsache ist dagegen, daß Frauen heute für die gleiche Arbeit häufig schlechter bezahlt werden als Männer.

– Es ist der ausdrückliche Wille der Frau, sich sowohl um den Beruf als auch um Haushalt und Kinder zu kümmern, während der Mann zu letzteren Tätigkeiten gezwungen („in die Pflicht genommen") wird. Da diese unterschiedliche Einstellung selbstverständlich und unerklärt stehen bleibt, kann nur geschlußfolgert werden, daß dieser kleine Unterschied von Natur aus gegeben ist.

Headline der Reportage: *„Die Machtergreifung der Frauen. Kein Wunder, daß die Männer abschlaffen"*. Die Ergebnisse der Allensbach-Untersuchung besagen laut BILD vom 22. Mai nichts weiter, als daß heute mehr Frauen im Berufsleben stehen, sich für Weiterbildung und Politik interessieren als 1953, während bei den Männern die Tendenz rückläufig ist. Die Frauen haben die Männer noch nicht einmal „eingeholt". Berufstätigkeit hat an sich auch noch nichts mit Macht zu tun, doch „BILD am SONNTAG" sieht es schon kommen – das „Matriarchat". Die Untersuchung sagt nichts aus über die gesellschaftlichen Ursachen dieser Entwicklung; zumindest weiß BILD darüber nichts zu berichten, stellt einfach in freier Interpretation einen ursächlichen Zusammenhang zwischen einer angeblichen Machtergreifung der Frauen und einem angeblichen Abschlaffen der Männer her.

Der Ausgewogenheit halber läßt die „BamS" auch eine Frau zu Wort kommen. Elisabeth Fischer wundert sich über *„dieses Geschrei: ‚Frauen wollen Männer beherrschen!'"* und meint: *„Nein! Keine vernünftige Frau, die stolz auf das Erreichte ist ... will wirklich über den Mann triumphieren. Aber endlich als gleichwertig anerkannt werden, das wollen wir"*. Die Beherrschung der Frauen durch die Männer gehört zum täglichen Leben; ein Mann der es nicht versteht, über Frauen zu triumphieren, geht das Risiko ein, als Waschlappen abgetan zu werden. Eine Frau, die gleiches anstrebt, ist dagegen „unvernünftig." Merke: Wenn zwei das gleiche wollen, ist es noch lange nicht dasselbe. Nur gut, das Frau Fischer uns mit einer näheren Definition ihres Verständnisses von Gleichberechtigung verschont.

Eine Sensation ist das Ergebnis der Allensbach-Umfrage ihres Erachtens nicht. *„Denn Frauen haben doch längst bewiesen, daß sie genauso leistungsfähig wie Männer sind"*. Die Frau soll etwas leisten, möglichst das Doppelt- und Dreifache wie ihre männlichen Kollegen, dann hat sie ein Recht auf Anerkennung. Die Allensbach-Leiterin Noelle-Neumann meint, die *„Doppelbelastung (Haushalt/Beruf) habe die Frau gegenüber dem Mann so stark gemacht"* (22.5.) Immer wieder hält die Natur kleine Wunder für uns bereit: während Frauen durch Doppelbelastung erstarken, schlaffen die Männer durch diese Arbeit ab. Wir Frauen sollten davon absehen, die Hausarbeit auf die Männer abzuwälzen – hier liegt der Schlüssel für unsere Stärke.

Im selben Artikel wird eine Frau Ministerialdirigentin vorgestellt: *„Sie ist ein Beispiel, wie Frauen Männer überrunden. Sie schafft Haushalt und Beruf."* Daß Frauen weitaus mehr leisten müssen als Männer, um dasselbe Maß an Anerkennung zu erfahren, ist eine Tatsache, allerdings eine unzumutbare. BILD erhebt diese Ungerechtigkeit zum lobenswerten Prinzip.

Hausarbeit gefährdet schwache Männerherzen

Die Methoden, mit denen Frauen am Herd gehalten werden sollen, sind vielfältig. „BILD am SONNTAG" schmeichelt: *„Nur wenige von Ihnen, verehrte Damen, werden sich wohl darüber im klaren sein: Die deutsche Hausfrau stellt den größten Wirtschaftsfaktor unseres Landes dar!"* (7.6.). Gemeint ist: Über die Hälfte bundesdeutscher Waren und Dienstleistungen gehen durch die Hände von Hausfrauen. Die Überschrift macht mehr daraus: **„Hausfrauen – Deutschlands stärkste Wirtschaftsmacht"**. Wer keine Macht hat, soll wenigstens glauben, er hätte welche.

Die BILD-Zeitung vom 3. Juli appelliert auf der ersten Seite an die Fürsorglichkeit der Ehefrau: *„US-Ärzte warnen: Vorsicht Männer, Herztod droht durch Hausarbeit"*. Die Infarktgefährdeten, *„das sind all diejenigen, die von ihrer Frau zur Hausarbeit angehalten werden, obwohl sie eigentlich ihre Ruhe haben wollen"*. Welch ein Glück für die bundesdeutschen Haushalte, daß die Frauen nicht so ein intensives Ruhebedürfnis haben.

Wenige Tage später (6.7.) weiß BILd von einem *„Riesenstreit"* in *„tausenden deutschen Familien"* (über den BILD-Artikel) zu berichten und veröffentlicht eine Auswahl von Leserbriefen. Die meisten Briefeschreiber zeigen sich erleichtert, weil sie nun *„wenigstens guten Gewissens nein sagen"* können. Und BILD freut sich: *„Viele Hausfrauen haben sogar Verständnis für ihre Männer"*. BILD selbst hält sich heraus aus dem Familienstreit, läßt seine Leser und Leserinnen sprechen, hat sich aber selbstverständlich und ohne ausdrückliche Betonung vorbehalten, Auswahl und Kürzung der Zuschriften vorzunehmen – und bringt auf diese Weise eine bestimmte Meinung unter die Bevölkerung, ohne sich gleich die Feindschaft von Teilen der Leserschaft zuzuziehen.

Einen BILD-Kommentar zu diesem Thema durfte Ursula Krone-Appuhn, CSU-Bundestagsabgeordnete, schreiben. *„Da kann es doch auch den Herren nicht schaden, wenn sie abends einmal eine Viertelstunde zum Staubsauger greifen. Aufräumen darf nicht allein der Frau aufgebürdet werden"*. Ein Viertelstündchen nur, meine Herren, mehr verlangen wir Frauen ja gar nicht! Hausarbeit an sich ist zwar immer noch Sache der Frau, aber beim Aufräumen könnten Sie ruhig mal helfen. Dagegen hat auch die BILD-Redaktion nichts einzuwenden. Sie stellt zwei Extreme gegenüber: auf der einen Seite die selbstbewußte berufstätige Frau, die ihren Mann ständig zur Hausarbeit zwingt; auf der anderen Seite ein Ärzte-Team und Leserbriefschreiber, die jegliche Hilfe im Haushalt ablehnen. Als Lösung wird – über den Kommentar der CSU-Abgeordneten – ein „Kompromiß in der Mitte" vorgeschlagen, der aber am Prinzip – „Hausarbeit ist Frauensache" – festhält. Um die Bewahrung dieses Grundsatzes geht es letztendlich, nicht um eine Viertelstunde Staubsaugen. Auch in Zukunft sollen die Männer von der Bürde unbezahlter und damit gering geschätzter Hausarbeit verschont bleiben. BILD spricht sich zur Zeit nicht gegen die Berufstätigkeit von Frauen aus, verlangt allerdings, daß die Versorgung von Haushalt und Familie durch die Frau zusätzlich reibungslos funktioniert. Deshalb wird im Kommentar der Frau Krone-Appuhn hervorgehoben: *„Ich tue zwei Drittel mehr als mein Mann"*.

Um den Frauen, die aufgrund verbreiteter Berufstätigkeit mehr und mehr eine Beteiligung ihrer Männer an der Hausarbeit fordern, entgegenzutreten, bedient die BILD-Zeitung sich nicht offener, direkter Tadel und Aufforderungen. BILD läßt andere, vornehmlich Wissenschaftler zu Wort kommen, deren „Forschungsergebnisse" die Frauen geradezu zwingen, zu Heim und Herd zurückzukehren, wenn sie nicht schwerwiegende Folgen (z.B. schlaffe und tote Ehemänner) in Kauf nehmen wollen. Gleichzeitig macht BILD die Hausarbeit schmackhaft, indem sie deren angebliche Vorteile (z.B. Stärkung der Frau) aufzählt.

„Frau Präsident – warum denn nicht?"

Niemand sollte deshalb denken, BILD hänge an überholten Rollenvorstellungen. *„Frau Präsident – warum denn nicht?"*, heißt es am 21.4. zur anstehenden Wahl des Bundespräsidenten. *„Es wäre fabelhaft, wenn wir das alle für selbstverständlich halten würden... Frau oder Mann? Das*

Fortsetzung auf nächster Seite

3 Frauen waren ganz oben 2 stürzten — Warum?

[redacted]

213181



Sherry Lansing: Sie schaffte es, weil sie Härte mit Charme verkleidet

● Sherry Lansing (34) wurde mächtige Präsidentin der Hollywood-Filmgesellschaft „20th Century Fox" — sie ist es immer noch, mit Erfolg.

Verhandlungspartner bescheinigen ihr „Pfiffigkeit, Härte und Sachkenntnis — mit Charme verkleidet". Die „eiserne Präsidentin" ist Flirts nicht abgeneigt — es soll da eine Affäre mit Ted Kennedy (49) gegeben haben.

Aber Sherrys Prinzip ist: „Ich würde nie etwas mit einem Mann anfangen, mit dem ich zusammenarbeiten muß. Dienst ist Dienst, Schnaps ist Schnaps."

rb. New York, 2. März

Die Frauen jubelten, die Männer zeigten Respekt: Drei Amerikanerinnen erklommen letztes Jahr Spitzenpositionen, die bis dahin Männern vorbehalten waren — Sessel in Chefetagen von Film und Fernsehen und in einem riesigen Konzern. Aber nur eine behielt ihren Posten, zwei stürzten. Lesen Sie hier, warum:

M. Cunningham: Sie stürzte, weil ihre Karriere übers Bett ging



● Mary Cunningham (29) machte übers Bett ihres Freundes Karriere: William M. Agee (45) ist Vorstandsvorsitzender des Bendix-Konzerns (Autoteile und -zubehör, acht Milliarden Mark Umsatz). Die hübsche Mary überredete ihn, sie zu seiner Vizepräsidentin zu machen.

Die Arbeit aber bekam sie nicht in den Griff, sagte bei jeder Gelegenheit: „Ich bin doch die Freundin von Mr. Agee." Bis er sie rauswarf.

Ein Mitarbeiter: „Sie hat einer nicht bedacht — daß sich Frauen auch die Karriereleiter heraufschlafen können." Auf dem Vizesessel sitzt wieder ein Mann.

Jane Pfeiffer: Sie stürzte, weil sie brutaler als jeder Mann war



● Jane Pfeiffer (47) wurde Präsidentin des TV-Riesen NBC. Ein Untergebener: „Sie war schlimmer als jeder Mann, versuchte, Gehorsam zu erzwingen."

Eines aber hatte sie wohl übersehen: Empfohlen hatte sie für den Posten Finanz-Chef Fred Silverman. Er benutzte den Wirbel um ihre Ernennung, um riskante Geldmanöver zu vertuschen. Aber: Sie war seine Chefin und wurde für alle Fehler zur Rechenschaft gezogen, die er machte.

Der NBC-Vorstand legte Jane Pfeiffer nahe, lieber zu gehen. Sie tat's, an ihrem Schreibtisch sitzt wieder ein Mann.

Fortsetzung von voriger Seite

ist doch gar nicht die Frage. Die Frage ist: Wer leistet mehr? Das kann ein Mann sein – aber genauso gut eine Frau. Nur Mut, meine Damen". So weit, so gut ... Was BILD dann allerdings aus Frauen macht, die den Weg „nach oben" geschafft haben, läßt sich beispielhaft an einem Bericht über drei Amerikanerinnen in Spitzenpositionen sehen (2.3.): Zwei von ihnen *„stürzten"*. Die eine, *„weil sie brutaler als jeder Mann"* war. Einziger Beweis: die Aussage eines Untergebenen, der sich zum Gehorsam gezwungen sah. Die andere stürzte, *„weil ihre Karriere übers Bett ging"*, sie die Arbeit aber nicht in den Griff bekam. Die dritte schaffte es, *„weil sie Härte mit Charme verkleidet"*. Merke zum zweiten Mal: Wenn zwei das gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe. Männer müssen hart sein. Bei Frauen wird ähnliches Verhalten „Brutalität" genannt; sie haben in erster Linie ihren Charme hervorzukehren.

Charme und Gefühl sind ebenso elementare Begriffe der Weiblichkeit wie die Liebe zur Hausarbeit. Frauen dürfen viel, wenn ihre Leistungen zum wirtschaftlichen Wachstum beitragen, aber an diese Grundsätze müssen sie sich halten.

Frauen bekennen: „Ich bin kein Männerfeind!"

Frauen dürfen sogar das Eheleben ablehnen, ohne an Anerkennung zu verlieren. In einer Serie *„Schönes Mädchen – so allein?"* stellt BILD junge, unverheiratete Frauen vor. Sie alle kommen zwar allein zurecht, äußern hier und da Kritik an den Männern, aber im Grunde ihres Herzens warten sie doch auf ihren Traumprinzen. Schließlich sind sie ja keine Männerfeinde! *„Damit erst gar kein falscher Zungenschlag aufkommt: Cornelia will ‚keine zickige Emanze' sein... und hatte über Jahre einen festen Freund". – „Ein Männerfeind, unsere Christa aus Franken? Nein, gar nicht. Aber im Augenblick stören die Herren noch bei großen Plänen"* (21.5., Hervorh. v.d.Verf.). Allein leben – ja, aber nur vorübergehend und nur solange, wie die Liebe zum männlichen Geschlecht bewahrt bleibt.

Männer dürfen da mit Frauen ganz anders umspringen. Eine Woche später folgt eine ähnliche Serie: *„Mann in den besten Jahren noch frei"*. Die männlichen „Singles" werden nicht befragt, ob sie etwa Frauenfeinde seien, dürfen stattdessen Frauen generell zu Schlampen u.ä. erklären – *„Sie sind unordentlich"* (23.5.) – und als Gebrauchsartikel betrachten, die man *„abschafft"* (29.5.), wenn mann sie nicht mehr braucht. Und wo die befragten Männer nicht dreist genug sind, hilft der BILD-Reporter selbst nach: *„Er ist zu höflich, es auszusprechen: Da waren ihm die Frauen über"* (29.5.).

Auch Frauen, die sich ausdrücklich gegen die Unterdrückung durch den Mann zur Wehr setzen, finden lich gegen die Unterdrückung durch den Mann zur Wehr setzen, finden manchmal Beachtung. Die Teilnehmerinnen einer Demonstration anläßlich der Walpurgisnacht 1981 wurden in sexistischer Manier lächerlich gemacht: *„Um allen deutlich vor Augen zu führen, was den Damen so die Nächte raubt, trugen sie einen Penis aus Pappe spazieren. Er war riesengroß und gelb wie eine Banane"* (2.5.). Der verantwortliche Journalist kann es offensichtlich nicht ertragen, daß Frauen seinem Männlichkeitssymbol mit Gleichgültigkeit oder Ablehnung begegnen, und muß dies kompensieren, indem er selbst anläßlich einer derartigen Demonstration auf die angebliche Fixiertheit der Frau auf den Penis anspielt.

Das eigentliche Anliegen der Frauen-Demonstration wird völlig verdreht: *„Eigentlich wollten die keuschen Damen mit den Besenstielen auf der Reeperbahn auch noch die Mädchen aus den Peep-Shows bekehren. Aber daraus wurde nichts. Zu viele Polizisten. Immer diese Männer..."*

Frauen, die sich gegen die Ausbeutung des weiblichen Körpers auflehnen, sind keusch oder prüde. Die Mädchen aus den Peep-Shows sehen das anders; es ist ein sinnloses und lächerliches Unterfangen, sie bekehren zu wollen (einmal abgesehen davon, daß eine solche Bekehrung **n i c h t** das Ziel der Demonstrantinnen war), denn diese Frauen sind nicht so prüde und verbissen, sie stehen ihrer Arbeit positiv gegenüber. Daß die Frauen von einer Überzahl Polizisten an ihrem Vorhaben gehindert werden, ist wiederum Anlaß zu einem zynischen Schmunzeln. Damit nicht weitere Frauen auf die Idee kommen, sich diesen männerhassenden Emanzen anzuschließen, wird eine ernsthafte Auseinandersetzung tunlichst vermieden, die Frauen werden schlicht lächerlich gemacht. Denn sie machen einen Fehler. Sie geben sich nicht mit punktuellen Unmutsäußerungen zufrieden; sie rütteln an den Grundfesten der herrschenden Rollenverteilung.

Die BILD-Zeitung — Das Gewissen der Frau

Bei Zusammenfassung der oben untersuchten Aussagen erhält man folgendes **I d e a l b i l d** einer Frau: Sie muß sich dem Manne unterordnen, ihm treue Geliebte und dienende Hausfrau sein, ständig bereit, sich für Kinder aufzuopfern. Unter der Voraussetzung, daß sie diese Aufgaben zufriedenstellend erfüllt, darf sie zusätzlich einer Berufstätigkeit nachgehen. Will sie hier Anerkennung finden, muß sie ihre Fähigkeiten durch besonders hohe Leistungen unter Beweis stellen. Bei all dem soll sie ihren Charme ebenso bewahren wie ihre Gefühlsbetontheit.

Leistet sie sich grobe Verstöße gegen diese Regeln, wird sie als Aussätzige behandelt, darf der Mann sie gewaltsam zur Erfüllung ihrer Rolle zwingen.

Dieses Idealbild gleicht jenem, das die faschistische Ideologie „Wesen" der Frau zeichnet. Und ebenso, wie es Merkmal faschistischer Theorie und Praxis ist, Opfer die dafür, daß sie gequält und gedemütigt werden, auch noch zu verhöhnen, ist dies ein Merkmal der BILD-Berichterstattung über Vergewaltigungen und Morde an Frauen.

Unweigerlich stellt sich hier die Frage, warum so viele Leserinnen noch immer an ihrer täglichen Lektüre hängen, warum sie dieses Blatt nicht längst zum Teufel gewünscht haben, zumal das oben beschriebene Frauenbild in den letzten Jahren eine Aufweichung erfahren hat. Doch die jahrzehntelange Erziehung hat ihre Spuren hinterlassen. Die meisten Frauen begreifen die herrschenden Vorstellungen – zumindest in groben Zügen – nicht als Diskriminierung, sondern als natürliche Werte; eine Verweigerung aus den verordneten Pflichten geht wohl bei kaum einer Frau – wird sie überhaupt vollzogen – ohne schlechtes Gewissen vonstatten. Für diejenigen Frauen, die ihre Rolle weitgehend akzeptieren, bietet BILD lediglich eine Bestätigung bzw. Verstärkung ihrer moralischen Ansichten; für diejenigen, die beginnen, Zweifel zu hegen, spielt sie kontrollierendes Gewissen. Interessant ist in sichten; für diejenigen, die beginnen, Zweifel zu hegen, spielt sie kontrollierendes Gewissen. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Aussage einer 1965 angefertigten „Qualitativen Analyse" der BILD-Zeitung, die vom Springer-Konzern selbst in Auftrag gegeben wurde: *„Unter diesem Aspekt übernimmt BILD voll und ganz Rolle und Funktion einer Persönlichkeitsinstanz, die als ‚Über-Ich' elterliche Autorität und die Ansprüche der Gesellschaft im Individuum repräsentiert und gegen die egoistischen Ansprüche des Individuums durchzusetzen hat".* Nun ist dieses „Über-Ich" oder „schlechte Gewissen" eine Instanz, der zwar häufig Auflehnung und Protest entgegengebracht wird, aber selten totale Ablehnung, da sie für die Mehrheit der Bevölkerung als richtig anerkannte Prinzipien repräsentiert. Der einzelne Mensch – in diesem Falle die Frau – hat diesen Grundwerten keine grundsätzlich andere Meinung entgegenzusetzen, sondern lediglich „egoistische Wünsche". Dieser Logik folgend ist die Berichterstattung der BILD-Zeitung keineswegs empörend, sondern begrüßenswert, weil sie über eine Ausuferung egoistischer Wünsche und Verhaltensweisen wacht.

Doch ruht sich die BILD-Zeitung auf diesen ihr entgegenkommenden Bedingungen keineswegs aus. Sie hat eine Bewußtseinsveränderung vieler Frauen durchaus registriert und versucht, auf diesen Wandel zu reagieren. Dabei beharrt sie nicht trotzig auf althergebrachten Traditionen.

Nein, grundsätzlich ist auch BILD für Gleichberechtigung. Kommentare, die betonen, nicht Geschlecht, sondern Leistung seien der Maßstab für die Bewertung eines Menschen, finden sich nicht selten in diesem Blatt. Auf der anderen Seite stehen allerdings viele Einzelbeispiele, die diesen Gleichberechtigungsgedanken sofort wieder in Frage stellen: Eine Frau, die sich „nach oben gebumst", aber keine Ahnung vom Fach hat, eine Mutter, die sich **n u r** um die Karriere, aber **g a r n i c h t** um die Kinder kümmert, eine Ehefrau, die ihren berufstätigen Mann dazu zwingt, den Haushalt **v ö l l i g a l l e i n** zu versorgen ...

BILD verzerrt die Sachverhalte (gehen wir einfach davon aus, daß sich in diesen Geschichten wenigstens das berühmte Körnchen Wahrheit finden läßt) soweit, daß sie zu **e x t r e m e n** Ansichten und Handlungen verkommen, die **s o** von niemandem vertreten werden. Indem Probleme von Müttern, die sich um eine Verbindung von Kind und Beruf bemühen, überhaupt nicht erwähnt werden, entzieht sich BILD einer differenzierten Diskussion. Die gegen die „rücksichtslosen Mütter" hervorgerufene Empörung erschlägt gleichzeitig **j e d e n A n s a t z** einer Herauslösung der Frau aus der totalen Mutterpflicht. Keine Frau wird sich mit der dargestellten „kalten Mutter" oder der „brutalen Vorgesetzten" identifizieren; insofern fühlen viele Frauen sich und ihre Positionen durch BILD keineswegs angegriffen.

Darüberhinaus nimmt BILD einzelne Elemente der Emanzipation positiv auf, um sie **i h r e m** Ziel – der Erhaltung einer ausbeutbaren Masse von Frauen – nutzbar zu machen. Eine berufstätige Frau, die nebenbei Haus und Familie zufriedenstellend versorgt, kann die bestehende Rollenverteilung ebensowenig ins Wanken bringen wie eine „Frau Präsident", die ihr Haus von einer anderen Frau gegen Bezahlung in Ordnung halten läßt. Sie kann durch ihre hohen Leistungen aber einen bedeutenden Beitrag für die Wirtschaft leisten.

Natürlich begeht man nicht den Fehler, dieses – m.E. trotz aller Vertuschungsversuche offensichtliche – Interesse ehrlich zu benennen. Stattdessen werden die Interessen von Kindern, infarktgefährdeten Männern etc. in den Vordergrund geschoben und gegen das Anliegen der Frau ausgespielt. Und selbst mit scheinbaren Interessen der Frauen selbst argumentiert BILD gegen ihre Befreiung: Kinder bringen unvergleichbares Glück, Hausarbeit macht Frauen stark und vital.

Oder die den Frauen aufgezwungenen Pflichten werden in unausweichliche Konsequenzen wissen- Oder die den Frauen aufgezwungenen Pflichten werden in unausweichliche Konsequenzen wissen- schaftlicher Forschungen verwandelt. Da allein Frauen zu Schwangerschaft in der Lage sind, da ein Männerherz für Hausarbeit zu schwach ist, müssen die Frauen wohl oder übel diese Aufgaben in vollem Ausmaß übernehmen. Gegen biologisch-medizinische Tatsachen kann man sich nicht wehren. Hierbei kann BILD auf einem weit verbreiteten Respekt vor der Wissenschaft und ihren Vertretern aufbauen. Für die meisten Leser und Leserinnen ist die Richtigkeit angeblicher Forschungsergebnisse in ihren Einzelheiten nicht überprüfbar. Die erforderliche Beweisführung kann daher unterlassen werden, indem man unterstellt, ein Wissenschaftler sei aufgrund seiner Funktion per se glaubwürdig und integer.

Diese Methode, Wissenschaftler und auch andere Menschen für sich sprechen zu lassen, sich somit einer direkten eigenen Meinungsäußerung zu enthalten, dient auch dazu, den eventuellen Zorn von Teilen der Leserschaft gegen einen Bericht von der Zeitung abzulenken. BILD hat eben nur entsprechend ihrem „pluralistischen Anspruch" berichtet. In anderen Fällen wiederum reichen einzelne Wörter, eine besondere Auswahl der Fakten, um die Leserschaft auf eine bestimmte Einschätzung der Ereignisse zu programmieren – wie am Beispiel der vergewaltigten „vollbusigen Inge B." beschrieben. BILD unterstellt eine Mitschuld des Opfers, ohne sich die Finger richtig schmutzig zu machen.

Offensichtlich scheint mir zu sein, daß die BILD-Zeitung ein ganzes Arsenal an unscheinbaren, aber spitzen und treffsicheren Waffen entwickelt hat, die sie planmäßig gegen eine Emanzipation der Frauen einsetzt. Sie bemüht sich hierbei nicht, mit rationalen Argumenten zu überzeugen, sondern setzt im wesentlichen auf Emotionen.

S., Hamburg

Anm:
1) Sämtliche angegebenen Daten beziehen sich auf Ausgaben der BILD-Zeitung 1981.
2) BamS = BILD am SONNTAG

BILD-Kommentar

Die aktuelle Ansicht

BILD-Kommentar



Ich tue zwei Drittel mehr als mein Mann

Von URSULA KRONE-APPUHN
CSU-Bundestagsabgeordnete

Amerikanische Wissenschaftler halten Hausarbeit der Männer für eine Hauptursache der Herzinfarkte.

Millionen Frauen wollen oder müssen arbeiten und versorgen trotzdem noch Haushalt und Kinder – ohne Herzinfarkt. Da kann es doch auch den Herren nicht schaden, wenn sie abends einmal [illegible] greifen. Aufräumen darf nicht allein der Frau aufgebürdet werden.

Geradezu unsinnig ist die Behauptung, Frauen könnten körperlich nur zwei Drittel von dem leisten, was Männer leisten.

Als Abgeordnete und Mutter von vier Kindern tue ich etwa zwei Drittel mehr als mein Mann.

Vor hundert Jahren stellten Wissenschaftler fest, Frauen hätten kleinere Gehirne und seien deshalb dümmer. Ich kann nur sagen: Mit unserem angeblich schwächeren Körper und dem kleineren Gehirn leisten wir Frauen oft mehr als die Männer.

[Kom]mentar

Frau Präsident — warum denn nicht?

Unser nächster Bundespräsident wird vermutlich eine Frau sein.

Es wäre fabelhaft, wenn wir das alle für selbstverständlich halten würden. Aber soweit sind wir noch nicht. Frau Thatcher und Frau Gandhi in der „Tagesschau" haben daran nichts geändert.

Frau oder Mann? Das ist doch gar nicht die Frage. Die Frage ist: Wer leistet mehr? Das kann ein Mann sein — aber genausogut eine Frau.

Nur Mut, meine Damen!

Die aktuelle Ansicht



BILD-Zeitung zum Thema „Emanzipation": links „BILD-Kommentare" vom 6.7.81 und 21.4.81, oben eine besonders „witzige" Illustration der „Machtergreifung der Frauen" (24. Mai), unten der Beitrag einer „zufriedenen" Frau zum selben Thema.

Schlaglicht

Keine vernünftige Frau will über den Mann triumphieren



Zufrieden: Elisabeth Fischer

Eine Sensation ist das Ergebnis dieser Meinungsumfrage für mich nicht. Denn Frauen haben doch längst bewiesen, daß sie genauso leistungsfähig wie Männer sind. Egal, ob als Manager oder Maurer, Pastor oder Pilot, Staatsanwalt oder Schornsteinfeger, Tischler oder Tankwart.

Mich amüsiert nur die männliche Reaktion auf diese Anerkennung weiblicher Vielseitigkeit. Was soll denn dieses Geschrei: „Frauen wollen Männer beherrschen!"?

Ich meine: Nein! Keine vernünftige Frau, die stolz auf das Erreichte ist, ob im Privatleben oder im Beruf, will wirklich über den Mann triumphieren.

Aber endlich als gleichwertig anerkannt werden, das wollen wir. Das hieß bisher immer noch, daß man etwas besser als die Männer sein mußte, um das gleiche zu erreichen.

Weil die Herren sich von alten Vorurteilen, Frauen seien zu diesen und jenen Leistungen aus physischen oder psychischen Gründen nicht fähig, nicht trennen konnten. Und auch nicht von ihrer Urangst, Frauen könnten zu mächtig werden und sie total unterjochen.

Wenn Meinungsumfragen wie diese dazu beitragen, mit so dummen Vorurteilen endlich aufzuräumen, hätten sie einen Sinn. **Elisabeth Fischer**



So sah das traditionelle Frauenbild aus: die Frau in Küche und Kinderzimmer

Täglich 2 Millionen DM für Abtreibungen?

ABTREIBUNG AUF KRANKENSCHEIN

Abtreibungsgegner auf dem Vormarsch

„Das Sozialgericht Dortmund hat die geltende gesetzliche Regelung, nach der auch nicht medizinisch indizierte Abtreibungen durch die Krankenkassen finanziert werden müssen, für verfassungswidrig erklärt. Durch Vorlagenbeschluß leitete das Gericht dieses Urteil an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe weiter, das nun eine Grundsatzentscheidung zu treffen hat" („Frankfurter Rundschau", 1.10.81).

Dieses Urteil bedeutet einen Sieg der rechten Abtreibungsgegner in einem ihrer wichtigsten „Programm"-punkte. Es steht zu befürchten, – insbesondere bei der momentanen Lethargie der Bewegung gegen den § 218 – daß das BVG diese Entscheidung des Dortmunder Sozialgerichts bestätigt, wodurch sich die Abtreibungssituation ganz erheblich verschlechtern würde.

Die Kampagne gegen die Finanzierung von Abtreibungen durch die Krankenkassen wurde initiiert durch die „Europäische Ärzteaktion", deren „Aktionskreis Niederbayern/Oberpfalz" schon zu Hochzeiten der Propagandawelle von Holzgartner, Höffner und Co. in Zusammenarbeit mit Lokalblättern und unterstützt durch den bayerischen Klerus eine Klage- und Unterschriftenaktion gegen die Kassenfinanzierung startete. Auf dem Kongreß der „Europäischen Ärzteaktion" im Mai '80 bezeichnete ihr Vorsitzender Dr. Siegfried Ernst diese Finanzierung als „v e r f a s s u n g s w i d r i g". Die „Deutsche Ärzteaktion" wandte sich in einem Schreiben an den Deutschen Ärztetag und forderte ihn auf, sich für das Verbot *„dieser gesetzlich erzwungenen Abtreibungsfinanzierung"* einzusetzen („Deutsche Tagespost", 21.5.80).

Das Anti-Abtreibungs-Kampfblatt „Christ und Zukunft", das seit April '80 von der „Bewegung für das Leben e.V." herausgebracht wird und ein Forum reaktionärer Aktivisten (inklusive Dr. Ernst und seiner „Ärzteaktion") darstellt, widmete sich mehrfach dem Thema „Finanzierung":

Bei seiner Berechnung von „täglich 2 Millionen DM für Abtreibungen" zählte Redakteur Josef Ripsam in Heft 2/80 allerdings nicht nur die Kosten für den Abtreibungseingriff auf, sondern rechnete sämtliche Schäden, die durch Pfuscharbeit der Ärzte bedingt sind, und deren Behandlungskosten dazu; ferner auch allerlei psychosomatische Krankheiten, die angeblich aufgrund der *„psychischen Konflikte der Frau als Folge der Abtreibung"* bei Ehemännern, Kindern usw. entstehen sollen, sowie die Behandungskosten für Ärzte, Schwestern und Pflegepersonal, die *„die Gewissensbelastung nicht mehr ertragen"* (Solche psychischen Konflikte werden selbstredend als naturgegeben angenommen und nicht als Produkt von Ideologien, wie sie die „Bewegung für das Leben" systematisch verbreitet).

Ripsam bemühte dann das Kostendämpfungsgesetz, um die Schreckensvision an die Wand zu malen, daß *„zur Gesunderhaltung des Lebens nicht mehr genügend Gelder vorhanden"* seien; *„der Aufwand für Abtreibungen und deren Folgeschäden dagegen (steuere) die Milliardengrenze an"*. Gefordert wurde:

„– Wegfall der diktatorischen Zwangsfinanzierung der Abtreibung durch Krankenkassen;
– Schaffung einer neuen Krankenkasse, die Abtreibung nicht in ihren Leistungskatalog übernimmt;
– Streichung der staatlichen Zuschüsse für Tötungskliniken und die Beratungsstellen von „Pro familia";
– Einsatz dieser eingesparten Mittel für solche sozialen Maßnahmen, die Abtreibungen überflüssig machen;
– Aufklärung der Öffentlichkeit über die katastrophalen körperlichen und seelischen Folgeschäden nach einem Schwangerschaftsabbruch;
– Wahlentscheidung gegen eine Partei, die mit diktatorischen Mitteln Bürger gegen deren Gewissen zwingt, die Tötung von Ungeborenen zu bezahlen".

Als besonders beispielhaft führte Ripsam *„einen unserer Mitstreiter"* auf, der *„freiwillig mit 390 DM Aushilfslohn unter dem Existenzminimum lebt, um durch Steuern und Krankenkassenabgaben nicht mitschuldig zu werden an der Massentötung unserer ungeborenen Kinder"*.

Im Heft 2/81 wird aus der Rede des „Vorsitzenden der Altherrenschaft des Vereins Katholischer Studenten im KV ‚Brisgovia' ", RA Dr. W. Philipp, anläßlich der Hundertjahrfeier dieses Vereins zitiert, worin der Herr u.a. zum „Widerstand" gegen die „Abtreibung auf Krankenschein" aufruft.

Ferner werden Bestimmungen aus anderen Staaten aufgeführt, wie z.B. der Schweiz, wo seit kurzem die Krankenkassen selbst entscheiden können, ob sie einen Schwangerschaftsabbruch im Sinn der medizinischen Indikation (!) für legal halten und die Kosten übernehmen wollen. Als besonders beispielhaft wird die Entwicklung in den USA erwähnt: *„Das Medicaid-Programm, das die staatliche Gesundheitsfürsorge für die ärmeren Bevölkerungsschichten darstellt, hat sich darauf beschränkt, den Schwangerschaftsabbruch nur noch dann zu bezahlen, wenn das Leben der Mutter in wirklicher Gefahr ist oder auch nach Vergewaltigung oder Inzest. Dies hat dazu geführt, daß im Jahre 1979 die Finanzierung der Abtreibung auf ein Minimum zurücksank".*

An Ständen auf Veranstaltungen wie dem Katholikentag oder Evangelischen Kirchentag sammelt die „Bewegung für das Leben" Unterschriften gegen die Kassenfinanzierung von wie dem Katholikentag oder Evangelischen Kirchentag sammelt die „Bewegung für das Leben" Unterschriften gegen die Kassenfinanzierung von Abtreibungen und auch für andere ihrer Forderungen.

Die jetzt in Dortmund entschiedene Klage ist nicht die erste ihrer Art; wie oben erwähnt werden z.B. aus den Reihen der „Europäischen Ärzteaktion" schon seit längerer Zeit ähnliche Klagen angestrengt, über deren Ausgang uns aber keine Informationen vorliegen. Ausnahme ist die Klage eines „katholischen Arztes aus Stadtbergen bei Augsburg", dessen Klage vor zwei unteren Instanzen „aus formalen Gründen" gescheitert und im August '81 beim 3. Senat des Bundessozialgerichts anhängig war („Deutsche Tagespost", 4.8.81).

Die Klägerin von Dortmund stammt auch aus der „Szene": Es ist eine Mitarbeiterin der rechtskatholischen Wochenzeitung „Neue Bildpost" (Lippstadt), Ursula Zöller. Dieses rabiate Blatt ist bekannt durch seinen Redakteur Winfried Pietrek, ein gefeierter Aktivist der „Bewegung für das Leben", der sich durch ständig neue „Hungerstreiks" vor der und gegen die Lindenfelsklinik im Odenwald, in der Abtreibungen durchgeführt werden, hervortut. Wie der Zufall es will, wurde die Klägerin vertreten durch den Mannheimer Rechtsanwalt Wolfgang Philipp, der als Vorsitzender der Altherrenschaft im KV „Brisgovia" schon weiter oben erwähnt wurde.

Das Urteil führt uns Frauen vor Augen, daß die rechten Gegner einer jeden auch nur in Ansätzen liberalen Abtreibungsgesetzgebung ihre Aktivitäten stetig weiterführen, wenn auch in der letzten Zeit nicht mehr mit der Publizität wie zu Zeiten der Holzgartner-Affäre. Die Wirksamkeit dieser reaktionären Kleinarbeit darf auch in der letzten Zeit nicht mehr mit der Publizität wie zu Zeiten der Holzgartner-Affäre. Die Wirksamkeit dieser reaktionären Kleinarbeit darf deshalb aber nicht unterschätzt werden, zumal ihnen die Rechtsentwicklung in a l l e n gesellschaftlichen Bereichen zweifellos zugute kommt. (Eine Übersicht über die Aktivitäten der Abtreibungsgegner ist für einen der nächsten AKs in Vorbereitung.)

Eine Genossin der AG Frauen



Propagandastand der Abtreibungsgegner auf dem Katholikentag



ACHTUNG ACHTUNG ACHT

Das nächste Treffen der § 218- und Beratungsgruppen findet am 24./25. 10. im Frauenzentrum Neu-Isenburg statt.
Kontaktadresse:
Beratungsgruppe im Frauenzentrum Dreieich, Frankfurter Straße 125, 6078 Neu-Isenburg

Kündigungsschutz für Schwangere

Der Kündigungsschutz bei Schwangerschaft gilt auch für befristete Arbeitsverhältnisse; ein Arbeitgeber, der unter Berufung auf die Befristung das Mutterschutzgesetz zu umgehen versucht, verstößt gegen die „guten Sitten" und muß das Arbeitsverhältnis fortsetzen. Mit dieser Begründung verurteilte das Arbeitsgericht Ludwigshafen einen Foto-Entwicklungsdienst zur Weiterbeschäftigung einer Filialleiterin, obwohl deren befristetes Arbeitsverhältnis eigentlich ablief. (AG Ludwigshafen 3 Ca 2048/80).

(Nach „ausblick", Nr. 10, Okt. 81)

Schleierzwang

Zu den iranischen Flughäfen haben ab sofort nur noch verschleierte Frauen Zugang; eine entsprechende Bestimmung wurde Ende September von der iranischen Behörde für Zivilluftfahrt erlassen. Der Schleierzwang gilt für alle weiblichen Fluggäste ohne Rücksicht auf ihre Religionszugehörigkeit sowie für das gesamte weibliche Flugpersonal. Das iranische Parlament beschloß ferner eine Verordnung, die allen Lehrerinnen das Tragen des Schleiers während des Dienstes vorschreibt.

(Nach „FR", 29.9.81)

Betrifft: Konferenz »Kommunistische Bewegung und Feminismus« am 31.10./1.11.81 in Bochum

Liebe Frauen,
Wir sind ziemlich überrascht und vor allem freuen wir uns über die zahlreichen Reaktionen auf unsere Einladung. Mittlerweile haben sich Frauen aus dem KB, KBW, Sozialistischen Frauenbund Hamburg, Kreis Gelsenkirchener Marxisten/Leninisten, den Komitees für Demokratie und Sozialismus, der Kommunistischen Gruppe Ulm, den Sozialistischen Studiengruppen und viele unorganisierte Frauen gemeldet.

Das Interesse ist z.T. sehr unterschiedlich: einige Frauen haben schon kurze Thesenpapiere zu den von uns aufgeworfenen Fragen mitgeschickt (werden kopiert), bei einigen ist das Interesse an dem Erfahrungsaustausch vorrangig.

Wir selbst sind uns darüber einig, daß wir keine Frau, auch wenn sie nur als Zuhörerin kommen will, ausschließen wollen. Andererseits finden wir es wichtig, möglichst in eine inhaltliche Diskussion über den Engels einzusteigen und uns nicht in irgendwelchen Anekdoten (und davon gibts sicher reichlich) zu verlieren.

Wir haben uns überlegt, daß es bei einer Anzahl von ca. 30 bisher angemeldeten Frauen auf jeden Fall sinnvoll ist, in 2 Arbeitsgruppen zu diskutieren.

Unser Vorschlag ist, 2 AGs mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten zu machen, wobei sich beides sicher nicht haarscharf trennen läßt.

Hier nun unsere Vorstellung über den Ablauf der Konferenz:

Sa, 31.10.
13.00 Uhr
Anfang; damit nicht soviel Zeit verloren geht, bereiten wir ein warmes Essen vor.
bis 15.00 Uhr
Vorstellung
15.30 bis 19.00 Uhr
Arbeitsgruppen:
a) unsere Erfahrungen mit komm. Organisation/Bewegung; wie stehen wir zu einer gemeinsamen Organisierung mit Männern einerseits und zur autonomen Frauenbewegung andererseits oder „bist du kommunistische Feministin oder feministische Kommunistin?"; zum Feminismus- und Autonomiebegriff
b) Fr. Engels, vielleicht kein Märchenonkel, aber Manns genug, um viel Mist zu schreiben; – was ist brauchbar an seinem „Ursprung der Familie"? Ziel sollte sein, die für eine politische Strategie wichtigen Fragen herauszustellen und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu finden.

So, 1.11.
10.00 bis 14.00
Plenum; möglichst breiter Austausch und Diskussion der Ergebnisse der AGs.

Der Vorschlag ist wirklich nur ein Vorschlag.

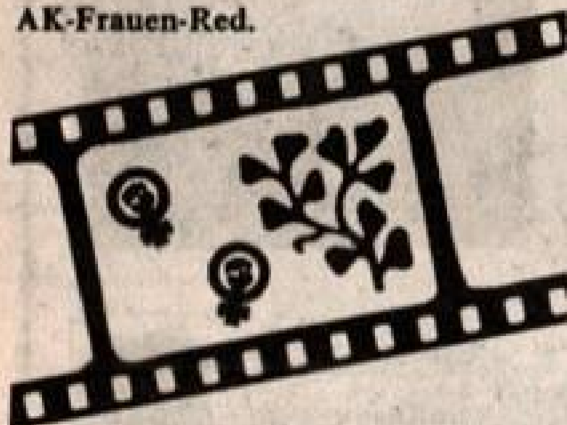
Die Frauen, die wegen der langen Anfahrt lieber schon am Freitagabend kommen wollen, melden sich dann bei: Susanne, Tel. 0209/141333 oder Ute, Tel. 02327/15381.
Das ganze findet in der ESG (ev. Studentengemeinde) statt.

Die Organisationsfrauen

Betrifft: Frauenfilmtage in Bergedorf

Uns ist bei der Ankündigung der Filmtage in AK 209 ein ganz dummer Fehler unterlaufen, wir haben nämlich das Wichtigste vergessen: das Programm! Für die Termine Anfang Oktober ist da ja nun leider nichts mehr zu retten, aber für die Bekanntgabe der folgenden Titel und Termine ist es glücklicherweise noch nicht zu spät.

AK-Frauen-Red.



13.10. Dienstag, 20 Uhr Lichtwarkhaus

Ein Prozeß wegen Vergewaltigung

Italienische Frauen filmen einen Vergewaltigungsprozeß: In dem Film beherrschen Richter, Anwälte und Angeklagte das Geschehen. Sie geben sich gegenseitig das Wort und demonstrieren verbalgewaltig die doppelte Sexual- und Ausbeutungsmoral. Fiorella, ein Mädchen, das von vier Männern vergewaltigt worden ist, wird als Randfigur, als Opfer dargestellt. Der Prozeß vergewaltigt sie zum zweiten Mal.

19.10. Montag, 20 Uhr Gewerkschaftshaus

Die Macht der Männer ist die Geduld der Frauen

Addi wird von ihrem Mann jahrelang seelisch und körperlich mißhandelt. Ihre Fluchtversuche aus ihrer Ehe sind immer wieder vergeblich. Erst durch ihre Erfahrungen im Berliner Frauenhaus beginnt sie ihr eigenes Leben aufzubauen. Gewalt in der Ehe wird — weil hinter verschlossenen Türen — als Privatproblem abgetan. Von der Öffentlichkeit und den zuständigen gesellschaftlichen Instanzen — Polizei, Ärzte, Gerichte — erhalten die Frauen keine grundlegende Hilfe.

20.10. Dienstag, 20 Uhr Lichtwarkhaus

Union Maids

20.10. Dienstag, 20 Uhr Lichtwarkhaus

Union Maids

Drei Gewerkschafterinnen in den 20er Jahren in Chicago: Hungerlohn, Organisierung — und Borniertheit der Männer.

Radio Donna

Ein Bericht über Frauen, die Radio für Frauen machen.

27.10. Dienstag, 20 Uhr Lichtwarkhaus

Das höchst Gut einer Frau ist ihr Schweigen

Der Film verschafft Einblick in das Leben einer Ausländerin, das uns als „normaler" BRD-Bürgerin fremd ist.

31.10. Samstag, ab 19 Uhr Lichtwarkhaus

Frauenfest

mit Frauentheater, Lesungen von Frauen, Frauenmusik und vielem mehr!!!!!!!

Nach jedem Film besteht die Möglichkeit zur Diskussion.

Außerdem machen wir ab 26.9. jeden Samstag ab 10 Uhr einen Informationsstand im Sachsentor.

Veranstalterinnen:
FRAUENFORUM HH-Bergedorf
(das sind Frauen aus: Frauengruppe Bergedorf, Frauenstammtischgruppe, Demokratische Fraueninitiative, Frauenarbeitskreis der DKP, Frauentheater BRENNESSEL, Frauengruppe Geesthacht, SDAJ-Mädchengruppe BABA YAGA)

(Die Veranstaltungen finden statt:
Lichtwarkhaus, Holzhude 1
Gewerkschaftshaus, Am Pool 41
Hasse-Aula in der Brinkschule, Holtenklinkerstr. 8)

»Ich glaube, daß der persönliche Sumpf tiefer liegt, als so mancher wahr haben möchte«

Auseinandersetzung über Vergewaltigung in der Linken

Um das Problem der Vergewaltigung wird innerhalb der Frauenbewegung seit Jahren eine Diskussion geführt — in welcher Form wir uns dagegen wehren können. Im Laufe dieser Entwicklung entstanden Selbstverteidigungsgruppen von Frauen, finden Walpurgisnacht-Demos statt und wurden in vielen größeren Städten der BRD Notruf-Gruppen gegründet.

Rund 7.000 Vergewaltigungen werden jährlich angezeigt, bei einer Dunkelziffer, die mindestens zehn- bis zwanzigmal so hoch ist: davon kommt es in ungefähr nur 700 Fällen zu Verurteilungen. Durch die Höhe der Strafbemessung wird in den meisten Fällen deutlich, daß Vergewaltigungen wie eh und je als Kavaliersdelikt männlichen Verhaltens gelten. In vielen Fällen werden letztlich die Frauen noch selbst beschuldigt, eine Vergewaltigung durch ihr eigenes Verhalten provoziert zu haben — oder aber durch etwas eigenes Geschick nicht verhindert zu haben, wie (nach Meinungsumfragen) knapp 50 % der Bevölkerung meinen. Das empörende BGH-Urteil vom Juli '81, nach dem ein erzwungener Geschlechtsverkehr ohne direkte körperliche Gewaltanwendung nicht als Vergewaltigung gelten soll, ist die bisherige Spitze des Zynismus in der geltenden ‚Rechts-Sprechung'.

Auch die Frage nach der ‚Verteidigung von Vergewaltigern durch linke Anwälte' wurde im Rahmen unserer Auseinandersetzung von daher zunehmend wichtiger. In den Reaktionen linker Anwälte zeigte sich vielfach, daß ihnen die Wahrung bürgerlicher Prinzipien der ‚Wahrheitsfindung' oft verteidigenswerter waren, als zu verhindern, daß eine Frau im Vergewaltigungsprozeß vor den Gerichten nochmals total gedemütigt wird. Trotz allem hat diese Auseinandersetzung zumindest bewirkt, daß eine intensivere Diskussion an diesem Punkt in Gang gekommen ist und daß linke Anwälte heute wohl kaum ohne Zögern die Verteidigung in einem Vergewaltigungsprozeß übernehmen können.

Vergewaltigungen in der Szene — Frauen sind Opfer von Gleichgültigkeit

Von Anfang an umstritten in der Frauenbewegung ist die eigene Vorgehensweise gegenüber Vergewaltigern: denn, daß Knaststrafen kein geeignetes Mittel sind, Vergewaltigungen zu verhindern, steht wohl außer Frage. Alle anderen ‚Lösungen' ber-

gehensweise gegenüber Vergewaltigern: denn, daß Knaststrafen kein geeignetes Mittel sind, Vergewaltigungen zu verhindern, steht wohl außer Frage. Alle anderen ‚Lösungen' ber-

gen allerdings zumindest die Gefahr in sich, zusätzlich nur noch weiter allein auf Kosten der Frauen zu gehen.

So große Schwierigkeiten uns diese Auseinandersetzungen schon bereiten, um soviel diffuser sind unsere Vorstellungen darüber, wie wir reagieren, wenn linke Männer Frauen vergewaltigen. Die dringende Notwendigkeit dies zu klären, wurde mal wieder deutlich in Auseinandersetzungen um drei Vergewaltigungen in den vergangenen Wochen in Bremen.

In einem alternativen Kulturzentrum (eine besetzte Fabrik, die inzwischen abgebrannt und geräumt worden ist) wurden innerhalb kurzer Zeit zwei Frauen vergewaltigt. Die Reaktionen und die ‚Betroffenheit', die von vielen gezeigt wurden, geben nicht gerade Anlaß zu Optimismus. Nach der ersten Vergewaltigung kamen Bullen ins Kulturzentrum. Daraufhin wurde eine interne Telefonkette ausgelöst und es hieß zunächst: „Die Bullen sind da und wollen räumen." Die Empörung wuchs, als sich herausstellte, daß die Bullen ‚nur' wegen der Vergewaltigung geholt worden waren. Dabei kamen noch Vorwürfe, daß durch solche Polizei-Aktionen die Besetzung gefährdet würde. Als sich Frauen gegen eine anschließende Debatte — darüber, wie man sich bei weiteren Bullen-Einsätzen verhalten könnte — wehren wollten, wurden sie als ‚Scheiß-Emanzen' und ‚Votzen' beschimpft. ‚Nur', weil sie sich darüber aufregten, daß „so'ne Frau ein bißchen niedergemacht worden ist". Plakate, die die Frauen der Notrufgruppe aufgehängt hatten, wurden ‚selbstverständlich' in kürzester Zeit wieder abgerissen. Die Auseinandersetzungen nach der zweiten Vergewaltigung verliefen ähnlich. Als auf einer anschließenden Frauen-Vollversammlung überlegt wurde, ob es möglich wäre, die Frauen aus der Besetzergruppe zu unterstützen (sie selbst wollten das aber nur teilweise), oder aber das Kulturzentrum überhaupt zu boykottieren, wurde den Frauen unsolidarisches Verhalten gegenüber den Besetzern vorgeworfen.

Auch von den verschiedenen (linken) Initiativen und Gruppen, die sich zu der Zeit regelmäßig in der Kulturfabrik trafen, war nicht viel zu hören — was nichts anderes heißt, als die Vergewaltigungen stillschweigend zu billigen.

Reaktionen wie diese sind innerhalb der Linken aber leider keine Ausnahmen. Erinnert sei beispielsweise nur an die Vergewaltigung auf dem TAZ-Fest in Hannover im vergangenen Jahr. Dort fühlten sich einige Leute in ihrer Behaglichkeit gestört, nachdem bekannt wurde, daß während des Festes eine Frau vergewaltigt wurde.

Der dritte ‚Fall': *„Frauen nehmt euch in Acht vor R.Z. Er ist ein Vergewaltiger."* heißt es auf einem Flugblatt der Notrufgruppe in Bremen. Neben dem Namen wird auch die Adresse des Typen genannt. Die betroffene Frau hat diese Flugblatt-Aktion mit in Gang gesetzt — Strafanzeige zu erstatten, lehnte sie anfangs ab. Ziel der Namensnennung auf dem Flugblatt sollte sein, neben einer Warnung an andere Frauen, den Typen für sein Verhalten öffentlich unter Druck zu setzen — ihn innerhalb seines Freundes- und Bekanntenkreises in die Auseinandersetzung zu zwingen.

Gerade auch aufgrund der Gleichgültigkeit, mit der bislang von vielen Teilen der Linken auf Vergewaltigungen reagiert worden ist, hatten sich die Frauen zu diesem Vorgehen entschlossen.

Die erhoffte Auseinandersetzung mit dem Flugblatt kam allerdings nicht zustande — eher das Gegenteil. Männer fühlten sich zwar durchaus betroffen, allerdings in der Form, daß sie sich voll mit dem Typen solidarisierten. „Ich bin auch ein Vergewaltiger" hieß es auf einem mit Namen unterschriebenen Zettel, der neben das Flugblatt gehängt wurde. Vorwürfe kamen, daß der ‚arme Typ' durch eine solche Aktion diskriminiert und innerhalb der Szene isoliert würde, sich womöglich in keiner linken Kneipe mehr sehen lassen könnte.

Namensveröffentlichung von Vergewaltigern — Mittel faschistoider Lynchjustiz?

Namensveröffentlichung von Vergewaltigern — Mittel faschistoider Lynchjustiz?

In einer linken Stadtzeitung wurde das Flugblatt ‚zur Dokumentation' (ohne Namensnennung) abgedruckt, *„weil wir finden, daß Vergewaltigung nicht das Problem einzelner ist, und weil es unserer Meinung nach eine Diskussion geben sollte über die Formen, wie Frauen sich gegen Vergewaltigungen und Vergewaltiger wehren können (...) Der Aufruf der Frauen erinnert an den mittelalterlichen Pranger, der einzelne Mann wird bloßgestellt (...) Es ist nach wie vor notwendig, Vergewaltigungen als gesellschaftlich bedingte Frauenverachtung anzugreifen (...) Es muß klar werden, daß eine Frau, die ‚nein' sagt, auch nein meint."* Sich lediglich hinzustellen und die gesellschaftlichen Verhältnisse zu beklagen — das allein bringt einen Kampf gegen Vergewaltigungen wohl kaum einen Schritt weiter. Und wie sollte diese ‚Klarheit' denn dann bitte zustande kommen? Ganz abgesehen davon, daß es ja wohl schlicht dreist ist, zu meinen, daß eine Vergewaltigung nicht das Problem der ‚einzelnen' betroffenen Frau wäre. Den Versuch, die Inhalte des Flugblatts mit mittelalterlichen Pranger-Methoden zu vergleichen, gab es übrigens nicht nur in dieser Zeitung. Von vielen Seiten, auch von Frauen, wurde es verglichen mit den ‚Methoden faschistoider Lynchjustiz', zumindest aber vielfach als Menschenjagd bezeichnet. Von der betroffenen Frau war mal wieder nicht die Rede. Dafür wurde um so mehr Verständnis für den Typen gezeigt. *„Da ist jemand an die Öffentlichkeit gezerrt worden, der eine Frau vergewaltigt hat. (...) Wie oft übe ich (selbst) gedanklich Gewalt an Frauen aus, wenn ich mir mal wieder meine Männlichkeit beweisen muß und dabei nur nach äußeren Merkmalen taxiere. (...) Was ich vielmehr versuche damit auszudrücken ist, daß so ein Typ wie R.Z. in vielen, ich denke in den meisten von uns Typen steckt, und daß es in diesem Fall darum geht, uns darüber klar zu werden. (...) Es steht mehr als ein Einzelfall dahinter und eine exemplarische Abhandlung verwischt da total die tatsächliche Situation. (...) Ich glaube, daß der persönliche Sumpf tiefer liegt, als so mancher wahrhaben möchte."* Zumindest diesem letzten Satz aus einem Leserbrief ist wohl kaum zu widersprechen. Worauf solche Argumentationen hinauslaufen ist offensichtlich: ‚das Böse' steckt in jedem Mann, und dafür sind allein die gesellschaftlichen Verhältnisse verantwortlich, aber nicht der einzelne Mann oder Vergewaltiger. Den Frauen wird gesagt: wehrt euch doch — solange ihr uns damit nicht angreift! Das ist eine lange bekannte Methode, das eigene Verhalten auf Kosten anderer zu legitimieren.

Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der Frauenbewegung?

Nebenher kam es noch zu einer anderen Auseinandersetzung — und zwar unter den Frauen:
Eine Frau, die seit mehreren Jahren mit dem Typen befreundet ist, zweifelt die Schilderung der Vergewaltigung an. In jedem anderen Fall, so sagt sie glaubhaft, hätte sie die Flugblatt-Aktion und das Vorgehen der Frauen voll unterstützt. Sie selbst ist seit Jahren aktiv in der Frauenbewegung. Verständlicherweise wehrt sie sich dagegen, die Freundschaft zu dem Typen und das Vertrauen, das sich in mehreren Jahren entwickelt hat, in Frage zu stellen. Eine gemeinsame Diskussion darüber im Frauenzentrum verlief allerdings in eine sehr merkwürdige Richtung: ihre ‚Identität als Frau der Frauenbewegung' (?) wurde angezweifelt. Ihre Beteiligung bei Frauen-Aktivitäten müßte in Zukunft als unglaubwürdig erscheinen, eine Mitarbeit womöglich beim Notruf für vergewaltigte Frauen wäre praktisch undenkbar. Konsequenz dieser Diskussion: die Entscheidung zwischen einer Beziehung zu (solch) einem Typen, oder aber einer (akzeptierten) weiteren Mitarbeit in der Frauenbewegung. Gleichermaßen abenteuerlich wurde nach einer Erklärung gesucht, warum sie als Feministin in diesem Fall ihrem Freund hat Rückendeckung geben können. Eine Antwort fand sich schnell: es läge an dem Konflikt, einerseits mit dem Typen befreundet zu sein, gleichzeitig aber auch sehr enge und intensive Beziehungen zu Frauen zu haben. Die Kraft, eine

schnell: es läge an dem Konflikt, einerseits mit dem Typen befreundet zu sein, gleichzeitig aber auch sehr enge und intensive Beziehungen zu Frauen zu haben. Die Kraft, eine

grundsätzliche Entscheidung (zugunsten der Frauenbeziehungen) zu treffen, hätte sie im Moment aber noch (?) nicht.

Ihre Bereitschaft, in diesen Auseinandersetzungen sogar die Frauenbeziehungen aufs Spiel zu setzen, wäre nur ein Zeichen dafür, wie weit dieser Widerspruch bei ihr schon entwickelt wäre. Das ist doch wohl ein bißchen zu einfach gedacht! Einerseits ignoriert ein solches Herangehen einfach eine Entscheidung von Frauen (der Frauenbewegung), Beziehungen zu Männern für sich nicht grundsätzlich in Frage stellen zu wollen. Andererseits liegen die Schwierigkeiten der Frau vermutlich in erster Linie darin, eine möglichst offene Auseinandersetzung mit dem Typen darüber führen zu wollen.

Linke und Vergewaltigungen — No future?

Zuletzt wieder die Frage: wie können wir Frauen uns gegen Vergewaltigungen innerhalb der Linken am wirksamsten schützen — wie können wir uns dagegen wehren?

Ist es vielleicht eine Illusion, höhere Ansprüche an eine Auseinandersetzung um das Verhalten von linken Männern zu stellen? Die bisherigen Erfahrungen mit Reaktionen auf Vergewaltigungen scheinen nicht gerade ermutigend. Trotz allem ist es um so notwendiger, diese Auseinandersetzung zu forcieren - es sei denn, Frauen lehnen grundsätzlich jede Zusammenarbeit und Beziehung mit Männern ab. Das heißt, daß jeder einzelne durchaus persönlich betroffen ist — und auch persönlich getroffen werden kann, wenn wir uns dagegen wehren. Unbedingt wichtig ist dabei die Frage, was wir unter Vergewaltigung verstehen.

Seit längerer Zeit laufen in der Frauenbewegung Auseinandersetzungen darüber, ob ‚softe Vergewaltigungen' mit ausschließlich brutalen Vergewaltigungen (bei denen es nicht um Sexualität, sondern um Macht geht) gleichzusetzen sind. Bei ‚soften Vergewaltigungen' geht es m.E. in erster Linie darum, eine massive Auseinandersetzung um die Sexualität zu führen — daß Frauen die eigenen Bedürfnisse erkennen und lernen durchzusetzen. Uns als Frauen darin auch gegenseitig zu stärken, uns nicht den Bedürfnissen der Männer unterzuordnen, bedeutet, eine Auseinandersetzung weiterzuentwickeln, die in den letzten Jahren nicht ganz fruchtlos geblieben ist.

Eine weitere Zusammenarbeit mit einem Typen nach einer brutalen Vergewaltigung einer Frau ist dagegen absolut unmöglich. Wobei auch hier im Einzelfall zu entscheiden wäre, in welcher Form wir die ‚Auseinandersetzung' darüber führen: ob durch eine Flugblatt-Aktion, gemeinsame ‚Hausbesuche' von Frauen, oder im Gerichtsprozeß. Entschei-

wäre, in welcher Form wir die ‚Auseinandersetzung' darüber führen: ob durch eine Flugblatt-Aktion, gemeinsame ‚Hausbesuche' von Frauen, oder im Gerichtsprozeß. Entschei-

dend dabei muß sein, daß unser Vorgehen nicht letztlich noch weiter auf Kosten der Frau geht. Sie zu unterstützen, gegen evt. weitere Bedrohungen durch den Typen und die Reaktionen von anderen Männern, sollte im Mittelpunkt unserer Überlegungen nach möglichen Vorgehensweisen stehen.

Eine Bremer Genossin



Notrufgruppen aus mehr als 15 Städten in der BRD rufen auf zu einer bundesweiten Frauendemonstration in Karlsruhe am 14.11.81. Vor dem Bundesgerichtshof (in der Herrenstraße!) soll bekundet werden, daß wir den neuesten Eingriff in unsere Rechte nicht kampflos hinnehmen werden!
Bekanntlich fällte der BGH im Juli ein Grundsatzurteil, in dem der — ohnehin viel zu eng gefaßte — Vergewaltigungsbegriff noch mehr eingeschränkt wird. Damit wird ein Gang vor das Gericht für eine vergewaltigte Frau noch weniger erfolgversprechend (Verurteilungsquote bisher: 10 Prozent der angezeigten Fälle!!) (genaueres zu dem Urteil siehe AK 207).

Ob demnächst die alle fünf Minuten stattfindenden Vergewaltigungen per Neu-Definition vom Tisch gewischt werden? Wir lassen das jedenfalls nicht zu, wir werden die Öffentlichkeit jetzt erst recht herstellen.

Kommt zur Frauendemo nach Karlsruhe!

Hamburg: Die Notrufgruppen machen am 28.10. um 19.00 im MLK-Haus, Grindelallee 9, eine Informationsveranstaltung. Es wird ein italienischer Film gezeigt, der während eines Vergewaltigungsprozesses gedreht wurde.

Wir sägen am Sexualstrafrecht — Weg mit dem § 175!!

In insgesamt 27 Städten der BRD wurden am 3. Oktober Aktionen gegen den § 175 durchgeführt: Regensburg, Lahr, München, Braunschweig, Tübingen, Köln, Bielefeld, Ludwigshafen, Mannheim, Hamburg, Bremen, Nürnberg, Westberlin, Hannover, Karlsruhe, Baden-Baden, Göttingen, Detmold, Paderborn, Hagen, Münster, Würzburg, Bonn, Frankfurt, Heidelberg, Stuttgart und Siegburg.

In den allermeisten Fällen wurden Infostände in den Innenstädten (verkaufsoffener Samstag), Flugblattverteilungen und Unterschriftensammlungen für die Abschaffung des § 175 StGB (aber auch gegen die §§ 174 und 176) durchgeführt. Insgesamt sind nach den zusammenlaufenden Meldungen ca. 3.500 Unterschriften gesammelt worden.

Auffällig ist, daß gerade gegen Schwule wieder in einigen Städten mit Verboten gearbeitet wurde. Die Verbotsbegründungen gehen von „Gefährdung 16jähriger" bis zur „Gefahr von Provokationen durch Passanten". So wurden Infostände verboten in Münster (1), Westberlin (5) und Heidelberg (1). In Mannheim wurde sogar schwules Straßentheater verboten, weil „die Passanten dann nicht in Ruhe spazierengehen können".

Herausragende Theaterereignisse fanden statt in Hamburg (Riesentheaterfete im Rahmen des Gesundheitstages mit weit über 1.000 Besuchern) und in Nürnberg (schwules Theater und Travestie mit über 500 Besuchern). Des weiteren in Regensburg und München.

In Bielefeld fand eine Demonstration mit 200 Teilnehmern statt.

In Frankfurt auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag der GEW wurde ein Redebeitrag zum Aktionstag gehalten und ein Flugblatt dazu verteilt.

Die nächste Ausgabe des ROSA FLIEDER, die am 12.10. erscheinen soll, wird ausführlich über den Verlauf des Aktionstages berichten und vom kleinsten Ort bis zur Metropole alle zu Wort kommen lassen, sowie eine umfassende Gesamteinschätzung dieses ersten bundesweiten Aktionstages gegen den § 175 geben.

Nachfragen zum Aktionstag und Bestellungen des ROSA FLIEDER an:

ROSA FLIEDER Kollektiv
c/o Wolfgang Kaaden
Lobsingerstr. 14
8500 Nürnberg 90

homosexuelle maenner und frauen fordern 1981:

1. ersatzlose streichung des paragr. 175 stgb
2. rehabilitierung homosexueller opfer des naziregimes
3. annerkennung aller formen lesbischen und schwulen zusammenlebens
4. gesicherte finanzierung der beratungsstelle fuer lesben und schwule (kreuzberg, hollmannstr. 19, tel. 251 0531/32)

nnnn

STREICHT § 175!

DEM DEUTSCHEN VOLKE

16 Diskussion mit Parteien „Parteien und Homosexualität" Ort: Rathaus Schöneberg BVV-Saal 20h

ab 11h Lesbisch-Schwuler Markt der Möglichkeiten am Ku-Damm

17 Info-Tische (Hermannplatz, Wilmersdorfer Str., Wittenbergplatz, Bergmannstr., Walter-Schreiber-Platz, U-Bhf Turmstr.)

3

EX TELEX TELEX TELEX TELEX T

schwulenreferat im asta-fu, ak homosexualitaet der adsen fu, schwulenzelle im kommunistischen bund (kb), allgemeine homosexuelle arbeitsgemeinschaft aha e.v., ag homosexueller lehrer und erzieher in der gew berlin, versandbuchhandlung enfants terribles, prinz eisenherz buchladen, verlag rosa winkel, schwulenbereich der alternativen liste (al), arbeitskreis homosexualitaet der f.d.p. berlin, schwulenzentrum (schwuz), kaffee-kneipe graefestr. 18, kommunikations-und beratungszentrum homosexueller frauen und maenner e.v., jungsozialisten berlin

Aktionstag gegen den § 175

Der bundesweite Aktionstag gegen den § 175 ging auch an Baden-Baden nicht spurlos vorüber. Am 4.10. fand im Jugendzentrum eine Veranstaltung mit dem Film „Rosa Winkel? – das ist doch schon lange vorbei" statt. Veranstalter waren der Warme Blitz und der Schwule Frühling Karlsruhe sowie die KB-Sympathisanten Baden-Baden. Kurz zuvor hatte die Veranstaltung noch etwas vom greisen Staub, der die Stadt bedeckt, aufgewirbelt. Nachdem sich ein Stadtrat über die Veranstaltung ausgelassen hatte, erhob auch recht bald der Stadt-„Jugend"ringsvorsitzende seinen moralisierenden Zeigefinger und meinte, den Veranstaltern vorschreiben zu müssen, diverse Ärzte und Psychologen einzuladen. Man drohte sogar mit dem Jugendamt, welches bei der Veranstaltung verhindern solle, daß Minderjährige den Film oder gar leibhaftige Schwule zu Gesicht bekämen.

Trotz allem wurde die Veranstaltung in der geplanten Weise durchgeführt und zu einem vollen Erfolg. Im Anschluß wurde noch für die wegen einer antifaschistischen Kundgebung kriminalisierten Mitglieder des „Rosa Flieder" gesammelt.

KB-Sympathisanten Baden-Baden

Leserbrief

Anfang September 1981 hat sich die bisher unter dem Namen „Gemeinsame Knastgruppe der ‚Allgemeinen Homosexuellen Arbeitsgemeinschaft e.V.' und der ‚Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie e.V. Region Berlin' firmierende Gruppe den Namen RESOHELP WESTBERLIN gegeben und ihre Basis dahingehend ausgeweitet, daß sie sich zusätzlich zu den vorgenannten Vereinen noch dem „TREFF e.V. – Berliner Verein zur Resozialisierung Straffälliger" als autonome Arbeitsgruppe angeschlossen hat.

Die RESOHELP WESTBERLIN ist ihrem Selbstverständnis nach eine Gruppe, die inhaftierten Schwulen und Pädosexuellen individuelle Hilfe während der Inhaftierung, bei der Entlassungsvorbereitung und auch nach der Entlassung leisten will. Dabei steht das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe" im Vordergrund unserer Bemühungen.

Wir gehen davon aus, daß Schwule und Pädosexuelle im Knast eine Gruppe sind, die besonderen Mechanismen der Repression unterworfen sind. Arsch- und Kinderficker sind die letzten Hühner auf dem großen Hühnerhof Knast mit seiner überstark ausgeprägten Hackordnung.

Aus dieser Erkenntnis heraus wollen wir auch nicht moralisch gewichten. Sittenstrolche und Eierdiebe, Räuber und Betrüger sind uns genausoviel wert wie Verkehrsstrafer und Drogensüchtige.

Wir wollen in unserer Arbeit die sonst in manchen Knastgruppen festgelegte Trennung von „drinnen" und „draußen" aufheben und so arbeiten wir „drinnen" und die „draußen" je nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten solidarisch zusammen an der Erreichung unseres gemeinsamen Zieles.

Zu den Prinzipien unserer Gruppe gehört jegliche parteipolitische Neutralität (die die Zusammenarbeit von Personen unterschiedlicher politischer Couleur ermöglicht).

Aber es gibt soviel zu tun und wir sind so wenige. Deshalb suchen wir Mitarbeiter, die bereit sind, sich verbindlich in diese Arbeit einzubringen, auf individueller Basis einen Gefangenen zu betreuen und an den regelmäßig etwa alle drei Wochen stattfindenden Gruppentreffen teilzunehmen, bei denen aktuell anfallende Probleme besprochen werden.

Wer also Lust hat, sich in diese Arbeit einzubringen, kann sich gerne an uns wenden.

Kontakt:
RESOHELP WESTBERLIN
c/o TREFF e.V.
Kaminerstr. 37
1000 Berlin 10
oder
Dieter F. Ullmann
JVA Düppel
Straße 518/Nr. 2
1000 Berlin 37

3. Oktober — Schwuler Aktionstag in Westberlin

Es wurden 4 bzw. 3 Infostände gemacht (einer wurde nach kurzer Zeit aufgrund geringer Öffentlichkeit – zuwenig Passanten in der Umgebung – abgebrochen).

Beantragt waren beim Tiefbauamt und bei der Polizei 6 Stände. Während das Tiefbauamt für alle 6 Stände eine Genehmigung erteilte, verboten die Bullen 5 der 6 Stände aus „verkehrlichen Gründen". Dieses Schreiben der Polizei trudelte erst am 2.10., also einen Tag vor der Aktion bei der AHA ein. Dazu ist zu sagen, daß bereits im Mai d.J. ebenfalls 6 Infostände an den gleichen Stellen von Polizei und Tiefbauamt genehmigt worden waren.

Am Freitagabend wurde dann auf einem Forum der AGs der AHA (Allgemeine Homosexuelle Arbeitsgemeinschaft) beschlossen, 2 der verbotenen Infostände trotzdem durchzuführen und bei eventuellem Ärger mit den Bullen mit entsprechenden Wandzeitungen auf diese Einschränkung der Meinungsfreiheit hinzuweisen. (Die anderen 3 Stände konnten leider aufgrund der geringen Zahl der Aktivisten nicht durchgeführt werden).

Ärger mit den Bullen gab es dann zum Glück nicht. An den Infoständen wurde sowohl ein gemeinsames Flugblatt Westberliner Schwulengruppen verteilt als auch ein spezielles Flugblatt der AG homosexueller Lehrer in der GEW Berlin zur Behandlung der (Homo)Sexualität im Schulunterricht. Das gemeinsame Flugblatt war getragen von AHA, Schwulenzentrum, Bereich Schwule der AL, AK Homosexualität in der ÖTV, Schwusos, AG homosexueller Lehrer und Erzieher in der GEW, Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche (HUK), Kommunikations- und Beratungszentrum homosexueller Männer und Frauen, Schwulenreferat im AStA der FU, AK Homosexualität der Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten FU Berlin, Schwulenzelle im KB/Westberlin.

Die mit uns konfrontierten Passanten reagierten relativ positiv auf die Infostände: Sehr viele Leute blieben stehen, nahmen Infomaterial mit und so unterschrieben denn auch ca. 490 Leute die Unterschriftensammlung zur Abschaffung des § 175. Schwulenfeindliche und faschistische Pöbeleien waren nur sehr selten zu vernehmen.

Schade war, daß sich im Vergleich zu den Infotischaktionen vom 8. Mai (hier hatte die AHA über die Schwulenunterdrückung im Nazi-Faschismus Öffentlichkeitsarbeit gemacht), diesmal weniger Aktivisten beteiligten. So ließen sich z.B. die Schwusos, trotz Zusage einen Tisch zu übernehmen, nicht blicken. Aber auch eine Reihe anderer Gruppen, die das gemeinsame Flugblatt unterzeichnet hatten, sah man an den Infoständen nicht. Dies kann m.E. auch nicht nur den noch laufenden Semesterferien in die Schuhe geschoben werden.

Den AHA-Schwestern sei an dieser Stelle ein besonderes Lob ausgesprochen für ihr Engagement bei der Vorbereitung der Stände (Zusammenstellen von Infomaterial, Schreiben der Wandzeitungen usw.).

Ein schwuler KB-Genosse

Schwule Aktionstage in Westberlin — so gehen sie weiter!

- Dienstag, 13.10. 20.30 Uhr: Rosa von Praunheim: Ein Leben zwischen Karriere, Sex und Tod (Film)
- Mittwoch, 14.10. 20.30 Uhr: Ocana – das unterbrochene Portrait (Film)
- Donnerstag, 15.10. 20.30 Uhr: Quentin Crisp: The Naked Civil Servant (Film)

(alle Filme werden in den Räumen der AHA gezeigt: Friedrichstr. 12)

- Freitag, 16.10. 20.00 Uhr im BVV-Saal im Rathaus Schöneberg: „Parteien und Homosexualität" Eine Diskussionsveranstaltung mit den Parteienvertretern zu folgenden Themen:
- § 175 und das Sexualstrafrecht
- Rehabilitierung schwuler KZ-Opfer
- Homosexuelle Beratungsstelle
- Schwule in der Schule
- Samstag, 17.10. ab 11.00 Uhr am Ku'damm/Ecke Joachimsthaler Str.: Schwuler Markt der Möglichkeiten (Selbstdarstellung Westberliner Schwulengruppen)
- Samstag, 17.10. 21.00 Uhr Schwule Fete in den Räumen der AHA, Friedrichstr. 12, 1 - 61

Europa

Frage: Du bist Rechtsanwalt in der Türkei, unter anderem auch politischer Gefangener, die Kurden sind. Der Hungerstreik der Gefangenen im Militärgefängnis wirft seine Schatten auf die Haftbedingungen in allen Gefängnissen diese Landes. Seit längerem läuft in Diyarbakir im kurdischen Teil der Türkei der Militärprozeß gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und am 13.7. hat der Prozeß gegen die kurdische Organisation Rizgari (Befreiung) in dieser Stadt begonnen, der am 3. September fortgesetzt wird. Weitere Prozesse gegen kurdische Gruppen werden folgen. Sind die Verhältnisse im Militärgefängnis Diyarbakir mit denen von Mamak zu vergleichen?

RA: *Ich hatte im Rahmen meiner beruflichen Tätigkeit die Gelegenheit, mehrere Gefängnisse der Türkei von innen zu sehen. Diyarbakir erscheint mir im Vergleich zu Mamak von den Haftbedingungen her eher noch den internationalen Bestimmungen für politische Gefangene zu widersprechen. Doch will ich zunächst etwas über die Gefangenen dort sagen...*

Frage: Wieviele Gefangene sind dort untergebracht?

RA: *Zur Zeit sind es etwa 3000. Ich sage etwa, weil es offizielle Zahlen nicht gibt, die genaue Auskunft geben. Zum einen liegt das daran, daß offizielle Zahlen nur nach Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Gruppe gegeben werden, weil der Prozeß nicht einem einzelnen Angeklagten gemacht wird, sondern der jeweiligen Organisation ein Massenprozeß. Man sollte eher Schauproueß sagen, da sich die Anklage des Militärstaatsanwalts gegen die Ziele der Gruppe richtet, auf der Grundlage der Ausnahmegesetze 141, 142, 146 der türkischen Verfassung, auch wenn diese von der Junta mit dem Putsch vom 12. September außer Kraft gesetzt wurden. Staatsrechtlich gibt es also keine Gesetzesgrundlage für die Anklage. Die Militärs handeln hier nach ihren eigenen Gesetzen. Die Darstellung all dieser Militärprozesse in der Öffentlichkeit dient der Verteufelung dieser Organisationen und der Abschreckung von oppositioneller Tätigkeit in diesem Land überhaupt.*

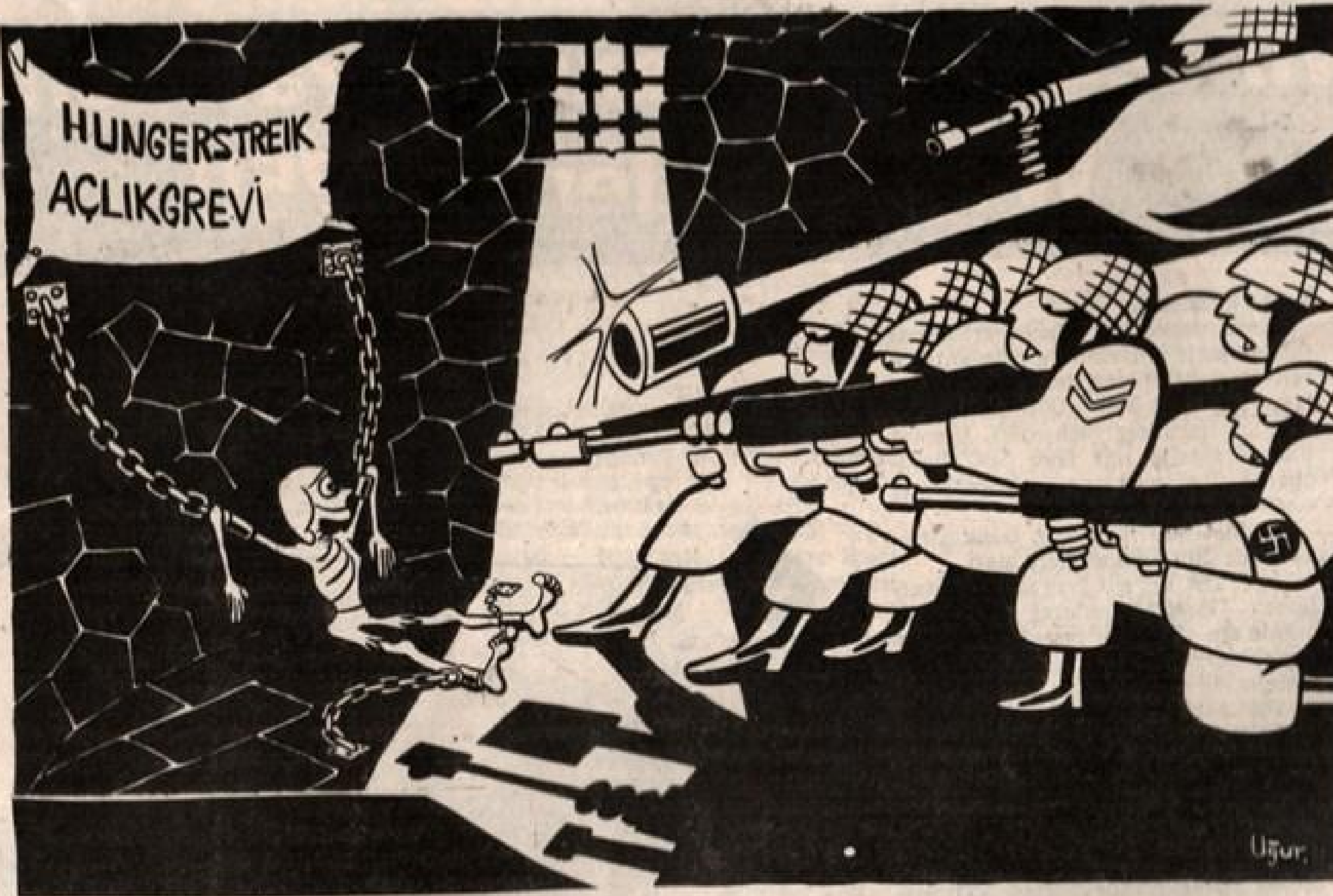
Die öffentliche Abstempelung lastet auf den Häftlingen und macht jede Verteidigung nach juristischen Maßstäben aussichtslos. Dies sollte ich vorausschicken, weil es nicht nur die physischen Bedingungen der Haft sind, die im Zusammenhang mit den Prozessen gesehen werden müssen...

Frage: Wie sind die Gefangenen untergebracht?

RA: *Das Gefängnis von Diyarbakir, das mit seinen fünf parallel liegenden Trakten wie eine moderne Fabrik aussieht, ist vollkommen überbelegt. Die Häftlinge sind in Gemeinschaftszellen untergebracht, die für 30 Personen gebaut sind. Jetzt hat man bis zu 60 Häftlinge hineingepfercht. Sie schlafen in Kojen, die bis zur Zahl von fünf an den Wänden hochgebaut sind.*

Frage: Wie sind die sanitären Anlagen?

RA: *Die Gemeinschaftszellen haben keine eigenen Toiletten. Die Gefangenen müssen jedesmal über den Korridor, um die Gemeinschaftstoiletten zu erreichen. Die Wachmannschaften auf dem Flur greifen oft zu der Schikane, die Gefangenen in die Zelle zurückzuschicken. Außerdem ist die Anzahl der Toiletten nicht ausreichend, denn durch die Überbelegung des Gefängnisses sind mehrere Toilettenräume zu Einzelzellen umgebaut worden. Diese Einzelzellen dienen zur Unterbringung besonders wichtiger Häftlinge, wie höhere Kader kurdischer Organisationen oder als Strafzellen. Wer immer von der Wachmannschaft eines Ordnungsvergehens beschuldigt wird, bekommt Schläge und sofern genug Einzelzellen vorhanden sind, Einzelhaft. Eine andere Methode der Disziplinierung ist, linke Häftlinge mit Faschisten zusammenzusperren. Faschisten werden zwar nicht unbedingt besser behandelt als Linke,*



Interview mit einem Rechtsanwalt kurdischer Gefangener

haben aber, allein schon durch ihre geringere Zahl, eine Sonderstellung. Linke Gefangene müssen ständig gewahr sein, von ihnen denunziert oder ausgehorcht zu werden. Das Zusammenschließen von Linken und Faschisten ist deshalb besonders widerwärtig, weil vor dem Putsch etliche Genossen und Familienmitglieder heutiger linker Gefangener von Faschisten ermordet wurden. Ich erinnere mich, daß kurz nach dem Putsch in der Presse behauptet wurde, die beiden Seiten hätten in den Gefängnissen nun endlich Frieden miteinander geschlossen. Die Wahrheit ist, daß sie gegen ihren Willen in dieselben Zellen gesteckt wurden.

Diese Einzelzellen sind für zwei Personen gebaut. Die Wachmannschaften stecken jetzt drei Personen hinein, so daß immer ein Häftling nicht schlafen kann. Er muß in der Ecke, vor dem Bett oder an der Zellentür, "Nachtwache halten". So nenen das die Wachsoldaten, die auch die ganze Nacht über kontrollieren, ob der Häftling sich entgegen ihrem Befehl von der Stelle gerührt hat.

Frage: Sind das Gefängniswärter?

RA: *Nein, bis zum Putsch waren es einfache Soldaten, die in der Garnison von Diyarbakir ihren Militärdienst absolvierten. Das Gefängnis liegt direkt gegenüber der Garnison. Jetzt hat man sie gegen eine speziell ausbildete Truppe aus Mamak ersetzt.*

Zu ihrer Ausbildung gehörte nicht nur, wie man sich jederzeit und durch jedes Mittel Autorität bei den Häftlingen verschafft, sondern extra für ihren Einsatz im kurdischen Diyarbakir wurde ihnen beigebracht, daß sie als Türken eine den Kurden überlegene Rasse sind und die Kurden, erst recht kurdische "Separatisten", es nicht wert sind, wie Menschen behandelt zu werden. Alle linken Häftlinge in Diyarbakir sind nicht nur des Aufruhrs gegen den Staat sondern des "Versuchs der Spaltung der türkischen Nation" angeklagt, d.h. die Wachmannschaften haben gegenüber der Mehrheit der Häftlinge ein regelrecht von Haß geprägtes Verhältnis.

Die Militärverwaltung von Diyarbakir hat sich zur Verschärfung dieses Verhältnisses noch etwas Besonderes einfallen lassen. Die Wachmannschaften dürfen das Gefängnis nach Ende ihrer Schicht nicht verlassen. Sie könnten Informationen für die Gefangenen hinausschmuggeln, heißt es. Sie sind im Verwaltungstrakt des Gefängnisses untergebracht und leben durch diese Bestimmung fast selbst wie Gefangene. Jeden Abend werden sie also durch ihr Ausgehverbot daran erinnert, daß sie wegen dieser Kurden dort sind.

Die Soldaten versuchen, Unmut an den Gefangenen auszulassen. Häftlinge der Einzelzellen müssen jedesmal die Wachen fragen, ob sie aufs Klo dürfen. Nicht nur wegen dem Mangel an Toiletten, sondern weil die Wachen den Häftling jedesmal dorthin bringen müssen, verweigern die Wachen den Häftlingen diese Erleichterung. Die Folgen sind fast unbeschreiblich. Die Häftlinge verrichten ihre Notdurft in irgendeiner Zellenecke. Epidemien breiten sich in Diyarbakir aus. Viele Gefangene sind an Typhusfieber und Darmpilzen erkrankt...

Frage: Gibt es eine Krankenstation im Gefängnis?

RA: *Der Grundriß des Gefängnisses sieht ein Krankenzimmer vor. Es ist jedoch seit längerem bereits zu einer Zelle umgebaut worden. Wenn ein Häftling krank wird, muß er das der Wachmannschaft melden. Da kein Arzt ins Gefängnis kommt, müßte der Gefangene ins Stadtkrankenhaus von Diyarbakir gebracht werden. Die Behandlung wird den Häftlingen jedoch so lange verweigert, bis sie bereits in Lebensgefahr schweben. Die Fälle dieser Art haben sich in letzter Zeit durch die Ausbreitung der Epidemien gehäuft, da auch die Waschgelegenheit, ein normaler Hamam (türkisches Bad) von allen gemeinsam benutzt, durch die Überbelegung nicht in ausreichendem Maße zur Gesunderhaltung der Häftlinge ausreicht. Der harte Drill, die ständigen Schläge und vor allem die geringe Essenszuteilung zehren an den Widerstandskräften der Gefangenen...*

Frage: Wie sieht der Tagesablauf der Gefangenen aus?

RA: *Um sechs wird geweckt. Ohne Frühstück geht es in den Hof zu Lauf-, Spring-, Roll- und Robbübungen. Dazwischen wird marschiert, im Paradeschritt, wobei die Knie weit hoch gehoben werden müssen. Während des Marschierens müssen die Häftlinge Marsch- und Kampflieder brüllen. Sie sollen der Bildung nationaler Gesinnung dienen. Ein Beispiel: "Wir kommen von einer Rasse, die den Donner erfunden hat. Wir kommen aus einer Geschichte, die voller Wolkenbrüche ist. Wir gründeten diese Republik mit Blut und Wissenschaft. Lang lebe die Kadettenschule. Deine Stärke kann nie zerstört werden. Eine Stimme vom Himmel sagt: Du bist die Sinne über türkischer Erde, die nie untergeht."*

Ein besonderer Spaß für die Offiziere, die den Drill befehlen, ist es, die Häftlinge Sexlieder singen zu lassen. Zum Frühstück müssen sich 10 Gefangene die Ration von sechs Häftlingen teilen. Dies gilt auch fürs Mittag- und Abendessen. Die Gefangenen werden systematisch hungrig gehalten, um ihren körperlichen Zustand zu schwächen. Als sich ein Häftling beim PKK-Prozeß über die schlechte Ernährung beklagte, weil er dadurch zu schwach wurde, um dem Prozeßverlauf richtig zu folgen, fuhr ihn der Richter an: "Du wirst vom türkischen Staat ernährt und der türkische Staat weiß, wieviele Kalorien Du am Tag brauchst." Der militärische Drill wird mit einem Unterricht über die Prinzipien Atatürks abgewechselt.. Ich nenne einige Beispiele, um deutlich zu machen, wie Gefangene, die entweder für Sozialismus und Demokratie und/oder sogar darüberhinaus noch gegen die besondere Unterdrückung der Kurden in diesem Land gekämpft haben, von diesem Unterricht absichtlich in ihren Gefühlen und Zielen getroffen werden sollen.

Das Militär gab nach dem Putsch ein Buch mit einer Sammlung von Atatürk-Aussprüchen heraus: "Die Türkei ist ein unteilbares Ganzes", "Die vornehmste Aufgabe ist, die Nation gegen äußere und innere Feinde zu verteidigen", "Ein Türke wiegt die ganze Welt auf", "Es gibt nichts Schöneres, als sich Türke zu nennen", "Die Armee ist die Säule der Nation". Bei diesem Unterricht ist es den Gefangenen bei Schlägen und anderen Strafen verboten, miteinander zu sprechen, aufzustehen, sich umzudrehen oder auf die Toilette zu gehen. Wer vor Schwäche einschläft, wird mit Schlägen wieder in seine richtige Haltung befördert.

So geht das den ganzen Tag. Als ich einmal mittags einen Mandantenbesuch gemacht habe, hörte ich, wie die Häftlinge im Hof zwischen den Trakten rennen mußten. Es war sehr heiß. In Diyarbakir kann das Thermometer im Sommer bis über 50 Grad klettern. Die Häftlinge wurden immer wieder von dem befehlenden Offizier und den wachhabenden Soldaten von einem Ende des Hofes zum anderen gehetzt. Der Boden des Hofes ist aus Beton. Mehrmals habe ich das Klatschen von Schlägen auf die Körper der Häftlinge gehört.

Frage: Haben die Gefangenen Schuhe an?

RA: *Bei meinen Mandantenbesuchen, die in einem Extra-Raum stattfinden, hatten sie immer Schuhe an. Fragen, ob sie auch während des Drills Schuhe tragen, konnte ich nicht, denn bevor mein Mandant geantwortet hätte, wäre er von den beisitzenden Soldaten geschlagen worden. Vom Gefängnisdirektor, ebenfalls ein Offizier, wurde uns strikt untersagt, Fragen über den Zustand der Gefangenen oder etwas, was sich innerhalb des Gefängnisses abspielt, zu stellen. Das meiste habe ich von entlassenen Häftlingen erfahren, einiges, wenn die beisitzenden Soldaten gerade nicht hingehört haben und mein Mandant es versteckt ausgedrückt hat.*

Frage: Wie oft kannst Du Besuche machen?

RA: *Nicht öfter als dreimal die Woche, auch nicht vor oder während des Prozesses. Jeder Besuch dauert in Diyarbakir nicht länger als 5 Minuten. In Mamak sind immerhin 15 Minuten genehmigt, was natürlich auch viel zu kurz ist. Es ist mir oft passiert, daß die Soldaten nach 3 Minuten gesagt haben: "Es ist genug" und meinen Mandanten wieder hinausgeführt haben. Ich kann kaum die dringendsten formalen Angelegenheiten besprechen. Vollkommen unmöglich ist es, gemeinsam die Prozeßdokumente durchzugehen und über das geschickteste Verfahren zu diskutieren. Mein Mandant kann mir noch nicht einmal bestimmte Sachen im Vertrauen sagen, die ich für eine Durchkreuzung der Anklagetaktik brauche, weil er zwischen zwei Soldaten sitzt und zwischen ihm und mir eine Gitterwand ist. Vorbeugen würde sofort Schläge und den Abbruch des Besuchs bedeuten. Irgendetwas zustecken kann weder er mir noch ich ihm.*

Wie können sich die Gefangenen selbst vorbereiten?

RA: *Bereits der Tagesablauf, wie ich ihn geschildert habe, läßt kaum Zeit und erst recht keine konzentrierte Ruhe übrig. Durch den Drill und die nationalistische Gehirnwäsche sollen die Gefangenen selbst am Denken gehindert werden. Sie bekommen zwar die Anklageschrift, da es meist Massenprozesse sind, werden nur wenige Kopien derselben Anklageschrift an viele ausgegeben, so daß die Häftlinge sie untereinander für nur kurze Zeit austauschen müssen.*

Da die Prozesse Wochen, wenn nicht Monate dauern, wäre es gut, wenn nicht nur die Rechtsanwälte die Dokumente der vorangegangenen Gerichtssitzungen bekommen würden, weil auch das Erinnerungsvermögen der Angeklagten durch die Haftbedingungen mehr und mehr nachläßt. Sie bekommen jedoch nicht mehr als die Anklageschrift. Da sie weder Papier, Bleistifte noch Rechtsliteratur bekommen dürfen, ja was bleibt da noch an Möglichkeiten der Prozeßvorbereitung? Und Widerstand, um diese Bedingungen zu verbessern? Zu Beginn ihrer Haft haben etliche Mitglieder der PKK sich noch geweigert, Befehlen Folge zu leisten beim Drill, oder an dem Unterricht teilzunehmen. Sie sind so sehr und fortlaufend mißhandelt worden und durch Hunger, Krankheit und Schlaflosigkeit geschwächt, daß ich die meisten bei den Prozeßterminen nur noch als apathische Leiber erleben konnte. Ich erinnere mich an den Fall eines Angeklagten, dem der Richter befahl, aufzustehen. Der Angeklagte sagte nur: "Entschuldigen Sie, ich kann mich nicht auf den Beinen halten. Ich bin froh, daß ich noch lebe." Ich meine das ist tägliche Folter, um ihre Willenskraft zu brechen.

FRAGE: Die türkische Junta hat vor kurzem ein neues Gesetz erlassen, das der Polizei erlaubt, Verhaftete, die bereits von ihnen verhört worden sind, nach ihrer Inhaftierung, also wenn die Gefangenen dem Zugriff der Polizei entzogen sind, wieder zu Verhören abzuholen. Wie wirkt sich das auf die Häftlinge und den Prozeßverlauf aus?

RA: *Ja. Die Polizei kann einen Antrag an den Militärstaatsanwalt stellen, einen Gefangenen erneut zu verhören. Wenn der Staatsanwalt das für nötig und berechtigt hält,*

stimmt er zu. Im Gegensatz zu Istanbul und Ankara, wo die Untersuchungsgefängnisse der Polizei getrennte Einrichtungen von den Militärgefängnissen und -gerichten sind, liegt beides in Diyarbakir zusammen. Links an der Straße nach Urfa ist das Gefängnis , rechts die Garnison. In der Garnison liegen die Gebäude der Polizei und des Geheimdientes. Zuständig für alles zusammen ist der Kriegsrechtkommandant der Region Diyarbakir. Für die Häftlinge ist das neue Gesetz sehr schlimm. Waren sie bisher im Gefängnis vor der Folter durch die Polizei sicher und konnten sich darauf konzentrieren, die Haftbedingungen zu ertragen, so leben sie jetzt wieder in der Furcht, noch einmal und vielleicht noch mehrere Male abgeholt zu werden..

FRAGE: **Was heißt Folter?**

RA: *Was das heißt?... Das heißt, wenn eine verhaftete Person nicht geständig ist-oder wenn nichts zu gestehen ist, sie nicht das sagt, was die Verhörspezialisten der Polizei wissen wollen, auch wenn sie dabei ständig beleidigt und geschlagen werden meist auf den Kopf, dann werden intensivere Mittel angewendet.... Die verhaftetePerson wird an den Armen oder Händen aufgehängt, am Kopf wird eine Kathode durch die Schädeldecke gestoßen und Strom eingeleitet. Das wird abwechselnd auch an anderen Körperteilen gemacht. So z.B. an den Schläfen, auf dem Handrücken, an der Zungenspitze, an den Genitalien, am After usw. Diese Spezialisten nehmen Stöcke und vergewaltigen die Häftlinge damit, indem sie sie in den After oder in die Vagina stoßen. Häftlinge werden manchmal bis zu mehreren Tagen in fließendes Wasser gelegt, bis sie keine Körperfunktionen mehr spüren und ihnen die Glieder absterben.*

Um die Verhafteten völlig fertig zu machen, haben sich die Folterspezialisten noch etwas neues einfallen lassen. Nachdem sie mit ihnen all das vorher Beschriebene gemacht haben, wobei ich noch die Bastonade, die "falakka" vergessen habe, das Schlagen auf die Fußsohlen, wobei die Knöchel einen aufklappbaren Holz- oder Eisenbalken mit runden Aussparungen festgebunden werden oder zwischen die Rückenlehne eines Stuhles geklemmt werden . Nach dem sie all das bereits ausprobiert haben , sagen sie den Verhafteten, daß sie jetzt erschossen werden. Sie werden an einen anderen

lehne eines Stuhles geklemmt werden . Nach dem sie all das bereits ausprobiert haben , sagen sie den Verhafteten, daß sie jetzt erschossen werden. Sie werden an einen anderen

Ort gebracht . Die Augen sind ihnen sowieso während aller Verhöre, egal welcher Art verbunden, damit sie die Folterer später nicht wiedererkennen können. Dann wird auf sie geschossen, entweder an ihnen vorbei oder mit Platzpatronen. Oder es wird ihnen gesagt, daß sie jetzt gehängt werden. Ihnen wird eine Schligenge umgelegt, sie müssen auf einen Stuhl steigen und die Schlinge wird so befestigt, daß die Nackenwirbel nicht brechen, wenn der Stuhl umgestoßen wird.. Ich bin kein Mediziner, aber all diese Verletzungen haben z. Teil unwiderherstellbare Schäden bei den Gefolterten hinterlassen, wie Impotenz, beschädigte innere Organe und in den meisten Fällen psychische Schäden wie Gefühlslosigkeit, schwere Depressionen und erheblicher Gedächtnisschwund, von Verfolgungsangst, ständigem Schreien im Schlaf usw. gar nicht zu reden....

FRAGE: **Wie werden die Gefangenen während des Prozesses behandelt?**

RA: *Ich will mit dem Weg vom Gefängnis zum Gerichtsgebäude beginnen. Der Weg ist nicht weit, vielleicht 1 km weil alles so eng zusammen liegt. Dennoch werden die Gefangenen schlimmer transporttiert, als man das mit Schafen macht. Ich habe selbst mit eigenen Augen ansehen müssen, wie Angeklagte des PKK-Prozesses verladen wurden. Die Armee hat einen Spezialtransporter, einen LKW mit einem Ladekasten aus Stahlplatten. Dieser Kasten ist so heiß durch die Sonnenstrahlung - es waren 45 Grad C - daß man ihn nicht anfassen kann. Außer einem Loch vorne zum Fahrerhaus, daß kleiner ist, als ein Kinderkopf gibt es keine Öffnung in diesen Stahlplatten, keine Löcher und kein Schlitz, wenn die Türen geschlossen sind. Die Gefangenen wurden hineingepfercht bis der Kasten voll war und dann noch ein paar nicht wieder hingedrückt worden wären. So fuhr der LKW über die steinige Abfahrt und schlechte Asphaltstraßen bis zur Garnison. Als vor dem Militärgericht die Tür geöffnet wurden, fielen die ersten Häftlinge heraus. Im Inneren des Kasten waren mehrere von ihnen ohnmächtig geworden. Die Fahrt dauerte vielleicht fünf Minuten.*

Im Gerichtssaal sitzen die Angeklagten getrennt von Rechtsanwälten , eng auf mehreren Bänken, umringt von Soldaten. Sie dürfen nicht miteinander , auch nicht mit den Rechtsanwälten reden. Überhaupt kein Kontakt ist erlaubt, auch keine Gesten oder Handzeichen. Als ich einmal während einer Sitzungspause den Gang zwischen den Bänken der Rechtsanwälte und der Angeklagten entlang zur Tür ging, habe ich einem der Angeklagten aufmunternd zugeblinzelt. Ein Soldat, an dem ich vorbeimußte, sah das und herrschte mich an: "Was soll das. Du bist nicht hier, um schöne Augen zu machen, verschwinde!".

Wann Pause oder Ende der Sitzung ist, entscheidet der Militärrichter. Weder Angeklagte noch Rechtsanwälte haben dabei etwas mitzureden. Die Angeklagten dürfen auch während der Pausen ihre Plätze nicht verlassen, auch nicht um auf die Toilette zu gehen. Da ein Mensch zwar in der Lage ist, den Urin für einige Stunden , aber nicht einen ganzen Tag zu halten vor allem wenn er eine Entzündung der Darm- und Harnwege hat, bleibt den Angeklagten nichts weiter übrig, als dort wo sie sitzen, Wasser zu lassen und sich in die Hosen zu machen. Ich glaube es gibt nichts entwürdigenderes als eines Menschen, der sowieso entgegen seinem eigenen Rechtsempfinden auf der Anklagebank sitzt, in der Öffentlichkeit eines Gerichtsaals und zudem im Scheinwerferlicht des anwesenden Fernsehteams zu zwingen , heimlich seine Notdurft zu verrichten. Diese Militärjustiz will Menschen, die stolz auf sich waren, für eine bessere Gesellschaft zu kämpfen, das letzte bischen Selbstachtung verweigern.

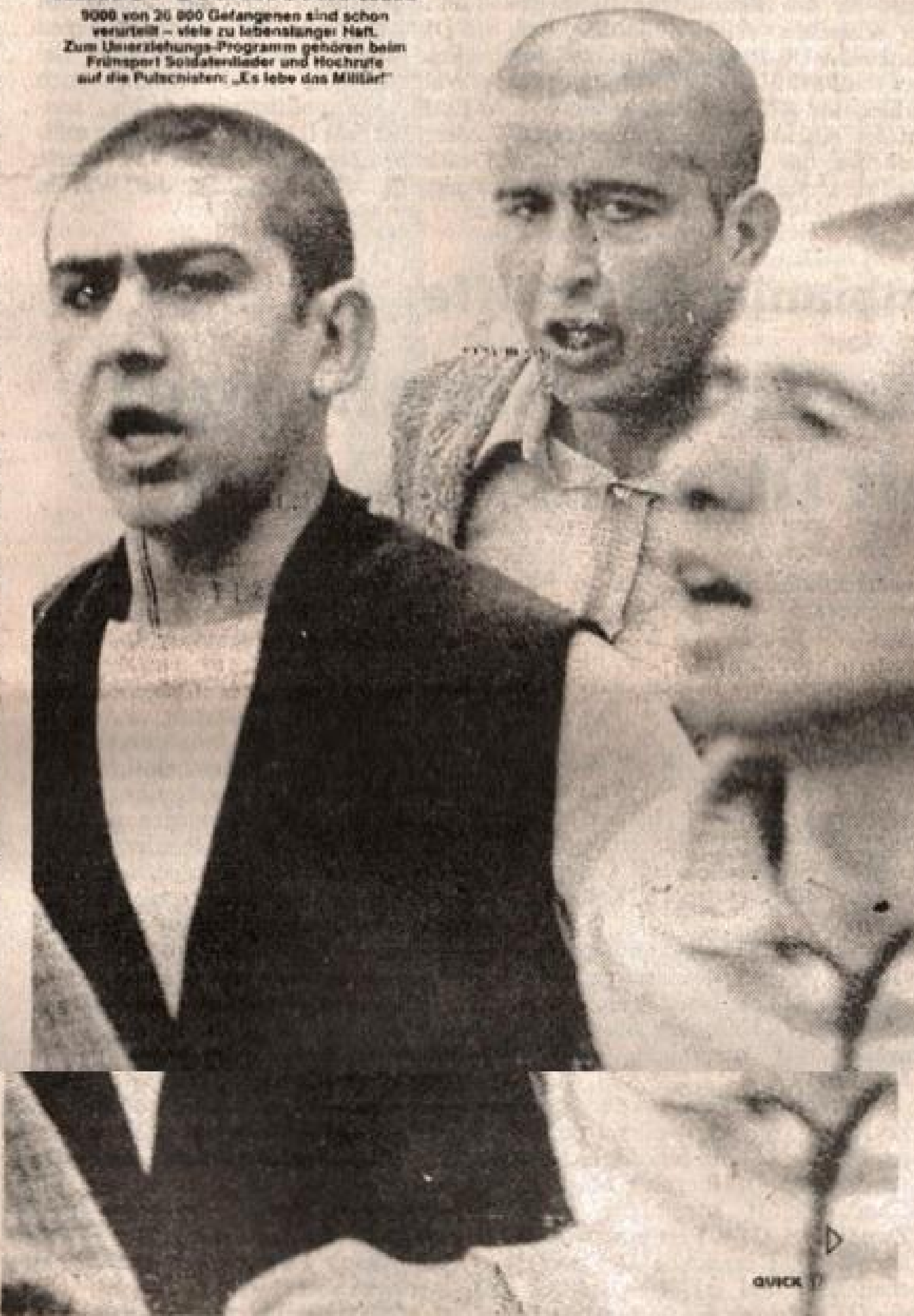
FRAGE: **Wie wird mit Kurden verfahren, die nicht genügend türkisch können, um ihre Sache im eigenen Sinne zu vertreten?**

FRAGE: **Wie wird mit Kurden verfahren, die nicht genügend türkisch können, um ihre Sache im eigenen Sinne zu vertreten?**

RA: *Dieses Problem ist ein besonderes in Diyarbakir. Alle bisherigen laufenden Prozesse sind gegen Kurden. Im Gegensatz zu den meisten Organisationen der türkischen Linken in denen auch viele Kurden Mitglieder waren, sofern sie außerhalb der kurdischen Gebiete aktiv waren, haben die meisten Mitglieder kurdischer Organisationen weder die Universität, noch das Gymnasium, ja mancmal nicht die Mittelschule besucht. Sie müssen zwar in der Grundschule türkisch lernen, bleiben sie jedoch in ihrem Heimatdorf oder in Kleinstädten der kurdischen Gebiete im Osten der Türkei , dann bleibt türkisch für sie eine Fremdsprache, die sie nur gegenüber der Polizei , dem Militär und zivilen Behörden gebrauchen müssen. In den kurdischen Organisationen wurde selbstverständlich kurdisch gesprochen, wenn auch Ausdrücke politischer Zusammenhänge entweder türkische oder dieselben Fremdwörter wie Türkischen sind.*

Ich erinnere mich an einen Fall, wo ein Angeklagter des PKK-Prozesses bereits bei der Erklärung zur Person in kargem falschen Türkisch darauf hin wies, daß dieser Sprache nicht mächtig ist und trotz aller Befehle, Beschimpfungen, Tricks und Drohungen seitens des Militärrichters immer nur sagte: " Ich verstehe nichts,, ich will Übersetzer!" Im Türkischen sind das drei Worte. Nach einem regelrechten Affentanz bekam er den Übersetzer. Das war ein Soldat, der selbst kurdischer Herkunft war. Seit diesem Fall halten sich die Militärrichter mit diesen peinlichen nationalen Zwischenfällen nicht mehr so lange auf, sondern befehlen einem anwesenden Soldaten zu übersetzen. Staatlich anerkannte Übersetzer für das Kurdische gibt es nicht, weil das Kurdische vom Staat nicht anerkannt wird.

Davon sind allein über 1500 Mitglieder der PKK. An prominenten Gefangenen will ich auf den Rechtsanwalt Serafettin Kaya und den ehemaligen Bürgermeister von Diyarbakir, Mehdi Zana hinweisen. Beide noch am Tage des Putsches verhaftet. Kaya war Rechtsanwalt vieler kurdischer Linker und wird aus diesem Grund angeklagt. Um mit diesem Fall nicht soviel Aufsehen zu erregen, haben ihn die Militärs in den Prozeß gegen "Rizgari" untergemischt, ein Massenprozeß wie alle anderen. Als Vorwand wird die Freundschaft zu Rușan Arslan konstruiert, dem Herausgeber der Zeitung "Rizgari" . Mehdi Zana war einer der wenigen linken Bürgermeister in der Türkei. Vor kurzem hat der Internationale Städte-Tag ihn zu seinem Ehrenmitglied ernannt.



Die Behinderung der Verteidigung beginnt eigentlich schon an dem Punkt, wo der Inhaftierte einen Anwalt sucht. Da er weder telefonieren noch schreiben darf und ein Rechtsanwalt, der von seiner Inhaftierung gehört hat und ihn verteidigen will ihn nicht besuchen kann, solange er keine Vollmacht des Inhaftierten hat, ihn zu verteidigen, bleiben viele Inhaftierte lange ohneVerteidiger. Nur über Verwandte , einmal pro Woche ein Besuch erlaubt wird, kann dieser erste Schritt zur Verteidigung überhaupt gemacht werden. Die Verweigerung einer Besuchsgenehmigung selbst bei Vorlage einer Vollmacht ist die nächste Art der Behinderung. Eine solche Verweigerung kann u.U. auch für den Verteidiger zur Gefährdung werden. Ein Kollege von mir hatte einen Gefangenen gefragt , was ihm passiert sei, weil er einen Verbannt um den Kopt hatte. Der anwesende Soldat trug es zum Offizier, der meinen Kollegen beim nächsten Besuch die Verweigerung des Besuches androhte, wenn er noch einmal solche Fragen stelle. Mein Kollege antwortete, daß er als sein Verteidiger natürlich nach dem Befinden seines Mandanten fragen muß, wenn er ihn in einem solchen Zustand sieht. Daraufhin verweigerte ihm der Offizier den Besuch. Nun hatte der Mandant meines Kollegen sein Zellenfenster zum Gefängniseingang hin und konnte ihn sehen, wie er das Gefängnis verließ. Er rief meinem Kollegen zu, warum er ihn nicht besuche. Mein Kollege rief kurz zurück, warum und dabei durch die Stacheldrahtsperren am Eingang. Der wachhabende Soldat fing an, meinen Kollegen anzuschreien, daß es verboten sei von außen Gefangenen zuzurufen. Mein Kollege sagte nichts mehr und wollte weitergehen. Weil der Gefangene jedoch mit der kurzen Begründung nicht zufrieden war, die ihm mein Kollege zugerufen hatte, rief er weiter aus dem Zellenfenster hinter meinem Kollegen her. Der Soldat geriet außer sich und schoß in die Luft. Durch die Schüsse angelockt kam der Offizier herausgelaufen, der die ganze Geschichte angerührt hatte. Aber anstatt wie mein Kollege erwartet hatte, den Soldaten zurechtzuweisen, zog der Offizier seine Waffe und richtete sie direkt auf meinen Kollegen mit der Drohung " wenn sie hier Aufruhr machen, erschieße ich Sie sofort" Glücklicherweise hielt schon der Freund meines Kollegen neben ihm, der mit dem Auto auf ihn gewartet hatte und meine Kollege konnte sich in Sicherheit bringen. Meine Kollegen und ich sehen sich häufig Verfolgungen ausgesetzt, die direkt unsere Arbeit behindern. So sind mir nicht nur einmal Prozeßunterlagen von Soldaten bei einer der häufigen Hausdurchsuchungen in meinem Wohnviertel nach dem Putsch beschlagnahmt worden, weil sie den Namen der linken Organisation auf den Dokumenten lasen, gegen die der Prozeß geführt wurde. Sie behaupteten schlichtweg, die Papiere seien deshalb Propagandamaterial . In einem dieser Druchsuchungsfälle wurde ich sogar für mehrere Tage verhaftet und erst freigelassen, nachdem der Haftrichter ernsthaft nachgeforscht hat, ob gegen mich nichts vorliege.

Daß diese Erfahrungen, die sich herumsprechen, nicht gerade behilflich sind , daß Anwälte sich zur Verteidigung Angeklagter linker Organisationen bereiterklären, ist eine bittere Tatsache. So haben die etwas über Zehntausend Angeklagten der größten linken Organisation Devrimci Yol, deren Prozeß bald eröffnet wird, alle zusammen etwa fünfzig Verteidiger und selbst wenn die Eltern einzelner Angeklagter noch Anwälte dazu verpflichten, werden es kaum mehr wie einhundert Verteidiger Werden. Dagegen haben die ca. 300 Angeklagten der faschistischen Partei MHP , deren Prozeß auch bald beginnt, bereits etwa dreihundert bevollmächtigte Verteidiger . Auch dieser Vergleich zeigt, was für ein Märchen es ist, wenn die Militärs immer behaupten, es werde gleich gegen linke wie rechte vorgegangen. ●

Dieses Interview wurde von einem Genossen für den ARBEITERKAMPF und die „türkei-information" gemacht.
Der Name des Rechtsanwalts wird aus Sicherheitsgründen nicht genannt.

Kontaktadressen

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen

B. Möller
Postfach 103141
28 Bremen 1

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Westberlin
Postlagerkarte Nr. 0074298
1000 Westberlin 62

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier

El Salvador – Duarte bei Reagan

Ende September besuchte Duarte für zehn Tage die USA. Es ging dabei um weitere Militär- und Wirtschaftshilfe. Angesichts der jüngsten diplomatischen Erfolge der Opposition und der weltweiten Proteste gegen die US-Politik in Mittelamerika, die auch in den USA immer stärker werden, wurde ein kühler Empfang inszeniert. Reagan hatte nur ganze 20 Minuten Zeit für ihn, und der US-Senat schien zu einer weiteren Unterstützung der Junta nur widerwillig bereit. Statt der von Duarte erbetenen 300 Mio US-Dollar berät der Kongreß „nur" über 114 Mio für das nächste Haushaltsjahr. Die werden dann noch an Bedingungen geknüpft: Reagan soll dem Kongreß alle sechs Monate schriftlich bestätigen, daß die Junta die Sicherheitskräfte streng kontrolliert und für die Achtung der Menschenrechte in dem Land sorgt. Außerdem soll Reagan sich dafür verbürgen, daß die Junta eine politische Lösung des Bürgerkriegs durch Wirtschafts- und Sozialreformen und durch die Vorbereitung allgemeiner Wahlen anstrebe. Duarte erklärte, er stelle sich zwar grundsätzlich hinter diese Forderungen, wolle sich aber keine Bedingungen für weitere Hilfe diktieren lassen (1). Insgesamt gesehen wurde das ganze so inszeniert, als hätte die USA gar kein Eigeninteresse an dem Bürgerkrieg und als sei Duarte wie ein *„lästiger Bittsteller abgefertigt"* worden (2).

Gegen Duartes Besuch protestierten vor seinem Hotel in San Francisco etwa 4.000 Menschen. Es kam dabei zu kleineren Auseinandersetzungen mit einigen Duarte-Unterstützern (3).

Wahlen in El Salvador?

Für März 1982 hat Duarte Neuwahlen angekündigt. Auch die Parteien der Opposition könnten sich an diesen Wahlen beteiligen. Vorbedingung sei allerdings, daß sie sich registrieren lassen und sich von den Guerilleros der FMLN distanzieren (4).

Ende letzten Jahres hatte er schon einmal diesen Plan angekündigt (5). Damals ging er jedoch von der Hoffnung aus, etwa bis Mitte dieses Jahres die FMLN entscheidend zu schlagen.

Da sich in der folgenden Zeit abzeichnete, daß ein militärischer Sieg über die FMLN kaum möglich ist, hörte man lange nichts mehr von diesem Plan. Als dann in der Weltöffentlichkeit immer klarer wurde, daß Duarte ohne jede Legitimation im Präsidentenamt sitzt und er deshalb seine Funktion als demokratisches Aushängeschild für die faschistische Junta immer schlechter erfüllen konnte, verzichtete die US-Regierung auf den Sieg über die FMLN als Vorbedingung für Wahlen und griff den Plan wieder auf. Anfang August dieses Jahres veröffentlichte das US-Außenministerium eine Erklärung, in der die Junta aufgefordert wird, Vorbereitungen für Wahlen einzuleiten. Die Junta sollte Verhandlungen *„mit anderen Salvadorianern über den Wahlmodus"* aufnehmen und außerdem versprechen, *„den Wahlprozeß nicht durch Gewalt zu stören sowie das Wahlergebnis zu respektieren"* (5).

Ende September kündigte der stellvertretende US-Außenminister für Lateinamerika, Thomas Enders, außerdem an, daß er „Experten" für die Vorbereitung der Wahlen nach El Salvador schicken werde (6). Welche Sorte „Experten" das sein werden, scheint klar: Als „Experten für Agrarreform" schickten die USA den CIA-Mann Roy Prosterman, der schon in Vietnam für das Programm „Phönix" und damit für die Vertreibung und Ermordung tausender Vietnamesen verantwortlich war. Die Agrarreform in El Salvador fiel entsprechend aus.

Anfangs gab es Pressemeldungen, nach denen sich die sozialdemokratische Partei MNR und die Kommunisten der UDN für die Wahlen registrieren ließen (7). Dies basiert jedoch nur auf Falschmeldungen. Der Vorsitzende der MNR, Guillermo Ungo, der gleichzeitig Präsident der Oppositionsfront FDR ist, sprach sich eindeutig gegen diese Wahlen aus. Er erklärte, die Wahlen seien weder Anfang noch Ende einer politischen Lösung, sondern nur eine Drapierung für eine militärische Lösung (8) und die von Duarte gestellte Vorbedingung, die Waffen niederzulegen, käme einem Selbstmord gleich (9).

Der als „gemäßigt" geltende Erzbischof von San Salvador Rivera y Damas meint ebenfalls, daß zur Zeit nicht einmal die Mindestvoraussetzungen für Wahlen existieren (10).

Sogar der ehemalige US-Botschafter in El Salvador, Robert White, der noch vor einem Jahr verkündete: *„Wir werden es nicht dulden, daß Marxisten-Leninisten in El Salvador die Macht übernehmen"*, wandte sich entschieden gegen Wahlen zum jetzigen Zeitpunkt. Es sei *„unmöglich und illusorisch über Wahlen in El Salvador zu sprechen, solange in dem Land Bürgerkrieg herrscht"* (11).

Auch die internationale Juristenkommission und der UN-Unterausschuß für Minderheiten meinten, vernünftige Wahlen seien im gegenwärtigen Klima nicht möglich und die Wahlergebnisse könnten von vornherein als gefälscht betrachtet werden.

Sogar die reaktionäre spanische Regierung ließ durch ihren Außenminister Pérez-Llorca erklären, Voraussetzung für Wahlen in El Salvador sei ein Zustand des Friedens im Lande und vorher sollten Verhandlungen aufgenommen werden (13).

Aber selbst die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Junta und Opposition scheint zur Zeit unmöglich. Die FMLN/FDR stellt als Vorbedingung für Verhandlungen:
- Abschaffung des Ausnahmezustandes und des Kriegsrechts;
- Freilassung aller politischen Gefan-

- Freilassung aller politischen Gefan-
genen;
- Wiedereröffnung der Universität;
- Vermittlung durch international bekannte Persönlichkeiten;
- Beteiligung der USA an den Verhandlungen, da Duarte nur eine Marionette sei.

Keine dieser Bedingungen scheint die Junta erfüllen zu wollen, und die USA lehnen jede Beteiligung an Verhandlungen ab. Die Junta will ihrerseits nur mit der FDR und nicht mit den FMLN-Guerilleros verhandeln. Dies akzeptiert die FMLN/FDR jedoch nicht, da sie sich als unzertrennbare Einheit versteht (14).

Obwohl also nicht einmal Verhandlungen möglich sind, und von politischen Entfaltungsmöglichkeiten der Opposition nicht die Rede sein kann, will die US-Regierung die Wahlen um jeden Preis durchziehen, um ihre Völkermordpolitik zu legitimieren. Die Solidaritätsbewegung sollte schon jetzt beginnen aufzuzeigen, was diese Wahlen sind: eine Farce — und zwar eine reichlich makabere.

Weitere Anerkennungen der Befreiungsfront

Nach der Anerkennung der FMLN/FDR durch Frankreich und Mexiko konnten die USA einen diplomatischen Punktegewinn erzielen, da sich fast alle lateinamerikanischen Staaten energisch gegen die Anerkennung aussprachen und sie als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten" El Salvadors bezeichneten (s. AK 208). Nach diesem Rollback geht es nun wieder voran auf der internationalen diplomatischen Ebene:

Die Regierung der Niederlande schloß sich Ende September dem Schritt von Frankreich und Mexiko an und forderte zugleich die Aufnahme von Verhandlungen (15).

In einer Erklärung vom 28. August machte sich die Sozialistische Internationale die Erklärung von Mexiko und Frankreich zu eigen. Das Büro der SI forderte auf seiner letzten Tagung am 26./27. September in Paris außerdem eine umfassende politische Lösung unter Einbeziehung der Guerilla. Die US-Regierung wurde wegen der militärischen Unterstützung für Duarte verurteilt. Während der abschließenden Pressekonferenz saß Ungo (Vorsitzender der FDR) neben Willi Brandt und wurde von ihm „mein Freund Ungo" genannt (16).

Die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments forderte alle EG-Regierungen auf, dem Beispiel der französischen zu folgen (17).

Das EG-Parlament nahm am 17.9.81 eine Resolution an, in der die Junta und die Opposition zu Verhandlungen aufgefordert werden. Die europäische Vertretung der FMLN/FDR ist der Meinung, daß damit de facto die französisch-mexikanische Erklärung unterstützt wird (18).

Der Präsident von Costa Rica hat in einem Gespräch mit einem Vertreter der FMLN/FDR klargestellt, daß seine Regierung nicht, wie zunächst gemeldet, gegen die französisch-mexikanische Haltung protestiert hat, sondern sie *„respektiert die internationalen politischen und diplomatischen Entscheidungen"* (19).

In einer Rede gegen die Neutronenbombe sagte der Präsident außerdem: *„Wer kann uns garantieren, daß dies* (Mittelamerika, Anm. AK) *nicht der Platz sein wird, auf den die erste Neutronenbombe geworfen wird, wenn die USA schon jetzt das Land unserer Nachbarn für Kämpfe gebrauchen, die nur sie selbst interessieren?"* (20).

Honduras unter Druck

Honduras unter Druck

Die Regierung von Honduras gehörte bisher zu den konsequentesten Unterstützern der Faschisten in El Salvador. Aufgrund innerer Schwierigkeiten und außenpolitischen Drucks durch Mexiko scheint diese Haltung für die Zukunft nicht mehr ganz so sicher zu sein. Die mexikanische Regierung konnte erreichen, daß 50 Salvadorianer, die in Honduras verhaftet wurden, nach Mexiko ausgeflogen werden, wo sie Asyl erhalten (21). In einem Gespräch mit Mexikos Präsidenten, López Portillo, verpflichtete sich der hondurenische Staatspräsident, nicht in El Salvador oder Nicaragua zu intervenieren und die hondurenischen Staatsgrenzen in Zukunft besser zu kontrollieren, um Invasionen von Söldnern nach Nicaragua und Operationen der Armee El Salvadors gegen die Flüchtlingslager in Honduras zu unterbinden. Honduras ist wohl deshalb zu diesen verbalen Zugeständnissen bereit, weil es sehr abhängig ist von mexikanischen Erdöllieferungen, Wirtschaftshilfen und Investitionen (22).

Ein weiterer Grund sind die für den 29. November angesetzten Wahlen, nach 17 Jahren Militärdiktatur die ersten, die schon jetzt für eine explosive Stimmung in dem Land sorgen.

Quellen:

1. Neue Zürcher Zeitung, 28.9.81
2. Süddeutsche Zeitung (SZ), 28.9.81
3. SZ, 29.9.81
4. Frankfurter Rundschau (FR), 29.9.81
5. FR, 15.8.81
6. s. Anm. 4
7. s. Anm. 5
8. FR, 28.8.81
9. s. Anm. 4
10. s. Anm. 5
11. die tageszeitung (taz), 17.8.81
13. Frankfurter Allgemeine (FAZ), 15.9.81
14. FR, 25.4.81
15. taz, 2.10.81
16. FAZ, 28.9.81
17. taz, 14.9.81
18. Informationsdienst El Salvador (IDES) Nr. 51, 25.9.81
19. IDES Nr. 49, 11.9.81
20. SZ, 25.8.81
21. SZ, 24.9.81
22. FAZ, 17.9.81

Lateinamerika-Kommission

Kolumbianische Schiffe:

Längster Streik im Hamburger Hafen seit über 100 Jahren

Seit dem 6. Juli streiken die Seeleute auf 16 Schiffen der kolumbianischen Reederei Flota Mercante de Grancolumbiana. Zwei der Schiffe liegen nach wie vor im Hamburger Hafen. Es geht um höhere Löhne und bessere Sozialleistungen. 700 DM im Monat sind bereits ein Spitzenlohn, dabei sind die Lebenshaltungskosten in Kolumbien in den letzten drei Jahren um etwa 75 % gestiegen. Die Reederei, mehrheitlich im Besitz der kolumbianischen Kaffeebourgeoisie, weigert sich weiterhin, Verhandlungen mit der Gewerkschaft aufzunehmen.

Ein Ende des Streiks der kolumbianischen Seeleute ist noch nicht in Sicht, obwohl so gut wie kein Streikgeld gezahlt wird, obwohl die Familien der Seeleute in Kolumbien völlig unversorgt sind, obwohl die Regierung harte Strafen angedroht hat.

Die UNIMAR, die kolumbianische Seeleute-Gewerkschaft, zahlt kein regelmäßiges Streikgeld, sondern gibt in Ausnahme- und besonderen Notsituationen eine einmalige Unterstützung. Begründet wird dies mit der schmalen Kasse der Gewerkschaft, was bei den Seeleuten aber umstritten ist. Die ÖTV ist bisher für die hohen Telefonkosten aufgekommen, die sich aus den über die Welt verstreuten Liegeplätzen der bestreikten Schiffe ergibt; die notwendigen Absprachen von Hamburg nach New York City, Venezuela, Kolumbien usw. müssen per Telefon geführt werden. Die ITF, die internationale Gewerkschaftskonföderation der Transportarbeiter, hat bisher einen einmaligen Beitrag von 25.000 Dollar geleistet, eine Summe, die für rund 1.500 betroffene Personen — die Seeleute und ihre Familien — fast nichts ist.

Die Reederei hat den Streikenden inzwischen angekündigt, daß sie wegen des Streiks kein Weihnachtsgeld zahlen wird. Die Regierung hat den Streikenden hohe Geldstrafen und Gefängnis bei ihrer Rückkehr nach Kolumbien angedroht.

Ein von der ITF angekündigter Boykott aller von der Reederei gecharterten Schiffe konnte bislang nicht wirksam werden. In Hamburg wurde so ein Charter-Schiff planmäßig gelöscht. Zuständige ÖTV-Vertreter waren zunächst nicht erreichbar (es war Wochenende) und erklärten später, daß die ÖTV keinen Einfluß auf nicht gewerkschaftlich organisierte Hafenarbeiter ausüben und deswegen keinen Boykott des Schiffes durchführen könne.

Auf den Schiffen selber gab es zum Teil Probleme mit dem Kapitän bzw. höheren Dienstgraden, die sich für einen Abbruch des Streiks stark machten. Trotzdem sind die Mannschaften entschlossen, ihren Streik weiterzuführen. Die Chance und zugleich die Schwierigkeit liegt in der Situation in Kolumbien selber. Es gab verschiedene Streikbewegungen bei den Transportarbeitern, in der Bauindustrie, in der Gesundheitsversorgung. Einige Gewerkschaften arbeiten auf einen Generalstreik hin. Die Regierung ist in Verhandlungen eingetreten, um schnelle Lösungen zu finden und eine Ausbreitung dieser Streikbewegung zu verhindern. Ein Erfolg der kolumbianischen Seeleute wäre wahrscheinlich das Startzeichen für weitere Streiks auch in anderen Bereichen. Deswegen möchten die Regierung und die Reederei einen Erfolg der Seeleute verhindern. Gleichzeitig setzen aber die sozialen Bewegungen in Kolumbien selber die Regierung unter Druck und könnten zum Erfolg der Seeleute beitragen.

Zur Zeit wird versucht, die Seeleute zu isolieren, indem verbreitet wird, daß durch ihren Streik die Kaffeeladungen auf den Schiffen verderben und damit Devisen und Arbeitsplätze verloren gehen.

Der Streik der Seeleute dauert jetzt seit über drei Monaten an. Nach Angaben der ÖTV ist dies der längste Streik im Hamburger Hafen seit 1866. Nicht nur deswegen hätte der Kampf der kolumbianischen Seeleute mehr Aufmerksamkeit verdient.

Die Besatzungen der Schiffe in Hamburg freuen sich über jeden Besuch. Die Schiffe liegen:
Ciudad de Medellin — Schuppen 50
Ciudad de Manizales — Schuppen 61
Spendenkonto:
1238/538563 Hamburger Sparkasse
Raul Torrenegra



Streikende Kolumbianer auf dem Frachter Ciudad de Manzales

»Ein Stundenlohn für El Salvador«

Unter diesem Motto läuft zur Zeit bundesweit eine Kampagne, die sich an die Arbeiter und Angestellten wendet und zur Unterstützung des salvadorenischen Gewerkschaftsdachverbandes CUSS auffordert. Initiiert wurde die Kampagne durch den Besuch von zwei Vertretern des CUSS im Juli in der BRD. Durch die Arbeit der FMLN/FDR-Vertretung in Bonn ist es inzwischen gelungen, die Unterstützung vieler gewerkschaftlicher Gremien und Funktionäre für diese Kampagne zu erhalten. So wurde der Aufruf dazu in der Mitgliederzeitung der IG DruPa abgedruckt, und die GEW-Landesverbände von Hamburg und Berlin unterstützen die Aktion ebenfalls. Die GEW-Bund hat schon 10.000 DM aus ihrem Unterstützungsfonds für verfolgte Gewerkschafter zur Verfügung gestellt.

Der Aufruf ist bei allen El Salvador-Komitees zu erhalten.

Spenden an:
Infostelle El Salvador e.V.
PSchA München, BLZ 700.100.80
Kto. Nr.: 180769-802, Stichwort:
Ein Stundenlohn für El Salvador

Bundesregierung rechtfertigt Todesstrafe in Chile

Daß die chilenische Militärjunta sich mit dem Mord an über 30.000 Menschen an die Macht geputscht hat, ist hinlänglich bekannt. Daß sie sich nur mit äußerster Repression an der Macht halten kann, ist ebenfalls kein Geheimnis. Der Ausnahmezustand wird seit 1973 in regelmäßigen Abständen verlängert, Menschen werden weiterhin gefoltert, gemordet oder „verschwinden" einfach vom Erdboden. Die Möglichkeiten, die Todesstrafe zu erleiden, werden von der Diktatur verfeinert.

Wir sind daran gewöhnt, daß die BRD Investitionen in Chile tätigt, Waffen und U-Boote baut und liefert, Äpfel und Kupfer bezieht und Offiziere für die Junta ausbildet. Somit sind wir gewohnt, daß die faschistische Diktatur von der BRD-Regierung verharmlost und ihre Verbrechen verniedlicht oder geleugnet werden. Das alles ist nichts Neues.

Neu ist allerdings, daß Pinochets Menschenrechtsverletzungen nun auch offen von der Bundesregierung l e g i t i m i e r t werden: In einem an die chilenische Solidaritätskoordination gerichteten Schreiben des Auswärtigen Amtes bezüglich der Todesstrafe in Chile hieß es jedenfalls kürzlich: „*Die Verhängung der Todesstrafe ist mit dem Völkerrecht vereinbar.*"

So einfach ist das.

Doch zunächst kurz die näheren Umstände.

Seit Frühjahr 1980 nehmen die bewaffneten Aktionen des Volkswiderstandes gegen die Diktatur in steigendem Maße zu. Die Widerstandskommandos konnten bisher erfolgreich ihre Operationen (Enteignung von Großbanken, Sabotage von besonders verhaßten Institutionen der Junta, Unterstützung der Kämpfe der Bevölkerung) durchführen in dem Sinne, daß sie selbst keine Verluste hinnehmen mußten und auf große Sympathie der Bevölkerung stießen.

Mehr noch, die Aktionen waren teilweise erst durch die aktive Mithilfe der Bevölkerung möglich, so etwa eine Bankenenteignungsaktion Ende Dezember 1980, an der über 40 Menschen beteiligt waren. Daß die Junta keinen der Beteiligten festnehmen konnte, ist der Tatsache zu verdanken, daß die Kämpfer nach der Aktion schnell wieder „untertauchen" konnten.

Anfang des Jahres nahm die Polizei willkürlich fünf Personen fest und beschuldigte sie, für a l l e Widerstandsaktionen des vergangenen Jahres verantwortlich zu sein. Nach der neuen Verfassung vom 11. März 1981 können für „Delikte", bei denen Personen des Repressionsapparates ums Leben kommen, die Todesstrafe beantragt werden.

Repressionsapparates ums Leben kommen, die Todesstrafe beantragt werden.

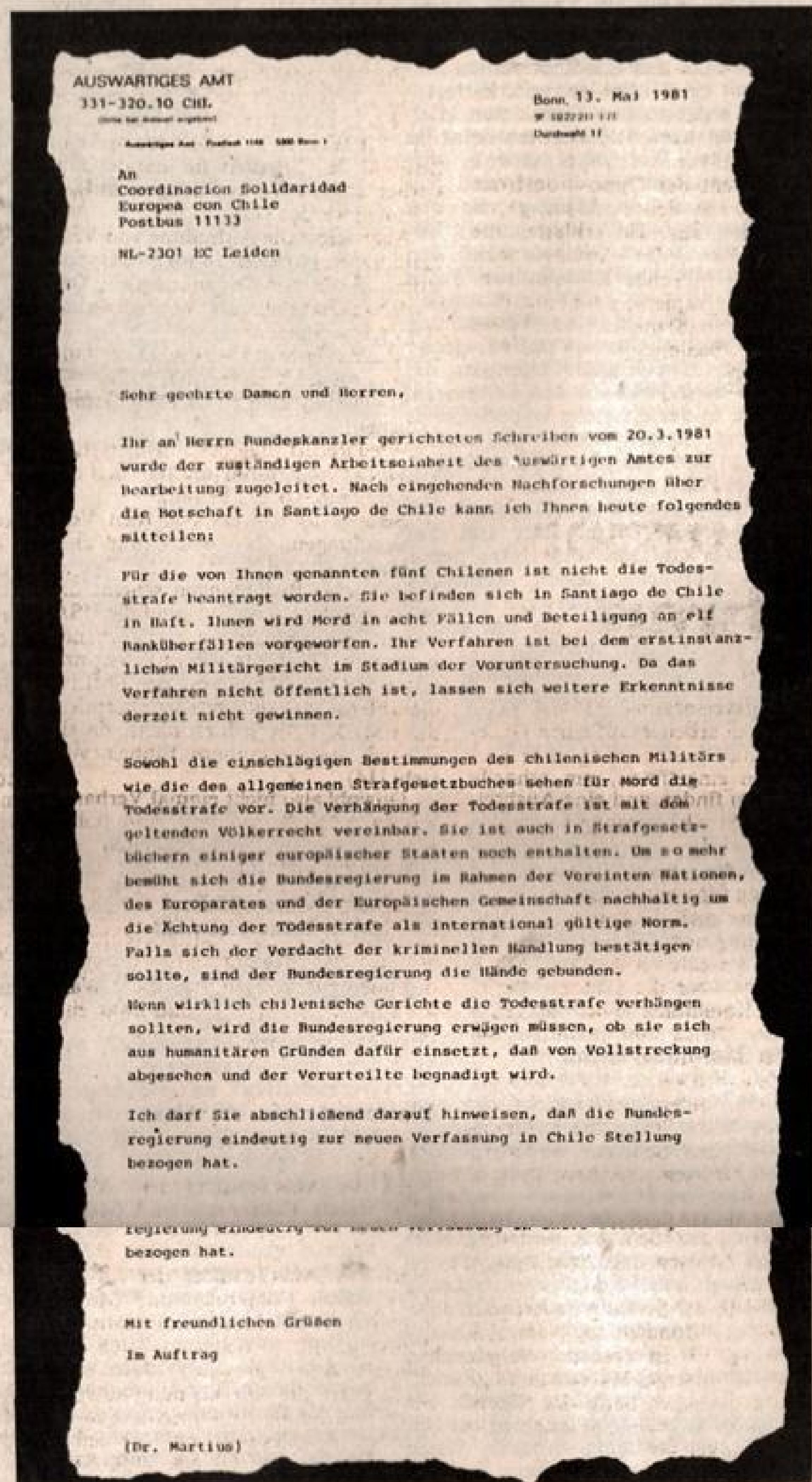
Die fünf festgenommenen Personen, unter ihnen zwei Frauen, gehören dabei offensichtlich dem Widerstand an, nur haben sie absolut nichts mit den Aktionen zu tun, die man ihnen zur Last legt.

Die Koordination der europäischen Chilesolidarität, COSECH, die zu Recht um das Leben der fünf Menschen fürchtete, forderte in einem Brief vom 30.3.81 den Bundeskanzler auf, diese grobe Menschenrechtsverletzung anzuprangern und verlangte in einem zusätzlichen Schreiben, sich für die Abschaffung der Todesstrafe in Chile einzusetzen.

Sieben Wochen sollten verstreichen, bis eine Antwort des Auswärtigen Amtes eintraf, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ.
(Siehe nebenstehenden Abdruck)

Mittlerweile sind drei weitere Menschen unter ähnlichen Anschuldigungen der Junta vor ein Kriegsgericht gestellt worden. Auch ihnen droht bei Verhängung der Todesstrafe die Vollstreckung innerhalb von 48 Stunden! Sollten die gefangenen Menschen bis zum Tage der „Verhängung" noch am Leben sein, so wird für lange „Erwägungen" der Bundesregierung keine Zeit mehr bleiben. In diesem Zusammenhang möchten wir noch einmal alle demokratischen Kräfte aufrufen, in Briefen und Telegrammen an die Bundesregierung, die Vereinten Nationen und die chilenische Regierung gegen die Todesstrafe zu protestieren.

Wer die COSECH in dieser Kampagne auch finanziell unterstützen will — hier noch einmal die Kto.-Nr.:
Konto: Solidaridad Europea con Chile
E. Tullney, No. 133107870
Sparkasse Bochum, West Germany



AUSWÄRTIGES AMT
331-320.10 CHL.

Bonn, 13. Mai 1981

An
Coordinacion Solidaridad
Europea con Chile
Postbus 11133

NL-2301 EC Leiden

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr an Herrn Bundeskanzler gerichtetes Schreiben vom 20.3.1981 wurde der zuständigen Arbeitseinheit des Auswärtigen Amtes zur Bearbeitung zugeleitet. Nach eingehenden Nachforschungen über die Botschaft in Santiago de Chile kann ich Ihnen heute folgendes mitteilen:

Für die von Ihnen genannten fünf Chilenen ist nicht die Todesstrafe beantragt worden. Sie befinden sich in Santiago de Chile in Haft. Ihnen wird Mord in acht Fällen und Beteiligung an elf Banküberfällen vorgeworfen. Ihr Verfahren ist bei dem erstinstanzlichen Militärgericht im Stadium der Voruntersuchung. Da das Verfahren nicht öffentlich ist, lassen sich weitere Erkenntnisse derzeit nicht gewinnen.

Sowohl die einschlägigen Bestimmungen des chilenischen Militärs wie die des allgemeinen Strafgesetzbuches sehen für Mord die Todesstrafe vor. Die Verhängung der Todesstrafe ist mit dem geltenden Völkerrecht vereinbar. Sie ist auch in Strafgesetzbüchern einiger europäischer Staaten noch enthalten. Um so mehr bemüht sich die Bundesregierung im Rahmen der Vereinten Nationen, des Europarates und der Europäischen Gemeinschaft nachhaltig um die Ächtung der Todesstrafe als international gültige Norm. Falls sich der Verdacht der kriminellen Handlung bestätigen sollte, sind der Bundesregierung die Hände gebunden.

Wenn wirklich chilenische Gerichte die Todesstrafe verhängen sollten, wird die Bundesregierung erwägen müssen, ob sie sich aus humanitären Gründen dafür einsetzt, daß von Vollstreckung abgesehen und der Verurteilte begnadigt wird.

Ich darf Sie abschließend darauf hinweisen, daß die Bundesregierung eindeutig zur neuen Verfassung in Chile Stellung bezogen hat.

regierung eindeutig zur neuen Verfassung in Chile Stellung bezogen hat.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

(Dr. Martius)

Chile: Gewerkschaften und Widerstand

Im November 1980 trafen sich in Chile auf einem Gewerkschaftskongreß über 600 Gewerkschaftsvertreter und beschlossen, einen „nationalen Forderungskatalog" auszuarbeiten. Der „Pliego Nacional" greift die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Junta scharf an. So heißt es u.a.: „*Wir durchschreiten eine Periode, in der die gemeinsame Aktion des Kapitals und der Gewalt uns ein Gesellschaftsmodell aufzwingen, das der großen Mehrheit der Bevölkerung die Früchte der Entwicklung verweigert ... insgesamt all den breiten Schichten, die nicht mit dem Finanzkapital verbunden sind.*"

„*Als Arbeiter und chilenische Bürger verlangen wir das Recht aller gesellschaftlichen Gruppen — was von der gegenwärtigen Regierung nicht respektiert wird —, an der Erarbeitung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik teilzunehmen.*"

Als am 18. Juni d.J. eine zwanzigköpfige Delegation das ausgearbeitete Dokument Pinochet überbringen will, verweigert dieser die Annahme. Ein solches „kommunistisches Manöver" sei ein Fall für den Innenminister. Der fackelte nicht lange und ließ zehn Gewerkschafter verhaften. Grund: Sie hätten sich die Vertretung von Arbeitern ohne gesetzliche Grundlage angemaßt. Mittlerweile sind zwar acht Gewerkschafter wieder auf freiem Fuß, doch zweien droht ein Strafprozeß. Es handelt sich um den Vorsitzenden der CNS (nationale Gewerkschaftskoordination), Manuel Bustos, sowie um einen seiner Stellvertreter, Alamiro Guzmán, die bereits schon einmal aus gleichen Gründen zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt waren.

Konnte der Kongreß noch in aller Heimlichkeit stattfinden, ohne daß die Junta direkt eingegriffen hatte, so ist jetzt das öffentliche Eintreten für gewerkschaftliche Forderungen mit einer Kritik der Diktatur verbunden, was die Gorillas gerade fürchten. Nichts wäre schlimmer für die Junta als eine Bewegung, „*die die gesellschaftliche Mobilisierung an allen Fronten vorantreibt, (...) organisiert und mit der Fähigkeit, Druck auszuüben*" (Erklärung von Manuel Bustos).

Wie empfindlich die Diktatur an dieser Stelle ist, zeigt auch die Tatsache, daß sie vier christdemokratische Oppositionspolitiker des Landes verwiesen haben, die sich mit den Gewerkschaftern solidarisierten. Die vier wurden über die argentinische Grenze gebracht, wo sie „bis zur Klärung der Situation" verhaftet wurden.
(Alle Informationen aus: „Lateinamerika Nachrichten", Sept. 81).

Asien

Alle Jahre wieder

Pol Pot bleibt in der UNO

Obwohl sich die Lage in Kampuchea weiter stabilisiert hat und die derzeitige Regierung sicherlich die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung besitzt, wird das Land in den Vereinten Nationen immer noch vom Anfang 1979 gestürzten Regime der „Roten Khmer" (oder „Demokratisches Kampuchea", wie es sich nennt) repräsentiert. Zur Vorbereitung der diesjährigen UNO-Vollversammlung hatten sich die amerikanischen und chinesischen Freunde dieses Geisterregimes wieder einiges einfallen lassen. Bestand doch nach der Anerkennung der Regierung in Phnom Penh durch Indien die Gefahr, daß andere „Blockfreie" nicht weiter bereit sein könnten, Pol Pot und Co. in der UNO zu unterstützen. Nach der im Juli abgehaltenen „Kampuchea-Konferenz" (siehe AK 206), die praktisch nichts einbrachte, wurde jetzt die Bildung einer „antivietnamesischen Einheitsfront" bekanntgegeben. Zu diesem Zweck hatten sich in Singapur (das zu den besonders scharfen antivietnamesischen Kräften im ASEAN-Verband gehört) Khieu Samphan, als „Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea", Son Sann, Führer einer „Nationalen Befreiungsfront des Khmer-Volkes", die einige Flüchtlingslager an der thailändisch-kampucheanischen Grenze kontrolliert, sowie Prinz Sihanouk, der im wesentlichen sich selbst repräsentiert, zusammengefunden.

Auf der Konferenz zeigten die drei „*die Bereitschaft zur Bildung einer Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea, um den Kampf für die Befreiung Kampucheas von den vietnamesischen Aggressoren in jeder Form fortzusetzen*". Außerdem stimmten sie darin überein, „*daß alle antivietnamesischen Kräfte in Kampuchea jegliche Konflikte untereinander vermeiden sollten. ‚Sie werden während der ganzen Periode der Vereinbarung von Differenzen ablassen'* " („Beijing Rundschau", 15.9.81).

Wer allerdings mit der Szene etwas vertraut ist, durfte gespannt sein, wie lange dieses Stillhalteabkommen dauern würde. Insbesondere Sihanouk ist ja für seine Kehrtwendungen bekannt. So hatte er noch im Mai dieses Jahres erklärt, daß eine Einheitsfront mit den Pol-Pot-Leuten für ihn nicht in Frage käme, denn „*das kambodschanische Volk würde ein solches Bündnis niemals akzeptieren. ‚Die Menschen würden es vorziehen, unter den Vietnamesen zu leben, die sie von*

nis niemals akzeptieren. ‚Die Menschen würden es vorziehen, unter den Vietnamesen zu leben, die sie von

den Männern befreit haben, die gegen ihr eigenes Volk Völkermord begangen haben' " („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 26.5.81).

Inzwischen hatte auch der „Aussenminister" Pol Pots, Ieng Sary, erstmalig Massenmorde unter ihrer Herrschaft zugegeben, sie allerdings damit gerechtfertigt, daß man „*mitten im Klassenkampf*" gewesen sei. „*Unter diesen Umständen ...*" („Indian Express", 12.8.81). Sihanouk erklärte denn auch schon zwei Tage nach Abschluß des Abkommens von Singapur, er habe es „*ohne Enthusiasmus und Glücklichsein*" unterzeichnet („Nation Review", Bangkok, 6.9.81).

Für sich selbst sah er bescheidenerweise in der neuen Einheitsfront die Rolle des Staatspräsidenten der Kampucheanischen Republik ohne Regierungsverantwortung vor.

Zwischen den beiden anderen Fraktionen, der KPNLF Son Sanns, und den „Roten Khmer" wurden die Auseinandersetzungen um die Posten in der Koalitionsregierung schon heftiger geführt.

So hatte Son Sann sich bereits als zukünftigen Premierminister der Koalitionsregierung vorgestellt und ausserdem eine Reihe von Bedingungen gestellt, wie „*Kontrolle aller Schlüsselministerien, beschleunigte militärische Hilfe für seine Streitkräfte und freiwilliges Exil einer Reihe diskreditierter Führer der ‚Roten Khmer'* " (ebenda). Dies veranlaßte letztere wieder zu einer „Richtigstellung", in der sie derlei Ansinnen empört zurückwiesen und als Verstoß gegen das Abkommen von Singapur verurteilten.

In der Tat sind die „Roten Khmer" von den drei Parteien die militärisch bedeutendste, während die beiden anderen im wesentlichen als Feigenblatt für die Weltöffentlichkeit dienen.

So sprach sich in der diesjährigen UNO-Vollversammlung wiederum eine deutliche Mehrheit für die Repräsentation Kampucheas durch das Pol-Pot-Regime aus. Mit 79 Für-, 36 Gegenstimmen und 30 Enthaltungen fiel das Ergebnis sogar noch deutlicher als im Vorjahr aus (74 : 35 : 32).

Da helfen auch keine Rechenkunststücke, wie sie die Phnom Penher Regierungszeitung „Kampuchea" anstellt. Zu den Versuchen Chinas und der US-Imperialisten heißt es dort: „*Trotz ihrer Täuschungs- und Zwangsmanöver waren sie nicht erfolgreich, da nur 50 % der UN-Mitglieder für das illegale Recht des Demokratischen Kampuchea stimmten, während weitere 50 % entweder die VRK*" (die Regierung in Phnom Penh – Anm. AK) „*unterstützten, sich enthielten, weil sie sich der Lage nicht recht bewußt waren oder sich Washington und Peking nicht offen zum Gegner machen wollten, oder dem Treffen fernblieben*" (Radio Phnom Penh, 25.9.81). In keiner uns bekannten kampucheanischen oder vietnamesischen Stellungnahme zur UNO-Abstimmung wurde das genaue Abstimmungsergebnis bekanntgegeben. Das ist einer korrekten Auseinandersetzung mit der Indochinapolitik Chinas und der USA natürlich nicht gerade besonders förderlich.

Das Märchen vom „gelben Regen"

Zur weiteren propagandistischen Vorbereitung der UNO-Vollversammlung brachte die US-Regierung in den letzten Wochen Berichte über angebliche Giftgaskriegsführung in Afghanistan, Kampuchea und Laos verstärkt in die Medien. Seit über einem Jahr tauchen solche Meldungen, für die es bisher keinerlei Beweise gibt, immer wieder als „Berichte von Flüchtlingen" auf. Jetzt sollten zum erstenmal Beweise für derlei Behauptungen auf den Tisch gelegt werden. So kündigte es zumindest US-Außenminister Haig in seiner westberliner Rede an. Es ist schon makaber genug, daß ausgerechnet dieser Herr, unter dessen Befehl im Vietnamkrieg „*mehr als 100.000 Tonnen giftiger Chemikalien auf die meisten südvietnamesischen Provinzen gesprüht wurden, wobei Nahrungsmittel zerstört wurden, mit denen Millionen Menschen*

schen Provinzen gesprüht wurden, wobei Nahrungsmittel zerstört wurden, mit denen Millionen Menschen

hätten ernährt werden können, mindestens zwei Millionen Menschen vergiftet und der Tod von 3.500 Personen verursacht wurde" (Radio Hanoi, 17.9.81) sich hier zum Ankläger aufschwingt. Noch heute haben große Teile der Bevölkerung Südvietnams sowie der damals eingesetzten amerikanischen und australischen Soldaten unter den Folgen des Giftkrieges zu leiden.

Doch selbst davon abgesehen, erwiesen sich die schließlich nach den großen Ankündigungen vorgelegten „Beweise" mehr als dürftig. So erklärte der Delegationschef des „Roten Kreuzes" die Berichte über Giftgaseinsätze in Afghanistan als „*aufgebauschtes, teilweise verantwortungsloses Gerede*" und ein Chirurg in einem der Krankenhäuser, in denen Flüchtlinge behandelt werden, meint: „*Ich habe nicht einen einzigen derartigen Fall gesehen, noch glaubhaft von einem solchen gehört*" („SZ", 22.9.81).

Und selbst die den US-Imperialisten seit den Zeiten des Vietnam-Kriegs herzlich verbundene „Frankfurter Allgemeine Zeitung" muß bedauernd feststellen: „ *‚Harte' Beweise freilich sind im Grenzgebiet nicht zu erhalten. General Dien Del, der die nichtkommunistischen Partisanen der ‚Nationalen Befreiungsfront der Khmer' befehligt, ist von der chemisch-bakterialogischen Kriegsführung Vietnams ebenso wenig bekannt wie den im Hospital von Ban Sangae, dreihundert Kilometer nordöstlich von Bangkok, tätigen Ärzten*" („FAZ", 19.9.81).

Ihren Zweck haben die Kampagnen gegen Vietnam und Kampuchea aber dennoch voll erfüllt: Das Mörderregime Pol Pots darf für ein weiteres Jahr Kampuchea in der UNO vertreten und der Konflikt in Südostasien bleibt am Kochen.

Asien/Australien-Kommission

Polen:

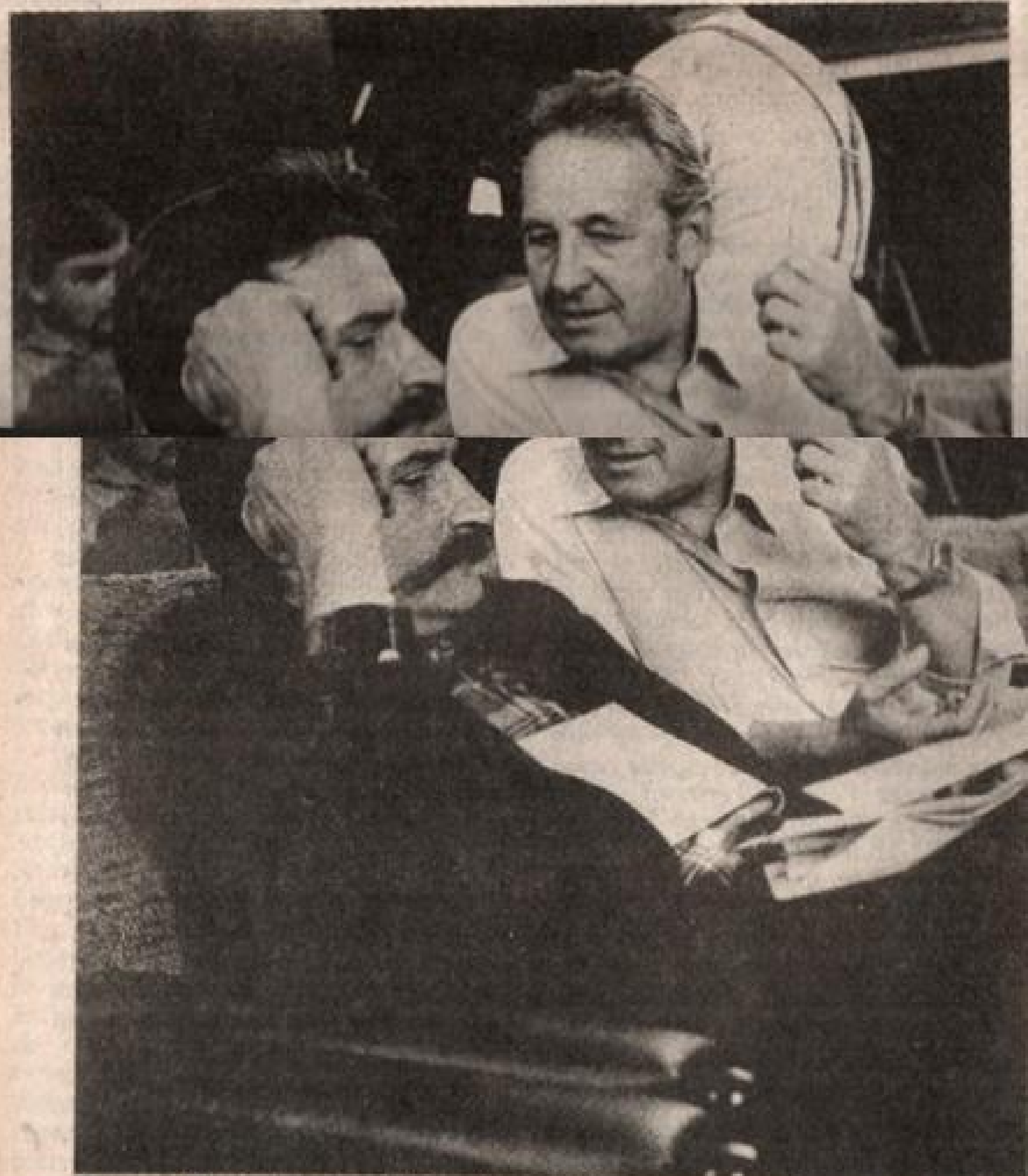
Andrzej Wajda und seine Filme



Sein Film „Der Mann aus Marmor" und erst recht sein neuestes Werk „Der Mann aus Eisen" machten ihn weit über die Kreise professioneller Kinogänger und Polen-Spezis bekannt: Den polnischen Regisseur Andrzej Wajda (Jahrgang 1925).

Daß Andrzej Wajda nicht zu denjenigen in Polen gehört, die der alten kapitalistischen Gesellschaft nachtrauern, machte bereits sein 1974 gedrehter Film „Das gelobte Land" über das Leben von Arbeitern und Kapitalisten einer Textilfabrik in Lodz um die Jahrhundertwende deutlich. In sehr eindrucksvoller Weise stellt „Das gelobte Land" den menschenfeindlichen Charakter des kapitalistischen Systems einerseits und die allseitige Verkommenheit seiner bourgeoisen Nutznießer dar bzw. bloß.

Der Film „Ohne Betäubung" (1978) zeigt anschaulich die Niedertracht, Hinterhältigkeit und auch Feigheit von Privilegierten und Bürokraten im heutigen Polen. „Held" dieses Streifens ist ein Journalist, der in einem Fernseh-Interview deutlich macht, daß er lieber über Befreiungsbewegungen in der „3. Welt" berichtet als über Polen, weil es über ersteres Interessanteres und Positiveres zu berichten gibt. Daraufhin wird der Journalist in einer schier unglaublichen Weise von Bürokraten, „Kollegen" und letztlich sogar von seiner Frau fertig gemacht.



Andrzej Wajda im Gespräch mit Lech Walesa, der im Film „Der Mann aus Eisen" persönlich mitspielt (Foto: „Stern").

Der Mann aus Marmor

Eine massive Kritik an den Machenschaften und Zensurpraktiken der Fernsehbürokraten ist auch Wajdas Film „Der Mann aus Marmor" (1976), auch wenn dies nur e i n Aspekt dieses Films ist.

Der damalige Fernsehchef, Maciej Sczepanski, sitzt seit Herbst 1980 übrigens wegen Korruption und Amtsmißbrauch im Knast ist heute in Polen, nachdem einiges über seinen großbourgeoisen Lebensstil bekannt geworden war (Luxusjachten, mehrere Villen, Safari-Touren als „Dienstreisen" usw.), der Inbegriff des verlogenen, privilegierten Bürokraten. Das Drehbuch zu „Der Mann aus Marmor" legte Wajda dem polnischen Kulturministerium bereits 1963 vor; es dauerte 13 Jahre, bis er mit den Dreharbeiten beginnen konnte, und weitere zwei Jahre, bis der Film für die Kinos freigegeben wurde. Im Mittelpunkt der Handlung steht die Filmstudentin Agnieszka, die als Examensarbeit einen Dokumentarfilm über Mateusz Birkut, einen Rekordarbeiter der fünfziger Jahre, drehen möchte.

Die Rekordarbeiter der fünfziger Jahre in Osteuropa (u.a. auch Adolf Hennecke in der DDR) ahmten das Beispiel des sowjetischen Bergmannes Alexej Stachanow nach, der 1935 seine Norm um 1.300 Prozent übererfüllt hatte.

Der Maurer Mateusz Birkut wurde 1950 in Polen gefeiert, weil er in einer Schicht 30.000 Ziegelsteine vermauert hatte. Bei ihren Recherchen trifft Agnieszka den Regisseur Burski, der die Höchstleistung Birkuts damals für einen Dokumentarfilm in Szene setzen ließ, um selbst Karriere zu machen. Für Burski hat es sich gelohnt. 25 Jahre später erhält er Preise im Ausland, wird gefeiert, fährt einen dicken Wagen, bewohnt eine Villa und hat eine Hausangestellte, die sein Kind versorgt, das er sichtlich vernachlässigt. Dieser Mann, dem die Hausangestellte sogar die Koffer trägt – ein nicht untypisches Beispiel für Zehntausende privilegierte Angehörige der „neuen Bourgeoisie" in Polen. Ein weiteres abschreckendes Beispiel einer „realsozialistischen" Karriere bietet der Ex-Spitzel des Staatssicherheitsdienstes, der in den fünfziger Jahren Birkut „betreut" hat. Er leitet mittlerweile eine Striptease-Bar in Warschau, wie Agnieszka feststellt.

Für Birkut hat es sich weniger gelohnt. Er, der in seine Rolle als Rekordarbeiter annähernd mit Gewalt hineingedrängt wurde, wird sehr bald als Antreiber gegen seine Kollegen eingesetzt, um die Normen hochzudrücken. Bei einer Schauvorführung seiner Maurerkünste wird Birkut ein im Feuer erhitzter Ziegelstein gereicht, an dem er sich schwere Verbrennungen zuzieht. Seine Arbeit als Maurer muß er aufgeben. Sein Freund und Kollege Wittek wird grundlos verhaftet und des Anschlages auf Birkut bezichtigt. Als Birkut, mittlerweile populärer und engagierter Gewerkschaftsfunktionär, sich für seinen verschwundenen Freund einsetzt, fällt er in Ungnade; Statuen und Bilder, die ihn darstellten, werden aus dem Verkehr gezogen.

Frustriert und in besoffenem Zustand schmeißt er einen Stein in eine Bullenwache und wird verhaftet.

Ein Schauprozeß gegen Birkuts Kollegen Wittek und mehrere andere „Saboteure", „Agenten" usw. findet statt, wobei Birkut in glänzender Weise den Prozeß als abgeschmackte Farce lächerlich macht. Wittek und Birkut müssen für über drei Jahre in den Knast. Im Oktober 1956, als die Führung um Bierut durch die „gemäßigte" Gruppe um Gomulka ersetzt wird, werden Wittek und Birkut freigelassen und rehabilitiert.

Wittek wird später Direktor der Stahlwerke „Huta Kattowice". Birkut weigert sich, noch einmal für die Partei den Hampelmann zu spielen.

Man bittet ihn, bei den Wahlen in seinem Heimatort als erster seine Stimme abzugeben, da die Bevölkerung nur dann zur Wahlurne schreiten würde. Es sind Wahlen berüchtigten „realsozialistischen" Schlages: Die Wähler sollen lediglich einen Zettel mit einer Liste der vom Parteiapparat aufgestellten Kandidaten in eine Urne werfen. Birkut erscheint im Wahllokal. Was folgt, ist m.E. eine Schlüsselszene des Films und zugleich auch ein Schlüssel für den „Mann aus Eisen" (siehe unten): Birkut läßt seinen kleinen Sohn den Stimmzettel abgeben. Andrzej Wajda will damit wohl nicht nur aussagen, daß die Wahlen eine Verarschung sind, wesentlicher ist m.E. folgende Aussage: Die Kinder derjenigen, die Polen nach 1945 aus den Trümmern, in die es der deutsche Imperialismus gestürzt hatte, wieder aufbauten, werden den Kampf um ein demokratisches Polen entscheiden.

Birkuts Frau Hanka Tomczyk hat sich während seiner Haft von ihm losgesagt und sich zur Hetze gegen ihn mißbrauchen lassen. Agnieszka trifft auch sie, mittlerweile eine kaputte Alkoholikerin, die mit einem Barbesitzer zusammenlebt.

Als es Agnieszka nicht gelingt, Birkut selbst zu finden, nehmen die Verantwortlichen, denen das Thema von Anfang an sehr suspekt war, ihr die Kamera weg.

Agnieszka ist verzweifelt, sucht aber auf eigene Faust weiter nach Birkut. Am Tor der Gdansker Lenin-Werft trifft sie Birkuts Sohn, einen Werftarbeiter. Er erzählt ihr, daß sein Vater tot ist ... Die Zensur verbot Wajda damals noch, zu zeigen, wie Birkut gestorben war.

Der Mann aus Eisen

Der Mann aus Eisen

„Der Mann aus Eisen" ist eine ausgezeichnete Illustration der komplizierten gegenseitigen Abhängigkeiten und Verbindungen, die zwischen den geschichtlichen Ereignissen im Leben der Völker und der wirklich großen Kunst auftreten", wie Jerzy Klechta in der in Warschau erscheinenden polnischen Jugendzeitschrift „Radar" (Nr. 5/81) sehr richtig schrieb. Die Idee zu diesem Film entstand bei Diskussionen zwischen Andrzej Wajda und streikenden Arbeitern auf der Lenin-Werft in Gedansk, 1980. „Der Mann aus Eisen", für den Wajda bei den Filmfestspielen in Cannes in diesem Jahr die „Goldene Palme" erhielt, konnte nur gedreht werden, weil die polnische Arbeiterklasse sich ein weiteres Mal zum Kampf erhoben hatte. Und dieser Film – die Fortsetzung des „Mann aus Marmor", eine Fortsetzung, die das Leben und der Klassenkampf schrieb, konnte nur deshalb in allen polnischen Kinos laufen, weil die Arbeiterklasse in Polen heute einen Umfang an Meinungsfreiheit und Freiheit der Kultur erkämpft hat, von dem die Menschen in vielen anderen Ländern (nicht nur in „realsozialistischen"!) nur träumen können.

Die Handlung: Winkiel, ein ziemlich versoffener Rundfunkjournalist, erhält während der Auguststreiks 1980 den Auftrag, nach Gdansk zu fahren, um über einen Streikführer zu „berichten" bzw. ihn zu b e s p i t z e l n. Dieser Streikführer ist Maciek Tomczyk, der Sohn Birkuts, des „Mann aus Marmor".

In Gdansk erfährt er bald einiges über den Lebensweg Maciek Tomczyks. Tomczyk war im März 1968 an den Studentenkämpfen beteiligt und brach damals mit seinem Vater Birkut, der die „provokatorischen" Studentenaktionen für verfrüht hielt.

Zwei Jahr später, im Dezember 70, weigern sich große Teile der Studenten, sich den streikenden und demonstrierenden Arbeitern anzuschließen. Bei diesen Kämpfen wird Tomczks Vater Birkut von den Miliz-Bullen erschossen. Macjek Tomczyk gibt sein Studium auf und wird Arbeiter auf der Gdansker Lenin-Werft.

1976 wird er bei einer einzelkämpferischen Plakat-Aktion gegen den Polizeiterror in Radom und Ursus (bei Warschau) verhaftet und einige Monate eingesperrt. (Dort waren Streiks und Demonstrationen gegen Preiserhöhungen blutig niedergeschlagen worden.) Erst allmählich erkennt er in Diskussionen mit Kollegen, daß durch beharrliche Kleinarbeit Massenaktionen vorbereitet werden müssen, *„daß man keine Komitees in Brand setzen muß, sondern eigene gründen".* (Im Dezember 1970 hatten Demonstranten Büros der Partei in Brand gesteckt.)

Tomczyk lernt Agnieszka kennen, die wegen ihrer Recherchen über Tomczyks Vater Birkut 1976 von der Uni geflogen war. Die beiden schließen sich der im April 1978 gegründeten illegalen Gruppe „Freier Gewerkschaften" an und heiraten. Als

die wegen ihrer Recherchen über Tomczyks Vater Birkut 1976 von der Uni geflogen war. Die beiden schließen sich der im April 1978 gegründeten illegalen Gruppe „Freier Gewerkschaften" an und heiraten. Als

Trauzeugen bei dieser das Bündnis von Intellektuellen und Arbeiterklasse symbolisierenden kirchlichen Hochzeit fungieren im Film Lech Walesa und Anna Walentynowicz höchstpersönlich.

Der versoffene Rundfunkmann Winkiel wird unter dem vom überbetrieblichen Streikkomitee verhängten Alkohol-Verbot zusehends nüchterner; er trifft Tomczyks Frau Agnieszka und andere Unterstützer der Streikenden. Winkiel ist fasziniert von diesen Menschen, ihrer Offenheit und ihrem Mut zum Kampf für eine gerechtere Gesellschaft. Winkiel will kein Spitzel mehr sein, keine Lügenreportagen mehr machen. Er ruft von der bestreikten Werft aus beim Warschauer Sender an und erklärt seine Kündigung. Dabei erfährt er, daß seine Chefs bereits ihren Hut nehmen mußten ...

Nach der Unterzeichnung des Gdansker Abkommens zwischen Streikkomitee und Regierung, die Winkiel begeistert miterlebt, wird auf der Werft bekannt, was für einen Auftrag Winkiel hatte. Man zieht sich voller Verachtung von ihm zurück; – dieser Mann scheint mir auch ein Symbol für die bürokratische Staatsmacht in Polen zu sein, der die Arbeiter nach soviel Betrug und Lüge die Wandlung vom Saulus zum Paulus nicht mehr abnehmen. Am Schluß des Films legt Maciek Tomczyk an der Stelle, wo sein Vater 1970 erschossen wurde, eine Kopie des Gdansker Abkommens nieder und sagt: *„Ich kenne jetzt mein Ziel und weiß, wofür Du gefallen bist".* Diese Mischung aus Melancholie und Optimismus ist nicht nur in Andrzej Wajdas Filmen häufig anzutreffen, sie ist vielmehr in der polnischen Kultur (u.a. auch in den Liedern der Streikenden) weit verbreitet, in der Kultur eines Volkes, das in seiner Geschichte immer wieder, auch in scheinbar aussichtslosen Situationen, den opferreichen Kampf um seine Freiheit aufgenommen hat.

Wer den „Mann aus Marmor" und den „Mann aus Eisen" gesehen hat, dem müßte klar sein, daß die polnische Arbeiterklasse nicht nur gegen einige „bürokratische Entartungen" eines „Arbeiterstaates", gegen „Fehler" in der Politik einer ansonsten gutwilligen „Arbeiterpartei" protestiert, sondern gegen ein S y s t e m d e r H e r r s c h a f t einer Klasse, die Staat und Produktionsmittel gegen die Arbeiterklasse verwaltet. *„Die da oben wollten ein gutes Leben führen und dabei auch noch vom Volk geliebt werden. Das konnte nicht gut gehen"*, sagt ein Miliz-Bulle im „Mann aus Eisen" zu Winkiel.

Wajdas Filme malen kein überzeichnetes, wirklichkeitsfremdes und zu stark idealisierendes Bild von der Arbeiterklasse; sie zeigen Menschen mit ihren Schwächen, Fehlern und ihren widerspruchsvollen Lernprozessen. Das macht meiner Ansicht nach viel von dem Erfolg und der Beliebtheit der Wajda-Filme aus.

Arbeiterklasse; sie zeigen Menschen mit ihren Schwächen, Fehlern und ihren widerspruchsvollen Lernprozessen. Das macht meiner Ansicht nach viel von dem Erfolg und der Beliebtheit der Wajda-Filme aus.

Kritisierenswert finde ich allerdings im „Mann aus Eisen", wie Tomczyks Frau Agnieszka zu ihrem Mann aufschaut, von s e i n e n Bemühungen, s e i n e n Erfolgen erzählt, und dabei kaum etwas von sich, ihrer e i g e n e n Arbeit für die neue Gewerkschaftsbewegung, ihrer persönlichen Situation (Mutter mit Kind) berichtet. Nun könnte man einwenden, der Film spiegele damit nur den tatsächlichen Stand großer Teile der polnischen Frauen wider. Von einem fortschrittlichen Regisseur wie Andrzej Wajda sollte man/frau aber doch auch in diesem Punkt etwas Vorwärtsweisendes erwarten.

Wenn „Der Mann aus Marmor" und „Der Mann aus Eisen" die Betrugsmanöver der Herrschenden gegen die Massen, den Bullenterror gegen Demonstranten, das „Gürtel-enger-schnallen" der Werktätigen und die Verarschung von Arbeitern durch an die Betriebsleitung angepaßte Betriebsräte bzw. Staatsgewerkschafter zeigen, dann werden Parallelen nicht nur zu anderen o s t europäischen Ländern deutlich.

Kein Wunder, daß d i e s e Filme abends zu recht später Stunde gesendet wurden, im Gegensatz z.B. zur dilettantischen Inszenierung „Polnischer Sommer" des WDR im Juli dieses Jahres. Ein Film, der in ähnlicher Weise von den Kämpfen der w e s t d e u t s c h e n Arbeiterklasse seit den fünfziger Jahren, von den Kämpfen gegen die Wiederbewaffnung über die „wilden" Septemberstreiks 1969 bis heute berichtet, der die Opfer des Bullenterrors in diesem System (wie Benno Ohnesorg, Olaf Ritzmann und Klaus-Jürgen Rattay) ehrt, so ein Film in allen Kinos – das ist h i e r, in dem „freiesten Staat, den wir je hatten" (BRD über BRD), heute nicht denkbar.

P.S.: Bis Ende Oktober laufen im Hamburger „Abaton"-Kino eine Reihe von Wajda-Filmen, u.a. „Ohne Betäubung".

U., RGW-Kommission

Polen:

Nach dem Solidarność-Kongreß

Der erste Teil des Solidarnosc-Kongresses in der zweiten September-Woche hatte zu einer Zuspitzung der Konfrontation in Polen geführt. In einem sieben Punkte umfassenden Programm forderte der Kongreß eine „authentische Arbeiterselbstverwaltung" und „freie Wahlen zum Parlament und zu den örtlichen Volksräten" (dap-Übersetzung in „Hamb. Abendbl." vom 12./13.9.). (Zur Wirtschaftsreform und der Arbeiter-Selbstverwaltung vgl. AK 207: 'Zur Kritik der Programm-Thesen').

Ultimativ forderte die Sowjetunion von der polnischen Führung „unverzüglich entschiedene und gründliche Maßnahmen zur Unterbindung der üblen antisowjetischen Kampagne" (zit. n. „UZ"). Unmittelbarer Anlaß dieser Aufforderung war der Appell des Solidarnosc-Kongresses an die Werktätigen der RgW-Staaten und Albaniens zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften. Für die sowjetische Agentur TASS handelte es sich bei dem Kongreß um eine *„antisozialisitische und antisowjetische Orgie"*, *„ein ganzes Konglomerat von Konterrevolutionären verschiedenster Schattierungen einschließlich Agenten imperialistischer Geheimdienste"*, um „eine Heerschau jener Kräfte, die sich darauf vorbereiten, die Macht zu übernehmen" (alle Zitate aus der TASS-Stellungnahme, zitiert nach „Neues Deutschland", 12.9.).

Die polnische Regierung steht von zwei Seiten unter Druck und handelt entsprechend widersprüchlich. Einerseits hielt Ministerpräsident Jaruzelski am 24.9. im Parlament (Sejm) eine markige Rede, die ein energisches Vorgehen gegen Anti-Sozialisten ankündigte und in der Jaruzelski mitteilte, er habe den Innenminister zu härterem Vorgehen aufgefordert und ihm die Unterstützung der Armee zugesichert.

Andererseits verabschiedete nur zwei Tage später das Sejm ein neues Betriebsgesetz, das den Forderungen der Solidarnosc entgegenkommt und den Betriebsräten ein Veto-Recht bei der Ernennung der Betriebs-Direktoren zugesteht (FAZ, 5.10.). An der grundsätzlichen Situation in Polen hat sich nichts geändert: die Partei kann und will das weitreichende Programm der Solidarnosc nicht akzeptieren, weil das erstens das Ende ihres Machtmonopols bedeuten und zweitens die geliebten Bruderländer ins schöne Polen locken würde. Sie kann aber ebensowenig auf einen rabiaten Konfrontationskurs gegen die Arbeiterbewegung gehen, da sich dieser nur mit nackter militärischer Gewalt zum Erfolg bringen ließe.

Der Raum zwischen diesen beiden Alternativen wird allernings zunehmend enger, denn der Druck von beiden Seiten wächst. In Polen herrscht eine Art Doppelmacht., die nur durch die internatinale Situation an ihrer Auflösung gehindert wird. Bisher hat Solidarnosc es verstanden, die wachsende Ungeduld größerer Teile der Bevölkerung an der Explosion zu hindern, sie zu kanalisieren. Diese Aufgabe wird allerdings zunehmend schwieriger; es gibt kaum noch eine Entscheidung der Gewerkschaft, die nicht heftig umkämpft wäre. Die jetzt in Polen anlaufenden Preiserhöhungen von z.T. mehreren hundert Prozent ohne vollständigen Lohnausgleich werden die Spannungen in der Solidarnosc erheblich zuspitzen. Ausdruck dieser Spannungenist, daß Lech Walesa auf dem Kongreß mit lediglich – oder immerhin, wie man will – 55,2 % der Stimmen wieder zum Vorsitzenden gewählt wurde, und zwar gegen drei Kandidaten, die einen z.T. erheblich härteren Kurs propagieren (u.a. Gwiazda und Rulewski, der auf dem Kongreß über die Möglichkeit sprach, aus dem Warschauer Pakt auszutreten). Rulewski ist in der Solidarnosc zuständig für Preisfragen.

Daß der Walesa-Flügel in seiner Stellung angeknackst ist, zeigt gerade das Vorgehen in dem letzten Streit: Die Zustimmung des Solidarnosc-Präsidiums zu dem neuen Betriebsgesetz wurde von nur 4 der 11 Mitglieder beschlossen (wobei von den vier Anwesenden drei dafür und Rulewski dagegen stimmte). Dieses Vorgehen wurde von Walesa ausdrücklich verteidigt, was auf dem Kongreß zu heftigen Angriffen führt: „Jene, die sich dafür entschieden (gemeint ist das Gesetz – AK), haben vergessen, daß sie zehn Millionen Mitglieder vertreten" (Gwiazda, zit.n. FAZ, 28.9.). Geeinigt hat man sich darauf, daß neue Betriebsgesetz zu akzeptieren und darüber hinaus eine Volksabstimmung über die Veränderungsvorschläge der Solidarnosc zu fordern. Damit ist aber selbstredend nicht der Linienkampf in der Solidarnosc beendet.

Bislang ist die Solidarnosc mit dem Walesa-Kurs nicht schlecht gefahren. Die Kompromißbereitschaft, noch dazu, wenn sie auf fragwürdig gefaßten Beschlüssen beruht, droht allerdings den Einfluss der Solidarnosc-Führung auf die 'radikaleren' Strömungen zu schwächen. Der Streit geht um die Frage, mit welcher Politik sich gleichzeitig die Eskalation und ein Auseinanderfallen der Solidarnosc vermeiden läßt, was naturgemäß ein ausgesprochen schmaler Weg ist.

Auf eine Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Solidarnosc weisen auch die Wahlen zum Landeskoordinationskomitee hin: Bogdan Lis, mehr oder weniger Repräsentant der PVAP-Mitglieder in der Solidarnosc, sowie sechs weitere PVAP-Mitglieder, wurden nicht wieder gewählt. Ebenso wächst Mißtrauen gegen die sogenannten „Experten" oder Berater, deren Position in dem neuen Landeskoordinationskomitee ebenfalls geschwächt wurde. Welche Politik die neue Landeskommission verfolgen wird, läßt sich noch nicht einschätzen; sicher ist nur, daß der Spielraum enger geworden ist und das Verhältnis zu den Preiserhöhungen zu einer Zerreißprobe zu werden droht.

J., RGW-Kommission (7.10.81)



Lech Walesa

... und die Sozialdemokraten

Die Sozialdemokraten, bekannt für den Blick für das 'Machbare', verlieren bei aller Solidarität mit den Polen langsam die Geduld. Brandt erklärte, Polen brauche *„vor allem die Arbeit"* (FAZ, 22.9.). Das ist ja auch verständlich. Ein guter deutscher Sozialdemokrat hält wenig von solchem Streik-Chaos wie in Polen oder Italien.

Herr Kreisky ermahnte die polnischen Kollegen ganz kollegial: *„Als Vorsitzender einer großen Arbeiterpartei möchte ich den polnischen Arbeitern aber sagen, daß sie auch jenen Arbeitern gegenüber Verpflichtungen haben, die bereit waren, Kredite zu geben. Bei allem Verständnis, aller Sympathie... müssen wir doch erwarte, daß Polen seine Verpflichtungen erfüllt. Auch das ist Solidarität"* (zitiert nach FAZ, 19.9.). Von Kumpel zu Kumpel, ein ehrliches Wort. Solange die polnischen Arbeiter der PVAP oder dem Kreml Feuer unter'm Arsch machen, sind die Sozialdemokraten allemal dabei. Aber wenn „unsere" Kredite, „unsere" Kohle oder gar „unsere" Wirtschaft leidet, nein, das geht dann ja nun doch zu weit! Ein bißchen dahinter stecken mag auch die Angst der Sozialdemokraten vor dem polnischen Beispiel, denn die Unterschiede sind doch allzu kraß: Im totalitären Polen werden bei der Räumung eines Gebäudes drei Gewerkschafter verletzt – und die gesamte Gewerkschaft zeigt Streikbereitschaft, um die lückenlose Aufklärung des Vorfalls zu erzwingen. Im demokratischen Westdeutschland läßt ein gewerkschaftseignes Unternehmen Häuser räumen, was mit dem Tod eines Demonstranten endet, und eine Gewerkschaft organisiert eine Demonstration gegen Hausbesetzung, ein Gewerkschaftsführer beschimpft die Hausbesetzer als „faschistoides Gesindel". Oder: Die SPD-Regierung beschließt ein „Spar"-Konzept, das in Polen keine Regierung länger als eine Woche überleben würde.

Solche Vergleiche ließen sich beliebig viele finden. Und es stimmt, daß von der Politik her, dem Verhältnis zu den Massen, die SPD der PVAP viel näher steht als der Solidarnosc. Der einzige Grund, warum die SPD überhaupt lobende Töne über die polnische Arbeiterbewegung von sich gibt, liegt im Anitsowjetismus.

Herr Kreisky ermahnte die polnischen Kollegen ganz kollegial: „Als Vorsitzender einer großen Arbeiterpartei möchte ich den polnischen Arbeitern aber sagen, daß sie auch jenen Arbeitern gegenüber Verpflichtungen haben, die bereit waren, Kredite zu geben. Bei allem Verständnis, aller Sympathie... müssen wir doch erwarte, daß Polen seine Verpflichtungen erfüllt.

stecken mag auch die Angst der Sozialdemokraten vor dem polnischen Beispiel, denn die Unterschiede sind doch allzu kraß: Im totalitären Polen werden bei der Räumung eines Gebäudes drei Gewerkschafter verletzt – und die gesamte Gewerkschaft zeigt Streikbereitschaft, um die lückenlose Aufklärung des Vorfalls zu erzwingen. Im demokratischen Westdeutschland läßt ein

Regierung länger als eine Woche überleben würde.

Solche Vergleiche ließen sich beliebig viele finden. Und es stimmt, daß von der Politik her, dem Verhältnis zu den Massen, die SPD der PVAP viel näher steht als der Solidarnosc. Der einzige Grund, warum die SPD überhaupt lobende Töne über die polnische Arbeiterbewegung von sich gibt, liegt im Anitsowjetismus.

KP Vietnams über Polen

Eine Einschätzung der aktuellen Entwicklung in Polen gab das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Vietnams, „Nhan Dan", am 19. September dieses Jahres in einem Leitartikel. Die Zeitung erklärt, daß „die Entwicklung in eine gefährliche Phase eingetreten ist". Während des ersten Teils des Solidarnosc-Kongresses Anfang September in Gdansk

sen, was es heißt, diese Unabhängigkeit zu verteidigen. Daß ihre Stellungnahmen zu Polen einer Vorabrechtfertigung für eine sowjetische Intervention in Polen gleichkommen, dürfte den Verfassern bewußt sein. Die in den oben zitierten Stellungnahmen zum Ausdruck kommende Haltung zur sowjetischen Außenpolitik ist so neu nicht: Bereits 1968

KP Vietnams über Polen

Eine Einschätzung der aktuellen Entwicklung in Polen gab das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Vietnams, „Nhan Dan", am 19. September dieses Jahres in einem Leitartikel. Die Zeitung erklärt, daß *„die Entwicklung in eine gefährliche Phase eingetreten ist"*. Während des ersten Teils des Solidarnosc-Kongresses Anfang September in Gdansk hätten *„die extrem rechten Kräfte voll und ganz ihr konterrevolutionäres Wesen enthüllt und die sozialistische Ordnung in Polen zynisch herausgefordert"*. *„Die Reaktionäre"*, so das vietnamesische KP-Organ, *„verhehlen nun nicht mehr ihre Absicht, die politische Macht zu übernehmen. Die Konterrevolutionäre in Polen und die hinter ihnen stehende internationale Reaktion meinen, die Zeit sei gekommen, sich unmittelbar den Machtorganen zu widersetzen und die Führung des Landes in die eigenen Hände zu nehmen. Sie wollen die 'Solidarnosc' zu einer politischen Oppositionspartei, zu einem Werkzeug für die Machtergreifung, zum Staat im Staate machen. Die Krise in Polen hat gefährliche Züge angenommen. Wenn man ihr nicht Einhalt gebietet, wird sich die Konterrevolution zur Machtergreifung, zur Veränderung der bestehenden Ordnung entschließen. Die Imperialisten, vor allem die USA, ermutigen sie auf jede Weise zu solchen Handlungen"* („Nhan Dan", nach „Neues Deutschland", 22.9.81).

Eine ähnlich Haltung wie die KP Vietnams nimmt auch die Revolutionäre Volkspartei von Laos gegenüber Polen ein. Die laotische Partei hat z.B. den Brief des ZK der KPdSU an die polnische PVAP Anfang Juni unterstützt und erklärt, der Brief sei *„von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus diktiert"* und zeige *„die Sorge der KPdSU und des Sowjetvolkes um die Existenz des sozialistischen Polen"* (nach „UZ", 24.6.81).

Bedauerlich sind diese Stellungnahmen vor allem deshalb, weil sie von Parteien kommen, deren Mitglieder in einem jahrzehntelangen Kampf unter ungeheuren Opfern die nationale Unabhängigkeit erkämpft haben und die auch heute noch wissen, was es heißt, diese Unabhängigkeit zu verteidigen. Daß ihre Stellungnahmen zu Polen einer Vorabrechtfertigung für eine sowjetische Intervention in Polen gleichkommen, dürfte den Verfassern bewußt sein. Die in den oben zitierten Stellungnahmen zum Ausdruck kommende Haltung zur sowjetischen Außenpolitik ist so neu nicht: Bereits 1968 rechtfertigte die Führung der KP Vietnams den Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten in die CSSR.

Allein mit taktischer Rücksichtnahme auf die UdSSR, die Vietnam (und Laos) große materielle Unterstützung gewährt, kann die Position der KP Vietnams und der laotischen Partei nicht erklärt werden. 1968, anläßlich der CSSR-Intervention, als Vietnam noch in erheblichem Umfang Unterstützung auch durch die Volksrepublik China erhielt, hätte die KP Vietnams eine Rechtfertigung des sowjetischen Einmarsches wirklich nicht nötig gehabt.

Maßgebliche Genossen in der Führung der Kommunistischen Partei Vietnams scheinen schon seit längerem der Auffassung zu sein, daß in den „realsozialistischen" Ländern jede Entwicklung, die dem Imperialismus nützen könnte, unterbunden werden muß – auch mit Hilfe einer sowjetischen Militärintervention. Diese Haltung führt, wie die Beispiele Polen und CSSR zeigen, in mehreren Fällen zu Stellungnahmen, die in Widerspruch zum Recht der Völker auf Selbstbestimmung und zu den Idealen des proletarischen Internationalismus stehen.

Eine Kritik solcher Positionen der vietnamesischen Parteiführung bedeutet freilich nicht, daß der KB und andere Linke ihre politisch-moralische und materielle Solidarität mit der Sozialistischen Republik Vietnam reduzieren oder gar aufgeben sollen. Vietnam, das heute unter großen Anstrengungen am (Wieder)-Aufbau seines Landes und der Verteidigung seiner Unabhängigkeit gegen die US-Imperialisten und ihre Handlanger, inklusive der Pekinger Reaktionäre, arbeitet, verdient weiterhin unsere Solidarität.

U., RGW-Kommission

Tagung des Parteivorstands der DKP

Am 26./27.September tagte in Düsseldorf der Parteivorstand der DKP. Dem Tagungsbericht der DKP-Zeitung „UZ" zufolge müßte es dabei außergewöhnlich interessant zugegangen sein: **„Es war eine lebendige, eine leidenschaftliche Debatte. ... Es war eine Diskussion, die sich die Sache nicht leichtmachte – darum lebendig, leidenschaftlich, streitbar. Es war eine Diskussion, die von der tiefen Verantwortung der Kommunisten für die Geschicke ihres Landes, seiner Menschen zeugte. ..."** („UZ", 30.9.).

Eine volle Zeitungsseite ist der Tagungsbericht in der „UZ" lang. Aber mit keinem Wort ist aus diesem Bericht konkret zu erkennen, daß auf der Sitzung des Parteivorstands über irgendeinen Punkt wirklich diskutiert, geschweige denn gestritten worden wäre. Man darf darum getrost annehmen, daß es in Wahrheit auf dieser Sitzung genauso „einmütig" brav und kleinkariert zugegangen ist wie auf allen DKP-Tagungen. Die Hinweise auf Lebendigkeit, Leidenschaftlichkeit und gar Streitbarkeit der Debatte dürfen als Teil des gewandelten Bildes betrachtet werden, das die DKP von sich selbst in der linken Öffentlichkeit produzieren möchte.

Aus Tagungsberichten und Tagungsreden der DKP das Wesentliche herauszufiltern, eventuelle neue Akzente oder gar Wandlungen zu erkennen, ist in der Regel ein schwieriges Geschäft. Dies umso mehr, weil das an sich selbstverständliche Element von kontrovers geführten Debatten in der DKP immer noch unbekannt zu sein scheint. Und das gilt nicht etwa bloß für die ganz heißen Fragen, wo Widerspruch ohnehin außerhalb des Vorstellbaren liegt (z.B. Entwicklung in Polen, sowjetische Außenpolitik ...), sondern auch für harmlosere Themen.

Was soll man beispielsweise damit anfangen, wenn die „UZ" über die 2.Tagung des Parteivorstands als Überschrift schreibt: *„Im Mittelpunkt der Diskussionsbeiträge: Das Ringen um den wirkungsvollsten Weg aus Kriegsgefahr und Krise"* (30.9.). Gibt es etwa unterschiedliche Vorstellungen über den „wirkungsvollsten Weg" – und falls ja: welche? ... Aus dem Tagungsbericht, den publizierten Reden und Interviews geht darüber nichts hervor.

Einige Punkte aus der Parteivorstands-Sitzung sollen im Folgenden dargestellt werden.

Friedenspolitik

Neu ist die auffallend positive Wertung, die der DKP-Parteivorstand der Erklärung des DGB zu Frieden und Abrüstung zuteil werden läßt. Die erklärte Absicht dieses DGB-Textes ist es, ein Gegengewicht gegen den von der DKP mitgestalteten Krefelder Appell zu schaffen und die Politik der Bundesregierung zu unterstützen. Hinzu kommt im DGB-Aufruf eine für die DKP an sich absolut unannehmbare Kritik an der Sowjetunion, insbesondere mit Hinweis auf deren Militärpolitik in Afghanistan. Das hatte in der stets um demonstrative DGB-Loyalität bemühten DKP zunächst einige Verwirrung und Unsicherheit ausgelöst. Nunmehr hat der Parteivorstand entschieden, daß man mit dem DGB-Text zwar in „einigen" Aussagen nicht übereinstimme, ihn aber dennoch als sehr wichtigen Beitrag für „Frieden durch Abrüstung" ansehe und ausdrücklich „unterstützen" wolle. Andererseits wird erklärt: *„Wer den DGB-Aufruf gegen den 'Krefelder Appell' und gegen Initiativen mit ähnlichen Zielen stellen will, wer eine Friedensinitiative gegen andere auszuspielen versucht, der stärkt die Friedensbewegung nicht sondern schwächt sie."* Zugleich wird aber so getan, als würden in dieser Weise bloß die *„Kampfblätter der Groß- und Rüstungsindustrie"* agieren. (Aus dem von DKP-Präsidiumsmitglied Karl Heinz Schröder gehaltenen Bericht). – Um diesem unappetitlichen Taktizismus auch noch die Spitze aufzusetzen, haben der DKP-Vorsitzende Mies und sämtliche Mitglieder von Präsidium und Sekre-

Fortsetzung auf nächster Seite

Fortsetzung von voriger Seite

tariat der DKP ihre Unterschrift unter den DGB-Aufruf gesetzt. (Laut „UZ" vom 3.10. – Kurios ist bloß, daß nicht auch der Parteivorstand insgesamt unterschrieben hat).

Ein weiterer wichtiger Punkt aus der Tagung des Parteivorstands ist, daß die DKP die für den 30.11. angekündigte Aufnahme neuer Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion triumphierend „begrüßt". Die USA zu diesen Verhandlungen „gezwungen" zu haben, sei **„ein Erfolg der weltweiten Friedensbewegung, der konstruktiven und beharrlichen Friedenspolitik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder"**. Auch die Friedensbewegung in der BRD habe *„ihren Beitrag dazu geleistet"*. (Schröder).

Immerhin verhandeln die USA und die Sowjetunion nunmehr schon seit rund 20 Jahren – und in dieser Zeit haben die USA immer neue Runden des Wettrüstens angeheizt. Herausgekommen sind dabei ein paar Abkommen, die von der DKP noch jedesmal überschwenglich als große Erfolge der Sowjetunion etc.pp. gefeiert wurden, ohne in der Realität Abrüstungsschritte oder wenigstens eine Verlangsamung der Aufrüstung zu bewirken.

Die DKP ist offensichtlich immer noch in einem Politik-Verständnis befangen, das ständig irgendwelche „Erfolge" vorweisen bzw. erfinden muß, um den eigenen penetranten und unverwüstlichen „Optimismus" begründen zu können.

Noch deutlicher wird das in einem „UZ"-Interview des stellvertretenden DKP-Vorsitzenden Hermann Gautier anläßlich der Parteivorstands-Tagung: Die DKP sei sicher, *„daß die Bäume der Rüstungsfanatiker nicht in den Himmel wachsen, daß sie gezügelt werden können"*. **„Das Gesetz des Handelns liegt weiterhin bei den Kräften des Friedens und des Fortschritts". „Wir sind also mit Recht realistische Optimisten. Die Friedensbewegung wächst. Sie kommt immer stärker in die Offensive. ..."** („UZ", 2.10.). Dieser „Optimismus" muß auch vor dem Hintergrund gesehen werden, daß die DKP sehr bemüht ist, die bundesdeutsche Friedensbewegung derzeit auf die Parolen gegen die neuen Mittelstrecken-Raketen und gegen die Neutronenbombe zu konzentrieren und einzuengen. Das Ziel soll also in erster Linie darin bestehen, die Aufstellung neuer Waffen nicht zuzulassen, und selbst von diesem äußerst bescheidenen Ziel sind wir vermutlich noch weit entfernt. Wieso von den USA derzeit das riesigste Rüstungsprogramm der Geschichte angegangen wird, wenn doch angeblich das „Gesetz des Handelns" schon bei den „Kräften des Friedens und Fortschritts" liegt, wird auch Gautier nicht glaubwürdig begründen können. Gerade in diesem Punkt klaffen der offiziell zur Schau gestellte „Optimismus" und die Realitäten allzu weit auseinander.

Polen

Der DKP-Parteivorstand hat sich auf seiner Tagung die offizielle sowjetische Darstellung zu eigen gemacht, daß in Polen die *„konterrevolutionären Kräfte"* (d.h. die Gewerkschaft Solidarnosc) jetzt **„den offenen Kampf um die Macht begonnen"** hätten. Präsidiumsmitglied Willi Gerns sprach in diesem Zusammenhang von **„einer neuen Etappe der Konterrevolution in Polen, die auch für die friedliche Entwicklung des Kontinents entscheidend ist"**. („UZ", 30.9.). Abgesehen von dieser kleinen Neuigkeit wurde zum Punkt Polen nur Altbekanntes wiedergekäut: *„Der immer offener zutage tretende Generalangriff der Konterrevolution"* in Polen (Dort scheint das „Gesetz des Handelns" wohl derzeit nicht bei den „Kräften des Friedens und des Fortschritts" zu liegen? ...) schade nicht bloß dem polnischen Volk, sondern auch dem Frieden und der Friedensbewegung. Im Interesse des Weltfriedens sei deshalb *„gebieterisch"* zu fordern, *„daß die drohende Gefahr einer Konterrevolution gebannt wird. ..."* (Schröder). Die dahinter stehende Logik ist ebenso simpel wie kriminell: Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnisses zuungunsten einer 'Supermacht' gefährden das 'internationale Gleichgewicht' und den Weltfrieden – und sind deshalb nötigenfalls gewaltsam zu verhindern. Ob die DKP dieses Recht nur auf Seiten der Sowjetunion anerkennen will, oder ob sie es der Ausgewogenheit halber auch den USA zugestehen möchte, wäre demnächst zu klären. –

Jedenfalls versichert die DKP nochmals, daß sie im Falle eines Falles **„ohne Wenn und Aber"** Repressionen gegen die Solidarnosc gutheißen wird (Schröder).

Bündnispolitik

Die DKP hat auf ihrem letzten Parteitag, Ende Mai, eine beachtliche Taktik-Änderung parteioffiziell abgesegnet, indem sie sich zu Bündnisanstrengungen auch gegenüber den Grünen und den bunten/alternativen Listen bekannte. Zumindest noch bis zur Bundestagswahl (Oktober '80) war die Haltung der DKP gegenüber diesen Kräften von offener Feindseligkeit und Ablehnung jeder Zusammenarbeit bestimmt gewesen.

Die plötzliche Bündnisbereitschaft der DKP, wohl mehr das Ergebnis eigener Niederlagen als selbstkritischer Einsichten, stieß bei den Angesprochenen bisher auf wenig Gegenliebe. Bezeichnend ist die Stellungnahme des Bundesvorstandes der Grünen, die sich kategorisch gegen ein Wahlbündnis mit der DKP ausspricht. – In den Berichten und Reden von der Sitzung des Parteivorstands sind zu dieser Entwicklung nicht mehr als allerplatteste Allgemeinplätze zu finden: *„Die sich aus zahlreichen gemeinsamen Aktionen der linken Kräfte entwickelnden Diskussionen über gemeinsames Vorgehen bei Parlamentswahlen auf Landesebene oder in kommunalen Bereichen, wie sie besonders in Hamburg weit entwikkelt ist, fordert von den Kommunisten eine konsequente Fortsetzung ihrer Aktionstätigkeit, eine ständige Diskussion solcher politischen Prozesse auf allen Ebenen der Parteiarbeit"* ... – *„auch wenn Antikommunismus und Antisowjetismus in den komplizierten Prozessen einer Erarbeitung von gemeinsamen Wahlalternativen oft noch zur Zurückweisung der DKP durch einige Kräfte führen"*. („UZ", 30.9.).

Der Stil dieser äußerst oberflächlichen Beschreibung ist typisch für die DKP:

– Man spricht von „einigen" Kräften, obwohl eindeutig ist, daß die „Zurückweisung" der DKP von Wahlbündnissen heute immer noch die Regel ist, während eine Einbeziehung der DKP die rare Ausnahme ist;

– Man schiebt alle Probleme der DKP wie gewohnt auf „Antikommunismus und Antisowjetismus", obwohl die Ursachen zweifellos von sehr vielfältiger und komplizierter Natur sind.

– Man hebt ein „positives Beispiel" lobend hervor, das sich bei näherem Hinsehen als gar nicht so positiv herausstellt. In diesem Fall „Hamburg" (Das scheint in DKP-Kreisen seit ihrem Flirt mit den „Modernen Sozialisten" von der Gruppe Z zum Mythos geworden zu sein?). Tatsache ist aber, daß die Hamburger Grünen sich – unter maßgeblicher Beteiligung gerade der Gruppe Z – schärfstens gegen die Teilnahme der DKP an einem Wahlbündnis ausgesprochen haben.

Innerparteiliches

„Stimmung" und *„Atmosphäre"* der Sitzung des Parteivorstands waren – nach Auskunft des stellvertretenden Vorsitzenden Gautier – *„von Optimismus bestimmt"* („UZ", 2.10.). Das ist (s.o.) der Dauerzustand der DKP. Der Parteivorsitzende Herbert Mies faßte dieses erhabene Selbstgefühl in seinem Schlußwort auf der Sitzung in angemessene Worte, die er ganz ähnlich schon 10 oder 20 mal bei solchen Anlässen vorgetragen hat: **„Der Bericht und die Diskussion dieser Parteivorstandstagung zeigen: Die DKP ist in Aktion. Die DKP ist in Bewegung. Die DKP ist im Gespräch."** Und: Die DKP habe *„bei einer Vielfalt demokratischer Kräfte beachtenswerten Respekt und Anerkennung gefunden"*. Die *„zunehmende Beachtung"* der DKP führte Herbert Mies sehr einleuchtend zurück *„auf die Tatsache, daß sich die DKP mit ihrer Politik und Praxis auf die neue nationale und internationale Lage eingestellt hat, daß sie die Hauptfragen der 80er Jahre, die die Lebensinteressen des arbeitenden Volkes und der Jugend berühren, beantwortet und auf ihrem 6.Parteitag eine klare, zielgerichtete Alternative zur Politik der Bundestagsparteien entwickelt hat"*. Und natürlich habe die *„stärkere Beachtung der DKP"* ihre Ursache auch *„in unserer konsequenten Orientierung auf die neuen Antworten und Fragen"* etc.pp. (nach „UZ",29.9.).

Mit solchen Sprüchen garniert der DKP-Vorsitzende jeden seiner Auftritte. Auffallend ist aber, daß dieser Teil seiner Rede auf der jüngsten Parteivorstandstagung noch erheblich länger und bombastischer als üblich ausgefallen ist. Dies scheint in Einklang zu stehen mit dem Fazit von Gautier, der Parteivorstand habe auf seiner Sitzung **„eine positive Bilanz ziehen können"** (nach „UZ", 2.10.). Bekanntlich (?) hatte die DKP auf ihrem letzten Parteitag wieder einmal beschlossen, die **„Stärkung der DKP"** in den „Mittelpunkt" ihrer Aufgaben zu rücken. Niemals darf dabei die Beteuerung fehlen, daß die DKP sich selbstverständlich nicht aus schnödem Eigennutz um ihre Selbststärkung bemüht, sondern im Interesse der Arbeiterklasse, der Friedenskräfte usw. usf., denen es ja nur nutzen kann, wenn es hierzulande eine recht starke DKP gibt. In diesem Sinn war auf dem 6.Parteitag ein **„Wettbewerb zur Stärkung der Partei"** beschlossen worden. Der Parteivorstand hatte jetzt eine erste Zwischenbilanz zu ziehen. Präsidiumsmitglied Karl Heinz Schröder sagte dazu in seinem Bericht: *„... Jawohl, wir haben einen Schritt nach vorne getan, wir haben unsere Massenkontakte beträchtlich vergrössert, wir sind stärker beachtete bzw. respektierte Bündnispartner, wir haben die Versuche, uns im öffentlichen Leben zu isolieren, erneut durchbrochen. ..."* . *„Der Erfolg der ersten Monate* (des Wettbewerbs seit dem 6.Parteitag - Anm.AK) *gibt den Optimisten recht und den Pessimisten unrecht"*, behauptete Schröder. Bei näherer Betrachtung seines eigenen Berichtes sind Zweifel an dieser Behauptung angebracht: So gibt Schröder selbst an, daß die „Mehrzahl" der „neu"gewonnenen Parteimitglieder *„aus der SDAJ und dem MSB Spartakus"* kommen – also aus ohnehin engstens von der DKP abhängigen Jugendorganisationen. Andererseits *„dürfen wir nicht übersehen, daß wir mit der Orientierung auf den Wettbewerb noch nicht hundertprozentig in der Partei durch sind. Weder bei den Leitungen noch bei jedem einzelnen Genossen. Es gibt nach wie vor Diskussionen über Sinn und Zweckmäßigkeit des Wettbewerbs. Es gibt Diskussionen, ob dieser Wettbewerb überhaupt in die Bündnis- und Aktionsorientierung der Partei paßt". „Eine Schwierigkeit bei dem entscheidenden Durchbruch in unserem Wettbewerb scheint uns in der Tatsache zu liegen, daß zwar viele Gruppen ihre Massenkontakte beträchtlich erweitert haben, viele Gruppen einen hohen Aktivitätsgrad entwickelt haben, daß es aber vielen dieser Gruppen noch nicht gelungen ist, die Frage der Wendung nach außen zu verknüpfen mit der zahlenmäßigen Stärkung auch unserer Partei"*. (Bericht von Schröder, in der Beilage der „UZ" vom 1.10.).

Der „Wettbewerb zur Stärkung der DKP" müsse, schreibt Peter Bubenberger in seinem Tagungsbericht in der „UZ" vom 30.9., *„in den Mittelpunkt der gesamten Parteitätigkeit gehoben werden"*. Und: **„Die Mobilisierung der noch zahlreichen, noch nicht genutzten Reserven wird im jetzigen Zeitpunkt des sichtbaren Beginns einer Mobilisierung durch den Wettbewerb am deutlichsten"**. Besser kann man das Problem wohl kaum auf den Kopf treffen!

»... packen wir es an?«

Diskussion über die Krise des KB

Auf unserem Ferienlager hatten wir der Diskussion um die KB-Krise schon im voraus reichlich Platz eingeräumt. Als Grundlage diente der Artikel „Es gibt viel zu tun, packen wir es an" aus AK 203. Der unten skizzierte Debattenablauf zeigt, daß ein solches Gespräch bei entsprechender Planung durchaus dazu dienen kann, Unmut zu reflektieren, Kritik zusammenzufassen und in neue Impulse umzuwandeln.

„Kaderorganisation und Basisbewegung"

Eine Genossin versuchte zu Beginn, an unsere bisherigen Kenntnisse in dieser Frage kritisch anzuknüpfen (nämlich an dem gleichnamigen Artikel eines LG-Genossen im sog. „Krisen-UW" NR. 2). Dort war die Notwendigkeit des KB mit einigen aktuellen Beispielen untermauert worden, wie ideologisch anfällig und beeinflußbar „spontane Bewegungen" ohne ein kommunistisches Rückgrat eigentlich seien. Insbesondere die dritte Brokdorf-Demonstration (19.2.77) war als Beweis dafür genommen worden, daß in erster Linie das zentralisierte Eingreifen des KB damals die AKW-Bewegung davor bewahrt hatte, durch ein Umschwenken auf den Demonstrationsort Itzehoe ins Fahrwasser der Sozialdemokratie abzudriften. Haben sich die Zeiten seit 1977 nicht geändert? Sind die neuen Massenbewegungen nicht „an sich" viel radikaler und selbstbewußter als die AKW-Bewegung damals? Sind sie nicht – auch ohne „kommunistisches Rückgrat" – gegen bürgerliche Integrationsversuche gewappnet? Und ist nicht die letzte Brokdorfdemonstration ein deutlicher Beweis für diese Thesen? Am 28.2.81 hatten nämlich über 100.000 am Bauplatz des Atomkraftwerks demonstriert, trotz massiver Einschüchterungsversuche und ohne nennenswertes Eingreifen des KB. Vollkommen spontan hatten sich die 100.000 auf die Reise in die Wilstermarsch gemacht, immerhin drei mal soviel wie 4 Jahre zuvor.

Von verschiedenen Seiten wurde dagegen argumentiert:

– Die Demonstration in diesem Jahr war eigentlich nur eine Folge der gelungenen Demonstration von 1977. Wäre damals eine „Verlegung" der Demonstration nach Itzehoe geglückt, hätten die bürgerlichen Kräfte der Bewegung auch diesmal bessere Chancen für eine Spaltung der Aktion gehabt. Viele Menschen sind diesmal „spontan" nach Brokdorf gefahren, weil sie nach den Erfahrungen von 1977 sicher sein konnten, daß Zehntausende das gleiche tun würden.

– Das Fehlen einer revolutionären Kraft war auch bei Brokdorf IV spürbar. So wagte der BBU zwar keine offene Spaltung, aber die gezielte Desorientierung in der Wilster Marsch selber führte trotzdem zu einer Zersplitterung der Demonstration. Mit einem bundesweit arbeitenden KB wäre – auf der Grundlage des zweifellos gestiegenen Bewußtseins der „Massen" – diesmal weit mehr „drin" gewesen, als tatsächlich lief (oder auch im Vergleich zu 1977).

– Zwar hat die Bewegung in der Gewaltfrage deutliche Fortschritte in den letzten Jahren gemacht; ihre politische „Achillesferse" zeigt sich stattdessen aber in anderen Bereichen. So ist die absolute Mehrheit der Bürgerinitiativen beim Punkt „Energiesparen" durchaus einer Meinung mit der Bundesregierung („Große Koalition"). Besonders schmerzlich zeigt sich dies in der geplanten Agitationsbroschüre der Atomkraftgegner, die bundesweit in Millionenauflage verteilt werden soll. Ein erster Entwurf könnte über weite Strecken von Bonner Energiesparexperten geschrieben sein ... Hier wirkt sich die Schwäche der kommunistischen Linken gravierend aus.

KB und neue Organisationsansätze

Für viele von uns frustrierend ist der sinkende Einfluß des KB, obwohl sich unsere „objektiven Bedingungen" eigentlich verbessert haben, die Bewegungen insgesamt radikaler geworden sind. Ist dieser Frust nur Resultat der „Krise in unseren Köpfen", oder haben wir bestimmte Entwicklungen ganz einfach verschlafen? Aus Freiburg und Heidelberg wurde beispielsweise von interessanten Tendenzen innerhalb der „Szene" berichtet. Dort haben sich Gruppen gebildet, denen das „Chaos" und der Spontaneismus stinkt und die nach Möglichkeiten suchen, das „bewußte Element" in der Bewegung zu stärken und weitergehende Inhalte in die Kämpfe hineinzutragen. „Das sind eigentlich auch unsere Ziele, aber warum organisieren sich die Leute dann nicht im KB?", war eine frustrierte Frage. Bei der Debatte stellte sich heraus, daß man diese Entwicklung nicht als Alternative zum KB begreifen könne. Indiz dafür ist, daß für die ideologisch-politische Orientierung dieser Kreise der „Arbeiterkampf" eine wichtige, wenn nicht die zentrale Rolle spielt. Er wird gekauft, er ist die Grundlage im Diskussions- und Schulungsprozeß, die „Tageszeitung" wird eher als Ergänzung gesehen.

Diese Gruppen orientieren sich also recht stark am KB und insbesondere am „Arbeiterkampf", selbst wenn sie das subjektiv nicht zugeben würden.

Die Mängel unserer Arbeit

Trotzdem blieb die Frage offen, warum die KB-Krise immer noch anhält, warum gerade die genannten Leute den AK oft gern lesen, aber für den KB als Organisation nur ein müdes Lächeln übrig haben.

Folgende Erklärungsversuche wurden genannt:

– Allgemeine Organisationsfeindlichkeit. Diese wird aber in dem Maße abnehmen, wie die spontane Bewegung an ihre Grenzen stößt (Dieser Prozeß war auch beim SDS zu beobachten, wo Ende der 60er Jahre ein regelrechter „Organisations-Fimmel" einsetzte).

– Der KB als Organisation vor Ort bleibt oft hinter dem Niveau des AK zurück. Die „Linie" der Zeitung kann nicht in praktische Politik umgesetzt werden. Die Genoss(inn)en sind ideologisch schlecht geschult.

– Für unorganisierte Sympathisanten oder Kontakte wäre eine Mitgliedschaft bei uns zunächst einmal ein Rückschritt: Da in den meisten KB-Gruppen keine guten Diskussionen und Schulungen geboten werden, wäre für diese Leute die Organisierung lediglich ein zusätzlicher, oft langweiliger und bürokratischer Termin. „Wenn ich meinen Kontakten immer solche Diskussionen bieten könnte wie hier auf dem Sommerlager, wäre unsere Gruppe schon lange viel größer", faßte ein Genosse zusammen. Dafür spricht auch, daß über gut geplante Regionalschulungen oder auch AK-Lesekreise gerade in Baden-Württemberg in den letzten 2 Jahren etliche Leute an den KB herangeführt (und hineingeführt!) wurden – von den Genoss(inn)en, die dadurch bei der Stange gehalten wurden, gar nicht zu sprechen.

– Das schlechte ideologische Niveau wurde u.a. auf den spontaneistischen Arbeitsstil zurückgeführt.

War es früher im KB eine verbreitete Untugend, „organisiert" herumzurödeln (übertriebene Kampagnenpolitik), so hat sich das lediglich insofern geändert, als die Genoss(inn)en jetzt „spontan" herumrödeln. Die politische Qualifizierung blieb und bleibt in beiden Fällen auf der Strecke. Anders ist nur, daß es früher eine Zentralisierung der praktischen Arbeit gab, während mit dem Austrocknen der Anleitungstätigkeit die Aktivität des einzelnen immer mehr verpufft. Das fördert natürlich Tendenzen, sich über andere Wege die notwendige Qualifizierung und den Erfahrungsaustausch zu besorgen.

Einige Konsequenzen

Für uns in der Region haben wir zunächst vereinbart, neben den kontinuierlich laufenden Schulungen auch wieder „Regionalkonferenzen" zu praktischen Absprachen durchzuführen. Hierdurch soll einer Versumpfung der örtlichen Gruppen vorgebeugt werden.

In Bezug auf den KB insgesamt wurde eine breite Unzufriedenheit über den Mangel an Strukturen geäußert.

Die Ansätze zu einer planmäßigen Schulungsarbeit sind weiterhin sehr bescheiden. Dies ist aber die Grundlage für den Zusammenhalt der Organisation und die Möglichkeit zum politischen Eingreifen in irgendwelchen „Bewegungen". Wenn „organisierte" Rödelei nicht in „unorganisierte" Rödelei umschlagen soll, dann muß sie durch organisierte Diskussionsprozesse über die Grundlagen und Ziele unserer Politik ersetzt werden. Wer aber sollte diese Prozesse anleiern, wenn nicht das „Leitende Gremium" selber, das die einzige regelmäßig arbeitende überregionale Instanz ist?? Es hat sich bei früheren Diskussionskampagnen ja gezeigt, daß entschlossene Vorstöße des LG durchaus Resonanz in der Mitgliedschaft finden. Besonders wird vom LG eine Vorbereitung des 2. KB-Kongresses gefordert, der eigentlich schon im Januar hätte stattfinden sollen. Unterstützung aus Baden-Württemberg wird zugesagt...

Jü./KB-Gruppe Freiburg

Die SPD-Linke und die Nachrüstung

Der lange Marsch in die Sackgasse

Die Geschichte der „Nachrüstungs"-Diskussion in der SPD ist zugleich die Geschichte des politischen Scheiterns der SPD-Linken. Angetreten unter der Devise, durch beharrliche Klein- und Überzeugungsarbeit in Gremien, Parlamenten und Institutionen Mehrheiten für eine linke Reformpolitik schaffen zu wollen, ist sie an einem Punkt gescheitert, der nicht nur im Rahmen „sozialistischer" oder linkssozialdemokratischer Politik von zentraler Bedeutung ist, der Friedenspolitik, sondern an dem sie sich zudem noch – und das wohl erstmals in ihrer langjährigen Parteiarbeit – tatsächlich auf eine Mehrheit in der eigenen Partei hätte stützen können. Wir wollen im Folgenden versuchen, den Verlauf dieser Diskussion nachzuzeichnen.

Parteitag 79: Die Orgie der Ja-Sager

Im Dezember 79 fand in Westberlin der SPD-Parteitag statt, auf dem es u.a. auch um die Nutzung der Atomenergie und die „Nachrüstung" ging. Erst wenige Wochen zuvor waren die NATO-Pläne einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden und hatten sogleich Proteste hervorgerufen. In einem Interview vor dem Parteitag antwortete der SPD-Linke Hennig Scherf auf die Frage, wieviele Delegierte gegen die Nato-Pläne stimmen würden: *„Es ist sehr schwer, hier eine Prognose zu wagen, weil die Beratungen in den Unterbezirken bereits zu einem Zeitpunkt abgeschlossen waren, da die Vorschläge von beiden Seiten noch gar nicht vorlagen.*(außer den NATO-Plänen nach Breschnews Moratoriumsvorschlag, d.V.)*Aber gerade deshalb kann man wohl nicht sagen, die Delegierten werden schon entsprechend der Regierungsposition abstimmen. Gerade in dieser wichtigen Frage ist eine spannende Auseinandersetzung zu erwarten, deren Ausgang man freilich nicht vorhersagen kann. Zumal es gewiß auch Delegierte geben wird, die abweichend von der Mehrheitsmeinung in ihrem Bezirk votieren werden, weil man da zu keinem Konsens gekommen ist. Ich persönlich bin natürlich darauf konzentriert, eine Mehrheit gegen den NATO-Beschluß herzustellen".*

Und für den Fall, daß das nicht klappen sollte: *„Ich bin keiner, der von Spaltung und Austreten redet.*
klappen sollte: „Ich bin keiner, der von Spaltung und Austreten redet.
Ich bin lange genug in der Partei, um zu wissen, daß die Durchsetzung von Positionen eine zähe Sache ist. Man braucht einen langen Atem, sonst hält man nicht durch. Ich meine zudem, daß gerade im Bereich der Abrüstungsfrage eine so starke öffentliche Beteiligung besteht, daß man über den Parteitag hinaussehen muß: es gibt eine Chance zur Mobilisierung, die keine Resignation duldet" („Neue", 28.11.79). Ergebnis der Abstimmung: 90% der Delegierten stimmten vorbehaltlos der „Nachrüstung" zu!

Kanzler Schmidt hatte die Diskussion mit einem offensichtlichen Erpressungsmanöver geprägt: **„Er sei besorgt über eine sich abzeichnende Entwicklung, die einen von dieser Linie abweichenden Parteitagsbeschluß möglich erscheinen lasse. Er könne einen solchen Beschluß als Bundeskanzler nicht mittragen"** („Süddeutsche Zeitung", 3.12.79). In Wahrheit war die mehrheitliche Verabschiedung des Antrags nie ernstlich gefährdet. Vielmehr ging es Schmidt und seiner Regierungsmannschaft darum, eindeutig nach außen zu dokumentieren, daß sich die Nato-Bündnispartner auf eine unter sozialdemokratischer Regierung stehenden Bundesrepublik verlassen können. Der SPD-Beschluß sollte zugleich aussenpolitischen Druck auf die sozialdemokratischen Regierungspartner in den Niederlanden und Dänemark schaffen, die NATO-Aufrüstung hinzunehmen. Springers „Welt" schrieb begeistert, daß mit diesem Beschluß *„entscheidende Weichen gestellt worden (seien), damit die noch zögernden Regierungen in Den Haag und Kopenhagen möglicherweise ihren Widerstand gegen die sicherheitspolitische Initiative aufgeben"* (6.12.79). Und die SPD-Linke, die – von den Medien hochgespielt – angeblich das Projekt gefährdete? Sie hatte ihre Hauptsprecher in Henning Scherf und Juso-Chef G.Schröder. Die beiden beschränkten sich auf die Forderung, den NATO-Beschluß zur Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen so lange hinauszuzögern, wie Verhandlungen mit der Sowjetunion zur Begrenzung von deren „eurostrategischen Systemen" Aussicht auf Erfolg hätten. Damit standen sie noch um einiges rechts vom Beschluß in den Niederlanden, auf j e d e n Fall eine weitere nukleare Aufrüstung zu verhindern, was dort sogar von Teilen der Christdemokratie unterstützt wurde.

Lediglich 40 von 436 Parteitags-Delegierten verweigerten dem „Nachrüstungs"-Beschluß ihre Zustimmung. Das Argument der Linken, sie seien von der „Nachrüstungs"-Diskussion überfahren worden, es habe an Vorbereitungszeit gefehlt, erweist sich als billiger Rechtfertigungsversuch, bedenkt man, daß es auch bei der in der SPD lange und heftig diskutierten AKW-Frage eine ähnliche Mehrheit für den Atomkurs gab.

Daß diese 90%-Mehrheit auf dem Parteitag allerdings den realen Verhältnissen in der Partei in keiner Weise entsprach, zeigte sich sehr bald. Fast jeder Landes-, Bezirks- oder Unterbezirksparteitag stand unter dem Eindruck der „Nachrüstungs"-Diskussion. Trotz hektischer Reiseaktivitäten der Vorstandsriege gelang es nicht, zu verhindern, daß reihenweise Beschlüsse und Resolutionen gegen die „Nachrüstung" verabschiedet wurden. Beschlüsse, die zu einem überwiegenden Teil sicher Kompromißcharakter trugen und teilweise arg interpretationsfähig waren, meistens große Illusionen über die durchgängig geforderte schnelle Aufnahme von Verhandlungen enthielten („Verhandlungen mit dem Ziel, die Stationierung überflüssig zu machen"), aber häufig auch mit harter Kritik an den USA verbunden waren.

Mit zunehmender Breite des Widerstandes gegen die Aufrüstungspläne konnte es auch nicht ausbleiben, daß die Abgrenzung der SPD zu DKP-nahen Gruppen, Basisinitiativen usw. zunehmend unterlaufen wurde, zumeist auf lokaler Ebene. Noch 1977 war den Jusos vom Parteivorstand verboten worden, weiterhin zusammen mit dem DKP-beeinflußten „Komitee für Frieden, Abrüstung und Entspannung" (KOFAZ) zu demonstrieren. Die damals sehr heftig geführte Diskussion endete mit dem Ausschluß des Juso-Chefs Benneter, der sich diesem Verbot nicht beugen wollte. Bis auf wenige kleine Juso-Gliederungen, die sich dennoch an den alljährlichen KOFAZ-Demonstrationen beteiligten – zeitweise demonstrativ mit verhüllten Gesichtern – wurde das Verbot weitgehend befolgt. Wenn diese Entwicklung überhaupt aufzuhalten gewesen wäre – z.B. durch eine Erneuerung des Verbots – dann nur um den Preis der völligen Isolierung der SPD von der sich formierenden Friedensbewegung. Dennoch war die SPD-Führung nicht bereit, dieser Entwicklung tatenlos zuzusehen.

Kritisch wurde es, als sich mit dem „Krefelder Appell" (ab Oktober 1980) die neue „Volksfront" auch zunehmend auf nationaler Ebene zu manifestieren begann. Begleitend veranstaltete die DKP in vielen Städten „Friedensforen", auf denen auch SPD-Leute auftraten. Daraufhin begann die SPD-Spitze ihre Gangart zu verschärfen: Massiv wurde vor der Unterzeichnung des Appells gewarnt; er lasse die SS 20 außen vor, diene nur der Sowjetunion, sei von der DKP gesteuert usw.. (*„Bundeskanzler Schmidt hat ... dabei insbesondere den 'Krefelder Appell' gerügt, weil er sich einseitig gegen das atlantische Bündnis und die Politik der Bundesregierung richte. 'Jedes Wort der Kritik an der Sowjetunion fehlt dort. Dies ist eindeutig ein Instrument, das der sowjetischen Führung sehr zupaß kommt und von ihr auch freundlich behandelt wird'"*. (FAZ,31.8.81)

Selbst Symbolfiguren der SPD-Linken wie Eppler schlossen sich dieser Argumentation an: *„E.Eppler, SPD-Präsidiumsmitglied, begründet seine Auffassung, daß der 'Krefelder Appell' zur Abrüstung kommunistisch beeinflußt sei und warum er ihn nicht unterschreibe, unter anderem mit der Schlüsselrolle des Erstunterzeichners Oberst a.D. Josef Weber... Er wolle nicht Nein sagen 'zusammen mit Leuten, die der anderen großen Weltmacht noch nie ein Nein entgegengesetzt haben und auch nicht die Absicht haben, dies jemals zu tun'"* (FR, 1.7.81).

Zweite Gegenmaßnahme war die Initiierung des „Bielefelder Appells 'Mut für eine bessere Zukunft' ". Dieser Aufruf, der nur für SPD-Mitglieder offen war, sollte für die eigenen Reihen eine Alternative zum „Krefelder Appell" darstellen und ein allzu intensives Verschmelzen mit DKP-nahen Strömungen verhindern. Die Tatsache, daß er von Teilen der SPD-Linken, u.a. den Jusos, auch als Kristallisationspunkt der innerparteilichen Opposition gedacht war, ändert wenig an der Tatsache, daß er überwiegend als Spaltungsmittel dienen sollte. Zumal, wenn man sich vor Augen hält, daß der Krefelder Appell von seinen Initiatoren ausdrücklich und eindeutig auf das SPD-Spektrum zugeschnitten war (Appell an die Bundesregierung, Aussparen jeglicher Kritik an SPD und Regierung, Orientierung auf Verhandlungen, Nicht-Infragestellung der NATO-Mitgliedschaft).

Gleichzeitig sollte der Bielefelder Aufruf auch eine Ausrichtungsfunktion innerhalb der SPD übernehmen. So heißt es u.a.: *„Vor einem Jahr, am 12.Dezember, wurde der Brüsseler NATO-Raketenbeschluß gefaßt. Inzwischen wird immer klarer, daß es sich dabei um eine verhängnisvolle Fehlentscheidung gehandelt hat. Die erwartete Ratifizierung des SALT II-Abkommens durch das amerikanische Parlament war für den SPD-Bundesparteitag in Westberlin und die Bundesregierung die Voraussetzung für die Zustimmung zu diesem Beschluß. ...Diese Entwicklung widerspricht dem eindeutigen Willen des SPD-Bundesparteitages. Die Parteimitglieder müssen sich getäuscht fühlen und die SPD ist in Gefahr, ihre Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung zu verlieren. Kommt es nicht alsbald zu Verhandlungen, so wird eine neue Runde des Wettrüstens einsetzen... Wir würden unsere Zukunft einer amerikanischen Entscheidung ausliefern...*

Aus allen diesen Gründen erscheint es uns als dringend notwendig, zur ursprünglichen Absicht der Entspannungspolitik vor zehn Jahren zurückzufinden... Wir wollen die sozialdemokratische Entspannungspolitik nicht verkommen lassen, nur weil die USA zur globalen Konfrontation zurückkehren will... Unter Mut zur Zukunft verstehen wir die Ablehnung der amerikanischen Zumutung...". (nach Neue-Sonderdruck). Hier deuteten sich schon Elemente einer Argumentation an, die nur die USA für alles verantwortlich macht, jede eigenständige Machtpolitik der
USA für alles verantwortlich macht, jede eigenständige Machtpolitik der
BRD leugnet und die SPD mit ihrer „Entspannungspolitik" mehr oder weniger zur entscheidenden Friedenskraft hochlobt – von der sehr eigenwilligen Interpretation des Westberliner Parteitagsbeschlusses ganz zu schweigen. Unausgesprochene Intention: Helmut Schmidt „bei seinen Friedensbemühungen den Rücken zu stärken" (so die ASF).

Vom Ergebnis her ist das „Unternehmen Bielefeld" gescheitert: die Zahl der Unterzeichner beträgt nach Angaben der Initiatoren zwar „fast 20.000" SPD-Mitglieder, die Zahl der sozialdemokratischen Unterzeichner des Krefelder Appells dürfte aber ein Mehrfaches betragen. Zahlreiche SPD- und JUSO-Gruppen riefen auch weiterhin zur Unterstützung des Krefelder Appells auf.

„Kündigt den Nachrüstungsbeschluß!"

Unter diesem Titel veröffentlichte die Zeitung „konkret" im Februar 81 einen Artikel von Karl-Heinz Hansen, in dem er u.a. schrieb: *„Wie lange noch will die Sozialdemokratische Partei ohnmächtig zusehen, wie ihr stellvertretender Vorsitzender , alias Bundeskanzler Helmut Schmidt, fortgesetzt gegen proklamiertes Selbstverständnis und proklamierte Zielsetzung seiner Partei handelt?... Sind die an CSU-Diktion erinnernden Kanzlerankündigungen vom 'Ende der Wohltaten' und vom Anfang notwendiger sozialpolitischer 'Grausamkeiten' schon übergegangen in schlichte politische Schweinereien? Auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitsbpolitik ist dieser Eindruck zwingend... Wer die Untergrenze der Selbstachtung als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und Bundestagsfraktion nicht unterschreiten will, muß über seinen klaren prinzipiellen Widerspruch zu einer derart parteifremden Politik hinaus konkreten Widerstand leisten.. Das bedeutet hier und jetzt: ... Kündigung des 'Nachrüstungsbeschlusses' vom 12. Dezember 1979 (Mit-Urheber und aktiver Förderer: Helmut Schmidt), weil in der Bundesrepublik nicht*

Fortsetzung auf nächster Seite

SPD auf Integrations-Kurs?

Unter der ungebrochenes Selbstwertgefühl demonstrierenden Überschrift **„Die Alternativbewegungen sind noch keine politikfähige Kraft"** befaßt sich Horst Heimann im SPD-Organ „Vorwärts" mit *„Voraussetzungen für konstruktiven Dialog mit der Alternativbewegung"* („Vorwärts", 3.9.81). Unter Berufung auf Willy Brandt spricht sich Heimann für einen *„breit angelegten Dialog"* aus, **der „dem politischen Ziel dienen soll, das anwachsende alternative Wählerpotential für eine Mehrheitsbildung zugunsten demokratisch-sozialistischer Reformpolitik zu gewinnen".** *„Anknüpfungspunkte für diesen Dialog"* seien – wieder unter Berufung auf Brandt – *„inhaltliche Gemeinsamkeiten zwischen den Grundwerten und Zielen der demokratisch-sozialistischen Arbeiterbewegung* (gemeint ist die SPD! – Anm. AK) *und den Alternativbewegungen". „Die Suche der Alternativbewegungen nach 'neuen Formen des Zusammenlebens', 'neuen Formen der Integration von Arbeit und Freiheit' nach 'mehr Wärme in den sozialen Beziehungen'"* seien *„auch Ziele der Sozialdemokratie"* (Brandt). **„Die Chancen für einen inhaltlich orientierten Dialog und für eine Annäherung zwischen traditioneller Arbei-**
tierten Dialog und für eine Annäherung zwischen traditioneller Arbei-
terbewegung (gemeint ist wiederum die SPD – Anm. AK) und Alternativbewegungen werden noch verbessert durch die Tatsache, daß die moderne (!) Konzeption des Demokratischen Sozialismus bereits wichtige Wert- und Zielvorstellungen der Alternativbewegungen enthält".

„Gewiß wäre es optimal und wünschenswert, die wachsende Zahl der Träger und Anhänger alternativen Denkens möglichst vollzählig als Mitglieder und Wähler der SPD zu behalten oder zurückzugewinnen, um auf diesem direkten Weg das alternative Potential in eine reformsozialistische Mehrheitsbildung einbeziehen zu können". Man dürfe aber für's erste auch eine andere Variante nicht ausschließen, nämlich eine *„reformsozialistische Mehrheitsbildung durch eine Koalition mit einer aus den Alternativbewegungen hervorgegangenen und p o l i t i k f ä h i g gewordenen neuen politischen Kraft – oder vierten Partei".*

Diese „Politikfähigkeit" spricht Heimann den Alternativen allerdings noch ab, wobei er sein Kriterium für „Politikfähigkeit" offen definiert: Die Alternativen seien *„abgesehen von lokalen Ausnahmen noch nicht fähig, an einer Mehrheitsbildung für demokratisch-sozialistische Reformpolitik teilzunehmen".* „Politikfähigkeit" (und Bereitschaft), die Regierungspolitik der SPD mitzutragen.

„Auf keinen Fall ist das alternative Potential für eine demokratisch-sozialistische Mehrheitsbildung zu gewinnen, wenn sich die SPD opportunistisch an die Alternativbewegungen anpaßt. Dadurch würde die SPD nur selbst politikunfähig werden und wahrscheinlich für den Rest des Jahrhunderts als gesellschaftsverändernde Kraft ausfallen". Aufgabe der SPD müsse im Gegenteil sein, den Alternativen kräftigst die Leviten zu lesen, *„Kritik an den apolitischen Denk- und Verhaltensweisen"* der Alternativen zu führen. *„Denn auf der Grundlage des heute in den Alternativbewegungen vorherrschenden politischen Bewußtseins – wie zum Beispiel anspruchsvolle Gesinnungsethik, die nicht nach den Konsequenzen politischen Verhaltens fragt oder nach den Wegen zur praktischen Verwirklichung der hohen Ziele – könnte die SPD von ihnen auch für die beste ökologische Politik, die realisierbar ist, keine Zustimmung erwarten. Konstruktiv mitarbeiten an einer realisierbaren alternativen Politik werden die Alternativbewegungen erst nach einem radikalen Bewußtseinswandel, nach Überwindung ihrer apolitischen Denk- und Verhaltens-*
erst nach einem radikalen Bewußtseinswandel, nach Überwindung ihrer apolitischen Denk- und Verhaltens-
weisen, die sie bislang unfähig machen, politische Handlungsspielräume zu erkennen und zu nutzen".

Problematisch erscheint Heimann dabei die Schwäche der SPD als *„geistig-theoretische"* und *„p ä d a g o g i s c h e"* Kraft. Die SPD sei gegenwärtig **„kein eigenständiger und aktiver Faktor der politischen Reflexion und Bewußtseinsbildung".** In der Konfrontation mit den 'Alternativbewegungen' seien SPD-Leute deshalb *„besonders defensiv, verunsichert und theoretisch sprachlos".*

„Der Abbau dieses Theorie- und Kommunikationsdefizits ist daher die entscheidende Voraussetzung für den Dialog". Der Schlüssel dazu sei *„eine intensive und zielstrebige innerparteiliche Bildungsarbeit, die eine möglichst große Zahl von Mitgliedern zur direkten Kommunikation mit dem alternativen Potential befähigt".* Ganz besonders kommt es ihm dabei darauf an, daß *„von den Trägern der Arbeiterbewegung* (gemeint ist noch einmal die SPD – Anm. AK) *das noch zukunftsträchtige Konzept des Demokratischen Sozialismus offensiv in den bereits stattfindenden Dialog eingebracht wird."* Unter den auf Integration der 'Alternativbewegungen' bedachten Sozialdemokraten scheint Verfasser Heimann zu den gradlinigsten und dümmsten zu gehören: Für ihn stellt sich der „Dialog" wesentlich so dar, daß sich die Alternativen zu einer sozialdemokratischen „Realpolitik des Machbaren" bekehren lassen.

Intelligentere Integrations-Politiker der SPD sind sich bewußt, **daß das Entstehen und Anwachsen der 'Alternativbewegungen' in erster Linie eine Reaktion auf die konkreten Erfahrungen mit der SPD-Regierungspolitik seit 1969 ist.** Die SPD hätte namentlich nach dem Mißtrauensvotum von 1972 eine echte Chance gehabt, getragen von einer breiten Massenbewegung, wenigstens ein paar ihrer eigenen proklamierten Reformziele zu realisieren. Auf diese historisch nicht ohne weiteres wiederholbare Chance hat die SPD mit einer scharfen R e c h t s wendung ihrer Politik reagiert – ausgedrückt im Sturz Willy Brandts, in der Maßregelung der Jusos, in den Berufsverboten u.a.m. Wer naiv genug ist, mag darin einfach einen „Fehler" der SPD sehen. Rationaler ist jedenfalls die Deutung, daß das für Reformen günstige soziale Klima der Jahre um 1969 bis 1972 den führenden SPD-Politikern s e l b s t unheimlich war und deshalb von ihnen b e w u ß t zerstört worden ist.

Daß eine „demokratisch-sozialistische Reformpolitik", von der Hei-

Daß eine **„demokratisch-sozialistische Reformpolitik"**, von der Heimann spricht, heute in der SPD m e h r h e i t s f ä h i g sein könnte, wird wahrscheinlich nicht einmal Heimann selbst behaupten wollen. Und das würde sicher sogar d a n n gelten, wenn man diesen Begriff extrem bescheiden definiert, also beispielsweise nicht wesentlich mehr erwartet als die Politik der Brandt-Regierung 1969-72. Daß sich im Bundestag nur f ü n f SPD-Abgeordnete aufraffen mochten, gegen die NATO-„Nachrüstungsbeschlüsse" zu stimmen (weitere 6 enthielten sich der Stimme), sagt über die Kräfteverhältnisse in der Partei genug aus.

Wer andererseits glaubt, er brauche der derzeitigen Regierungspolitik der SPD nur das flotte Etikett „Demokratischer Sozialismus" umzuhängen, um die 'Alternativbewegungen' einzufangen, irrt sich gewaltig. **Solange die SPD noch an ihren T a t e n in der Regierungsverantwortung gemessen werden kann, bleibt ihr Spielraum für Integrations-Versuche minimal.** Verlorenes Potential durch Reform-Versprechungen und Hochglanz-Programme zurückgewinnen könnte die SPD allenfalls in der Rolle der Oppositionspartei. Selbst d a n n wird sich aber noch erweisen müssen, ob das Erinnerungsvermögen der 'Alternativen' so gering und ihre Vertrauensseligkeit so unverwüstlich ist, wie sich das einige SPD-Politiker offenbar erhoffen.

Fortsetzung von voriger Seite

mehr gegeben sind: Ratifizierung des SALT II-Abkommens durch die USA und erfolgversprechende Abrüstungsgespräche zwischen Washington und Moskau". („konkret", 2/81).

Wie zu erwarten war, zog dieser – für SPD-Verhältnisse in der Tat sehr radikale – Aufruf , der noch nicht einmal vor der Heiligen Kuh der SPD, dem Kanzler, haltmachte, die ungeteilte Empörung der SPD-Chefetage auf sich. Natürlich ging es bei dem nun folgenden Halali auf Hansen nicht um die Inhalte seiner Kritik, sondern um die Formulierung. Oder, wie Niederrhein-Bezirksvorsitzender Bäumer es ausdrückte: *„Wenn mich jemand das dritte Mal ans Bein pinkelt, und ich dem sage, daß er das nächste Mal was hinter die Löffel bekommt, dann muß er beim vierten mal damit rechnen, daß der Kopf rollt. Das ist keine Intoleranz, sondern ein Reflex, der zeigt, daß ich noch gesund bin".* (zit. nach „taz", 18.5.). Daß er sich gleich daran machte, **„das faule Fleisch am Rande der Partei wegzuschneiden"** (Bäumer nach FAZ, 18.5.) und das – inzwischen „erfolgreich" beendete – Parteiausschlußverfahren einleitete, nimmt nicht weiter wunder.

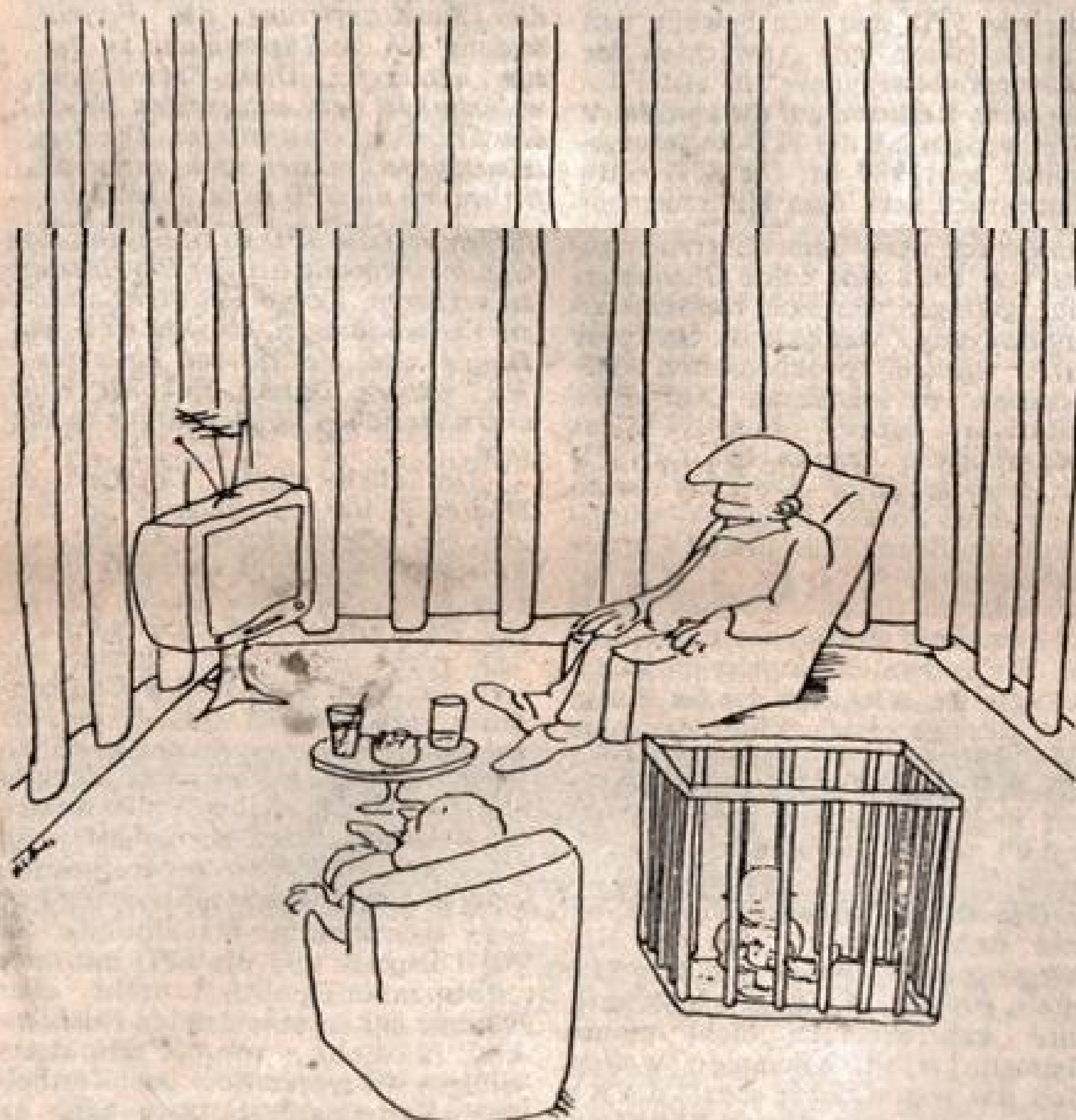
Die Offensive des Vorstands

Nachdem die Hansen-Debatte von der Frage der „Nachrüstung" auf einen Streit um die Formen der innerparteilichen Auseinandersetzung abgelenkt worden war, ging der SPD-Vorstand sehr gezielt daran, der ohnehin recht schwachen und nicht einheitlich argumentierenden und handelnden Fraktionslinken, als „parlamentarische Speerspitze" der Parteilinken, den Garaus zu machen. Auf einer Vorstandssitzung legte Brandt zunächst einen 5-Punkte-Plan – „Kompromißvorschläge" für die in der SPD am heftigsten umstrittenen Fragen – vor.

Die fünf Punkte wurden zusammengefaßt unter dem Motto: *„Unsere Verantwortung, den Blick nach vorne richten, Sicherung von Arbeitsplätzen, Den Frieden sichern und Offene Diskussion - geschlossenes Handeln"* („taz", 13.2.). Der Punkt Frieden betont nochmal das Festhalten am „Nachrüstungs"-Beschluß; eindeutig festgeschrieben wird *„der Primat der Regierungspolitik vor den Parteitagsbeschlüssen"* („FR", 13.2.). Den Kritikern wurde also ausdrücklich bescheinigt, daß die Regierung sich an eventuelle Parteibeschlüsse gegen die „Nachrüstung" nicht halten würde.

Brandt erläuterte das Papier auch entsprechend dahingehend, **„daß der Parteivorstand dem Kanzler in ganzer Breite eine von Parteikontroversen uneingeschränkte Handlungsvollmacht zugesteht"** („Göttinger Tageblatt", 13.2.). Gegen wen es dabei vor allem ging, sagte Schmidt ganz offen: *„Er habe jetzt sechs oder acht Wochen stillgehalten, nun sei aber Schluß damit. Mit Bezug auf die Reizwörter Brokdorf, Rüstungsexport, Nachrüstung, Verteidigungsetat oder Namen wie Hansen, Coppik sowie Eppler forderte Schmidt jedermann auf, die Versuche einzustellen, ihn fortgesetzt angreifen oder beleidigen zu wollen..."* („GT", 13.2.). Durchaus mit Erfolg: „Reizname" Eppler, selber Vorstandsmitglied, enthielt sich bei der Abstimmung über das Papier mit vier weiteren (u.a. Oertzen, Matthiesen) der Stimme, allerdings nur *„wegen einer Reihe von komplizierten Wünschen nach Zusätzen oder Auslassungen"*. Eppler: *„Wir hätten mit Nein votiert, wenn wir Nein gemeint hätten"* („FR", 13.2.).

Was sich mit dem 5-Punkte-Papier bereits andeutete, ein sehr harter und kompromißloser Kurs des Vorstands gegen die Partei-Linken, setzte sich in der Folgezeit zielstrebig fort. Auf einer Fraktions-Sondersitzung nur eine Woche später ließ sich Schmidt die Ergebnisse der „Krisensitzung" von den Abgeordneten nochmal ausdrücklich bestätigen. Auf Vorschlag der Fraktionsführung wurde über den „sicherheitspolitischen" Teil des Papiers eigens abgestimmt. Diese Abstimmung bestätigte die Fortschritte des Vorstandes bei seiner Ausrichtungs- und Disziplinierungskampagne: keine Gegenstimme; lediglich elf Enthaltungen, darunter Thüsing, Hansen, Meineke und Schröder. **„Kein Teilnehmer der allerdings nicht gut besetzten Fraktionssitzung forderte dem Vernehmen nach eine ausdrückliche Absage an den NATO-Doppelbeschluß"** („FAZ", 21.2.). Daß sich zumindest bei einigen Linken die Gewichte in der Diskussion bereits arg verlagert hatten, signalisierte C. Voigt, der aufforderte, *„keinen Zweifel an der Solidarität zu den sozialdemokratischen Mitgliedern der Bundesregierung und unserer Unterstützung der sozialliberalen Koalition und Regierung erkennen zu lassen".*



Die SPD ist eine große Familie

„Das Donnerwetter des Kanzlers" („Bild")

So bereits bestens in Fahrt, steigerte Schmidt sich noch weiter: Vor Delegierten des Bezirks Westliches Westfalen, mit 140.000 Mitgliedern nicht nur der größte, sondern wohl auch kanzlertreueste Landesbezirk, zog er alle Register sozialdemokratischer Demagogie: *„Wer soll denn Friedenspolitik machen, wenn nicht wir Sozialdemokraten", „Wir rüsten nicht auf. Ein Sozialdemokrat, der auf das Aufrüstungsgeschwätz reinfällt, der hat entweder nicht alle Groschen beieinander, oder er ist unredlich"* („taz", 18.5.), um dann das überzeugendste Argument, über das ein sozialdemokratischer Kanzler überhaupt verfügt, in die Schlacht zu werfen: Mit dem „Nachrüstungs"-Beschluß *„stehe er und falle auch damit"* („FR", 18.5.). In der SPD heißt so etwas: „die Vertrauensfrage"; im Umgangsdeutsch würde man es eher Erpressung nennen. *„Endlich! Knallharte Absage Helmut Schmidts an die Linken!"* („BamS", 17.5.), oder, etwas genauer: *„Helmut Schmidt ist auf der Flucht nach vorne zu den richtigen Zielen, und damit ein Stück weiter weg von der eigenen Partei"* („FAZ", 18.5.). Die „FR" kommentierte *„des Kanzlers schwerstes Geschütz"*: „Auch dem letzten Parteimitglied sollte so vor Augen geführt werden, welche Verantwortung jeder einzelne übernimmt, wenn er sich nicht nur an der derzeitigen Diskussion beteiligt, sondern dabei auch noch zu einem Ergebnis kommt, das mit der Konzeption der Bundesregierung nicht deckungsgleich ist" („FR", 18.5.).

Die SPD-Verbände Westl. Westfalen und Bayern, die am gleichen Wochenende tagten, verstanden die Worte ihres Herrn richtig und belohnten seinen Einsatz mit einer prompten und unerwartet deutlichen Zustimmung zur „Nachrüstung". Welches Ausmaß an politischem Rechtsschwenk in Schmidts Rede deutlich wurde, überhörten leider die meisten; lediglich die stockreaktionäre „FAZ" kam ins Schwärmen: *„Was Schmidt ... sagte und wie er es sagte, zeigte vor allem eines: die Rückwendung zur realistischen Einschätzung der Sowjetunion und damit zu einer Ortszuweisung an die Bundesrepublik in einer Welt, die in zwei Machtblöcke aufgeteilt ist, zwischen denen wählen zu können eine gefährliche Versuchung für die politisch und militärisch trotz allem kleine Bundesrepublik werden mag. Schon die Verwendung des Wortes 'die Russen' zeigt an, daß Schmidt es für richtig, möglich und notwendig hielt, den imperialistischen Zug der Vormacht des Ostblocks hervorzuheben; die Adenauer'schen 'Sowjets' klangen da vergleichsweise verbindlich"* („FAZ", 19.5.). Wenn die linken SPDler doch auch mal so aufmerksam zuhören würden!...

Die „Sicherheitsdebatte" im Bundestag

„Angesichts der anhaltenden und sich beschleunigenden Aufrüstung des Warschauer Paktes im Bereich nuklearer Waffensysteme und der fortlaufenden Verschlechterung des militärischen Kräfteverhältnisses in Mitteleuropa zu Lasten des Westens bekräftigt der Deutsche Bundestag seine Entschlossenheit, die Bundesregierung bei der konsequenten und zeitgerechten Verwirklichung des Beschlusses der NATO vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teilen zu unterstützen" (zit. nach „FAZ", 27.5.).

Dieser Antrag der CDU/CSU lag dem Bundestag in seiner Sitzung nach dem US-Besuch Schmidts zur Beratung vor. Die FDP signalisierte sogleich, „daß sie diesem Antrag nicht widersprechen könne". Konnte die SPD-Fraktion eigentlich auch nicht; um es aber nicht allzu peinlich werden zu lassen, zog sie es vor, zusammen mit der FDP einen eigenen Antrag zu dem Punkt zu erarbeiten. Im Laufe der Bundestagsdebatte machte die CDU/CSU schnell klar, daß sie die Aussagen der Regierungsvorlage zur „Nachrüstung" unterstütze und zog ihren Antrag zurück. Was auch das gelegentliche Gezeter der CDU/CSU über die angeblich unzureichende Aufrüstungspolitik des Kanzlers kaum noch verdecken konnte, wurde hier nun in aller Offenheit demonstriert: von „Feinheiten" abgesehen existiert in der „Sicherheitspolitik" faktisch eine Große Koalition! (*„In der Stunde der Not bekundete die Union ihre heimliche Liebe zu Schmidt"*, meinte das „Göttinger Tageblatt" am 27.5.).

Darüber hinaus wurde diese Abstimmung zum ersten Test auf die Wirkung der Schmidt'schen „Rücktrittsdrohung" auf die SPD-Fraktion. Das Ergebnis fiel einigermaßen blamabel für die Linken aus: Nur fünf Abgeordnete (Waltemathe, Schöfberger, Hansen, Coppik, Meineke) stimmten gegen den Antrag, vier weitere enthielten sich. Das „Donnerwetter" hatte gewirkt, *„die eigentliche Opposition gegen den Kanzler zersplitterte unter dem Druck des Themas"* („GT", 27.5.).

Die ebenfalls zur Fraktions-Linken gerechneten Conradi, Voigt, Thüsing und Kühbacher machten zwar „Bedenken geltend", **„bekundeten ihre Zustimmung aber insbesondere mit dem Willen zur Stützung der sozialliberalen Bundesregierung, die alleine die Gewähr für erfolgversprechende Verhandlungen und eine Sicherung des Friedens biete"** („FR", 27.5.).

Verabschiedet wurde schließlich folgender Antrag der SPD/FDP (Man achte auf die „Feinheiten"!): *„Der deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung bei der konsequenten und zeitgerechten Verwirklichung des Beschlusses der NATO vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teilen. Er unterstützt in diesem Zusammenhang die Feststellung des Doppelbeschlusses, daß der Westen den Bedarf an Mittelstreckenraketen der NATO im Licht konkreter Verhandlungsergebnisse prüfen wird"* („FAZ", 27.5.). Der letzte Satz soll übrigens *„denjenigen Kritikern innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion Rechnung tragen, die an der Ernsthaftigkeit des Verhandlungswillens der USA zweifeln"* („FR", 27.5.).

Psychoterror und Maulkorb

Genau eine Woche Zeit ließ Schmidt den SPD-Linken, um sich von diesem Desaster zu erholen, dann schlug er wieder zu. Diesmal ging es um die Etat-Debatte des Bundestages. *„Die Abstimmung wurde für die Koalition wieder zu einer Nagelprobe, weil einige linke Sozialdemokraten ihre Zustimmung verweigern wollten, nachdem es ihnen nicht gelungen war, eine Milliarde des Verteidigungshaushalts für Entwicklungshilfe abzuzweigen. Deshalb lehnten, zusammen mit der CDU/CSU, die SPD-Abgeordneten Manfred Coppik, Rudolf Schöfberger und Horst Sielaff den Etat auch ab. Die SPD-Abgeordneten Karl-Heinz Hansen, Erich Meineke und Klaus Thüsing enthielten sich der Stimme"* („FR", 5.6.). Da waren's nur noch sechs! Genau fünf Minuten Zeit erhielt der Sprecher der Etat-Kritiker, Freimut Duve, um seine „kritische Zustimmung" zu begründen; mit einem väterlichen „Wenn die Präsidentin sagt, es ist Schluß, dann machen Sie Schluß!" schickte Wehner ihn dann wieder zurück auf die Bank.

Das wohl vorläufig endgültige „Aus!" für die Fraktions-Linke kam bei der gleichzeitigen Diskussion über die „Türkeihilfe". 20 SPDler hatten es gewagt, die Sperrung der Gelder für die Junta zu beantragen, und wollten dies auch im Parlament öffentlich zur Abstimmung stellen. Aber dazu kam es erst gar nicht: **„Regelrechte Pogromstimmung ... herrschte auf den linken Etagen des Bundeshauses. Das Opfer: M. Coppik... Man würde ihn und Hansen im Plenum des Bundestages fertigmachen. Coppik werde zusammengeschlagen, drohten die linken (!!) Genossen, wenn er es wagen sollte, den Türkei-Antrag im Plenum aufrechtzuerhalten und zu begründen.** Was war passiert? Die Mitunterzeichner waren umgefallen und wollten Coppik zum **Aufgeben zwingen"** („Neue", 5.6.). Lediglich Coppik vertrat dann zwar im Plenum „trotz Androhung von Schlägen" den Antrag, zog ihn aber vor der Abstimmung „freiwillig" zurück.

Vorausgegangen war ein „Gespräch" der Fraktions-Geschäftsführer mit den Abweichlern am Vorabend der Debatte. Ergebnis: *„....fast alle zogen den Kopf ein wie brave Musterschüler, die der gerechten Strafe entgegengehen"* („Neue", 5.6.).

Nur wenige Tage später schob der Fraktionsvorstand, *„um das Verhalten von 'Abweichlern' im Bundestag künftig 'in den Griff' zu bekommen"* („FR", 16.6.), ein „Selbstverständnispapier" nach: *„Es sieht für die Vertretung von Minderheitenpositionen ein abgestuftes Verfahren vor: Während nicht abgestimmte Anträge im Plenum als Widerspruch zur Fraktionssolidarität verurteilt werden, sind in 'begründeten Ausnahmen' Reden im Bundestag weiter möglich. Sie müssen jedoch vorher mit dem Fraktionsvorstand besprochen werden. Über die Absicht, eine Erklärung im Plenum abzugeben, muß die Fraktion vorher informiert werden. Die Legitimität von abweichendem Stimmverhalten in – nicht näher definierten – Gewissensfragen bleibt von der Regelung unberührt, an die sich nach Angaben des Abgeordneten Norbert Gansel auch die bei der Abstimmung unterlegenen Fraktionsmitglieder halten wollen"* („Neue", 25.6.). Ein bildhübscher Maulkorb, dem nur zwölf Abgeordnete ihre Zustimmung verweigerten. *„Fazit des ganzen Dienstags-Selbstverständnisses von 212 SPD-MdBs: Unter dem Deckmantel der Geschlossenheit als Wert*

Fortsetzung auf nächster Seite

SPD-Parteitag 82:

Fällt der »Nachrüstungs«-Beschluß?

„Wir werden deshalb auf dem ordentlichen Parteitag in München auf die Prüfung der Frage drängen, ob die Geschäftsgrundlage für den Beschluß des Berliner Parteitags entfallen und eine Revision des Beschlusses notwendig ist" („Frankf. Rundschau", 15.5.), so der vielzitierte Beschluß des SPD-Landesparteitages Baden-Württemberg zu „Nachrüstung". *„....und wir hoffen und kämpfen innerhalb der Sozialdemokratie dafür, ...daß wir im Hinblick auf den Parteitag im März des nächsten Jahres – und der wird für die Friedensbewegung auch ein Kulminationspunkt sein – es schaffen, eine Mehrheit innerhalb der Sozialdemokratie dafür zu gewinnen, dem NATO-Rüstungswahn ein Ende zu bereiten"* so der stellvertretende JUSO-Vorsitzende Wolf (22.5.).

Und Juso-Vorsitzender Pieczyk: *„Wir werden darauf orientieren, daß der SPD-Parteitag 1982 den Beschluß kippt, daß keine Raketen auf westdeutschem Boden stationiert werden"* („Neue", 30.6.). Die „Nachrüstungs"-Gegner in der SPD haben sich inzwischen mehrheitlich auf den Parteitag in München als Höhepunkt ihrer innerparteilichen „Offensive" festgelegt. Daß sie das Datum ihrer voraussichtlichen Niederlage auch gleich zum „Kulminationspunkt" der Friedensbewegung erklären, entspricht allerdings mehr jungsozialistischem Größenwahn und einer nicht zu knappen Überbewertung ihrer eigenen Rolle innerhalb dieser Friedensbewegung. Vorgegeben hatte diese Orientierung auf den Münchner Parteitag Willy Brandt. Auf dem „Atomparteitag" 79 hatte er den „Nachrüstungs"Gegnern in der SPD als Trostpflästerchen verkündet: *„Bis zur Stationierung 1983 werden wir noch zwei Parteitage haben. Die SPD wird diesen Zeitraum wachsam begleiten. Es gibt keinen Automatismus"* („Welt", 6.12.79). Zusätzliche Spannung hat die Sache durch H. Schmidt's Drohung erhalten, er werde zurücktreten, falls ihm seine Partei in dieser Frage die „Gefolgschaft" verweigert. In die gleiche Richtung zielt der Pro-„Nachrüstungs"-Beschluß des „Trendsetters" unter den Landesverbänden der SPD, Nordrheinwestfalen. Und selbst unter den Gegnern der „Nachrüstung" in der SPD werden sich kaum viele auf den Sturz ihres Atomkanzlers einlassen wollen. (Wer soll denn sonst Friedenspolitik betreiben, wenn nicht,...?).

Die SPD wäre nicht die SPD, wenn sie ihrer innerparteilichen Opposition tatsächlich eine realistische Chance gäbe. Und so deutet sich denn auch schon seit einiger Zeit an, daß aus der „Kulmination" nichts werden wird. *„....die Nachrüstung wollen die SPD-Strategen erst einmal auf später vertagen... Geht es nach Brandt und Egon Bahr, dann werden die Delegierten in München nur den Stand der Verhandlungen zwischen Washington und Moskau über neue Mittelstreckenwaffen in Europa diskutieren. Die Entscheidung, ob die SPD den NATO-Beschluß weiterhin mitträgt oder nicht, soll erst 1983 fallen, wenn nach der bisherigen Planung die ersten Pershing-Raketen und Marschflugkörper auf deutschem Territorium aufgestellt werden"* („Spiegel", 14.9.). Neuestes Argument der SPD-Spitze: die Koalition mit der FDP müsse gesichert werden; so kurz nach der Hauhaltsdiskussion sei ein neuer Streit nicht sinnvoll; man dürfe den Freidemokraten keine Vorwände zum Koalitionswechsel geben. Auch die „Verhandlungsfußnote" (Hansen) kommt nun endlich zum vorgesehenen Einsatz: *„Denn beim Parteitag wird, hofft ein Schmidt-Gehilfe, 'womöglich schon klar sein, über welche Waffensysteme verhandelt werden soll.' In einer solchen Phase, da alles im Fluß sei, könne der Parteitag gar kein abschließendes Urteil über die Nachrüstung fällen"* („Spiegel, 21.9.).

In die gleiche Kerbe haut Bremens SPD-Chef Koschnik: er hat *„die Vertagung der SPD-Rüstungsdiskussion vom Parteitag 82 auf einen Sonderparteitag 1983 vorgeschlagen"* („Neue", 17.9.). Für den Münchner Parteitag hat er sich ersatzweise etwas ganz Besonderes ausgedacht: er *„will nicht, daß alleine über die Frage neuer Waffensysteme...diskutiert wird, und gibt zu, daß die Nichtunterzeichnung von SALT II die Berliner Parteitags-Zustimmung der SPD zum NATO-Doppelbeschluß eigentlich aufhebt. Aus diesen Gründen will Koschnik die SPD-Delegierten bei ihrer Rüstungsdebatte auf philosophische Ebenen bringen: 'In welcher Eingebundenheit leben wir, wo sind unsere Verflechtungen, was sind die Positionen der DDR?"* („Neue", 17.9.). Der Kenner ahnt es schon: da bahnt sich eine ungeheure „Strategie- und Grundsatzdebatte" an, die wieder alle SPD-Köpfe zum Rauchen bringen wird. Genauso, wie „vor Abschluß der Verhandlungen", so wird auch vor definitiver Beschlußfassung über unsere „Eingebundenheit" und „Verflechtungen" eine Entscheidung über die „Nachrüstung" unmöglich sein. Bis dahin wird Westeuropa zwar vermutlich mit einer größeren Anzahl neuer Atomraketen beglückt sein, aber was soll's, solange die SPD-Linke innerparteilich „um Mehrheiten ringen" kann...

Daß die Parteiführung sich für 1983 wieder ein ähnliches Manöver ausdenken könnte, werden die SPD-Linken selbstverständlich bestreiten, handelt es sich doch bei der Verschiebunb schon um einen „Kompromiß", so jedenfalls Ex-Juos-Chef Schröder.

Antimil-Kommission
KB Göttingen

Bundesparteitag der Grünen in Offenbach: Zwischen Radikalpazifismus und »Drei-Welten-Theorie«

Fortsetzung von voriger Seite

an sich ist es ihnen einmal mehr gelungen, die ungeliebten Basis-Abweichler auszugrenzen, offiziell ein Stück mundtoter zu machen... Von maximal zwölf SPD-MdBs kann in Zukunft ein Einsatz, ein Abstimmungsverhalten erwartet werden, das sozialdemokratische Inhalte und Beschlüsse höher schätzt als bloße Machterhaltungstaktiken" („Neue", 25.6.), wobei lediglich die Zahl zwölf etwas hochgegriffen scheint.

Einen Monat später – nach ihrem traditionell sehr wortradikalen Bundeskongreß in Lahnstein – erwischte es auch die Jusos. Was mit dem „Nachdenken" Willi Brandts über die Frage, „wen die Jusos eigentlich als Gegner betrachten", über mangelnde Jugendarbeit etc. begann („FR", 30.6.), endete vorläufig mit einem „sehr offenen und ernsten Gespräch", in dem vereinbart wurde, daß alle drei Monate ein Gespräch zwischen Juso- und SPD-Führung stattfindet, Juso-Pressekonferenzen künftig „grundsätzlich Bundesgeschäftsführer Glotz angekündigt und mit ihm abgesprochen werden" müssen; außerdem sollen den Jusos „Arbeitsaufträge" erteilt werden („FR", 10.7.), u.a. zu „Aktionen in der Schularbeit, für Jugendzentren und Entwicklungshilfe". „Damit soll erreicht werden, daß die Arbeit der Jusos stärker in die Aktivitäten der gesamten Partei eingebunden wird" („GT", 10.7.).

Wahrscheinlich geht es der SPD-Führung nicht darum, die Jusos 100prozentig auf Regierungskurs einzuschwören, sondern eher darum, ihnen eine „erste Warnung" zu erteilen und langsam ihre Handlungsspielräume einzuengen. Das – durchaus regierungskritische – Mitwirken der Jusos in der Friedensbewegung hat für die SPD-Spitze aber nur so lange einen Nutzen, wie es die Brüche großer Teile der Jugend zur SPD nicht vertieft. Die Hinweise auf stärkeres Engagement im JZ-Bereich sollen Arbeitsfelder aufzeigen, in denen – im Gegensatz zur Friedensbewegung – die Differenzen zwischen Bedürfnissen der Jugend und Regierungspolitik nicht ganz so gravierend erscheinen, eine Annäherung an die SPD also leichter zu erreichen scheint. Allzu harte Kritik an der Mutterpartei – vor allem in der Friedenspolitik – könnte auf die Dauer die Argumentation des Kleineren Übels doch zu unglaubwürdig erscheinen lassen.

Ansonsten weiß der SPD-Vorstand das Wirken seiner Jusos durchaus zu schätzen. So lobte er die Zusammenarbeit der Jusos mit der Aktion Sühnezeichen anläßlich der Bonner Demonstration ausdrücklich als wichtigen Beitrag, um die „*derzeit dominierenden K- und anderen Gruppen zurückzudrängen*", weshalb die Jusos in der Diskussion um eine Beteiligung von Sozialdemokraten an der Bonner Demonstration von der harten Kritik der SPD-Führung ausgespart bleiben.

Der lange Marsch in die Sackgasse

Wir wollen hier nicht pauschal unterstellen, daß der Widerstand linker SPD-Parlamentarier gegen die „Nachrüstung" nicht ernst gemeint sei. (Obwohl bei einigen, z.B. Voigt, durchaus berechtigte Zweifel bestehen). Letztlich ist dies aber so lange ziemlich uninteressant, wie es nicht auch klar und deutlich zum Ausdruck kommt. Bis auf die rühmliche Ausnahme K.H. Hansen, der auch bereit war, für seine relativ kompromißlose Haltung einen Preis zu zahlen – seinen Ausschluß aus der SPD (wobei noch gesondert zu untersuchen wäre, inwieweit das „Kneifen" seiner linken Kollegen und seine daraus folgende Isolierung selbst in diesem Kreis den Rauswurf nicht erst ermöglicht oder zumindest erleichtert hat), haben die SPD-Linken im Bundestag immer wieder die Segel gestrichen, noch bevor überhaupt Wind aufgekommen war.

Das Nachgeben gegenüber den erpresserischen Hinweisen auf die Fraktionsdisziplin und die schwierige Koalitionslage, das opportunistische Wegducken bei jedem Donnergrollen aus der Chefetage dürfte u.E. alle Hoffnungen in eine Strategie, „linke Positionen in der SPD mehrheitsfähig zu machen", ins Reich der Wunschträume verweisen. Die „Nachrüstungs"-Diskussion ist vor allem insofern der beste Beweis für die Unsinnigkeit solcher Theorien, als die Ablehnung des „Doppelbeschlusses" durchaus eine Mehrheit in der SPD-Mitgliedschaft hätte oder zumindest sehr knapp davorliegt. (Was sich in der SPD allerdings noch nie auf der Funktionärs- und Parteitagsebene niedergeschlagen hat).

Antimil-Kommission
KB/Göttingen

Vom 2. bis zum 4. Oktober tagte in Offenbach der Bundesparteitag der Grünen unter dem Motto „Ökologie heißt Frieden – Für ein atomfreies Europa". Die etwa 600 Delegierten verabschiedeten ein Friedensmanifest und wählten einen neuen Bundesvorstand. Pressekommentare zum Offenbacher Ereignis bescheinigen den Grünen übereinstimmend, daß sie nun „auf dem Wege zu einer richtigen Partei" seien („FAZ", „FR", 5. 10.). Tatsächlich stand der Parteitag erstmals nicht im Zeichen offener Spaltungsdrohungen. Der Ausgleich zwischen den verschiedenen Strömungen und Fraktionen wurde diesmal auf vergleichsweise friedlichem Wege hergestellt. Entsprechend widersprüchliche Beschlüsse sind das Ergebnis.

Aussprache zum Rechenschaftsbericht des Bundesvorstands

Der interessanteste Streitpunkt in dieser Debatte war die Frage des Verhältnisses der Grünen zu anderen Parteien, insbesondere zur SPD. Die „Realpolitiker" aus der baden-württembergischen Landtagsfraktion (Kretschmann, Hasenclever) bemängelten die „pauschalisierende Haltung" gegenüber der SPD, die z.B. in der Eröffnungsrede von Vorstandsmitglied Dieter Burgmann zum Ausdruck gekommen sei: Burgmann hatte die SPD als die derzeit **„verlogenste Partei in der Bundesrepublik"** bezeichnet. Hasenclever verwies seinerseits auf die Notwendigkeit, „*einen Weg* (zu) *finden, wie wir unsere Wünsche Wirklichkeit werden lassen*" (zitiert nach „FR", 5. 10.81) – was nach Lage der Dinge wohl heißen soll, daß man über Arrangements mit der SPD zu zweifelhaften parlamentarischen Mehrheiten kommen möchte.

Abgestimmt wurde über diese Frage nicht. Es kann aber davon ausgegangen werden, daß die Befürworter eines mehr partnerschaftlichen Verhältnisses zur SPD immer noch in der Minderheit sind. Das könnte anders werden, wenn die Gruppe Z und andere „Moderne Sozialisten" bei den Grünen stärker zugunsten einer Zusammenarbeit mit der SPD in die Auseinandersetzung eingreifen.

Vier Entwürfe für das „Friedensmanifest"

Für die vorgesehene ausführliche Diskussion in Arbeitsgruppen blieb wegen eines spontan beschlossenen Ausflugs der Parteitagsdelegierten zum parallel tagenden hessischen SPD-Parteitag in Alsfeld (um dort die Startbahn-West-Frage auf die Tagesordnung zu setzen) nur wenig Zeit. Im Mittelpunkt stand neben den Vorstandswahlen die Diskussion und Verabschiedung eines grünen „Friedensmanifestes". Hierfür lagen dem Parteitag vier Entwürfe vor:

- der Entwurf der vom Bundeshauptausschuß (BHA) benannten Kommission (vgl. AK 209, S.7);
- ein Alternativentwurf aus dem Hamburger Landesverband, mehrheitlich von Mitgliedern und Freunden der Gruppe Z unterzeichnet (vgl. AK 209, S. 7);
- die vom Landesparteitag Baden-Württemberg verabschiedete Friedensresolution (vgl. AK 209, S. 8);
- ein Entwurf des Landesvorstandes NRW, der in großen Teilen mit der Vorlage der BHA-Kommission identisch ist.

Auf dem Parteitag wurde eine neue „Manifest-Kommission" gebildet, bestehend aus je zwei Vertretern der vier Entwürfe (BHA: Roland Vogt, Klaus Wolschner; Hamburg: Thomas Langer (Gruppe Z, „Moderne Zeiten"), Michael Pollmann: BaWü: Marie-Luise Beck-Oberdorf, Wilfried Maier (Komitees für Demokratie und Sozialismus, „Moderne Zeiten"); NRW: Hans Verheyen, Erhard Müller).

Da in der Kommission keine Einigung über einen Kompromiß zustande kam, mußte der Parteitag entscheiden. Etwa ein Viertel der Delegierten votierten für den Hamburger Entwurf als Diskussionsgrundlage, drei Viertel dagegen. Mit dem Appell, so viel wie möglich aus dem Hamburger Entwurf zu übernehmen (vor allem zur Einschätzung der Weltlage, Hauptrolle der USA bei den Kriegsvorbereitungen), schied Thomas Langer aus der Kommission aus, die dann den NRW-Entwurf mit einigen Änderungen dem Plenum vorlegte. Die Vorlage wurde abschnittsweise zur Abstimmung gestellt und jeweils mit klarer Mehrheit angenommen:

Die verabschiedete Fassung des Friedensmanifestes ist an einigen Stellen um mehr Sachlichkeit bemüht als der erste von der BHA-Kommission vorgelegte Entwurf. So wurde z.B. ein Abschnitt aufgenommen zur Frage „Wem nützt die ‚Nach'rüstung?". Das Bemühen um „Ausgewogenheit" hat allerdings auch an anderer Stelle – im Abschnitt „Ökologische Politik sichert den Frieden" – Stilblüten produziert: die Formulierung des ursprünglichen Entwurfs „*Das ausbeuterische Verhältnis zur Natur mußte sich auf die Dauer gegen den Menschen richten, der doch ein Teil der Natur ist; es hat die Menschen an den Rand der Selbstvernichtung geführt*" – schien den Antragstellern vom Landesvorstand NRW in dieser lupenrein-ökologischen „Einseitigkeit" für die Linken in der Partei nicht tragbar. Durch einen kleinen Zusatz wurde das wieder zurechtgerückt, allerdings dem Satz auch jeder Sinn genommen. In der endgültigen, vom Parteitag gebilligten Formulierung heißt es jetzt: „*Das ausbeuterische Verhältnis der Menschen untereinander und zur Natur mußte sich auf die Dauer gegen den Menschen richten ...*".

Widersprüchlichkeiten zeigen sich auch beim Vergleich der einzelnen Abschnitte des Manifestes. Eine klare „Handschrift" ist nicht zu erkennen, Fortschrittliches steht neben Reaktionärem, konkrete Forderungen neben ins Religiöse gehenden Bekenntnissen. (Das ist übrigens keine Besonderheit des „Friedensmanifestes", sondern Charakteristikum vieler grüner Resolutionen und Spiegelbild des in dieser Partei zusammengefaßten Spektrums sehr verschiedener politischer Auffassungen.)

Im folgenden sollen die drei umstrittensten Punkte des Manifestes dargestellt und kommentiert werden: die Einschätzung der „Nachrüstung"; die Rolle der Sowjetunion; die Frage möglicher Alternativen zur herrschenden Rüstungspolitik. (Auf andere heikle Aussagen des Manifestes – Betonung der Blockfreiheit, Qualifizierung der BRD als völlig von den USA abhängiger Vasall, die Forderung nach einer außenpolitischen Vertretung der Friedensbewegung anstelle der „US-hörigen Bundesregierung" – wird dabei nicht eingegangen; vgl. hierzu den Artikel „Vor dem Parteitag der Grünen" in AK 209, dessen Kritikpunkte auch auf die teilweise modifizierte endgültige Fassung des Friedensmanifestes zutreffen.)

„Wem nützt die ‚Nach'rüstung?"

Dieser Abschnitt benennt klar die Absicht der USA, durch Aufstellung von Pershing-II und Cruise-Missiles in Mitteleuropa den „begrenzten" Atomkrieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten: „*Diese Nachrüstung ist Teil einer veränderten US-Globalstrategie. Mit ihr wird der Atomkrieg zunehmend führbar und begrenzbar gemacht*". Zur Rolle der Sowjetunion im Rüstungswettlauf heißt es: „*Die Grünen betrachten das Schreckgespenst einer östlichen Überlegenheit, ob es nun mit Bezug auf die militärische Gesamtsituation oder aber in Hinblick auf den Bereich sogenannter eurostrategischer Waffen an die Wand gemalt wird, als das Resultat der gezielten Verbreitung von Unwahrheiten, um die wahren Absichten der ‚Nach'rüstenden zu verschleiern. Die technologisch bedeutsamsten Erneuerungen im Militärbereich seit dem 2. Weltkrieg, bei denen die USA praktisch immer vorn waren, legen ebenfalls ein klares Zeugnis darüber ab, wer die stetig vorantreibende Macht im Rüstungskarussel war. Seit dem Amtsantritt von Reagan ist aus dem dauernden Vornewegtraben ein unzweifelhaftes Davongaloppieren geworden; von US-amerikanischer Seite wird die Intention des ‚Totrüstens' der SU nicht verheimlicht.*" Am Schluß dieses Abschnitts steht ein Bekenntnis zum Krefelder Appell; die „*Zustimmung* (zum Krefelder Appell; Anm. AK) *in der Bevölkerung von CSU-Mitgliedern über Gewerkschaften und Kirchen bis hin zur DKP*" wird hervorgehoben.

Die Sowjetunion: „Ausdehnung des eigenen Machtbereiches rund um den Globus"

In merkwürdigem Widerspruch zum Abschnitt über die „Nachrüstung" sieht das Friedensmanifest unter der Überschrift „Das Wettrüsten – ein Teufelskreis ohne Ende?" die Weltlage bestimmt vom **„Kampf der Supermächte"**. Zur Rolle der Sowjetunion heißt es da: „*Auch die Militärmacht Sowjetunion geht weit über das Maß hinaus, das zur Abschreckung eines potentiellen Gegners notwendig ist. Ihrer Struktur und ihrem Umfang nach ist sie ein Mittel der Eroberung. Das militärische Motiv der sowjetischen Eroberungspolitik ist die ‚Absicherung' des eigenen Machtbereiches durch seine Ausdehnung rund um den Globus; das ökonomische Motiv die Öffnung des Zugangs zu fremden Produktivkräften und Rohstoffen. Dieses Motiv muß sich um so dringender geltend machen, je mehr das Wirtschaftswachstum in der SU selbst abfällt, die Krisenerscheinungen selbst zunehmen, die Erschließung neuer Rohstoffquellen im eigenen Land an technische und finanzielle Grenzen stößt und die Produktivitätslücke gegenüber dem westlichen Kapital auseinanderklafft. Das ist in den letzten Jahren zunehmend der Fall.*

Die Sowjetunion hat in den letzten Jahren nicht nur schöne Friedensparolen in die Welt gesetzt, sie hat gleichzeitig eine weltweit operierende Kriegsflotte aufgebaut (darunter Flugzeugträger), neue Generationen von Panzern, strategischen Bombern (Backfire), Kampfflugzeuge etc. pp. in Dienst gestellt und in einem gigantischen ‚Nachrüstungsbeschluß' mit den USA auf dem Feld der strategischen Atomwaffen gleichgezogen. Die sowjetische SS-20-Atomrakete stellt nach Aussage des Internationalen Friedensforschungsinstitutes SIPRI durch ihre Reichweite (bis 5.000 km), ihre Zielgenauigkeit und ihre Beweglichkeit eine bemerkenswerte quantitative und qualitative Weiterentwicklung – und damit eine verstärkte Bedrohung Westeuropas dar. Sie liefert den Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen und fördert somit den Rüstungswettlauf".

Die gesamte Passage zur Sowjetunion ist wörtlich aus dem NRW-Entwurf übernommen worden. Sie könnte aber ohne weiteres auch aus dem Zentralorgan des KBW oder aus der „Pekinger Rundschau" abgeschrieben sein. Den Rest-Kadern der alten „ML"-Gruppen ist damit eine Ü b e r r u m p e l u n g der Grünen Partei gelungen. Denn vielen grünen Delegierten ist wahrscheinlich nicht einmal aufgefallen, daß in diesem Text die NATO-„Nachrüstung" ganz im Sinne offizieller Sprachregelung als „G e g e n m a ß n a h m e" gegen eine „verstärkte Bedrohung Westeuropas" durch die sowjetischen SS-20 beschönigt wird, und daß mit diesem Satz die Sowjetunion für die neue Runde des „Rüstungswettlaufs" verantwortlich gemacht wird. Den meisten grünen Delegierten, die ja mit den Feinheiten der chinesischen „Drei-Welten-Theorie" nicht vertraut sind, dürfte wohl auch entgangen sein, daß die von ihnen beschlossenen Aussagen über die „Motive der sowjetischen Eroberungspolitik" nichts anderes enthalten als die klassische Begründung für die These von der **„besonderen Gefährlichkeit" des „sowjetischen Sozialimperialismus"**. Laut dieser These ist die Sowjetunion **„der Hauptfeind der Menschheit"**, der durch ein breites Bündnis der **„Zweiten Welt" (d.h. der kapitalistischen Staaten Westeuropas) mit den „Blockfreien" der Dritten Welt zu** bekämpfen ist.



Hätte mir nie träumen lassen, daß ich noch mal den Taktstock schwingen kann und dabei noch Leute finde, die mitspielen ...

Die alten „ML"-Kader können sich die Hände reiben: Mit diesen Aussagen im „Friedensmanifest" isolieren sich die Grünen nicht bloß gegenüber den DKP-beeinflußten Teilen der Friedensbewegung, sondern auch gegenüber beträchtlichen anderen Teilen, die bei aller Kritik an der sowjetischen Politik nicht bereit sind, sich vor den Karren der „Einheitsfront gegen den sowjetischen Sozialimperialismus" spannen zu lassen. Dies gilt umso mehr, weil der beschlossene Text unrichtige Behauptungen (z.B.: Die SU habe bei den strategischen Atomwaffen ‚gleichgezogen') und absurde Vorwürfe enthält (z.B.: Die SU habe „neue Generationen" von Panzern eingeführt; anscheinend wird erwartet, daß die SU „unserem" hochmodernen Leopard II mit ihren alten Panzern aus dem 2. Weltkrieg gegenübertritt?).

Festlegung auf „soziale Verteidigung"

Der im Vorfeld des Parteitags u.a. vom Landesverband Baden-Württemberg und dem bisherigen Bundesvorstandsmitglied Erich Knapp vehement geforderten Orientierung auf Konzepte „alternativer Verteidigung" („Techno-Guerilla", Umstrukturierung der Bundeswehr) wurde von den Delegierten eine Absage erteilt. Sie beschlossen: „*Die Arbeitsformel der Grünen lautet: Abbau der militärischen Rüstung und Aufbau der Fähigkeit zur Sozialen Verteidigung*". Ausgehend von einer „*Abrüstung von Waffensystemen, die eindeutig zum Angriff bestimmt sind*" (...) „*müssen weitere Schritte einer Abrüstung gegen Null bis hin zur vollständigen Auflösung der Bundeswehr und aller Militärapparate unternommen werden*". Das Manifest fordert zwar eine „*öffentliche Diskussion über die Soziale Verteidigung auch im Verhältnis zu den verschiedenen militärischen Konzepten, die als Alternativen zur gegenwärtigen Aufrüstungspolitik innerhalb der Friedensbewegung genannt werden*". Es legt die Grünen aber eindeutig auf g e w a l t f r e i e n , n i c h t - m i l i t ä r i s c h e n Widerstand fest und lehnt jeden Einsatz der Bundeswehr strikt ab: „*Die Übergangszeit des Abbaus militärischer Potentiale und des Aufbaus der Sozialen Verteidigung*

Fortsetzung auf nächster Seite

Mitgliederzahl stagniert

Zum Parteitag der Grünen wurden die im Folgenden dokumentierten Angaben über die Mitgliederzahlen vorgelegt. Für die Partei insgesamt weist die Bilanz Stagnation bzw. leichten Rückgang auf – die Mitgliederzahl der Partei hatte schon Daten zwischen 16.000 und 17.000 erreicht gehabt. Besonders auffallend ist der Rückgang im Landesverband Hamburg, wo die Mitgliederzahl kurz nach der Gründung schon bei über 700 gelegen hatte.

Mitglieder- und Delegiertenzahlen nach Landesverbänden (Die Mitgliedszahlen entsprechen dem Stand vom 15. Mai 1981)

NRW	3.545	140
Ba-Wü	3.392	133
Bayern	2.565	123
Niedersachsen	2.088	110
Hessen	1.525	64
Rheinl.-Pfalz	743	35
Schleswig-Holst.	685	31
Hamburg	419	18
Bremen	151	10
Saarland	149	6
Westberlin	91	4
	15.352	674

Fortsetzung von voriger Seite

ist nicht frei von Risiken, vor allem dann, wenn es in dieser Phase zu einem militärischen Übergriff auf die Bundesrepublik kommen sollte und die Bevölkerung noch nicht hinreichen auf die Soziale Verteidigung vorbereitet ist. Die Bundeswehr kann und darf in einem solchen Falle nicht zum Einsatz kommen, da dies zur Vernichtungseskalation führen würde". Einen Antrag, diese Passage zu streichen (mitbeteiligt war daran u.a. ein Freund der aufgelösten „KPD"), wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Ebenso deutlich wurde ein Antrag von Wilfried Maier („Moderne Zeiten") verworfen, der – ähnlich wie der Hamburger Entwurf – die Fragen der „Alternativen zum Rüstungswettlauf" (Antragstitel) o f f e n l a s s e n wollte, da es darüber „auch unter den Grünen verschiedene Auffassungen" gebe.

Demo gegen Breschnew beschlossen

Eben noch in der Frage der Sozialen Verteidigung klar unterlegen, hatten die Vertreter der „Wachsamkeit gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus" (Kader der aufgelösten „KPD" und des KBW) mit einem Initiativantrag zur Durchführung einer Anti-Breschnew-Demo ihre große Stunde. Dieser Antrag verpflichtet die Grünen zur Organisierung einer Demonstration anläßlich des bevorstehenden Besuchs von Breschnew in Bonn (Für eine solche Demo wirbt derzeit auch die KPD/ML). Volle Publizität in den etablierten Medien ist der Aktion gewiß. Der Antrag für die Demo war von Mitgliedern des Kreisverbandes Dortmund gestellt worden, die ganz bewußt die – nach der Auflösung der „KPD" unterbrochene – Tradition solcher Umzüge wieder aufnehmen wollen. In einem Schreiben des Dortmunder Kreisverbandes an den Bundesvorstand, den BHA und die Mitglieder der Manifest-Kommission vom 21.9. wird deutlich, welche Motive hier bestehen: Die Dortmunder geben darin ihre Ablehnung des ursprünglichen Manifest-Entwurfs bekannt, an dem sie folgendes kritisieren: 1. „verfrühte" Festlegung auf Soziale Verteidigung statt militärischer „Alternativverteidigung"; 2. Unterschätzung der Blockfreien-Bewegung; 3. **Beschönigung der sowjetischen Politik.** *„Es ist nicht die sowjetische Außen-, sondern Eroberungspolitik, die genauso aggressiv wie die der USA ist und den Sowjets Stützpunkte z.B. in Afghanistan sichert. Außerdem plant die SU genau wie die USA, daß Europa Schauplatz eines atomaren Weltkriegs wird"* (Es folgen noch zwei weitere Kritikpunkte).

Der Beschluß der Breschnew-Demo zeigt, ebenso wie die Aussagen
Der Beschluß der Breschnew-Demo zeigt, ebenso wie die Aussagen
gegen die SU im Friedensmanifest, daß sich die „ML"-Vaterlandsverteidiger inzwischen o f f e n s i v in die Politik der Grünen Partei eingeschaltet haben. Abgesehen von dem Überrumpelungseffekt (Zeit zu einer gründlichen Diskussion stand nicht zur Verfügung) nutzen die alten „ML"-Kader damit wohl auch eine bei den Grünen breiter vorhandene Tendenz aus.

Vorstandswahlen

Der Neuwahl des Bundesvorstands waren in den letzten Wochen heftige Querelen vorausgegangen. Strittig war unter den bisherigen Vorständlern, ob alle geschlossen zurücktreten sollten (um sich ggf. einer Neuwahl zu stellen). Offen wurde der Vorwurf des Karrierismus erhoben; ein erbitterter Streit zwischen Erich Knapp auf der einen und Petra Kelly und Rolf Stolz auf der anderen Seite – vorher hatten alle drei zusammen mit Bettina Hoeltje zur linken „Viererbande" im Bundesvorstand gehört – veranlaßte Knapp, auf eine erneute Kandidatur zu verzichten. Das „Kollegialorgan" Bundesvorstand war in seinen letzten Tagen so gut wie arbeitsunfähig gewesen.

In Offenbach wurde der Vorstand insgesamt neu gewählt. Dem engeren/geschäftsführenden Vorstand gehören jetzt an:

- Dieter Burgmann (435 Stimmen);
- Manon Maren-Grisebach (Lippelt-Linie, 348);
- Petra Kelly (346).

Schriftführer ist der „undogmatische Sozialist" Ernst Hoplitschek (342), Schatzmeister Hermann Schultz (NRW, 428).

Dem erweiterten Vorstand gehören an:

- Roland Voigt (276);
- Ursula Schwarzenberger (AGIL, Göttingen, 267);
- Ulli Tost (BaWü, 246);
- Gustine Johannsen (Hamburg, 163);
- Peter Puppe (Bremen, 149);
- Klaus Timpe (NRW, 135).

Kommunalwahlen in Niedersachsen

Grün-Alternative gewinnen die Protestwähler

Herausragendes Ergebnis der Kommunal- und Kreistagswahlen sind die Erfolge der grünen und grün-alternativen Listen sowie die erdrutschartigen Verluste der SPD, v.a. in ihren städtischen Hochburgen.

Bei einer Wahlbeteiligung von niedrigen 76,2 % (1976: 91,4 %) bei den Kreistagswahlen verlor die SPD 6,6 % (= 36,9 %), die CDU gewann 2,2 % (= 50,2 %, die FDP 0,1 % (auf 6,4 %). In absoluten Zahlen: die CDU verlor 280 000, die FD0 80 000 und die SPD 700 000 Wähler. Die Verluste der SPD sind in den Städten besonders hoch, wo dieWahlbeteiligung noch unter dem Landesdurchschnitt lag und gleichzeitig Stimmen an grüne bzw. grün-alternative Liste abgegeben werden mußten, z.B. in Hannover, Wilhelmshaven, Braunschweig, Salzgitter und Oldenburg (hier auch an die DKP). Damit setzt sich der 1977 in Hessen bemerkbare Trend fort, daß die SPD ihre Hochburgen an CDU-FDP-Koalitionen verliert, und sie sich die Oppositionsrolle mit Grünen bzw. Alternativen ,,teilen'' muß um. Ausnahmen bilden hier v.a. Hannover und Salzgitter, wo SPD und CDU gleich stark sind und den Grünen die Rolle des ,Zünglein an der Waage' zufallen könnte (vgl. Artikel über Hannover).

Protestwelle in Niedersachsen

Nach dem 27. September wird es in den Rathäusern und Kreistagen ,,grüner'' und mancherorts ,,bunter''. Die GRÜNEN gelten nunmehr als ,,echte vierte Kraft'' (Albrecht), mit der landesweit zu rechnen ist. Grüne Parteilisten erhielten zu den Kreistagswahlen im Landesdurchschnitt 3,6 %, zu denen mit Einschränkungen 2,1 % für Wählergemeinschaften gezählt werden müssen, auf deren Listen Grüne teilweise mitkandidiert haben. In den Gemeinden ergibt sich eine Stimmenzahl von ca. 7 %, die sich von den Etablierten abgewendet haben; in manchen Landesteilen sind es sogar 15 % und mehr. Insgesamt ergibt sich eine Kräfteverschiebung nach links, die die niedersächsischen Kommunalpolitik nachhaltig verändert.

In den kreisfreien Städten erreichten grüne und grün-alternative Listen im Durchschnitt 6,8 %. Rechnet man die Städte Göttingen und Oldenburg hinzu, die ein oppositionelles Potential von 12,9 % bzw. 14,9 % aufweisen, so zählen die Proteststimmen über 8 %. Berücksichtigt man ein gewisses Stadt-Land-Gefälle im Flächenstaat Niedersachsen, so ist davon auszugehen, daß Die Grünen bei der bevorstehenden Landtagswahl gute Chancen haben, die 5 %-Hürde zu nehmen.

Bereits jetzt sind die Grünen mit ca. 200 Parlamentariern in den Kommunalparlamenten vertreten, davon sind 127 in Kreistagen und Räten kreisfreier Städte. Hinzu kommen ca. 1800 Ratssitze für Wählergemeinschaften, auf deren Listen z.T. Grüne mitkandidiert haben.

Eine exaktere Beurteilung ist nur im Detail möglich, da in der Presse die eher rechten, z.T. rein bürgerlichen Wählergemeinschaften den Grünen zugeschlagen werden (vgl. z.B. ,,FAZ'' vom 29.und 30.9.). (Die Nullnummer der ,,Modernen Zeiten'' veranlaßt diese unpräzise Rechnung der bürgerlichen Presse zu dem Triumpfruf: ,,1500 Grüne Parlamentarier in Niedersachsen!''. Demnach müßte fast jedes 2. Mitglied der Grünen frischgebackener Parlamentarier sein.

Rekordergebnisse

Im Kreis *Lüchow-Dannenberg*, rund um Gorleben, erreichte die *Unabhängige Wählergemeinschaft* (UWG) mit 18 % und 8 Abgeordneten das Rekordergebnis des Landes. Die CDU verbuchte einen 8 %igen Verlust als ,,großartiges Wahlergebnis'' — immerhin hat sie weiterhin die absolute Mehrheit. Herausragende UWG-Ergebnisse in den Gemeinden: Trebel: 42,8 %, Gorleben: 25 %, Küsten: 24,7 %, Jameln: 28,5 %, Höhbeck: 30,3 %. (Dies sind die hauptsächlich von der WAA betroffenen Gemeinden.) Stadt Lüchow: 19,6 % und Samtgemeinde Gartow: 25,6 %.

Am geplanten AKW-Standort *Lingen* erreichten die GRÜNEN 12 %; ein Wahlbündnis kam auf zusätzliche 4,1 %. Die Landkreise Ammerland und Friesland verzeichneten stolze 10,1 % bzw. 11,2 %. Allerdings: Diese Proteststimmen teilen sich im Ammerland in: Grüne Wählerinitiative 6,2 % und Ammerländer Freie Wählergemeinschaft 3,9 %. In Friesland verteilen sich die Stimmen gar auf 4 Listen: Wählergemeinschaft Die Grünen Friesländer 4,5 %, Unabhängige Wählergemeinschaft 4,8 %, Freie Soziale Gemeinschaft Schortens 0,5 % und Freie Soziale Wählergemeinschaft Zetel 1,3 %. Hier verbinden sich also Stimmen für die traditionellen Wählergemeinschaften mit Stimmen aus dem eher linken Protestpotential, die nicht einheitlich über den grünen Listen geschlagen werden können.

Grüne und Grün-Alternative Listen

Während zu den Kreistagswahlen die Grünen mit z.T. ,,offenen'' Parteilisten angetreten sind, stellten sich in einigen Städten grün-alternative Listen zur Wahl, die über die Grüne Partei hinausgehend mit dem linken Spektrum in den Städten verbunden sind. In der Regel weichen die Ergebnisse zwischen Kreistags- und Stadtratswahlen kaum voneinander ab, und wenn doch, dann zugunsten der grün-alternativen Listen.

Diese Übereinstimmung dokumentiert, daß Stimmen für Grüne Parteilisten bzw. grün-alternative Listen in erster Linie P r o t e s t s t i m m e n sind, die nicht unmittelbar als Zustimmung für die konkret vertretene Politik gewertet werden können. Dort, wo Grüne Listen kandidiert haben, konnten sie das Potential der örtlichen Linken und Initiativen für sich gewinnen; und umgekehrt gilt auch: die ,,Öffnung'' gegenüber Basisinitiativen und der Linken hat sich stimmenmäßig nicht meßbar niedergeschlagen; sie hat aber bewiesen, daß die These rechter Grüner, durch eine ,,Öffnung'' verlören die Grünen nichtlinke Wähler, in sich haltlos ist. Die Diffamierung dieser Listen als ,,kommunistisch unterwandert'' zeigt im Protestpotential offenbar kaum Wirkung. Im Gegenteil: Hinsichtlich ihrer Wahlkampfaktivitäten, ihrer ,,Basisverankerung'' und der Breite des in ihnen vertretenen politischen Spektrums dürften die grünalternativen Listen im Vergleich zu Grünen Parteilisten durchaus besser abschneiden.

Einzelergebnisse

In *Verden* erreichte die *Alternative Wählergemeinschaft* 6,6 %. Ein Grüner und eine DKP-Frau sind im Stadtrat. Die *Alternativen Stade* schafften ebenfalls 6,6 % und damit 3 Sitze, die vom eher reformerischen Flügel der AS eingenommen werden. Die DKP, die anfangs in der AS mitarbeitete und wegen Differenzen in der Friedensfrage (SS 20) ausstieg, kam auf 0,5 %.
ge (SS 20) ausstieg, kam auf 0,5 %.

Die Alternative Buxtehude errang 8,1 % und 3 Sitze. U.a. ist die bei den Grünen als ,,linksradikal'' verschriene Grete Tomas gewählt worden. Glückwunsch! In *Bremervörde* mußte sich eine *Unabhängige Liste* gegen eine konservative Wählergemeinschaft behaupten und erhielt immerhin 4,1 %. Sie ist eindeutig links-sozialdemokratisch orientiert. Es kandidierten die örtliche GEW-Vorsitzende, ein Ex-SPDler und ein Ex-Juso, der auch gewählt wurde. Für die *Alternative Grüne Liste* (AGL) in *Celle* zog ein fortschrittlicher Vertreter in den Kreistag ein. In der AGL arbeiten Grüne und Bürgerinitiativler zusammen und erreichten 2,85 %. In der Stadt Celle fehlten Kandidaten für eine grüne bzw. alternative Kandidatur.

In *Hildesheim* kam die dortige GABL auf 5,3 % und 3 Sitze, wovon 2 auf Redakteure der angesehenen Alternativzeitung ,,HiZ'' entfallen. Die *Winsener Wählergemeinschaft für Frieden, Umweltschutz und mehr soziale Gerechtigkeit* erzielte fast 4 % und einen Sitz. In ihr arbeiten Grüne und BI-Mitglieder zusammen. Im Kreis verbuchten die Grünen 6,8 %.

In *Hameln* rutschte die *WGA*, die 1977 an der Wiege der alternativen Wahlbewegung stand, von 2,3 % auf 0,9 %. Die Grünen kamen auf 4,5 %. Auch im Landkreis *Aurich* und in *Emden* schnitten ,,reine'' alternative Listen mit 0,9 % bzw. 0,5 % gegen ,,reine'' Grüne Parteilisten mit 4,9 % bzw. 6,3 % sehr mäßig ab. Am erfreulichsten hingegen die Ergebnisse der *GABL* (Grün-Alternative-Bürgerliste) *Hannover* mit 6,3 % und der *AGIL* (Alternative-Grüne-Initiativenliste) in *Göttingen* mit 6,4 % (s.u.).

Ähnlich fallen die Ergebnisse ,,offener'' Grüner Listen aus. In *Salzgitter* und *Wolfsburg*, den Arbeiterstädten Niedersachsens, kamen die Grünen auf 4,2 % bzw. 4,9 %. Da in Salzgitter zwischen SPD und CDU eine Pattsituation besteht, kommt hier den Grünen die Rolle des ,Züngleins an der Waage' zu. In *Braunschweig* sind die Grünen mit 4 Ratsherren (6,4 %) vertreten, darunter einem nichtgrünen Linken.

Unter Einschluß unabhängiger Kandidaten und mit einem z.T. von linken Basisinitiativen verfaßten Programm erhielten die Grünen in *Lüneburg* auf Stadtebene 8,2 % (vier Kandidaten) und auf Kreisebene 6,7 % (drei Kandidaten).

Die wichtigsten linken Initiativen gaben eine ausgesprochen kritische
Die wichtigsten linken Initiativen gaben eine ausgesprochen kritische
Wahlempfehlung für die Grünen ab. Die 4 neuen Ratsvertreter lehnten während der vergangenen Auseinandersetzungen den rigiden Abgrenzungskurs einiger Vorstandsgrößen ab; ihre Wahl könnte sich positiv auf die weitere Entwicklung des grünen Kreisverbandes auswirken. Dem Eingreifen der Linken ist es immerhin zu verdanken, daß auch eine unabhängige Vertreterin aus der Frauenbewegung in den Rat kam. Die DKP hingegen sackte von 0,6 auf 0,5 %.

Die Machtübernahme der CDU in Lüneburg ist allein auf das Umkippen der FDP (innerhalb von 12 Stunden nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses!) zurückzuführen. Begründet wurde dies mit der Furcht vor ,,Berliner Verhältnissen'' — mit den Stimmen der Grünen hätte der SPD-Oberbürgermeister andernfalls gehalten werden können.

Schiffbruch für Gruhl

Die ,Grüne Föderation' des Dr. Gruhl hat es vorgezogen, bei den Wahlen nur indirekt in Erscheinung zu treten, und zwar vornehmlich in Cuxhaven und Uelzen. Trotz massiver Schützenhilfe durch Gruhl und den unvermeidlichen B. Springmann konnte in *Cuxhaven* die ,,Bürgerfraktion'' eines Ex-CDU und eines Ex-SPD-Abgeordneten die Grünen nicht ernsthaft gefährden. In der Stadt Cuxhaven erreichen die Grünen 6,8 %, im Kreis 5,2 gegenüber 1,5 bzw. 2,5 % für die ,,BF''. Die ,,BF'' war im Wahlkampf mit der üblichen Hetze gegen die Grünen als ,,autoritär geführte Kadertruppe'' und der Forderung nach ,,stärkerer Polizeipräsenz während der Nachtzeit im Landkreis'' hervorgetreten.

Etwas besser erging es der ,,Wählergemeinschaft Lebensschutz'' in *Uelzen*, die im Kreis 2,5 % gegen 3,0 % der Grünen erreichte und in der Stadt mit 4,5 % zu 2,6 % die Grünen sogar schlagen konnte.

Schöttler, die für den Kreistag kandidierte, kam nicht rein!

Fortsetzung auf nächster Seite

Göttingen:

Keine Angst vor radikalen Linken

Nach Oldenburg (14,9%) weist Göttingen mit 12,9% das größte städtische oppositionelle Wählerpotential auf. Davon entfallen auf die AGIL 6,4%, auf die GLG (Grüne Liste Göttingen) 4,4% und die DKP 2,1%. Das ergibt ein Sitzverhältnis von 3:2:1 im Rat.

Nicht nur für den Grünen Landesvorstand war die Göttinger Wahl ein Testfall. Gegen die Mehrheit des Grünen Kreisverbandes, die in der AGIL mitarbeitet, betrieb die rechte Minderheit mit der GLG eine "rein"-grüne Konkurrenzkandidatur. Mit dieser Gründung haben die rechten Grünen die Konsequenz aus ihrer Niederlage in der Grünen Partei gezogen, in der sie über Monate hinweg mit wechselnden Argumenten den Aufbau der Bündnisliste AGIL (Einzelmitgliedschaften, imperatives Mandat, Ablehnung von UVB's) bekämpft haben. Der KV der Grünen wurde dadurch faktisch gespalten. Der Logik ihrer Konkurrenzkandidatur entsprechend, versuchten sich die GLG'ler als die wirklichen, unverfälschten Grünen zu profilieren, die gegenüber der "kommunistisch dominierten" AGIL die Prinzipien der Ökologie und Gewaltfreiheit hochhalten würden. Es versteht sich, daß die Lokalpresse die grüne Minderheit als d i e Grünen vermarktete, die sie den Alternativen von der AGIL gegenüberstellte. Logisch war auch, daß die CDU die Stichworte der GLG begierig aufgriff.

Nun, die AGIL hat dieses Kräftemessen mit Glanz bestanden: Die Wähler haben vor dem Gespenst des Kommunismus offenbar weniger Angst als vor den Strategen der GLG. Vor der Wahl wähnten diese sich in der Rolle ihres großen Vorbildes, der Bremer Grünen Liste und prognostizierten der AGIL großzügig einen Sitz.

Ebenfalls vor der Wahl erklärte die GLG, daß sie weder Koalitionen noch Fraktionsgemeinschaften eingehen werde. Auch für die AGIL ist eine fraktionelle Verbindung mit der GLG vorerst nicht aktuell, da ihre 3 Abgeordneten allein in allen wichtigen Ausschüssen vertreten sind, auch im entscheidenden Verwaltungsausschuß. Mit dieser vor allem pragmatisch motivierten Entscheidung ist der AGIL möglicherweise eine ernstere Zerreißprobe erspart geblieben.

Sehnlichster Wunsch der 'modernen Sozialisten' um die Gruppe Z ist eine schnellstmögliche 'Wiedervereinigung' mit der GLG, die als privilegierter Bündnispartner angesehen wird. Demgegenüber wurde u.a. seitens des KB in der AGIL betont, daß eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit der GLG und DKP im und außerhalb des Rates angestrebt werden sollte, da mit der DKP z.B. in puncto Sparpolitik vermutlich eher Übereinstimmungen zu finden sind als mit der GLG, die auch von der Gruppe Z als "sozial unterbelichtet" angesehen wird (man könnte auch sagen, daß sie mit der Bremer Linie liebäugelt).

Überhaupt scheint die Gruppe Z über den Wahlerfolg der AGIL nicht so recht froh zu werden. Für sie ist der *"grüne Mehrheitsflügel der einzige Wahlverlierer"*, weil *"die (?) Grünen bloß durch ihren 'rechten' Minderheitsflügel parlamentarisch vertreten sind"* ("Moderne Zeiten", S.60). Wie das? Wird der grüne Mehrheitsflügel nicht durch die Ratsfrau und die beiden Ratsherren der AGIL (mit)repräsentiert? Offensichtlich nicht, denn der böse KB hat bereits bei der Kandidatennominierung *"alle (!) grünen Bewerber für aussichtsreiche Listenplätze ... niedergestimmt"* (ebda.). Wieviele Bewerber waren das, bitteschön? War es bei der endgültigen Nominierung am 1.7. nicht vielleicht so, daß für den 1.Listenplatz in den drei aussichtsreichsten Bezirken überhaupt kein grüner Bewerber vorhanden war, den der majorisierungswütige KB hätte niederstimmen können?!

Hat nicht sogar der Genosse der Gruppe Z J.T., in einer Abstimmung um den 2.Listenplatz im aussichtsreichsten Bezirk knapp gegen eine Genossin des KB gewonnen und gehofft, nach 2 1/2 Jahren in den Rat zu kommen? Pech für ihn,daß der souveräne Wähler ihm diesen 2.Platz wieder genommen hat, weil die Genossin des KB mehr Stimmen bekommen hat als er. Da mag sich die Gruppe Z beim Wähler beschweren, aber nicht beim KB, gell? Der Wahrheit die Ehre gibt die "Göttinger Stadtzeitung":

"Gerade die Kandidatinnen und Kandidaten, die als kommunistische Unterwanderungsstrategen diffamiert worden sind (insbesondere die KB-Orientierten) schnitten im Verhältnis zu ihren jeweiligen Listenplätzen überdurchschnittlich gut ab. Das wird sich v.a. in der zweiten Hälfte der Ratsperiode auswirken, wenn (gemäß dem AGILen Rotationsprinzip) die drei Spitzenkandidaten ihr Mandat abgeben und die Kandidaten mit den nächsthöheren Stimmenzahlen in den Rat nachrücken."

Ist nicht die Persönlichkeitswahl demokratischer als die reine Listenwahl? Übrigens ein Geschenk der CDU 1976 an die FDP, nicht an den KB.

KB/Gruppe Göttingen

Nach der Kommunalwahl:

Aufregung im hannoverschen Rathaus

Ein ungewohnt buntes Bild bot das hannoversche Rathaus am Abend des 27.9.. Zwischen die frustrierten Honoratioren der Stadt, die mit langen Gesichtern das Ergebnis der Kommunalwahl aufnahmen, stürmten an die 100 Leute der Grünen Alternativen Bürgerliste, um ihr unerwartet gutes Abschneiden auch in diesen heiligen Hallen zu feiern.

Als jedes neue Zwischenergebnis der GABL mit Liedern und aktuellen Parolen aufgenommen wurde, als beim Surren der Fernsehkameras aus reiner Gewohnheit einige Halstücher über die Nase gezogen wurden und in einer Ecke des Hohen Hauses gar die Internationale zu vernehmen war, fühlten sich einige Beschlipste bemüßigt, daran zu erinnern, *"daß wir hier nicht in Berlin sind"*, und grämten sich in Erwartung zukünftiger Ratssitzungen mit Beteiligung "dieser Chaoten".

Ca. 20.000 Wähler gaben aufgrund des neuen Wahlsystems mit drei Stimmen ausgestattet, über 50.500 Stimmen für die GABL ab und schickten damit vier ihrer Kandidat/inn/en in den Stadtrat.

Das Ergebnis im einzelnen:

SPD 43,2% (minus 8,4%) 28 Sitze
CDU 42,5% (plus 2,6%) 28 Sitze
FDP 6,4% (minus 1,3%) 4 Sitze
GABL 6,3% 4 Sitze
DKP 1,3% (plus 0,5%) 1 Sitz

Aufgrund der um 18% gesunkenen Wahlbeteiligung ist die GABL neben der DKP die einzige Liste, die Stimmen gewonnen hat, ein fürwahr deutliches Votum gegen die etablierten Varianten der Kommunalpolitik. Bei der Analyse der GABL-Ergebnisse fällt die ziemliche Gleichmäßigkeit auf. In keinem der 20 Wahlkreise schnitt sie mit weniger als 3,9% ab, und das, obwohl in etlichen (v.a. Außen-)Bezirken fast oder gar kein Wahlkampf gelaufen ist. Diese Wähler waren zum größten Teil zum Kennenlernen der noch jungen und unbekannten GABL auf die schmale Kost der (für die GABL allerdings überraschend positiven) Wahlkampfberichterstattung der Tagespresse angewiesen. Hier wird der relativ hohe Sockel an Wählern sichtbar, die ohne genaue Kenntnis von Programm und Kandidaten aus Protest gegen die bisherige Politik die grüne und alternative Idee gewählt haben.

In Bereichen mit überdurchschnittlich hohen Ergebnissen (maximal 11,7% in einem Wahlkreis) kommen in verstärktem Maße Wähler hinzu, die von der neuen Möglichkeit, bestimmte Kandidaten auf der Liste anzukreuzen, Gebrauch machten, und nicht, wie bei den anderen Parteien üblich, fast nur die Spitzenkandidaten wählten.

In einem Wahlkreis hat das sogar dazu geführt, daß der Spitzenkandidat nicht nur vom Fünftplazierten, sondern auch noch von der Drittplazierten geschlagen wurde (aus diesem Grunde muß der hannoversche Z-Chef seine moderne Realpolitik weiterhin außerhalb des Rathauses betreiben).

"Der Sieger steht im Licht..."

Nach diesem Wahlergebnis setzte, verglichen mit dem bisherigen Zuspruch, ein wahrer Ansturm auf die GABL ein: Einerseits kommen viele neue Mitglieder, andererseits interessieren sich z.B. gewerkschaftliche Betriebsgruppen, Leute aus dem Jugendbereich, etc., die an die GABL zwecks Zusammenarbeit herantreten. Diese Anziehungskraft fehlte der GABL bisher weitgehend.

Nach einer eifrigen, aber wenig attraktiven Aufbauphase (s.AK 205) folgte ein ebenfalls eifriger, aber unter dem Strich doch bieder zu nennender Wahlkampf. Das reichte aus, die Leute zum Wählen zu motivieren, aber noch nicht zur Mit- oder Zusammenarbeit. Interesse ist jetzt sogar bei Teilen der unorganisierten linksradikalen und autonomen Szene zu beobachten, die in ihrer Mehrheit auch diesmal für die Stärke der hiesigen Wahlboykottfraktion gesorgt hat.

In diesen Kreisen ist nicht unbemerkt geblieben, daß die GABL nach dem Tod von Klaus Jürgen Rattay nicht auf bürgerliche Stimmen schielend den Schwanz einkniff. Eine für denselben Abend angesetzte Veranstaltung mit dem Thema "SPD am Scheideweg" wurde (wenn auch erst nach längerer Diskussion gegen einige rechte Grüne und die Gruppe Z) abgebrochen, um auf Vorschlag der Autonomen zur "Neuen Heimat" zu demonstrieren. Für GABL-Verhältnisse sehr prompt war ein Flugblatt zu den westberliner Vorfällen und den Bullenprovokationen auf der hannoverschen Demonstration da. Und auch nach der Klirrdemonstration am folgenden Abend konnten die Distanzierer innerhalb der GABL im Zaum gehalten werden.

GABL am Scheideweg

Ein Blick auf die neue Sitzverteilung im Stadtrat zeigt, daß Chancen und Gefahren für die GABL nahe beieinander liegen. Eine Mehrheitskoalition ist, außer einer nicht sehr wahrscheinlichen Großen, nicht möglich; dafür gibt es diverse Möglichkeiten, mit relativer Mehrheit einen Minderheits-OB zu wählen, sowohl für die CDU als auch für die SPD.

Entsprechend bedeckt halten sich die großen Parteien. Zunächst war ihnen das Ergebnis *"unbegreiflich"* (SPD), *"unerträglich"* (CDU), bzw. fand es *"wenig Verständnis"* (FDP). Nachdem die anfängliche Konsterniertheit gewichen war, begannen die üblichen Mauscheleien, begleitet von der FDP mit der Aussage, daß eine Zusammenarbeit *"mit Kommunisten vom Schlage der GABL"* nicht infrage käme und dem Eingeständnis der SPD, 50.000 GABL-Stimmen könnten nicht einfach ignoriert werden. Einig sind sich alle alten Rathausparteien darüber, daß mit der DKP nicht zusammengearbeitet werden soll.

Solch eine Situation ruft natürlich alle "Realpolitiker", die die historische Chance wittern, in die "große Politik" einsteigen zu können, auf den Plan. Dabei sind allerdings einige Prinzipien der GABL lästig. Schon im Wahlkampf äußerte ein Obergrüner die Bereitschaft, die Fundamentalopposition der GABL zu verkaufen, wenn auch nicht für ein Butterbrot.

Und bereits am Abend nach dem Wahltag (!) legte der Z-Chef, sichtlich geschmeichelt von der SPD-Ankündigung, auch mit der GABL sprechen zu wollen, einen Katalog von schludrig und lückenhaft zusammengestellten Essentials vor, auf denen, im Falle einer Einigung mit der SPD, der bisherige OB Schmalstieg mit den Stimmen der GABL wiedergewählt werden sollte. Dritte im Bunde sollte dann die FDP sein, wie wenig später von ihm in der "Stadtpost" zu lesen war. Das ging dann doch selbst den rechten Grünen zu schnell und wurde nicht weiter befaßt.

Im Allgemeinen sind die Versuche grün-alternativer Listen, sich auf einen Handel mit der SPD einzulassen, gescheitert. Mit trauriger Deutlichkeit kann im AK 190 nachgelesen werden, wie die Bielefelder Bunte Liste verarscht wurde (übrigens wird z.Zt. in der GABL von einigen versucht, dieses Modell als "unterm Strich positiv" zu verkaufen!).

Nicht andernorts gemachte Erfahrungen waren es aber, die solcherlei Tagträumer aus ihrem siebenten Himmel wieder herabholten, auch nicht die nüchterne Analyse der Rahmenbedingungen heutiger Kommunalpolitik, sondern schnöde Realpolitik selbst:

Einen Tag vor dem ersten Gespräch zwischen SPD und GABL wurde ein von der SPD-dominierten Stadtverwaltung beschlossener Plan bekannt, der an Dreistigkeit nicht zu überbieten ist. Etliche Millionen DM sollen in praktisch allen sozialen Bereichen gestrichen werden, was viele Projekte, z.B. der Jugend-, Alten-, Ausländer-, Behindertenarbeit in ihrer Existenz bedroht. Es sollen drei Jugendzentren und ein Bad geschlossen werden, Kitas privatisiert und dazu erneut die Strom-, Wasser-, Gas- und Nahverkehrstarife erhöht werden. In einem Wettbewerb für den gelungensten Wählerbetrug hätte die hannoversche SPD beste Aussichten auf einen der vordersten Plätze. Inzwischen wächst der Protest dagegen: Über 300 Benutzer der bedrohten Jugendzentren verlagerten einen Nachmittag lang ihre Aktivitäten ins Rathaus. Beim Anblick der musizierenden, tischtennisspielenden oder fahrradreparierenden Massen fuhr der Schreck gewaltig in die Glieder der Stadtverwaltung.

Nachdem sie angezeigt hatte, wo's langgeht, änderte sich auch die Diskussion in der GABL. Eine Abstimmung in der GABL-VV darüber, weitere Gespräche mit der SPD von einer Zurücknahme dieser Sparbeschlüsse abhängig zu machen, wurde in letzter Sekunde durch Geschäftsordnungstricks verhindert. Auf einem inzwischen stattgefundenen weiteren Gespräch wurde von der SPD eine deutliche Ablehnung der Kahlschlagpläne verlangt: Fehlanzeige. Weder zu einer ganz allgemeinen noch zu einer persönlichen Äußerung war man bereit. Wie so zu einem akzeptablen Handel gekommen werden soll, ist mehr als schleierhaft.

Desweiteren beschloß die GABL, die längst überfälligen Gespräche mit der DKP zu beginnen. Auch in Hannover hat die DKP den bisher weitverbreiteten Trend gekippt, in Konkurrenz zu grün/alternativen Listen Stimmen zu verlieren. Hier konnte sie sogar noch ein Fünftel zulegen. Vor der Wahl ist die DKP von der GABL weitgehend links liegengelassen worden; auch die Benachteiligung der DKP in der Wahlkampfberichterstattung der Tagespresse führte zu keiner öffentlichen Reaktion der GABL.

Im inzwischen geführten Gespräch sind auf kommunalpolitischem Gebiet viele Gemeinsamkeiten konstatiert worden, auf deren Grundlage gemeinsame außerparlamentarische Aktionen und konkrete parlamentarische Zusammenarbeit anvisiert werden. So soll gemeinsam versucht werden, eine breite Protestbewegung gegen die Sparbeschlüsse zu organisieren bzw. zu unterstützen. Auf solchem Gebiet gilt es jetzt die Stärke, die das Wahlergebnis signalisiert, in politische Kraft umzusetzen; eine Möglichkeit, die angesichts der starken Zersplitterung der hannoverschen Linken und Basisbewegung doppelt wichtig ist. Wer dagegen die Stärke der GABL vorrangig in ihren vier Rathaussitzen erblicken will, der läuft Gefahr, diese Chance für Hannover zu vertun.

Welchen Weg die GABL gehen wird, ist durchaus noch offen. Die oben genannte Wende in der Diskussion bedeutet nicht, daß die in weiten Teilen der GABL verbreiteten Sympathien für eine parlamentsfixierte und sehr kompromißbereite Politik bereits beerdigt wären. Die nächste Versuchung kommt bestimmt.

KB/Gruppe Hannover

Ein dunkles Kapitel der GABL

Neonazi als Kandidat abgesetzt

In Bereichen mit überdurchschnittlich hohen Ergebnissen (maximal 11,7% in einem Wahlkreis) kommen in verstärktem Maße Wähler hinzu, die von der neuen Möglichkeit, bestimmte Kandidaten auf der Liste anzukreuzen, Gebrauch machten,

zu den westberliner Vorfällen und den Bullenprovokationen auf der hannoverschen Demonstration da. Und auch nach der Klirrdemonstration am folgenden Abend konnten die Distanzierer innerhalb der GABL im Zaum gehalten werden.

Fortsetzung von voriger Seite

Ihr Wahlkampf gegen die „wesensfremden Elemente" bei den Grünen lief an, nachdem beim Wahlleiter vergeblich mit dem Ziel interveniert wurde, die Grünen gar nicht erst zur Wahl antreten zu lassen. Neben Springmann traten noch Gruhl und Dinné bei Veranstaltungen auf. Letzterer berichtete von „*sinnlosen Ausgaben ... zum Beispiel für zwei Jugendzentren in Bremen*" und schlußfolgerte: „*Hoher Lebensstandard läßt uns geistig verkrüppeln*" („AZ", 12.9.).

In *Hildesheim* blieb die kurz vor Toresschluß von einer grünen Minderheit aufgezogene „Wählergemeinschaft Umwelt- und Lebensschutz" mit 0,9 % gegen über 5,3 % für die GABL deutlich im Hintertreffen, obwohl unser alter Bekannter Georg Otto die WUL wärmstens unterstützt hat.

Wehmütig mögen Gruhl & Co. an den 12,7 % Erfolg der „Bürgerfraktion" in Wilhelmshaven denken, wo die Grünen, durch viele Doppelmitgliedschaften mit der „BF" verbunden, auf eine eigene Liste verzichtet haben. Als Bilanz bleibt festzuhalten, daß die Konkurrenzkandidatur gegen die Grünen die Gruhl-Richtung als Sekte desavouiert hat. Ob damit den in Niedersachsen versprengten Gruhl-Anhängern Auftrieb für die geplante bundesweite Parteigründung am 10. Oktober gegeben wurde, dürften nicht nur wir bezweifeln.

DKP: „Getrennt marschieren – vereint schlagen"?

Erstmals seit dem Auftreten grüner und alternativer Listen konnte die DKP landesweit ihren Negativtrend stoppen. Sie steigerte sich von nicht gerade berauschenden O,3 % auf O,4 % und ist nun mit 20 bzw. 21 Abgeordneten gegenüber 4 von 1976 in den Kommunalparlamenten vertreten. Erfolgreich konnte die DKP ihr Mandat in Göttingen (2,1 %) verteidigen. In Emden (1,2 %) und Hannover (1,3 %) ist sie erstmals mit einem Abgeordneten vertreten.

Ebenso in Nordenham, Rotenburg (Wümme), Westoverledingen, Wremen und in Lunestedt, wo ein Vertreter der DKP über eine fortschrittliche Wählergemeinschaft gewählt wurde.

Bemerkenswert ist auch die Wahl einer DKP-Frau in Verden, die für die dortige AL auf einem ersten Listenplatz (als Einzelperson) kandidierte. Dieser Mandatsgewinn wird in der „UZ" nicht (versehentlich?) erwähnt. Zusätzlich ist die DKP in den Kreistagen von Göttingen und der Grafschaft Bentheim sowie in zwei Bezirksräten von Hannover und einem Göttinger Ortsrat vertreten.

Herausragend ist ihr Abschneiden in Nordhorn und Oldenburg, wo sie bereits im Rat saß. In Nordhorn erzielte die DKP 6,2 % (3,9 %) und 3 Sitze. In Oldenburg Aufsehen erregende 7,9 % und vier Sitze. Bei SPD-Verlusten von 13 % und 7 % für die Grünen ergibt dies ein oppositionelles Potential von fast 15 % (das größte in einer nds. Stadt).

Dieses Ergebnis dürfte nicht nur auf die (vielerorts) rührige Kommunalarbeit der DKP zurückzuführen sein. Bereits im alten Oldenburger Rat hatte die DKP mit dem Ex-SPD-Ratsherrn Schachtschneider eine Fraktion gebildet, die sich auch in außerparlamentarischen Aktionen (Hausbesetzungen) profilieren konnte. Mit dieser Öffnung ihrer Parteiliste für ehemalige SPDler und bei gleichzeitigem Fehlen einer linken bzw. alternativen Liste ist der DKP erstmals ein Einbruch in das Lager gelungen, das sich von der SPD abwendet. Ein Vergleich mit dem Göttinger Ergebnis zeigt, daß diese ‚geöffnete' DKP-Liste ziemlich vollständig das Potential an sich binden konnte, das in Göttingen von der AGIL repräsentiert wird. Insgesamt profitierte die DKP von dem landesweiten Sog zu grün-alternativen Listen, in deren Windschatten sie auch kleinere Erfolge verbuchen konnte. Insofern hat sich für die DKP die Ablehnung einer Mitarbeit in grün-alternativen Listen in ihren ‚Stützpunkten' bei Verzicht auf ihre platte Polemik vergangener Jahre ausgezahlt. Ergänzt wird diese Taktik durch eine gewisse Gesprächsbereitschaft gegenüber den Alternativen und Grünen, die der Partei den Geruch des selbstgefälligen Sektierertums nehmen soll. Für die Zukunft dürfte eine Fortsetzung dieser Taktik zu erwarten sein, von der die DKP sich zumindest eine Achtungserfolge in einer erfolglosen Zeit versprechen kann.

KB/Gruppe Göttingen

Ein dunkles Kapitel der GABL

Neonazi als Kandidat abgesetzt

Ausgerechnet zu Beginn des Wahlkampfs geriet die GABL in ihre bisher härteste Zerreißprobe. Anlaß war ihr Mitglied und Kandidat Udo W. Reinhardt. Mitte August wurde bekannt, daß er Mitglied der nationalrevolutionären (nr) Gruppe „Sache des Volkes/Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation" (NRAO) ist.

Nach siebenjähriger Mitgliedschaft in der NPD war er seit 1973 für die NR aktiv, schrieb Artikel, unterzeichnete Flugblätter, vertrat sie auf Veranstaltungen.

Die NRAO entstand 1974 aus der 1972 hauptsächlich von ex-NPDlern gegründeten Aktion Neue Rechte, die im „Freiheitlichen Rat" des Dr. Frey und in der „Aktion Widerstand" („Brandt an die Wand") arbeitete. Die Verbindungen in große Teile der neofaschistischen Szene haben die NR bis heute nicht abreißen lassen. Enge Kontakte gibt es zum Bund Deutscher Solidaristen, zur Unabhängigen Arbeiterpartei, zur NPD, zu Zeitungen wie „Nation Europa" und „Mut" und über die „Göttinger Runde" indirekt zu militanten Nazi-Banden.

Im Programm der NRAO von 1977 (für das U.R. presserechtlich verantwortlich ist!) wird eine großdeutsche Republik einschließlich Österreich und Südtirol angestrebt, die Wiedereinführung eines eugenischen Beratungssystems gefordert und die Erhaltung der biologischen Substanz des Volkes als Ziel nationalrevolutionärer Politik genannt.

Daß diese kleine Auswahl aus dem Programm nicht überholt ist, zeigt ein Blick in die NRAO-Zeitung „Neue Zeit". Dort wird nicht nur in übelster Manier gegen Grüne („Partei für den Kindermord") und Alternative („Schwachsinn") geküblet, da wird auch gegen Ausländer gehetzt, wie man es von der „BI Ausländerstop" der NPD kennt. Pazifismus ist für die „Neue Zeit" „pervers" und „irrationales Geschwätz", wer von ehemaligen deutschen Ostgebieten spricht, ist „Halbdeutscher". Keinen Zweifel an ihrer Nazigesinnung läßt sie aufkommen, indem sie zustimmend einen „Historiker" referiert, der Auschwitz als „*aus Angst geborene Reaktion auf die Vernichtungsvorgänge der russischen Revolution*" erklärt, weshalb die Judenvernichtung auch nur eine „sogenannte" war.

Das gefährliche an der NRAO ist, daß sie ihre braune Ideologie in pseudolinke oder ökologische Phrasen verpackt. Das ließ auch die Diskussion über U.R. in der GABL zu einem Trauerspiel werden. Es begann damit, daß diejenigen, die über ihn genau Bescheid wußten, beim Aufkommen der ersten Gerüchte seine politische Tätigkeit total verharmlosten und z.B. seine Mitgliedschaft in der NRAO verheimlichten. Ausgerechnet die waren es, die am lautesten schrien, als mit einem ersten Papier über U.R. die Diskussion eröffnet wurde. „Kalter Putsch", „KB-Machenschaften", „Spaltung der GABL", „Gesinnungsschnüffelei" u.ä. waren die ersten Reaktionen auf die Entlarvung U.R's.Nur gegen erhebliche Widerstände konnte eine Diskussion in Gang gebracht werden.

Dabei verfehlte das linke Mäntelchen der NR nicht seine Wirkung. Daß U.R. in seiner „Antwort eines Antifaschisten" (!) lokker antiimperialistisches Vokabular und auch Engels-Zitate verwendet, beeindruckte etliche, einige so, daß sie ihm abnahmen, in der Formulierung von der „*freiwilligen Mutterschaft als Grundlage nationalrevolutionärer Bevölkerungspolitik*" sei der Kampf gegen den § 218 versteckt, und sie bedankten sich bei ihm noch für die wertvolle Anregung, auch in linken Kreisen wieder über Wiedervereinigung und Heimat zu diskutieren.

Die Empörung bei einer Reihe Linker außerhalb der GABL, die sich breitmachte, als sie von diesem Diskussionsverlauf erfuhren, hatte zur Folge, daß sich einige aus antifaschistischen Initiativen und von den „Falken" in die GABL-Debatten einmischten.

Mit der Vorlage einer gründlichen Dokumentation über Entwicklung, Verbindungen und Veröffentlichungen der NRAO wendete sich das Blatt, und die Mehrzahl der von den Verharmlosern zeitweilig Verunsicherten wandte sich dagegen, einen aktiven NR in den Reihen der GABL zu dulden.

Doch wer gedacht hatte, die GABL sei zu einem ähnlichen deutlichen und selbstverständlichen Schritt wie letztes Jahr der Westberliner Landesverband der Grünen in der Lage, sah sich getäuscht. Dort war die Unvereinbarkeit der Zusammenarbeit von Grünen und NR beschlossen worden. In der GABL reichte es nur dazu, die eh offensichtliche Unvereinbarkeit von NRAO- und GABL-Programm festzustellen. Der daraus logisch folgende Antrag, U.R. auszuschließen, wurde mit 2/3 zu 1/3 der Stimmen abgelehnt, nachdem einige Obergrüne in Schmidt-Manier per Austrittsdrohung die Notbremse zogen. Stattdessen wurde beschlossen, daß unter der Bedingung, daß U.R.s Mitgliedschaft bei der NRAO weiterhin ruht (was er erklärt hatte und was kein Mensch nachprüfen kann) und daß er seine Kandidatur zurückziehe, er Mitglied der GABL bleiben könne, allerdings auch nur „ruhend". Bis zum Ende des Jahres muß er aus der NRAO austreten, andernfalls die GABL verlassen.

Immerhin ein gewisser Erfolg angesichts der anfänglichen Diskussion. Er hat es ermöglicht, daß GABL-Mitglieder, die den Antifaschismus sehr ernst nehmen und nicht erst bei knüppelschwingenden Nazibanden anfangen lassen, weiterhin mitarbeiten können.

Zwei Fragen bleiben: Was für ein Licht wirft es auf die Kandidatennominierung der GABL, wenn ein U.R. ohne weiteres auf eine Liste rutschen kann, und wieweit ist es mit dem (immerhin im Programm fixierten) Antifaschismus der GABL her, wenn die Verabschiedung solch eines butterweichen Beschlusses vier Wochen Kampf und Krampf erforderte?

KB/Gruppe Hannover

(Siehe Artikel zu „Nationalrevolutionären", S. 22).

Kanstein + Ursula Kirchberg + Norgard Kohlhagen + Friedrich Kohlsaat + James Krüss + Pieter Kunstreich + Doris Lerche + Volker Lutz + Paul Maar + Marie Marcks
Mohr + Martin Weichselbaum + Chris Welsh + Renate Welsh + Sabine Wilharm + Elisabeth Zink + Annette + Nachwort von Henning Venske

Die Saat geht auf:
»Bürgerwehr« in Bremen

Im Zusammenhang mit den Solidaritätsdemonstrationen für die Westberliner Hausbesetzer am 22. und 23.9. war es auch in Bremen zu umfangreichen Sachbeschädigungen und schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen. Während wir das scheinheilige Gerede der SPD-Politiker („Bremen ist nicht Berlin"; es gebe *„keine Situation, die gewalttätige Demonstrationen wegen örtlicher Probleme rechtfertigen kann"* („Weser-Kurier"/„WK", 25.9.)) getrost vergessen können, muß die Bekanntgabe einer „Bürgerwehr"-Gründung sehr ernst genommen werden.

Im „WK" vom 1.10. erhielt „Bürgerwehr"-Sprecher Horst Rönnebeck Gelegenheit, seine Gruppe (*„bisher zehn Bremer"*), ihre Beweggründe (*„weil die Polizei auf Grund von Gesetzen gegen die Chaoten machtlos ist"*), ihre Vorbilder (*„nach dem Muster der mittlerweile verbotenen neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann und der Elitekampftruppe des Bundesgrenzschutzes GSG 9"*) sowie ihre Unterstützer (*„gute Bremer und denkende Deutsche"*) vorzustellen. Über das Vorgehen bei kommenden Demonstrationen hat die Rönnebeck-Bande klare Vorstellungen: *„Rädelsführer der Strolche, die möglicherweise vom Osten bezahlt werden (...), sollen 'mit modernen Waffen zwar nicht getötet, aber außer Gefecht gesetzt' werden"*.

Daß diese Leute nicht nur eine große Klappe haben, unterstreichen die Ereignisse während der letzten Demonstration, als bereits Zuhälter-Banden auf seiten der Polizei gegen Demonstranten und Unbeteiligte vorgingen.

Angeheizt wird das politische Klima auch durch Presseäußerungen der rechtsgrünen BGL (Bremer Grüne Liste), der für ihre Kampagne wieder einmal das CDU-Sonntagsblatt „Weser-Report" zur Verfügung gestellt wurde; so schrieb die BGL-Abgeordnete Delphine Brox am 27.9.: „Die SPD glaubte und glaubt noch immer, die Sättigung der Wirtschaft und unserer Gesellschaft insgesamt durch üppige Staatsausgaben überwinden zu können. Das führte zu der unglaublichen Staatsverschuldung einerseits und der regelrechten Züchtung von Chaoten andererseits: Der normale Bürger bezahlt mit seinen Steuern diejenigen, die ihm anschließend den Laden einschlagen, ihn ausplündern und sein Häuschen mit ekelhaften Parolen beschmieren. (...) Deshalb hat sich zum Beispiel auch Olaf Dinné im besonders hart betroffenen Ostertor mit den dortigen Bürgern an einer Gemeinschaft zum Schutze gegen solch perverse SPD-Politik beteiligt. War das etwa nicht notwendig angesichts der dort herrschenden Zustände?" Offensichtlich finden die „Selbstschutz"-Maßnahmen der Rönnebeck-Bande hier einen guten ideologischen Nährboden, der ihr noch so manchen „guten Bremer" zuführen könnte.

Weder BGL noch „Bürgerwehr" können sich allerdings auf die ungebrochene Unterstützung durch die kleinen Kaufleute im Ostertor berufen. Wie bereits in früheren AKs berichtet, handelt es sich beim Ostertorviertel um ein Sanierungsgebiet, das zu einem Wohn- und Einkaufsviertel für die begüterten Mittelklassen ausgebaut werden soll. Eine Reihe kleiner Händler wurde bereits vertrieben und durch Schickeria-Boutiquen ersetzt, die für die Bewohner des Viertels keinen Zweck erfüllen. Diese Boutiquen waren in der Vergangenheit – nicht ganz unverständlich – das Ziel von Einzelangriffen aus der „Szene". Die eingesessenen Händler, die z.T. unmittelbar von der „Szene" leben, sind in der Interessengemeinschaft Ostertor (IGO) zusammengeschlossen und sind, obgleich auch ihre Schaufenster während der letzten Demonstrationen zu Bruch gingen, bemüht, zu einer Entspannung des Klimas beizutragen. Die IGO sprach sich denn auch *„geschlossen und eindeutig"* („WK", 2.10.) gegen die Gründung und Unterstützung der Rönnebeck-Truppe aus, die anscheinend eher die Interessen der Boutiquen-Besitzer vertritt, die schon einmal mit bewaffneten Schlägertrupps gegen die „Szene" vorgingen.

Getragen von der Erkenntnis, daß es politisch völlig unsinnig ist, wahllos jede Fensterscheibe einzuwerfen, kursieren jetzt zwei Flugblätter, die dazu auffordern, bei kommenden Demos die Objekte für Sachbeschädigungen genau zu bestimmen. Diese Aufforderung wird bei allen bewußten Linken offene Türen einrennen. In den nächsten Wochen wird überlegt werden müssen, wie die Einsicht bei den nächsten Demos durchgesetzt werden kann.

KB/Gruppe Bremen

»Bürgerwehr« in Frankreich:
Die Parallelpolizei »SAC«

»Bürgerwehr« in Frankreich:
Die Parallelpolizei »SAC«

Am 18. Juli 1981 wurden in Auriol, in der Nähe von Marseille, sechs Menschen grausam ermordet:
Der Polizeiinspektor Jacques Massié, Mitglied der von de Gaulle 1958 gegründeten Parallelpolizei „SAC" – „Service d'Action Civique" („Bürgeraktionsdienst") – und fünf Mitglieder seiner Familie, darunter seine Ehefrau und sein achtjähriger Sohn. Damit begann die sogenannte „Auriol-Affaire". Anläßlich dieses Massakers wurden zunächst 14 Personen festgenommen, 7 davon sind noch in Haft.

Wenn die Ermittlungsarbeit heute noch nicht abgeschlossen ist, so sind doch im Verlauf der Verhöre interessante Fakten ans Licht gekommen, die die enge Verbindung zwischen Polizei, Staatsschutz, Rechten, Mafia und ähnlichen kriminellen Elementen aufzeigen.

Der „SAC"

Der „SAC" wurde 1958 als Nachfolgeorganisation des Ordnerdienstes der „RPF" („Sammlungsbewegung des französischen Volkes") gegründet. Seine ursprüngliche Rolle bestand zunächst in der „Sicherheits"-Gewährleistung de Gaulles, der wieder an die Macht gekommen war. Schnell nahm der „SAC" aber weitere Funktionen ein, u.a. die Bekämpfung der algerischen Befreiungsbewegung „FNL". Neben waschechten Nazis bestand und besteht die Mitgliedschaft des „SAC" aus Leuten aus dem „Milieu". 1968 zählte der „SAC" rund 20.000 Mitglieder, heute soll er 5.000 Mitglieder stark sein. Seine Rolle als „Ordnerdienst" hat der „SAC" nach wie vor inne.

1981 zum Beispiel arbeitete der „SAC" im Dienst des gaullistischen Kandidaten Michel Debré während der Präsidentschaftswahlkampagne.

Über diese mehr „offiziellen" Aufgaben hinaus widmet sich der „SAC" allerdings total illegalen Aktivitäten:
So wurde im Verlauf der Ermittlungen um die Auriol-Affaire bekannt, daß Jacques Massié, einer der Ermordeten, enge Kontakte mit Werkschutzgruppen pflegte, denen er sein „Know-how" anbot. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß im Juni 1977 ein streikender Arbeiter in Reims durch ein „SAC"-Kommando ermordet wurde.

Weitere Dokumente, die jetzt bekannt wurden, zeigen, daß der „SAC" sich in Marseille insbesondere der Infiltrierung der linken Scene widmete bzw. widmet.

Eine Art „Schulungsbroschüre" ist gefunden worden mit dem vielversprechenden Titel: „Die Kunst der Infiltrierung linken Milieus". Drei der im Zuge der Auriol-Affaire Festgenommenen sind merkwürdigerweise Mitglieder der KPF-orientierten Gewerkschaft CGT, einer von ihnen „arbeitete" in der antimilitaristischen Bewegung Marseille mit ...

Die Marseille-Sektion des „SAC" hat augenscheinlich auch die Mehrheit der anti-autonomistischen Organisation „Francia" – eine speziell gegen die „FNLC" („Befreiungsfront des Korsischen Volkes") operierende Truppe – gestellt.

Vor den Präsidentschaftswahlen in diesem Jahr sollen auf einer Versammlung der „SAC", vor allem unter dem Druck von Polizisten, die im „SAC" Mitglied sind, „schnelle Reaktionen" beschlossen worden sein für den Fall eines Sieges der Opposition (PS, KPF u.a.).

Am 12. Juni explodierte jedenfalls eine Bombe in einer sog. „Trabantenstadt" in Marseille. Eine zweite, die an einem ähnlichen Wohnort plaziert worden war, wurde am gleichen Tag noch rechtzeitig entdeckt.

Die gleiche Technik (d.h. der gleiche Sprengstofftyp) soll am 16. April 1981 angewandt worden sein, beim „mißlungenen Attentat" gegen Giscard d'Estaing anläßlich seines Wahlauftritts in Ajaccio (Korsika) ...

Ebenso könnten die Urheber eines Anschlages am 11. August 1980 gegen die alternative Druckerei „Encre Noire" in Marseille (offizielles Bekennerkommuniqué: „Zelle Ordnung und Justiz") „SAC"-Mitglieder sein. Dieser Anschlag forderte einen Toten und 11 Schwerverletzte.

Andere Attentate in Marseille, zum Beispiel gegen Ausländereinrichtungen, wozu sich meistens „Kommandos" namens „Delta" bekannten, können u.U. jetzt ihrer Aufklärung entgegen sehen.

„SAC" und etablierte Parteien

Die Verbindungen zwischen „SAC" und Parteien der legalen Rechten sind ein besonders interessantes Kapitel.

- Im Februar 1981 waren zwei der jetzt Inhaftierten im Ordnerdienst des Präsidentschaftskandidaten Jacques Chirac (RPR und Strauß-Freund).
- Im April 1981 sichern die gleichen beiden Figuren den „Schutz" zweier RPR-Kandidaten im Département Bouches-du-Rhône.
- Jacques Massié selber kandidierte bei den Bürgerschaftswahlen in Marseille 1977 auf einer gemeinsamen Liste mit der RPR.
- Ein weiterer Verhafteter kandidierte für den RPR bei den Kommunalwahlen in Allauch (Südfrankreich) 1977.
- Der ehemalige Verantwortliche des „SAC" für die Region um Marseille war stellvertretender Bürgermeister des RPR in Aix-en-Provence und Kandidat der Ex-Mehrheit bei den Parlamentswahlen 1978...

Erwähnenswert ist auch, daß unter den 180 Mitgliedern des „SAC" in Marseille 43 Polizisten sein sollen... Die Hintergründe der Morde in Auriol sind nach wie vor unklar – wahrscheinlich handelt es sich um eine „Millieu-Abrechnung".

Diese Informationen könnten nützlich sein, um den Hintergrund der aktuellen Bemühungen in Westberlin, Bremen oder Frankfurt einzuschätzen, sog. „Bürgerwehren" zu bilden. Deren Zusammensetzung dürfte sich nämlich vom französischen „SAC" kaum unterscheiden: Polizei, rechte etablierte Parteien, Faschisten, VS und „Milieu".

Frankreich-Kommission